



24. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 3. Februar 2011

Mitteilungen des Präsidenten 2127

Zur Tagesordnung 2127

1 Verteilt die Landesregierung politische „Maulkörbe“?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1226 2127

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) 2127
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 2128
Sören Link (SPD) 2130
Sigrid Beer (GRÜNE) 2131
Gunhild Böth (LINKE) 2133
Ministerin Sylvia Löhrmann 2134
Klaus Kaiser (CDU) 2135
Renate Hendricks (SPD) 2137
Ralf Witzel (FDP) 2139
Sigrid Beer (GRÜNE) 2140
Gunhild Böth (LINKE) 2141
Ministerin Sylvia Löhrmann 2142
Klaus Kaiser (CDU) 2143
Wolfgang Große Brömer (SPD) 2144
Ministerin Sylvia Löhrmann 2145

2 Unkonventionelle Erdgasvorkommen: Grundwasser schützen – Sorgen der Bürger ernst nehmen – Bergrecht än- dern

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1190

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1237 2145

Hendrik Wüst (CDU) 2146
André Stinka (SPD) 2148

Wibke Brems (GRÜNE) 2149

Dietmar Brockes (FDP) 2151

Hamide Akbayir (LINKE) 2152

Minister Harry Kurt Voigtsberger 2153

Hans-Dieter Clauser (CDU) 2155

Thomas Eiskirch (SPD) 2156

Dr. Stefan Romberg (FDP) 2158

Rüdiger Sagel (LINKE) 2159

Minister Johannes Remmel 2159

Ergebnis 2161

3 NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1196 2161

Eva Steininger-Bludau (SPD) 2161
Verena Schäffer (GRÜNE) 2162
Wolfgang Exler (CDU) 2163
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 2165
Hamide Akbayir (LINKE) 2166
Ministerin Barbara Steffens 2167
Josef Rickfelder (CDU) 2169
Gerda Kieninger (SPD) 2170
Josefine Paul (GRÜNE) 2171
Bärbel Beuermann (LINKE) 2172

Ergebnis 2172

4 Mehr Gesundheit für Jungen und Män- ner!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1197 2172

Marcel Hafke (FDP) 2172

Hubert Kleff (CDU) 2174

Josef Neumann (SPD) 2175

Arif Ünal (GRÜNE)	2176	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Wolfgang Zimmermann (LINKE)	2177	Drucksache 15/1188	2195
Ministerin Barbara Steffens	2178	Ali Atalan (LINKE)	2195
Hubert Kleff (CDU)	2180	Theo Kruse (CDU)	2196
Heike Gebhard (SPD)	2181	Ibrahim Yetim (SPD)	2197
Dr. Carolin Butterwegge (LINKE)	2182	Monika Düker (GRÜNE)	2198
Ministerin Barbara Steffens	2183	Horst Engel (FDP)	2199
Ergebnis	2183	Minister Ralf Jäger	2200
5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Einrichtung eines flächendecken- den bevölkerungsbezogenen Krebs- registers in Nordrhein-Westfalen		Thomas Stotko (SPD)	2201
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1144		Anna Conrads (LINKE)	2201
erste Lesung	2183	Ergebnis	2202
Ministerin Barbara Steffens	2183	8 Studienbedingungen in Nord- rhein-Westfalen dürfen sich nicht verschlechtern	
Hubert Kleff (CDU)	2184	Antrag der Fraktion der FDP	
Außerhalb der Tagesordnung	2184	Drucksache 15/1199	2202
Heike Gebhard (SPD)	2185	Marcel Hafke (FDP)	2202
Arif Ünal (GRÜNE)	2186	Dr. Michael Brinkmeier (CDU)	2203
Kai Abruszt (FDP)	2186	Karl Schultheis (SPD)	2204
Wolfgang Zimmermann (LINKE)	2187	Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)	2206
Ministerin Barbara Steffens	2188	Gunhild Böth (LINKE)	2207
Ergebnis	2189	Ministerin Svenja Schulze	2208
6 Anreize für weibliche Führungskräfte schaffen: Landespreis „Managerin des Jahres“ schaffen		Marcel Hafke (FDP)	2211
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1192		Ergebnis	2212
Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/1238	2189	9 Die politische Bildung in nordrhein- westfälischen Schulen stärken – Schülerinnen und Schüler noch stär- ker über die Gefahren für die Demo- kratie durch Rechts- und Linksextre- mismus aufklären	
Andrea Milz (CDU)	2189	Antrag der Fraktion der FDP	
Gerda Kieninger (SPD)	2190	Drucksache 15/856	2212
Josefine Paul (GRÜNE)	2191	Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)	2212
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)	2192	Stefan Wiedon (CDU)	2213
Bärbel Beuermann (LINKE)	2193	Jochen Ott (SPD)	2215
Ministerin Barbara Steffens	2194	Verena Schäffer (GRÜNE)	2217
Ergebnis	2195	Gunhild Böth (LINKE)	2218
7 Menschenwürdiges Existenzminimum für alle – Asylbewerberleistungsge- setz abschaffen		Ministerin Sylvia Löhrmann	2219
		Werner Jostmeier (CDU)	2221
		Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)	2224
		Josefine Paul (GRÜNE)	2225
		Ralf Witzel (FDP)	2226
		Bärbel Beuermann (LINKE)	2227
		Ergebnis	2227

Nächste Sitzung2228

Entschuldigt waren:

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans
(ab 17:00 Uhr)

Ministerin Angelica Schwall-Düren
(ab 17:30 Uhr)

Manfred Palmen (CDU)
Maria Westerhorstmann (CDU)

Michael Scheffler (SPD)
Hubertus Kramer (SPD)

Christof Rasche (FDP)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, 24. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **fünf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen. Es sind auch einige Kolleginnen und Kollegen darunter, die krank sind und deswegen an dieser Landtagssitzung nicht teilnehmen können. Ich denke, wir senden ihnen Genesungswünsche, dass sie bald wieder an unseren Landtagssitzungen teilnehmen können.

(Allgemeiner Beifall)

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich noch einmal daran erinnern, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, den Antrag Drucksache 15/661 – „Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ehemaliger Landtagsabgeordneter in NRW“ –, ursprünglich vorgesehen als **Tagesordnungspunkt 9, heute nicht zu debattieren**. Der nachfolgende Tagesordnungspunkt 10 wird entsprechend unserer Vereinbarung vorgezogen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Verteilt die Landesregierung politische „Maulkörbe“?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1226

Die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP haben mit Schreiben vom 31. Januar 2011 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der obigen aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Sternberg das Wort.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben gestern hier im Plenum eine höchst nervöse Ministerpräsidentin erlebt. Es läuft nicht gut: katastrophales Management bei den Finanzen, entsprechend schlechte Presse. Gestern verloren Sie sogar die Fassung hier im Haus.

Gibt es auch im Schulministerium Nervosität? Wir hören Meldungen über Redeverbote. Nein, eigentlich keine direkten Verbote, sondern viel subtiler und noch abstoßender: Empfehlung an Lehrende, sich nicht an Diskussionen über die sogenannte Gemeinschaftsschule zu beteiligen.

Ich zitiere aus der Presse:

Am 20. Januar berichtet die „Westfalenpost“:

Es hatte deutliche Aussagen anwesender Pädagogen verschiedener Schulformen, die sich zum Teil als Eltern zu Wort gemeldet hatten, gegen die Einführung der Gemeinschaftsschule insgesamt oder zu diesem Zeitpunkt gegeben. Diese Äußerungen haben dazu geführt, dass Pädagogen zu Dienstgesprächen nach Arnsberg einbestellt wurden.

Also: Einbestellung.

Am 1. Februar schreibt die „Rheinische Post“: „Die Bezirksregierung Arnsberg hat Lehrer, die sich öffentlich kritisch über Gemeinschaftsschul-Projekte geäußert haben, ermahnt.“

Also: Ermahnung.

Am 2. Februar ist dann in „WDR aktuell“ die Rede von weiteren 17 Fällen, in denen die Bezirksregierung Arnsberg offenbar versucht hat, Schulleiter und Lehrer einzuschüchtern.

Also: Einschüchterung. – Kollege Kaiser wird gleich einige konkrete Fälle nennen.

Besonders erschreckend ist aber die Formulierung in der „Kölnischen Rundschau“ am 29. Januar. Da heißt es nämlich:

Ein Realschulleiter wird von der zuständigen Dezernentin aus Fürsorge auf seine Loyalitätspflicht gegenüber dem Dienstherrn hingewiesen. Zitat: Falls dem Beamten etwas Unbedachtes über die Lippen komme, könne dies leicht disziplinarische Folgen haben.

Da empfiehlt man, man möge doch lieber nichts sagen, man könnte doch etwas Unbedachtes sagen, was dann Konsequenzen haben müsse.

Meine Damen und Herren, das ist ein Tonfall, wie er in totalitären Regimen üblich ist.

(Zuruf von der SPD: Hey! – Zurufe von der LINKEN)

Da könnte, denke ich, die Mehrheitsbeschaffungsfaktion dieser Regierung einiges an DDR-Erfahrung beisteuern.

(Beifall von der CDU – Minister Johannes Remmel: Das ist wie in der DDR! – Zurufe von der LINKEN)

Das ist nicht Maulkorb, das ist veritable Einschüchterung.

Warum solche völlig unangemessenen Überreaktionen? Da hat die Regierung geglaubt, in der Schulpolitik den ganz großen Aufschlag machen zu können, und dann landet der Tiger als Bettvorleger. Die Alternative G8/G9, ein riesiger Flopp. Die Abschaffung der Kopfnoten trifft keineswegs auf allgemeine Begeisterung, in der Wirtschaft sogar auf herbe Kritik. Und dann sind 17 Gesamtschulen auch nicht gerade viele mit Blick auf die über 600, die es sein müssen, wenn der Koalitionsvertrag mit 30 % erfüllt werden soll, zumal ein großer Teil dieser 17 Schulen, die dann genehmigt werden, nicht den eigenen Ansprüchen und Kriterien genügt, denn beispielsweise sollen sechs dieser Schulen an reinen Hauptschulstandorten errichtet werden, und der regionale Konsens ist auch nicht überall nachgewiesen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Mittlerweile gibt es auch Ärger in den Kommunen. Es gibt Ärger in den Kreisen und den Gemeinden. Man hört sogar davon, dass eine Bürgermeisterskatrunde zerbrochen ist, weil man sich über den Antrag auf Gründung einer Gemeinschaftsschule zerstritten hat.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh!)

Und dann melden sich zu alledem auch noch Lehrerinnen und Lehrer zu Wort. Diese haben eine ganze Reihe von Bedenken, die vielleicht nicht den schönen, aber doch manchmal etwas wirklichkeitsfernen Sprüchen von Pädagogikprofessoren entsprechen.

Die fragen nämlich nach: Wie geht das eigentlich mit Klassen, in denen man jeder Art von Begabung gerecht werden muss? Wie ist das mit Fremdsprachenunterricht in Klasse 6 für alle Kinder, den man in Klasse 7 einfach wieder abwählen soll, nachdem den Kindern ein Jahr lang deutlich gemacht wurde, dass das nichts für sie ist? Wie ist es mit Auswahl- und Differenzierungsmöglichkeiten in einer so kleinen Gesamtschule? Wie kann man Überforderung und Unterforderung in den so wichtigen Jahren zwischen dem 10. und 12. Lebensjahr vermeiden? Was geht verloren, wenn allen Kindern in den Klassen 5 und 6 der gymnasiale Lehrplan aufgezwungen wird? Wie werden die Lehrenden eigentlich auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet? Gelten die vielen Extraangebote für die sogenannte Gemeinschaftsschule nur für die integrative oder auch für die kooperative Form? Und viele andere Fragen mehr. – Solche Fragen führen dann manchmal zu Meinungen, die man aber offensichtlich besser nicht äußert, wenn sie das wichtigste rot-rot-grüne Projekt gefährden könnten.

Meine Damen und Herren, Lehrer dürfen nicht eingeschüchtert werden.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Lehrerinnen auch nicht! – Gegenruf von Ralf Witzel [FDP]: Wir meinen immer beide und Sie nur die Frauen!)

Ihre Erfahrungen und ihre Meinungen müssen geäußert werden können, sonst führt das dazu, dass sich – jetzt nenne ich sie – die Lehrerinnen nicht einmal mehr in kritischen Vereinigungen organisieren dürfen. Maulkörbe, Frau Löhrmann, sind ein Skandal. Und ich frage Sie: Haben Sie das nötig?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Die Frage, die sich stellt, lautet: Sind diese Redeverbote Ihre Vorgabe oder ist das die Wiederaufnahme einer alten Tradition des Apparates?

Mein Kollege Michael Solf hat schon am 31. März 2003 in diesem Haus eine Anfrage nach Maulkörben für Schulleitungen in Sachen Unterrichtsausfall gestellt, woraufhin er ausweichende Antworten bekommen hat.

(Zuruf von Ralf Michalowsky [LINKE])

Die Auswüchse von Einschüchterungen und Vertuschungen knüpfen offenbar an alte Traditionen an. Denk- und Redefreiheit gilt offenbar nur für die eigene Oppositionszeit – kaum an der Macht, werden Andersdenkende zur Räson gebracht.

Frau Ministerin Löhrmann, ich hoffe für Sie, dass Sie die genannten Methoden nicht angeordnet haben. In jedem Fall geht aber die Anforderung an Sie: Schaffen Sie Ordnung in Ihrem Haus!

(Heiterkeit von Sören Link [SPD])

Unterdrücken Sie die Meinungsfreiheit und offene Diskussion auch der Lehrenden und Lehrer nicht – auch dann nicht, wenn kritische Anfragen Ihrem letzten Lieblingsprojekt gelten. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Ralf Michalowsky [LINKE]: Frau Schröder macht es ja gerade vor!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Sternberg. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Wird durch die aktuellen Vorkommnisse aus der Koalition der Einladung die Koalition der Gängelung? Wie war das noch:

„Wir Grüne wollen Schluss machen mit der Gängelung durch die Schulbürokratie. Wir vertrauen auf die engagierten Expertinnen und Experten in den Schulen und wollen sie in ihrer pädagogischen Kompetenz ermutigen und stärken.“

Das ist ein Zitat aus dem Wahlprogramm der Grünen zur Landtagswahl 2010. Aber das waren wohl nur Worthülsen.

Die Gängelung der Lehrer durch das von den Grünen geführte Schulministerium treibt abstruse Blüten. In der politischen Verantwortung einer grünen

Schulministerin fühlen sich Pädagogen eingeschüchtert und in ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung beschnitten. Selbstverständlich gilt auch für Lehrerinnen und Lehrer eine Loyalität gegenüber dem Dienstherrn. Aber es besteht ein Unterschied zwischen dem Einfordern angemessener Loyalität und Wohlverhaltenspflicht und dem Eindruck einer offensichtlich gezielten Vorgehensweise, kritische Meinungsäußerungen zu Gemeinschaftsschulen grundsätzlich zu unterbinden.

Folgendermaßen erscheint die Situation im Moment: Lehrer und Schulleitungen sollen offenbar an einer freien Meinungsäußerung auf Veranstaltungen gehindert werden. Pädagogen wurden angehalten, an Veranstaltungen gar nicht erst teilzunehmen. Nach kritischen Äußerungen wurden Pädagogen einbestellt. Lehrern wurden disziplinarrechtliche Maßnahmen angedroht, wenn sie sich „aus Versehen“ falsch äußern oder eine politisch unerwünschte Aussage treffen. Als Folge wurde sogar die Loyalität gegenüber dem Dienstherrn überprüft.

Meine Damen und Herren, es ist wirklich abenteuerlich, wenn man die Einlassungen eines Sprechers der Bezirksregierung Arnsberg zu diesen Vorgängen in der Presse liest: Man habe Kritiker durch die Zeitungslektüre recherchiert, und diese Kritiker hätten dann einen Hinweis bekommen. – Da sitzt offensichtlich jemand in der öffentlichen Verwaltung, in der Bezirksregierung, der die Presse nach kritischen Äußerungen zur rot-grünen Schulpolitik durchforstet. Wo sind wir eigentlich? Wer glaubt, dass es sich hierbei um einen oder zwei bedauerliche Einzelfälle handelt, der irrt. Der Presse waren bereits Namen zu entnehmen.

Um die Lehrer und Schulleitungen zu schützen, werde ich hier keine weiteren Städtenamen und Schulen nennen; denn die Angst geht um.

(Zurufe von der SPD: Ha, hal!)

Aber allein im Regierungsbezirk Arnsberg sind bereits 22 Fälle aus unterschiedlichen Schulformen bekannt. Diese Vorfälle beschränken sich aber nicht allein auf den Regierungsbezirk Arnsberg. Auch aus dem Regierungsbezirk Münster sind bereits mehrere Fälle bekannt. Es erfolgten nach Veranstaltungen und unpassenden Meinungsäußerungen Anrufe, in denen mit disziplinarrechtlichen Folgen bis hin zur Kürzung der Bezüge gedroht wurde. Dort wurde sogar erklärt, Personen dürfen sich nicht als Privatpersonen äußern. Uns wurde von Fällen berichtet, nach denen sich Lehrer an Schulen, die in Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden sollten, im Diskussionsprozess eingeschüchtert und geradezu mundtot gemacht fühlten. Kritik, zum Beispiel an der pädagogischen Leistungsfähigkeit dieser Schulen, sei nicht erwünscht. – Ende der Durchsage.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich reicht diese Strategie offenbar bis in die Personalversammlungen hinein. Wenn sich inzwischen Per-

sonalräte dagegen verwahren müssen, dass man für inhaltliche Kritik in Personalversammlungen – also in nichtöffentlichen Sitzungen – später einbestellt wird, ist jedes Maß überschritten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Spätestens hier müsste eigentlich die sozialdemokratische Seele aufbegehen. Wie bewertet denn die SPD solche Vorgänge in der ministeriellen Verantwortung ihres grünen Koalitionspartners? Die SPD hält sich immer viel darauf zugute, dass sie die Mitbestimmung ausbauen will. Die Mitbestimmung ist demnach geradezu ein Herzstück der Sozialdemokratie.

Ich möchte aus dem Wahlprogramm der SPD zitieren:

„Denn Mitbestimmung in der Arbeitswelt ist Ausdruck von Menschenwürde. Zugleich fördert sie Demokratie als Lebensform.“

(Beifall von Ibrahim Yetim [SPD])

Und an anderer Stelle:

„Mitbestimmung, Mitverantwortung und Mitgestaltung müssen tragende Elemente unserer Bildungseinrichtungen sein.“

Der SPD müsste es doch zutiefst widerstreben, wenn Gewerkschaftsvertreter äußern, dass offenkundig versucht wird, in internen Personalversammlungen kritische Äußerungen zu unterbinden, und wenn auf kritische Äußerungen in Personalversammlungen die Drohung der Einbestellung erfolgt.

Meine Damen und Herren, auch die öffentliche Behauptung, es gehe der Schulverwaltung um Loyalität und Neutralität, wird bei der Einladungspraxis des Schulministeriums beispielsweise zum 5. Bildungspolitischen Symposium am 19. Februar in Essen durch das eigene Verhalten des Ministeriums konterkariert.

Zurück zur Aktion „Maulkorb“. Die Aussagen über das Gefühl der Einschränkung der Meinungsfreiheit stammen sowohl von Einzelpersonen als auch von unterschiedlichen Gewerkschaften. Darum stellen sich viele Fragen an die politisch verantwortliche Schulministerin:

Erstens. Handelt Ihre Schulverwaltung aus eigenem Antrieb? – Ich denke, nein. Sonst würde es nicht mehrere Bezirksregierungen geben, aus denen Fälle bekannt sind.

Zweitens. Handelt es sich um ein gezieltes Vorgehen? – Offenbar schon. Sonst würden nicht gerade – wie man hört – Spuren verwischt.

Drittens: Gibt es für dieses Vorgehen eine Anweisung aus dem Ministerium? – Der Eindruck drängt sich zumindest auf. Warum kommt es in mehreren Bezirksregierungen zu diesem Vorgehen? Es gibt

tatsächlich Aussagen, wonach es sich um Anweisungen von oben handeln soll.

Eltern dürfen nicht den Eindruck gewinnen, Lehrer und Schulleitungen erhielten bei Gesprächen einen politisch motivierten Maulkorb. Wenn angeblich nichts Wahres an den Vorgängen ist, dann muss die Ministerin es hier heute klipp und klar sagen und glaubwürdig vertreten.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Dann muss sie an die Schulverwaltungen und Schulen kommunizieren, dass eine freie Meinungsäußerung im Rahmen des Dienstrechts erlaubt und gewünscht ist. – Danke.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Link.

Sören Link (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal ist es beeindruckend, dass Sie eine Aktuelle Stunde beantragen und dann in so einer geringen Anzahl hier anwesend sind. Das ist beschämend für ein Thema, das Sie angeblich für so wichtig halten.

Zweitens ist es so, dass mir das Bild von dem Bock und von dem Gärtner

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben zu dieser Debatte eher null Bock!)

– gerade bei Ihnen, Herr Witzel – sofort in den Kopf schießt, wenn Sie hier, vertreten durch Frau Pieper-von Heiden, zum Thema Mitbestimmung, der Kultur der Mitbestimmung und der Bedeutung der Mitbestimmung reden, nachdem Sie fünf Jahre lang die Mitbestimmung

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

und die Personalräte mit Füßen getreten haben. Das ist eine Unverschämtheit den Personalräten gegenüber. Ich denke, die Kolleginnen und Kollegen vor Ort wissen sehr gut, wer wirklich ihre Vertreter hier in diesem Parlament sind.

Kommen wir zur Sache! Ich habe schon geschmunzelt, als ich diese Aktuelle Stunde auf der Tagesordnung gesehen habe: Eine Regierungskoalition, die fünf Jahre lang das Schulministerium ihr eigen genannt hat, die einen Staatssekretär Winands getragen hat, der gerne mal selber zum Telefonhörer gegriffen hat und tatsächlich – um in Ihrer Sprache zu bleiben – Angst und Schrecken verbreitet hat,

(Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

diese Koalition geht wenige Woche nach dem Anlaufen eines Modellversuchs Gemeinschaftsschule

hin und erzählt hier etwas von Aktion „Maulkorb“. Das ist geradezu lächerlich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Auch der Anlass dieser Aktuellen Stunde ist lächerlich. Sie ziehen damit die Bedeutung des Themas Bildungspolitik, wo es eine breite Facette von Themen gibt,

(Ralf Witzel [FDP]: Keine Sorge, andere haben wir auch noch auf Lager!)

über die es sich tatsächlich zu streiten lohnt, Herr Witzel, geradezu ins Lächerliche, weil wir heute eine Stunde damit verplempern – und so deutlich muss man es sagen –, über so einen Unsinn zu reden, anstatt uns Gedanken über Fortbildungen, über kleinere Lerngruppen, über Qualitätsentwicklung von Schule zu machen. Das ist das Produkt Ihres Antrages. Das ist das Produkt und das Ergebnis dieser Aktuellen Stunde.

(Beifall von der SPD)

Ich kann Ihnen das nicht ersparen. Wenn Sie anfügen, wie schlimm denn die Welt seit dem 9. Mai 2010 geworden ist – das bestreite ich nachdrücklich –, dann sehen wir uns doch einmal die Zeit vor dem 9. Mai an. Wir gucken uns einmal an, was noch zu Anfang des Jahres 2010 durch das CDU-geführte Schulministerium von Frau Sommer und von dem geschätzten Staatssekretär Winands gelaufen ist, als sich ein Schulleiter erdreistet hat, eine Anzeige zu schalten, um darauf hinzuweisen, dass seine Schule unterbesetzt sei. Daraufhin gab es enormen Druck aus dem Schulministerium. Er wurde in die Bezirksregierung einbestellt. Ihm wurde unmissverständlich klargemacht, dass ein solches Verhalten nicht zu tolerieren sei. Es offenbare einen Verstoß gegen das achtungs- und vertrauenswürdige Verhalten. – So war es damals in der Presse nachzulesen. Das war unter Ihrer Regierungsverantwortung, meine Damen und Herren. So war die Situation bis 2010. Daran hat sich erheblich etwas geändert.

Bevor ich auf die aktuelle Situation zu sprechen komme, Herr Witzel, will ich für Sie – damit Sie die ganze Situation in ihrer Komplexität vielleicht verstehen – kurz sagen, worum es wirklich geht: Es geht um ein Spannungsverhältnis zwischen den Grundrechten, die jeder Mensch hat, die ohne Wenn und Aber von – das möchte ich einmal sagen – allen Landesregierungen akzeptiert und getragen werden und für die wir einstehen. Jeder Mensch hat das grundgesetzliche Recht, seine Meinung frei zu äußern. Ich kenne niemanden, der dieses Recht bestreitet.

Andererseits geht es genauso darum, dass wir einen gesetzlichen Rahmen haben, der Vorschriften für bestimmte Berufsgruppen – in dem Fall: Beamte – enthält, der diese Grundrechte in einer gewissen Art und Weise einschränkt. Auch das ist seit Jahren und Jahrzehnten so. Das wurde von Ihrer Landesregie-

nung genauso wie von dieser Landesregierung geschehen. Das ist im Übrigen auch richtig, meine Damen und Herren.

Ich verweise auf die Antwort der alten Landesregierung, von Frau Ministerin Sommer, auf eine Kleine Anfrage der Kollegin Beer. Dort haben Sie genau das gesagt. Ich zitiere einmal aus der Antwort des Schulministeriums auf die Kleine Anfrage vom 22.10.2008:

„Sofern Dienstpflichtverletzungen festgestellt werden, gehen die Schulaufsichtsbehörden diesen Fällen nach. Zu prüfen sind immer die Umstände des Einzelfalls. Eine allgemeine Festlegung, ob und inwieweit in Folge von Äußerungen in der Öffentlichkeit gegen bestehende Pflichten verstößen worden ist, wäre mit dem geltenden Recht nicht vereinbar.“

Diese Rechtsauffassung war damals richtig, ist es heute auch noch. In diesem rechtlichen Rahmen bewegt sich diese Landesregierung genauso, wie sich die alte Landesregierung und die Vorgängerlandesregierungen bewegt haben. Wo Sie einen Skandal sehen, bleibt mir verborgen. Das ist wahrscheinlich Ihr Geheimnis.

Um es vielleicht zuzuspitzen, in welcher Gemengelage wir sind, stellen wir uns einmal vor, wir hätten Lehrerinnen und Lehrer gehabt, die aus ihrer Funktion – möglicherweise aus ihrer Schule heraus – aktiv für die Gemeinschaftsschule geworben hätten. Herr Witzel, ich bin mir ganz sicher: Wir hätten auf Ihren Antrag hin eine Sondersitzung des Plenums bekommen, um das zu skandalisieren und diese Landesregierung zu zwingen, disziplinarrechtlich tätig zu werden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Geschieht doch massenhaft!)

Herr Witzel, „politische Mäßigung“ gilt – bei Ihnen ist es vergebliche Liebesmüh; ich sage es trotzdem – für beide Seiten: Auf der einen Seite darf diese Landesregierung natürlich nicht über Maß und über Gebühr aus dem Amt heraus kritisiert werden. Auf der anderen Seite darf nicht über Maß und über Gebühr für die Politik der Landesregierung geworben werden. Wir haben auf dieser Stufe eben nicht den politischen Beamten.

Das, was Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU, hier gemacht haben, ist ein klassischer Rohrkrepierer. Sie versuchen mit Krampf, etwas zu skandalisieren, wo es überhaupt keinen Skandal gibt. Was noch schlimmer ist: Ihnen fehlt jegliche moralische Autorität, das überhaupt zu tun.

(Lebhafter Widerspruch von der CDU)

– Darüber können wir gleich gerne reden. Die Aktuelle Stunde ist nicht nur lächerlich, sondern geradezu infam.

Ich bin mir sicher, dass diese Landesregierung ihre Arbeit weiterhin mit viel Augenmaß nicht nur, aber gerade im Bereich „Schule“, nachgehen wird. Das empfehle ich übrigens auch allen Mitgliedern dieses Hauses. Wir haben gerade im Bereich „Schule“ mehr als genug zu tun. Es gibt mehr als genug Themen, über die es sich zu streiten lohnt, wo Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer einen Anspruch haben, dass wir als Parlament endlich unserer Pflicht nachkommen, gute Politik zu machen. Dieser Arbeit sollten wir nachgehen. Uns fehlt die Zeit, uns mit einem Popanz wie diesem aufzuhalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Link. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Politische Mäßigung“, ich will dieses Stichwort des Kollegen Link gerne aufnehmen und Herrn Sternberg bitten, politische Mäßigung an den Tag zu legen. Wenn man über totalitäre Staaten spricht, ist das, glaube ich, in dieser Debatte nicht angemessen. Ich nehme Sie gerne einmal mit in den Petitionsausschuss, um über Schicksale von verfolgten Menschen aus totalitären Staaten zu reden. Dann haben wir, glaube ich, die Gewichte wiederhergestellt. Das hat in dieser Debatte wahrhaftig überhaupt nichts zu suchen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Nein, das hier ist eher eine Aktuelle Stunde aus Absurdistan. Das muss man schon deutlich sagen. Wie ist denn die Sachlage? Ich kann verstehen, dass es für Sie schwierig – wie sagt man doch im Westfälischen – „zu verknusen“ ist. Wir haben eine unprätentiöse Ministerin, endlich eine Ministerin, die den fachlichen Diskurs kann und wahrnimmt,

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

endlich eine Ministerin, die Sprechzettel beiseitelegen kann, ohne dass den Fachabteilungen die Schweißperlen auf die Stirn treten,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lachen von der CDU und von der FDP)

endlich eine Ministerin, die den Dialog sucht und sogar zu kontroversen Debatten auffordert.

Wer das erleben will, kann zum Beispiel gerne an den Bildungskonferenzen teilnehmen. Der kann dort erleben, wie auch kontrovers diskutiert und jede Meinungsäußerung nicht nur zugelassen wird. Die Ministerin ermuntert geradezu dazu, Gegensätze zu formulieren.

Die sich jetzt – zum Teil auch in der Presse – am lautesten empören, sind bezeichnenderweise gar nicht dabei. Ich habe ja Verständnis für Ihre waid-

wunden Positionen, liebe Kolleginnen aus CDU und FDP: Die gesamte Schulkriegsmaschinerie hat im Wahlkampf nicht funktioniert. Jetzt versucht man, wieder ein kleines Feld aufzumachen. Auch das wird nicht funktionieren.

Sie haben es ja auch wirklich schwer! Was machen verzweifelte Kollegen und Kolleginnen, damit es gelingt? Ich nehme einmal den Kollegen Berger: Berger dankt der CDU Krüchten, dass die Gemeinschaftsschule verhindert werden konnte! – Wenn Sie daraus Feieranlässe machen, dass regionale Schulentwicklung von Ihnen in eine solche Konfrontation getrieben wird, wissen wir doch, wes Geistes Kind Sie eigentlich sind.

Oder es gibt total ausgewogene Schulveranstaltungen – mit Herrn Sternberg zum Beispiel gerade in Köln –, wo nur aus einer Perspektive diskutiert wird. Es geht um die Fragen von G8, G9 und der Gemeinschaftsschule. Das ist ausgewogenste Diskussionskultur, die Sie uns da präsentieren. Herzlichen Dank!

Woran erinnert mich das eigentlich, was Sie heute hier vortragen? „Ministerin und Maulkorb“ – wissen Sie, was mir dabei zuerst eingefallen ist? Die Amtsvorgängerin von Frau Löhrmann hatte nämlich einen Maulkorb und neben sich einen politischen Kommissar, geschickt aus der Staatskanzlei, der die Geschäfte der Ministerin übernommen hat, die die fachlichen Veranstaltungen überhaupt nicht wahrnehmen durfte und nur die Begrüßung von Kindern und das Übergeben von Blumensträußen übernommen hat. Das hat sich in diesem Land glücklicherweise grundlegend gewandelt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich fand das schmerzlich. Ich will an dieser Stelle deutlich sagen: Ich schätze Frau Sommer menschlich sehr, aber sie hat leider nicht die fachlichen Ansprüche erfüllt, und sie musste die Vorgaben aus der Staatskanzlei des vorherigen Ministerpräsidenten abarbeiten, auch gegen fachliche Überzeugungen. Eine Ministerin, die sich selbst als „Püppi“ ins Haus einführt, während der Staatssekretär häufig mehr durch seine investigative Energie aufgefallen ist – das hat offensichtlich Ihr Verständnis von Politik in den Häusern geprägt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Nein!)

Also, neben der „Prinzessin Leia“ aus Bielefeld gab es auch den „Darth Vader“ im Schulministerium – Kollege Link hat schon darauf hingewiesen, was da im Land passiert ist –, und der hat selbst mal gern den Hörer in die Hand genommen, was Kolleginnen und Kollegen angeht, was die Bezirksregierung angeht, Entscheidungen an sich gezogen, und er ist vor allen Dingen vor Ort gewesen, um Städten und Gemeinden die Daumenschrauben anzulegen, wenn es darum ging, dass man sich um Gemein-

schaftsschulmodelle bemüht hat oder Gesamtschulen gründen wollte.

Das ist in der Tat die Praxis der letzten fünf Jahre gewesen. Und damit ist Schluss. Eine solche politische Kultur gibt es mit Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen nicht mehr.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie können den Zug der Zeit, die Schulentwicklung und die Entideologisierung der Schulentwicklung vor Ort nicht aufhalten.

(Ralf Witzel [FDP]: Sagen Sie doch mal was zu den aktuellen Vorgaben!)

Wir haben den Knoten und die Blockaden gelöst, und die Ministerin ist in den Kommunen eine hoch geschätzte Gesprächspartnerin.

Herr Witzel, ich komme gern zu Ihnen. Denn ich will noch ein bisschen daran erinnern, welche politische Kultur durch die FDP in diesem Land Raum geöffnet hat. Ich erinnere gern an – ich sage mal – IM Wolf. Ich darf auf eine Pressenotiz aus dem Jahr 2007 zurückgreifen. Da ging es um den Konflikt der GdP und der Personalräte mit dem damaligen Innenminister Wolf. Dazu sagte Herr Richter:

Ein Innenminister muss kein Diplomat sein, aber er braucht Problemlösungskompetenz und Dialogbereitschaft. Die vermissen wir bei Herrn Wolf. Er ist sosehr von Misstrauen geprägt, dass er offenbar beratungsresistent geworden ist und jede fachliche Kritik als Majestätsbeleidigung auffasst.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Wolf habe im Innenministerium eine Kultur des Misstrauens eingeführt und die bisherige kollegiale Zusammenarbeit zerstört. Hochrangige Führungskräfte – so Puttkammer – wurden entmündigt,

(Gunhild Böth [LINKE]: Hören und dann denken!)

dürfen kaum noch eigene Entscheidungen treffen und müssen sich, bevor sie ein Problem anpacken, erst einmal die Erlaubnis zum Denken holen.

Auch dieses passiert mit der rot-grünen Regierung nicht mehr; das ist abgestellt. Das prägt genau auch das Handeln in den nachgeordneten Behörden. Es gibt überhaupt keinen Hinweis darauf, dass das irgendwie anders gehandhabt wird.

Deswegen: Packen Sie diese absurde Debatte beiseite, diese absurde Debatte, die Sie hier hochzu ziehen versuchen!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ihre Aktuelle Stunde sagt eben sehr viel über Ihre Denke aus, so wie Sie es wahrscheinlich halten würden.

(Ralf Witzel [FDP]: Eben nicht! Es geht einzig und allein um Ihr Fehlverhalten!)

Es gibt in NRW in dieser Regierung keinen Minister und keine Ministerin, die einen Maulkorb austeilte. Das ist Fakt.

Kollege Link hat gerade schon ausgeführt, was ich mit meiner Kleinen Anfrage von der damaligen Landesregierung – zu Recht – über die Pflichtaufgaben und Loyalität von Beamten erhalten habe. Es gibt keinerlei Hinweise, dass dieses in Nordrhein-Westfalen nicht so weiter gepflegt wird, ganz im Gegenteil.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit.

Sigrid Beer (GRÜNE): Es gibt allerdings Beschwerden von Schulträgern, die sich gegen Stimmungsmache wehren wollen, die zum Teil von CDU und FDP vor Ort gemacht wird. Das ist Fakt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beer. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Abgeordnete Böth.

Gunhild Böth (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verteilt die Landesregierung politische „Maulkörbe“? – So heißt Ihr Antrag. Ich muss schon sagen, ich finde es unglaublich, was Sie sich hier leisten. Herr Link hat schon darauf hingewiesen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das müssen Sie gerade sagen!)

– Herr Laumann, zu Ihnen komme ich schon noch gleich.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Minister Johannes Remmel: Kommen Sie mal ganz langsam näher!)

Wenn Herr Sternberg davon spricht, dass Maulkörbe ein Skandal sind, dann kann ich nur sagen: Herr Professor Sternberg, ich freue mich auf die Debatte, wenn es ...

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das muss die Stasi-Partei gerade sagen! – Zurufe von SPD und GRÜNEN: Oh!)

– Herr Laumann, das ist doch wirklich arm, was Sie hier machen.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie alle sehr herzlich, auch durch Ihre Wortmeldungen jetzt nicht dazu beizutragen, dass es eine völlig unsachliche Debatte wird.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf)

Gunhild Böth (LINKE): Immer.

(Beifall von der LINKEN)

Herr Professor Sternberg, wenn Sie sagen, Maulkörbe sind ein Skandal, kann ich nur darauf hinweisen, dass Sie offensichtlich dazu einen zweiten Antrag stellen müssten.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Dann müssten Sie nämlich bei alledem, was Sie drum herum gesagt haben, eigentlich für die Abschaffung des Berufsbeamtentums sein, das 1933 wieder eingeführt worden ist, und zwar genau mit all diesen Aspekten, die Sie hier kritisiert haben.

Man muss deutlich sagen: Die politische Beteiligung von Beamtinnen und Beamten in ihrer Funktion als Beamtinnen und Beamte ist dadurch untersagt worden. Wenn Sie nicht wollen, dass das weiterhin so besteht, dann müssen Sie das Berufsbeamtentum verändern oder abschaffen. Was da im Detail gelau-fen ist, weiß ich nicht. Dazu höre ich mir gleich gern die Ministerin an.

Frau Pieper-von Heiden, wer das Landespersonalvertretungsgesetz so beschneidet, wie Sie das in der letzten Legislaturperiode gemacht haben, der sollte das Wort „Mitbestimmung im öffentlichen Dienst“ besser nicht mehr in den Mund nehmen.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Dass die CDU so viel über Beteiligung redet und doch jeder die Freiheit haben müsste, zu sagen und zu machen, was er will – das verschlägt einem nachgerade die Sprache.

Es gibt zurzeit eine Ministerin in der Bundesregierung, Frau Schröder, die angewiesen hat, dass die Initiativen und Organisationen, die Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ erhalten wollen, eine Gesinnungsprüfung all der Partner vornehmen sollen, mit denen sie zusammenarbeiten. Diese Gesinnungsprüfung, die dort vorgenommen werden soll, ist nach Professor Battis, einem bekannten und sicherlich auch von Ihnen anerkannten Staatsrechtler, schlicht und ergreifend verfassungswidrig.

(Beifall von der LINKEN und von der SPD)

Nur, das große Problem, Herr Laumann, besteht darin, dass die Empfänger der Projektmittel die Verfassungsmäßigkeit kaum durchsetzen können, weil sie einfach kein Geld bekommen, wenn sie das nicht mitmachen.

Es wird jetzt einen langen Rechtsstreit über die Frage geben, ob die Ministerin das überhaupt darf oder nicht. Solange man sich in diesem Rechtsstreit be-

findet, werden all die Projekte für Demokratie und Toleranz finanziell ausgetrocknet werden. Das ist die Methode, mit der Sie Menschen mundtot machen, die Ihnen nicht gefallen.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich finde diese Aktuelle Stunde eigentlich ganz nett. Mit der heutigen Aktuellen Stunde fragen nämlich die Fraktionen von CDU und FDP die Landesregierung, ob Lehrerinnen und Lehrern aus Fürsorge durch die Schulaufsicht bei Informationsveranstaltungen zum Thema Gemeinschaftsschule ein Maulkorb erteilt worden sei.

Lassen Sie mich eines nachdrücklich sagen: Ich bin eine große Anhängerin der Meinungsfreiheit. Ich halte sehr viel von Loyalität; ich halte aber gar nichts von Duckmäuserum.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Schließlich fordere ich unermüdlich rege Diskussionen und Meinungsaußerungen ein. Allein aus diesem Grund verbietet es sich für mich, Lehrerinnen und Lehrern einen Maulkorb zu verpassen, falls das hinter Ihrer Fragestellung stehen sollte. Auch aus meinem Haus hat es zumindest seit dem 15.07. keinen Maulkorb gegeben.

Bei allen Fragen zur Gemeinschaftsschule habe ich stets betont, dass ich einen größtmöglichen Konsens aller am Schulleben Beteiligten anstrebe. Konstruktive Kritik in der Sache ist dabei nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich erwünscht. Wer mich in Diskussionen erlebt, ob in Siegen, wo Kollegen von der CDU dabei gewesen sind, ob in der Bildungskonferenz – Herr Kaiser, da sind Sie auch dabei –, da machen sich die Menschen in der Regel auch genau dieses Bild von mir.

Deshalb verstehe ich den Sinn Ihrer Frage nicht, meine Damen und Herren von den Fraktionen der CDU und der FDP. Sie sprechen vermeintliche Vorgänge an, die die „Bild“-Zeitung vom 31. Januar 2011 und die „Westfalenpost“ vom 29. Januar 2011 aufgegriffen haben.

Dazu teile ich Ihnen gerne Folgendes mit – und das ist, glaube ich, meine Aufgabe und nicht die Aufgabe der Abgeordneten. Ich habe denen nicht gesagt, was sie sagen sollen, sondern das entscheiden sie in eigener, freier Verantwortung. Das ist vielleicht auch ein Unterschied zur Vorgängerregierung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Natürlich und selbstverständlich haben auch Lehrerinnen und Lehrer das Recht wie alle Bürgerinnen und Bürger, sich als Privatperson in der Öffentlichkeit zu äußern, ihre Meinung frei kundzutun oder sich politisch zu betätigen. Auch steht ihnen das Recht der Versammlungsfreiheit zu. Das alles ist letztendlich Ausdruck unserer demokratischen Kultur.

(Ralf Witzel [FDP]: Warum gilt das nicht für Personalversammlungen?)

Wie alle Beamtinnen und Beamte sind Lehrerinnen und Lehrer bei der Ausübung von Grundrechten – Herr Link hat darauf hingewiesen – allerdings gewissen Beschränkungen unterworfen. Diese sind in Gesetzen geregelt und ergeben sich im Wesentlichen aus dem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis zum Land als Arbeitgeber.

So haben Beamtinnen und Beamte in ihrer amtlichen Funktion oder wenn diese nach außen erkennbar wird – so drückt es das Landesbeamten gesetz aus –, die „gebotene Mäßigung und Zurückhaltung“ zu üben. Diese Erkenntnis ist zum einen nicht neu; sie galt natürlich auch unter den Vorgängerregierungen. Sie ist zum anderen auch in der Privatwirtschaft selbstverständlich, wenn es darum geht, ob Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitgeber öffentlich kritisieren dürfen.

Wenn einzelne Beamtinnen und Beamte den gesetzlich vorgegebenen Rahmen erkennbar überschreiten, dann führt die zuständige Schulaufsicht ein Beratungsgespräch mit ihnen. Genau das ist im Regierungsbezirk Arnsberg geschehen, im Übrigen ohne jede Einflussnahme aus meinem Haus, sondern wie üblich und richtig in eigener Verantwortung der Schulaufsicht. Auch das ist in Nordrhein-Westfalen geregelt. Ich kann aufgrund der Berichte nicht erkennen, dass die von mir gerade angesprochenen Grundsätze dort nicht beachtet wurden. Jedenfalls ist in keinem mir bekannt gewordenen Fall ein Maulkorb erteilt worden.

Herr Kaiser, Sie haben schon im Dezember ein parlamentarisches Nachspiel angefordert. Jetzt können Sie sagen: Die Löhrmann, die kann uns viel erzählen. In Arnsberg ist ein „Roter“ an der Spitze. Wer weiß, was die tun? – Ich will jetzt einen aufrechten Christdemokraten zu Wort kommen lassen, der dabei gewesen ist. Der Bürgermeister der Gemeinde Finnentrop schreibt – ich zitiere –:

„Sehr geehrter Herr Kaiser, lieber Klaus!

Mit einigem Entsetzen habe ich heute Morgen in der „Westfalenpost“ über den Aufreger „Maulkorb für Lehrer“ gelesen. Im Gegensatz zu Dir war ich in der fraglichen Veranstaltung anwesend. Diese Veranstaltung war als Informationsveranstaltung für die Eltern der dritten und vier-

ten Jahrgänge unserer Grundschulen angekündigt. Ausdrücklich waren aber auch die Lehrerinnen und Lehrer unserer hiesigen Schulen, die Kommunalpolitiker sowie die interessierte Öffentlichkeit eingeladen worden, um sich zu informieren.

Bevor überhaupt Eltern zu Wort kommen konnten, wurde die Veranstaltung sehr schnell fast ausschließlich durch Lehrerinnen und Lehrer in eine Diskussionsveranstaltung umfunktioniert. Was sich in diesem Rahmen einige der Pädagogen geleistet haben, ging sowohl der Form wie dem Inhalt nach über das einem Beamten zustehende Recht auf Meinungsausübung deutlich hinaus.“

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

„Eine der Pädagoginnen, die sich zwar als Elternteil bezeichnete, zitierte minutenlang aus Grundschulempfehlungen, die ihr ganz offensichtlich allein aus dienstlichem Anlass zugänglich waren. Ein Berufsschullehrer äußerte sich unter anderem über das Thema Inklusion in einer Art und Weise, die sicher ganz deutlich illoyal zu seinem Dienstherrn war. Auch NN“

– ein Schulleiter ist gemeint –

„hat sich in einer Weise geäußert, die auch gegenüber dem Schulträger, der Gemeinde Finnentrop, illoyal war, was ich ihm im Rahmen einer nachfolgenden Möglichkeit auch entsprechend angemerkt habe.“

Warum sich ein Leiter eines auswärtigen Gymnasiums in einer Informationsveranstaltung für Eltern aus der Gemeinde Finnentrop zu Wort meldet, ist mir ebenfalls unklar geblieben.

Von daher habe ich volles Verständnis dafür, dass die Bezirksregierung Arnsberg Anlass für dienstliche Gespräche gesehen hat. Ich glaube auch nicht, dass sich der Sachverhalt dafür eignet, ein parlamentarisches Nachspiel zu organisieren.

Ich stelle mir vielmehr die Frage, wie es Pädagogen, die selbst offenbar nur noch ihre Rechte und nicht mehr ihre Pflichten kennen, möglich sein soll, Schülerinnen und Schülern genau diese Wechselwirkung von Rechten und Pflichten beizubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Dein Dietmar Hess“

Ich nehme an, Herr Kaiser, Sie haben diesen Brief auch bekommen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Er ist mir im Übrigen nicht zugespielt worden, sondern ordnungsgemäß zugegangen. Herr Kaiser, ich frage Sie: Wer berät Sie, nachdem Sie es offenbar Ende Dezember zu den Akten gelegt hatten, das

jetzt nach sechs Wochen wieder aufzugreifen, weil Sie offenbar nichts anderes gegen unsere Schulpolitik finden?

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Da Herr Prof. Dr. Sternberg das „Schreckensregime“

(Zuruf von der SPD: Schrecken der Münsteraner!)

und die „Praxis des Apparates“ angesprochen hat, will ich nur ein Letztes sagen: Ich will mich gar nicht lange dabei aufhalten, über das Verhalten des ehemaligen Staatssekretärs Winands zu reden. Aber es sei mir gestattet ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Dann mache ich das gleich. Ich kann mich ja noch einmal melden. Ich bin gespannt auf den Wortbeitrag von Herrn Kaiser.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Kaiser.

(Serdar Yüksel [SPD]: Kaiser ohne Kleider!)

Klaus Kaiser (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Löhrmann, wenn Sie hier so sprechen und die Grundrechte hochhalten, dann möchte ich Sie auffordern, auch Ihr Handeln dementsprechend einzustellen. Das heißt, Sie können nicht sagen, Sie seien eine große Anhängerin der Meinungsfreiheit, und ausführen: Von uns aus wird nichts gemacht, um die Regierungspolitik in gutem Licht dastehen zu lassen und Lehrerinnen und Lehrer, die sich kritisch äußern, von Äußerungen abzuhalten.

Denn Ihr Handeln entspricht nicht Ihrer Rede. Das, Frau Löhrmann, wurde allein in den letzten Tagen deutlich. Ich bekam verstärkt Anrufe von Lehrerinnen und Lehrern, die um einen Termin nachfragten und sagten: Wir möchten mit Ihnen vertraulich und anonym sprechen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Was heißt denn „anonym“? Setzen die eine Mütze auf?)

Es wird deutlich – das zeige ich Ihnen jetzt an drei Beispielen auf –:

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sagen Sie mal was zu dem Brief!)

Aus gegebenem Anlass ...

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir wollen was zu dem Brief hören!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte dem Redner zuzuhören. Das Wort hat der Abgeordnete Kaiser.

Klaus Kaiser (CDU): Aus gegebenem Anlassweise ich auf einen Bericht über ein persönliches Gespräch mit einem Lehrer oder einer Lehrerin – das lasse ich offen – hin.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ausweichmanöver!)

Die Person hat nichts mit dem Fall Finnentrop zu tun und mir berichtet, dass sie eine Einladung zu einem Gespräch, einer Diskussion zur Gemeinschaftsschule erhalten hat. Die Bezirksregierung hat auf die Rückfrage erklärt: Wir raten Ihnen dringend von einer Beteiligung ab, weil Sie eventuell eine falsche Aussage zur Gemeinschaftsschule machen könnten und so Ihre Loyalitätspflicht verletzen könnten. – Das ist Praxis und kein Fantasiegebilde. Das ist im Schulwesen von Nordrhein-Westfalen vorgekommen, für das Sie die Verantwortung tragen, Frau Löhrmann.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Und jetzt was zu dem Brief!)

Ein anderes Beispiel kam von einer Schulleiterbesprechung,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Etwas zu dem Brief, kein anderes Beispiel!)

auf der besonders intensiv auf die Loyalitätspflicht hingewiesen und mitgeteilt wurde, die Leitentscheidung des zuständigen Rates sei abzuwarten und dann entsprechend umzusetzen. Bis zum Ratsbeschluss sei Zurückhaltung zu wahren.

Erzählt wurde mir auch folgendes Beispiel – das passt ganz gut zur morgen anstehenden „Mutter der Derbys“ in Dortmund –: In einem Fall wurde ein Vergleich gezogen, der von der Schwierigkeit der Bildung einer integrierten Fußballbundesliga aus 1. Bundesliga, 2. Bundesliga und Regionalliga berichtete und dies mit der Bildung einer Gemeinschaftsschule verglich. Ob der Vergleich passt oder nicht, er fällt auf jeden Fall unter das Recht der freien Meinungsäußerung. Verwunderlich war dann, dass zehn Tage nach dieser Äußerung in einer offenen Diskussion ein Fax der zuständigen Bezirksregierung mit der Bitte kam, diesen Fall doch vor Ort zu erläutern.

Wenn das kein Maulkorb ist, Frau Löhrmann, dann weiß ich nicht, was man als solchen bezeichnen sollte.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wenn das die Politik der Einladung sein soll, dann ist es die zynische Umschreibung für Durchregieren, um mit allen Mitteln Ihre Gemeinschaftsschule durchzusetzen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Zum Maulkorb kommen flächendeckende Werbeveranstaltungen für dieses Versuchsprojekt: Man berichtet uns von einer Offensive des MSW, zum Beispiel im Kreis Steinfurt, mit Schulleitungen aller Schulformen und Schulträger – sie alle wurden eingeladen – zur Schulpolitik in NRW. Wir können uns schon vorstellen, wie Sie Ihre Gemeinschaftsschule dort wie sauer Bier feilbieten.

Dazu passt eine offizielle Informationsbroschüre des Ministeriums, die an alle Grundschulen versandt wurde, in der die Gemeinschaftsschule wie jede Schulform des Regelsystems gleichberechtigt vorgestellt wird, als sei sie schon längst eingeführt und vor allem gesetzlich verankert.

Sehr geehrte Frau Löhrmann, als ich die ersten Andeutungen zu den Maulkörben hörte, habe ich dies für einen Einzelfall gehalten, der in einer großen Verwaltung auch vorkommen kann. Denn ich habe mir überhaupt nicht vorstellen können, dass eine solche Vorgehensweise von einer grünen Ministerin auch nur im Entferntesten toleriert werden könnte. Das war für mich unvorstellbar. Von daher glaube ich Ihren eben geäußerten Grundsätzen – nur, Sie müssen sie auch umsetzen. Wir fordern Sie auf, deutlich zu machen: Wir wollen keine Duckmäuser,

(Beifall von der CDU und von der FDP)

wir wollen die kritische Auseinandersetzung, wir wollen selbstbewusste Lehrer, die über einen Schulversuch reden können. Man muss sich einmal vorstellen: Sie regen einen Schulversuch an und wollen verhindern, dass offen darüber diskutiert wird. Sie sagen den Lehrern, sie sollten da besser wegbleiben – das sind keine Einzelfälle –, weil sie sich in falscher Richtung äußern könnten. Es könnte sogar dienstliche Folgen bis hin zu Gehaltskürzungen haben, hört man hier und da.

(Lachen von Sören Link [SPD])

Das heißt, es wird eingeschüchtert. Anstatt einer Einladung vollziehen Sie eine Politik der Einschüchterung.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: In welcher Republik leben Sie?)

Das ist nicht in Ordnung. Sie müssen dagegen vorgehen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Widerspruch von der SPD)

Aus dem Brief einer Bezirksregierung zitiere ich Folgendes:

In der Sache kann ich bestätigen, dass in Einzelfällen Lehrkräfte auf die Einhaltung ihrer beamten-

rechtlichen Pflichten hingewiesen wurden. Dies jedoch als Einschüchterungsversuch oder Maulkorb zu bezeichnen, wird weder der Sache noch der Rechtslage gerecht. Ich vermag unter keinem Gesichtspunkt ein undemokratisches Verhalten darin zu sehen, dass eine Behörde von Beamten des Landes rechtskonformes Verhalten einfordert.

Frau Löhrmann, wenn Sie die allgemeine Dienstanordnung für Lehrerinnen und Lehrer ansehen, steht insbesondere das Recht aus Art. 5 des Grundgesetzes, nämlich das Recht auf freie Meinungsäußerung, jeder Lehrerin und jedem Lehrer zu. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie sich als Eltern oder als Sachverständige entsprechend äußern. Es kann nicht sein, dass Leute zum Rapport bestellt werden, die sich als betroffene Eltern äußern und Kritik äußern. Diese neue Kultur bringen Sie hinein, die nicht hinzunehmen ist. Das ist für mich nicht denkbar. Sie wollen Betroffene zu Beteiligten machen. Sie machen aber das Gegenteil: Sie machen Beteiligte zu Betroffenen. Sie machen keine Politik der Einladung, sondern betreiben eine Politik der Einschüchterung.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Sie haben mit Ihrer Äußerung zwischendurch relativiert, von Ihrem Hause aus sei das nicht gegeben; die Bezirksregierungen seien selbstständig. Es ist etwas für Feinschmecker, das juristisch zu unterscheiden. Die Bezirksregierungen sind Ihnen nachgeordnet. Sie sind auch dafür verantwortlich, wie das Handeln von Bezirksregierungen vor Ort ankommt und wie das vor Ort praktiziert wird.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Da können Sie sich nicht herausreden. Deshalb möchte ich Ihnen, Frau Löhrmann, einige Forderungen mitgeben.

Erstens. Ich erwarte von Ihnen heute eine eindeutige Absage an jede Form von Bevormundung und Einschüchterung von Lehrerinnen und Lehrern.

Zweitens. Ich erwarte von Ihnen ein klares Bekenntnis zur Meinungsfreiheit nach Art. 5 des Grundgesetzes für alle Lehrerinnen und Lehrer,

(Widerspruch von der SPD und von den GRÜNEN)

sich als Privatpersonen und vor allem auch als besorgte Eltern frei und kritisch zu Schulfragen äußern zu dürfen.

(Karl Schultheis [SPD]: Die Ministerin ist schon vereidigt worden!)

Drittens. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie Lehrerinnen und Lehrer ermuntern, ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Kaiser, Sie müssen zum Schluss kommen.

Klaus Kaiser (CDU): Ich komme zum Schluss.

... sich aktiv an den erforderlichen Umstrukturierungsprozessen und pädagogischen Fragestellungen zu beteiligen. Hier darf es keine Denkverbote und Androhungen von Disziplinierung geben.

Viertens. Frau Löhrmann, ich erwarte von Ihnen, dass Sie unseren Lehrerinnen und Lehrern den Rücken stärken – und zwar allen und nicht nur den politisch genehmen.

(Widerspruch von der SPD und von den GRÜNEN)

Stellen Sie sich vor, eine CDU-geführte Landesregierung hätte eine solche Maulkorbpraxis toleriert!

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Kaiser.

Klaus Kaiser (CDU): Ich bin ganz sicher, dass dann jede Woche erneut Lichterketten vom Ministerium bis zum Landtag mit Ihnen an der Spitze, gefolgt von Frau Beer und Herrn Beckmann, gebildet worden wären.

(Beifall von der CDU)

Stellen Sie das eindeutig klar, damit die Lehrerinnen und Lehrer wissen:

(Zuruf von den GRÜNEN: Redezeit! – Zuruf von der SPD: Abpfiff!)

Wir wollen selbstbewusste Lehrer in unserem Lande haben. – Danke.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kaiser. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Hendricks.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne! Herr Kaiser, über Ihre Performance bin ich wirklich enttäuscht. Die Forderungen, die Sie an Frau Ministerin Löhrmann stellen, sind eigentlich durch ihre Vereidigung längst erledigt. Das heißt, sie hat sich bereits zu all diesen Forderungen ausgesprochen.

(Beifall von der SPD)

Sie hat darüber hinaus heute Morgen noch einmal ein klares Bekenntnis abgelegt. Sie hätten das hören können, wenn Sie bei der Rede von Frau Löhrmann zugehört haben.

Aber mir ist eigentlich im Verlauf dieser Aktuellen Stunde immer unklarer geworden, warum Sie sie eigentlich beantragt haben. Spätestens bei Ihrer Rede, Herr Kaiser, hatte ich das Gefühl, dass Sie auf einmal Angst vor den Entwicklungen im Land

haben und dass es Ihnen gar nicht mehr um die Frage der schützenswerten Situation von Lehrern und Lehrerinnen geht. Wir haben 17 genehmigte Gemeinschaftsschulen und viele zusätzliche Anträge. Daran lässt sich übrigens feststellen, dass es im breiten Konsens vor Ort mit den Beteiligten gelaufen ist. Sonst wären nämlich die kommunalen Beschlüsse und diese Anträge gar nicht zustande gekommen.

(Beifall von der SPD)

Ein zweiter Punkt. Natürlich, Herr Kaiser – Herr Sternberg, das ist auch eine Antwort an Sie –, kommt es auch zu Friktionen, weil es vor Ort einen Diskurs gibt. Er ist von uns auch gewollt: Wir wollen, dass dieser Diskurs stattfindet. Wenn Sie das als Ärger bezeichnen, Herr Sternberg, kann ich dazu nur sagen: Die einen sehen es als Ärger, andere sehen es als Meinungsfreiheit, und wieder andere sind der Meinung, man müsste intervenieren, wie Sie vorgeben, dass es passiert sei.

(Gunhild Böth [LINKE]: Herr Sternberg hört doch gar nicht zu!)

Wir können Ihnen nur sagen: Es ist nicht passiert.

(Klaus Kaiser [CDU]: Doch!)

– Nein, es ist in dieser Form, wie Sie es dargestellt haben, nicht passiert, Herr Kaiser. Wenn Lehrer und Lehrerinnen in der Tat zu einem klarenden Gespräch gebeten werden, ist das keine disziplinarische Maßnahme.

(Lachen von der CDU und von der FDP)

Interessant ist doch, Herr Kaiser, dass Frau Löhrmann eben aus einem Brief vorgelesen hat, der an Sie gerichtet ist. Angesichts dieses Briefes, der uns damit zur Kenntnis gegeben worden ist, halte ich es für einen Skandal, wenn ein Bürgermeister Ihnen schreibt, dass der Vorgang für eine parlamentarische Debatte nicht geeignet ist, und versucht, Ihnen den Sachverhalt darzustellen, Sie es dann aber zu einem Skandal hochziehen.

(Klaus Kaiser [CDU]: Wir reden über andere Fälle!)

– Ihr Ziel, Herr Kaiser, ist eine Skandalisierung der Gemeinschaftsschule über die Frage der Intervention der Schulaufsicht.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Herr Sternberg hat eben so schön von einer Wiederbelebung des Systems gesprochen. Lassen Sie mich an dieser Stelle einfach festhalten, meine Damen und Herren: Wir wiederbeleben kein System. Sie haben in der vergangenen Legislaturperiode ein System praktiziert, das genau das zum Inhalt hatte. Ihr Staatssekretär hat zum Telefonhörer gegriffen und Schulleiter angerufen, bei den Kommunen angerufen und bei der Bezirksregierung angerufen. Es

hat auch im Rahmen der letzten Kommunalwahl Interventionsaufträge aus Düsseldorf gegeben. Es hat immer und immer wieder Interventionen gegeben.

Ich habe unlängst noch mit einem guten Schulleiter gesprochen, der sich bedauerlicherweise vorzeitig hat pensionieren lassen, der mir gesagt hat: Ich war es einfach satt, die Anrufe von Herrn Winands zu bekommen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wenn ich gewusst hätte, dass ihr demnächst wieder regiert, hätte ich mich nicht vorzeitig pensionieren lassen.

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU und von der FDP)

Die Vorgänge in Horstmar/Schöppingen beweisen ebenso wie viele andere in Nordrhein-Westfalen, wie stark die Intervention des Ministeriums gewesen ist.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Frau Ministerin Löhrmann praktiziert einen völlig anderen Stil. Sie hat zu einer offenen Bildungskonferenz eingeladen, aus der sich die FDP leider verabschiedet hat. Sie führt unendlich viele Gespräche im Land. Sie sucht den Diskurs und möchte ihn auch haben, weil wir – nicht nur Frau Löhrmann, sondern auch wir – über den Diskurs lernen. Anschließend wissen wir, welche Felder wir neu beraten müssen und worüber wir uns noch mit den Menschen auseinandersetzen müssen. Für uns ist der Dialog mit den Menschen nämlich die Voraussetzung für Veränderung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von den Oppositionsbänken, bei Ihnen habe ich in der Zwischenzeit das Gefühl, dass diese Aktuelle Stunde in der Tat bestellt gewesen ist, um heute noch einmal die Gemeinschaftsschule zu thematisieren, die Sie eigentlich in den letzten Debatten schon abgefrühstückt haben. Sie hatten keine andere Möglichkeit, dieses Thema heute noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen.

Nun wollen Sie versuchen, die Gemeinschaftsschule, die zum Erfolgsmodell in Nordrhein-Westfalen wird, zu skandalisieren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und von der FDP)

Sehr geehrter Herr Kaiser, wir haben Ihnen in der Zwischenzeit mehrfach das Angebot unterbreitet, in die sachliche Diskussion einzusteigen. Ihr Auftritt heute Morgen war nicht nur schwach, sondern auch unsachlich. Wir bieten Ihnen weiterhin an, das sachliche Gespräch mit uns zu führen – aber dann bitte auch nicht, indem Sie Mittelbehörden beschuldigen, Dinge zu tun, die sie so nicht getan haben.

Vielleicht hat die CDU in dieser Aktuellen Stunde heute Morgen auch die Chance gesehen, nicht in

das Nirvana des Nicht-mehr-Vorhandenseins zu fallen, wie Heike Schmoll das in ihrem Kommentar „Schulpolitik ohne Union“ in der „FAZ“ so schön schreibt. Ich erlaube mir, zu zitieren:

„Was also bleibt der CDU in den Ländern auf einem der letzten Felder eigener Gestaltungsmöglichkeiten zu tun? ... Es wird schwierig, ein echtes schulpolitisches Programm zu entwickeln, ...“

Meine Damen und Herren von der Opposition, mit solchen Aktionen wie dieser Aktuellen Stunde entwickeln Sie auch kein schulpolitisches Programm!

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Hendricks. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Löhrmann, die Latte liegt bei Ihren moralischen Ansprüchen natürlich sehr hoch.

(Nadja Lüders [SPD]: Sie haben gar keine! – Gunhild Böth [LINKE]: Lag sie bei Ihrer Regierung niedriger?)

Man muss sich nämlich einmal anschauen, wie Sie in den letzten fünf Jahren die Politik der Vorgängerregierung hier begleitet haben. An dem, was Sie in Bezug auf Kultur im Umgang damals eingefordert haben, müssen Sie sich heute natürlich messen lassen.

Frau Ministerin Löhrmann, deswegen sagen wir Ihnen ganz klar, dass zwei Dinge nicht zusammenpassen, nämlich die Einladungsrhetorik auf der einen Seite und die Ausladungskultur auf der anderen Seite,

(Beifall von der FDP und von der CDU)

in deren Rahmen Lehrern empfohlen wird, von ihrer Versammlungsfreiheit nicht Gebrauch zu machen. Anspruch und Wirklichkeit, Reden und Handeln – daran müssen Sie sich messen lassen.

Frau Löhrmann, ich sage hier auch sehr ausgewogen: Selbstverständlich gibt es eine Loyalitätspflicht für Beamte – im Übrigen auch für andere Arbeitnehmer,

(Gunhild Böth [LINKE]: Aha!)

nicht nur für die mit Beamtenstatus.

(Gunhild Böth [LINKE]: Aha!)

Ich bin der Erste, den Sie hier bemühen können, um Sie zu verteidigen, wenn Beamte oder auch öffentlich Angestellte im Schuldienst sich abfällig über Sie äußern. Wenn ein Lehrer oder ein Schulleiter in der

Zeitung eine Anzeige mit der Botschaft „NRW braucht dringend eine neue Bildungsministerin“ schalten würde, würde ich ihm zwar inhaltlich recht geben; Sie hätten aber meine volle Unterstützung dabei, mit disziplinarischen Maßnahmen gegen ein solches Verhalten vorzugehen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Deshalb muss man sich hier auch einmal die Sachverhalte anschauen, wenn es um inhaltliche Wilensbildung geht. An dieser Stelle fällt eines auf, Frau Löhrmann:

Immer dann, wenn es Personen gibt, die Ihre Politik unterstützen und die Politik der Vorgängerlandesregierung kritisieren, ermuntern Sie zum Diskurs. Sie laden überall G8-Protestrunden ein. Dort sagen Sie: „Ihr Kinderlein kommt und berichtet doch einmal, wie schlimm das, was die Vorgängerregierung gemacht hat, in den letzten Jahren alles war“, und stehen da wie der Messias, der alles besser machen will.

Wenn es aber Beteiligte im Schulwesen gibt, die sich auch einmal kritisch mit Ihrer Politik auseinandersetzen wollen, gilt diese Einladungskultur nicht. Dann werden Leute beraten, gerade nicht zu Foren zu kommen,

(Beifall von der FDP – Gunhild Böth [LINKE]: Das ist doch Quatsch!)

bei denen man sich entsprechend aussprechen kann, damit dort keine Zweifel an Ihrem schulpolitischen Labor geäußert werden.

(Sören Link [SPD]: Ich glaube, Sie haben geschlafen, Herr Witzel!)

Frau Ministerin, das waren viele Fälle. Es geht ja nicht um einen einzelnen Fall. Bei einem Einzelfall kann man immer mal diese oder jene Meinung haben, was noch zulässig war und was nicht. Hier geht es um das landesweit in mehreren Bezirksregierungen aufgetretene und damit flächendeckende Phänomen, dass bei Lehrern die Angst umgeht, sich offen mit der völlig neu konzipierten rot-grünen Bildungspolitik dieser Minderheitsregierung inhaltlich auseinanderzusetzen.

Die Menschen, die die Versammlungen besuchen, sind diejenigen, die das Gesetz verteidigen. Sie sagen nämlich, dass das Gesetz bestimmte Angaben über die Ordnung unseres Schulwesens enthält. Diejenigen, die sich damit identifizieren, das Ganze die letzten Jahre gelebt haben, auch zu der Schulform stehen und das deutlich machen, äußern sich für das, was im Gesetz steht.

(Sören Link [SPD]: Die sind quasi Märtyrer! Ja, hallo? Jetzt wird mir einiges klar!)

Sie hingegen machen eine Schulpolitik am Gesetz vorbei. Wer daran Zweifel hat, muss diese auch zukünftig in unserem Land äußern dürfen.

(Beifall von der FDP)

Frau Ministerin Löhrmann, es ist wirklich auffällig. Sie laden in der Tat viele Diskursrunden ein. Das bezweifelt niemand. Sie stellen sich auch vielen Dialogen. Das bestreitet ebenfalls niemand. Überall dort, wo Sie Akteur sind, suchen Sie die Leute, die meinungsbildend tätig werden, aber ganz einseitig aus. Damit determinieren Sie von vornherein, was dabei herauskommt.

(Sören Link [SPD]: Sie leben in einer Parallelwelt, Herr Witzel!)

Zu den Dialogforen Ihres Ministeriums laden Sie eben nicht alle ein, um offen zu diskutieren, welche Vorzüge und Nachteile beispielsweise die sogenannte Gemeinschaftsschule hat. Vielmehr gibt es handverlesene Listen ausschließlich von Leuten, die dort Ihre Position abbilden –

(Gunhild Böth [LINKE]: Das ist doch Quatsch! Das wissen Sie auch!)

lange Listen von Referenten, die fast alle in Ihrem Sinne argumentieren. Das hat mit einem offenen Diskurs, einem wirklichen bildungspolitischen Dialog, in dem auch Pro und Kontra ausgetauscht werden, nichts zu tun.

(Beifall von der FDP)

Frau Ministerin Löhrmann, gestatten Sie mir deshalb eine letzte Bemerkung. – Uns liegt als Opposition viel an Schulfrieden. Das ist ein sehr hohes Gut, weil es hier um Menschen geht, nämlich um Kinder und Jugendliche. Wir haben ein Interesse an Schulfrieden. Frieden bedeutet, dass man sich aufeinander zubewegen muss und auch kompromissfähig sein muss.

(Sören Link [SPD]: Sehr richtig!)

Das sind wir ausdrücklich. Dafür bieten wir Ihnen auch jeden Dialog auf Augenhöhe an. Aber das setzt eben auch voraus, dass Sie diesem Parlament darlegen, ob Sie bereit sind, sich wieder Richtung Mitte hin zu bewegen,

(Sören Link [SPD]: Wir waren überhaupt nie da weg, Herr Witzel!)

und ob Sie verhandlungsbereit sind und bereit sind, Ziele, die in Ihrem Koalitionsvertrag stehen, zur Disposition zu stellen, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Sie achten auf Ihre Redezeit, Herr Kollege Witzel?

Ralf Witzel (FDP): ... um mit der Opposition zum Schulfrieden zu kommen, ob Sie bereit sind, sich von Ankündigungen zu verabschieden und davon, nur die eine Schule für alle zu wollen und ein Drittel aller Schulen in sogenannte Gemeinschaftsschulen

umzuwandeln. Wenn Sie da Flexibilität zeigen und mentale Offenheit, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Witzel, Ihre Redezeit ist schon überschritten.

Ralf Witzel (FDP): ... das wäre ein Signal für Schulfrieden in diesem Land.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Beer das Wort.

(Zuruf von Reiner Priggen [GRÜNE])

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kaiser, wenn Sie ein bisschen politisches Rückgrat und Anstand gehabt hätten, dann hätten Sie sich eben erst einmal bei der Ministerin entschuldigt.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Ich frage mich, geschätzter Kollege:

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Was hat Sie denn eigentlich getrieben, gegen den Rat des Bürgermeisters aus Finnentrop so zu agieren, der Ihnen ausdrücklich davon abgeraten hat – das haben wir ja eben gehört –, das für eine parlamentarische Inszenierung zu nutzen?

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Wer treibt Sie eigentlich in solche Inszenierungen hinein? Das ist ja nichts anderes als der Versuch einer Inszenierung. Das reicht von dem, was Sie uns dargeboten haben, bis zur Witzel-Paranoia in Sachen Gemeinschaftsschule, die wir zum Schluss gehört haben. Das ist doch immer dasselbe Spielchen, das Sie versuchen, und Sie scheitern.

Es ist ja offensichtlich der Akzeptanz, auf die die rot-grüne Politik stößt, geschuldet, die Sie so aus dem Gleichgewicht bringt, dass Sie hier versuchen, uns diese Aufführung vorzustellen. Es ist doch wirklich armselig, was Sie hier präsentieren, und dass Sie dafür das Instrument der Aktuellen Stunde nutzen. Ich finde das peinlich, was Sie uns hier heute Morgen geboten haben.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Dass den Schulträgern und gerade auch den CDU-Bürgermeistern der Kragen platzt bei dem, was Sie hier Landtag vollführen, das haben Sie doch auf Ihren eigenen Parteiveranstaltungen – dort gab es Gegenfeuer – erlebt. Sie legen hier einerseits Pa-

piere vor, in denen das steht, was Herr Laumann auch sagt, nämlich: Wir können mit den Gemeinschaftsschulen vor Ort leben. Andererseits führen Sie dann hier wieder diese Inszenierung mit falschen Argumenten und mit einer falschen Linie,

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

gerichtet gegen Ihre eigenen Leute, auf.

(Sören Link [SPD]: Mit falschen Behauptungen!)

Sie nehmen das nicht ernst, was Ihnen persönlich mitgeteilt wird.

Dass die moralische Latte bei Frau Löhrmann höher liegt als bei der FDP, wen wundert das denn eigentlich?

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das ist überhaupt keine Frage.

Herr Witzel, bevor wir auf Ihr Angebot angewiesen sein sollten: Nein, herzlichen Dank! Denn mit dem, was Sie hier vorgetragen haben, haben Sie sich endgültig aus der Debatte um Schulentwicklung für Nordrhein-Westfalen verabschiedet. Es ist immer wieder das gleiche Mantra,

(Ralf Witzel [FDP]: Sie betreiben nur die Abwicklung unserer heutigen Bildungslandschaft der Schulvielfalt!)

das Sie hier produzieren.

Von daher ist ja auch gerechtfertigt, wie Sie im Augenblick politisch dastehen. Sie kriegen einfach nicht die Kurve. Sie machen Ihren Stiefel weiter. Die Wähler und Wählerinnen werden Ihnen dafür dann auch die entsprechende Quittung ausstellen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Immer munter am Thema vorbei!)

Eines kann ich nicht verstehen, Herr Kaiser. Haben Sie uns hier eben eigentlich vorgetragen, dass Sie das Beamtenrecht aushebeln wollen und die Pflicht zur Neutralität, Loyalität und Zurückhaltung gemäß §§ 33 und 34 in diesem Land nicht mehr gelten sollten?

Das hat Ihnen doch auch Ihr Parteikollege mitgeteilt, dass hier nicht Eltern aufgetreten sind, sondern Menschen in Schulfunktionen, und dass er die Bezirksregierung gebeten hat, dort entsprechend tätig zu werden, weil genau diese Gebote massiv verletzt worden sind.

Sie beflügeln auch noch ein solches Verhalten. Ich bin wirklich enttäuscht von Ihnen, Herr Kaiser. Das, was Sie hier heute Morgen performt haben, entspricht eigentlich nicht der Seriosität Ihrer bisherigen schulpolitischen Äußerungen in den letzten fünf Jahren

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD) und auch am Anfang dieser Legislatur.

Ich kann Sie nur bitten, die parlamentarische Zeit nicht mit diesem Theater zu belasten, sondern wirklich Schulpolitik für die Menschen zu machen und da den Dialog zu suchen. Dann werden Sie genau die richtigen Antworten finden. Auf diesem Weg, dialogorientiert, offen und auch zu kritischen Stellungnahmen einladend, machen wir weiter, macht die Ministerin weiter. Das hat sie eben deutlich gemacht.

(Zuruf von Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU])

– Ja, Herr Sternberg, diese Veranstaltung in Köln, die Sie planen, hat genau das gleiche Muster.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie sind auch ein Rädchen in diesem Getriebe, das in der Landtagsfraktion Gegenpolitik gegen die CDU-Bürgermeister betreibt,

(Ralf Witzel [FDP]: Eine Politik für Bildungsqualität und Schulvielfalt, das sind Fremdwörter für Sie!)

die in Briefen andere Schulmodelle fordern und schreiben: Wir wollen eine andere Schulpolitik.

Wenn Sie diesen Graben, den Sie versuchen, durch das Land zu ziehen, nicht zuschütten, dann werden Sie bei den Wählerinnen und Wählern in Nordrhein-Westfalen nicht Fuß fassen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Kollegin Böth.

Gunhild Böth (LINKE): Danke, Frau Präsidentin. – Meine Damen und Herren! Herr Kaiser, es erstaunt mich doch sehr, was Sie hier über das Beamtenrecht gesagt haben und darüber, was Lehrerinnen und Lehrer alles tun dürfen. Das erstaunt mich deshalb, weil nach meiner Information die CDU in Nordrhein-Westfalen immer noch den Maulwurf sucht, der Informationen aus der eigenen Geschäftsstelle an die Öffentlichkeit gegeben hat, und zwar mit dem Ziel, ihn – soweit ich das weiß – aus dem Dienst bei der CDU zu entfernen. Die FDP hat ja das Gleiche gehabt und hat mit illoyalen Angestellten im Büro von Herrn Westerwelle das Gleiche praktiziert.

Nun tun Sie jetzt so, als wäre das, was Sie in Ihren Parteien betreffend die Illoyalität – wahrscheinlich zu Recht; ich kann das nicht beurteilen – gemacht haben, im Schuldienst in Nordrhein-Westfalen ebenso geschehen. Ich habe mir die Ministerin an-

gehört. Ich habe mir den Bericht angehört. Ich kann nicht erkennen, dass das das Gleiche ist.

Außerdem möchte ich noch etwas zum Verständnis der CDU sagen. Ich selber habe in den 80er-Jahren im Rahmen meiner dienstlichen Tätigkeit im Politikunterricht den Eltern für ihre jugendlichen Kinder ein Buch, nämlich Günter Amendts „Sexfront“, empfohlen.

(Beifall von der LINKEN und von den GRÜNEN)

Daraufhin wurde von Eltern bei der CDU angerufen, damit die CDU dafür sorge, dass ich aus dem Schuldienst entfernt würde. Dieses hat interessanterweise ein CDU-Bundestagsabgeordneter gestoppt, weil er erstens das Buch gut fand und zweitens mit einer Realschullehrerin verheiratet war und sagte: Das ist doch alles Schwachsinn. Das können wir gar nicht machen. – Die hatten nämlich den Brief an die Bezirksregierung schon geschrieben. Offensichtlich also hält sich die CDU in ihrer eigenen Parteilichkeit auch noch für die Dienstaufsicht über Lehrerinnen und Lehrer. Dies offenbart ein merkwürdiges Verständnis. Darüber sollten Sie nachdenken.

Herr Michalowsky, der Parlamentarische Geschäftsführer der Linken, hat in seiner Freizeit als Bürger an einer Bürgerinitiative gegen den Ausbau der B 224 in seiner Heimatstadt teilgenommen. Daraufhin hat ein CDU-Ratsmitglied dem Bürgermeister geschrieben – schließlich war Herr Michalowsky städtischer Angestellter –, er möge Herrn Michalowsky bitte aus dem Dienst entfernen. Dies tat er nicht nur einmal, sondern zweimal. Er sollte also aus dem Dienst entfernt werden, weil er als Privatperson teilgenommen hat. Das ist ein Verständnis der CDU, welches Sie jeder moralischen Kompetenz desavouiert, dieses hier überhaupt zu diskutieren.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Böth. – Jetzt hat Frau Ministerin Löhrmann wieder das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Witzel, zwei Punkte möchte ich zu Ihrem Beitrag sagen.

Auf das vergiftete Rittertum, das Sie mir anbieten, möchte ich zunächst einmal – so weit ist es noch nicht gekommen – verzichten. Ich finde es geradezu perfide, wie Sie hier wieder einmal versucht haben, einen Schulversuch, der auf der gesetzlichen Grundlage des § 25 eines Gesetzes, das Sie hier verabschiedet haben, basiert, zu diskreditieren und als illegal hinzustellen. – Das ist das Erste, was ich Ihnen sagen möchte.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Das alles ist doch eine Farce!)

Das Zweite, was ich Ihnen sagen möchte, Herr Witzel, ist: Ich habe, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, zu einer Bildungskonferenz eingeladen, und ich habe zu dieser Bildungskonferenz alle gemäß der bereinigten Amtlichen Sammlung der Schulvorschriften vorgesehenen Institutionen und Verbände eingeladen. Denn dies erschien mir als die Grundlage, auf der ich mich mit allen Beteiligten darüber beraten und ausloten wollte und will, wie wir das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen weiterentwickeln können. Natürlich habe ich auch die Fraktionen des Hauses dazu eingeladen. Leider haben Sie sich schon nach einer Sitzung verabschiedet; auch ein Verband hat sich bereits nach einer Sitzung verabschiedet. Alle anderen sind dabei geblieben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Kaiser, auch Sie haben an dieser Veranstaltung letztens teilgenommen.

(Widerspruch von Klaus Kaiser [CDU])

– Doch, Sie waren letztens in der Bildungskonferenz.

(Gunhild Böth [LINKE]: Ja, sicher war er da!
– Klaus Kaiser [CDU]: In welcher?)

– Natürlich waren Sie da.

(Zurufe von der SPD: Das weiß er nicht mehr! Er kann ja nicht alles wissen!)

Sie haben vielleicht mitbekommen, dass dort aufgrund der Diskussionen in den Arbeitsgruppen ein Klima herrscht, in dem ausgelotet werden soll, ob wir in Nordrhein-Westfalen einen Schulkonsens für die Weiterentwicklung unseres Schulsystems finden. Viele der Beteiligten haben gelobt, dass es diesen Diskurs in dieser Weise in Nordrhein-Westfalen gibt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich möchte daran erinnern und es der Öffentlichkeit darstellen. Denn mich betreffend ist durch Ihre Beiträge heute der Eindruck erweckt worden, ich sei entweder eine Schauspielerin, blöd oder ein Monster. Deswegen möchte ich unterstreichen, dass ich auch in dieser Konferenz ausdrücklich dazu ermuntert habe, dass Kritik auf den Tisch kommt; und Kritik ist auch geäußert worden. Denn ich halte nichts davon, dass Kritik nicht geäußert wird. Vielmehr setze ich mich gerne mit geäußerter Kritik auseinander, meine Damen und Herren. Denn nur das kann uns alle in der Sache weiterbringen. Wer mich erlebt, wird erkennen, dass ich genau so verfahre.

Was für eine Vorstellung von Anmaßung präsentieren Sie hier! Wir haben 190.000 Lehrerinnen und Lehrer. Wie könnte ich auf die Idee kommen, nachzuhalten, wer was wo sagt! Das ist doch absurd.

(Ralf Witzel [FDP]: Das passiert doch! Das geschieht doch massenhaft! Überall aus dem Land kriegen wir die Mails!)

Die Wünsche, Herr Kaiser, die geäußert worden sind, habe ich eben vorgetragen, und ich bin ganz klar auf sie eingegangen. Ich möchte in Nordrhein-Westfalen keinen Maulkorb. Ich glaube, das habe ich eben zweimal gesagt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben mir noch nicht einmal zugehört, sondern Ihre vorbereiteten Reden abgelesen. Das haben Sie gemacht.

(Ralf Witzel [FDP]: Es wird doch anders gehandhabt!)

Das Ihr politischer Diskurs, den Sie hier verfolgen.

Einige Kollegen – vielleicht nicht die, die jetzt beteiligt waren – haben meinen Stil auch live erleben können. Auf der Veranstaltung in Siegen haben sich Schulleiter sehr kritisch über den Schulversuch G8/G9 geäußert. Meinen Sie, ich bin da hingegangen, habe mir die Namen der Lehrerinnen und Lehrer aufgeschrieben und ihnen irgendetwas dienstrechtlich angedroht? – Das ist geradezu absurd und fällt auf Sie und Ihre Art, wie Sie offenbar vorgehen, zurück, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Herr Kaiser, ich wiederhole es wirklich gerne noch einmal:

(Ralf Witzel [FDP]: Sie kennen doch die Fallbeispiele! Das hat sich doch keiner ausgedacht!)

Lehrerinnen und Lehrer dürfen und sollen sich zu schulpolitischen Themen kritisch äußern. Dazu sind sie aus meiner Sicht als unmittelbar Betroffene geradezu aufgefordert. Die dabei zu beachtenden Spielregeln ergeben sich aus dem Dienstrecht für Beamten und Beamte. Diese sind allen bekannt, und daran halten sich in der Regel auch alle. Unter Beachtung dieser Regeln ist es allen Lehrerinnen und Lehrern möglich, sich offen und kritisch zu äußern.

Nun möchte ich noch einmal an das anknüpfen – das habe ich eben gesagt –, was mir wichtig ist, nämlich an das Verhalten des ehemaligen Staatssekretärs Winands. Ich will an etwas erinnern, was ich seinerzeit selbst erlebt habe.

Als es Diskussionen über eine Abituraufgabe gab – es ging um das Gedicht „Vergänglichkeit der Schönheit“; dieser Vorfall ist ja mittlerweile legendär –, schreckte Herr Winands nicht einmal vor Drohgebärden mir als damaliger Fraktionsvorsitzenden gegenüber zurück. Er hat mir juristische Schritte angedroht und gesagt, was ich zu tun hätte. Er hat Sprechzettel entworfen, die ich bitte vortragen möge; dann hätte er

von diesen juristischen Schritten absehen können. Herr Krautscheid – er ist gerade nicht anwesend – könnte das bestätigen.

Dazu sage ich nur eines: Ich will mich nicht mit der Vergangenheit beschäftigen. Die Ära Winands war nicht schön, aber vergänglich. Sei's drum. Ich möchte in einem offenen politischen Diskurs weiter an den Schulen der Zukunft arbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Kaiser das Wort.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht nur so viel zur Klarstellung: Frau Beer, die Beispiele, die ich hier genannt habe, kamen nicht aus Finnentrop. Insofern gibt es für Ihre Sorge, ob ich vielleicht einem Rat eines Parteifreundes nicht folgen würde, keinen Anlass. Denn: Da die Beispiele nicht aus Finnentrop stammen, habe ich Beispiele aus Finnentrop auch nicht politisiert.

Zu Finnentrop kann ich Ihnen aber folgende Geschichte erzählen: Die Gemeinschaftsschule in Finnentrop ist genehmigt worden, obwohl die Eltern mehrheitlich dagegen waren.

(Dietmar Brockes [FDP]: Aha!)

Die Gemeinschaftsschule in Finnentrop ist genehmigt worden, obwohl die Schulen mehrheitlich dagegen waren.

(Ralf Witzel [FDP]: Alle Vorschriften verboten!)

Und die Gemeinschaftsschule in Finnentrop

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Wer hat denn da die Mehrheit? Hat da nicht die CDU die Mehrheit?)

ist genehmigt worden, obwohl alle umliegenden Kommunen dagegen waren. Das widerspricht den von Ihnen selbst aufgestellten Prinzipien.

Frau Löhrmann, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie auf das gute Klima in der Bildungskonferenz hingewiesen haben. Ich glaube auch, dass auf der Ebene sachlich gesprochen wird.

Ein klares Bekenntnis von Ihnen erwarte ich aber bezüglich der Diskussionen vor Ort. Ich wünsche mir von Ihnen die Aussage: „Ich möchte gerne, dass Lehrerinnen und Lehrer, ohne bei der Bezirksregierung nachfragen zu müssen, an Diskussionen um die Einführung von Gemeinschaftsschulen vor Ort teilnehmen und sich äußern können, wie sie wol-

len.“ Das hielte ich für vernünftig, und das wäre der richtige Weg.

Sie haben ausgeführt: „Ich möchte, dass es keinen Maulkorb gibt.“ – Frau Löhrmann, ich erwarte von einer Ministerin, dass sie zusichert: „Ich sorge dafür, dass es im Zuständigkeitsbereich meines Ministeriums und der Landesregierung keinen Maulkorb für Lehrerinnen und Lehrer gibt.“ – „Ich möchte“ oder „Ich sorge dafür“, das ist der kleine, aber essentielle Unterschied.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Dann kämen wir etwas näher zusammen. Dann würden Handeln und Rhetorik zusammenpassen. Nach dem, was uns geschildert wird, wird sublim und subtil dafür gesorgt, dass sich kritische Leute nicht öffentlich äußern dürfen. Diese Kultur muss von Anfang an ausradiert werden. Es muss für ein Klima der Meinungsfreiheit gesorgt werden.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wenn wir uns darauf einigen, Frau Löhrmann, dann hat diese Aktuelle Stunde wirklich Sinn gemacht. Das Geschehen in der Praxis, von dem ich und andere berichtet haben, deutet auf ein anderes Verhalten hin. Sorgen Sie also dafür, dass sich Lehrerinnen und Lehrer darauf verlassen können, dass ihre Meinung, ihre Expertise gefragt sind, egal, ob sie wohlmeinend oder kritisch sind. Darum geht es, um nicht mehr und nicht weniger. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Kollege Kaiser. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Große Brömer das Wort.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kaiser, ich hatte eigentlich erwartet, dass Sie etwas selbstkritischer mit der Situation in Finnentrop umgehen und nicht die alte Leier bezüglich der anderen Mehrheiten wiederholen würden. Wenn man sechs Wochen lang einen Brief unter Verschluss hält, den man selbst bekommen hat, der den Inhalt dieser Aktuellen Stunde ganz massiv infrage stellt, dann sind Selbstzweifel und zumindest ein geringes Maß an Selbstkritik angebracht, gerade hier in diesem Hause und gerade auch gegenüber der Ministerin Löhrmann.

(Beifall von der SPD)

Und wenn man wieder, trotz wiederholter Darstellung von Frau Ministerin, was sie unter Offenheit in der Schulpolitik und in der Schullandschaft versteht, dieselben Forderungen aufstellt wie im Eingangsstatement, Kollege Kaiser, Kollege Witzel, dann wird deutlich: Diese Aktuelle Stunde ist ein einzigartiger Rohrkrepierer. Sie ist ein Rohrkrepierer, weil der Anlass nicht vorhanden ist, den Sie meinen, unter-

stellen zu müssen. Sie ist ein Rohrkrepierer, weil sich hier der Bock zum Gärtner gemacht hat, Kollege Kaiser.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Kollege Link hat eben daran erinnert, dass die Kollegin Beer seinerzeit eine Kleine Anfrage gestellt und nicht eine Aktuelle Stunde beantragt hat. Als der Schwindel der alten Landesregierung mit der Besetzung von Lehrerstellen vor Ort diskutiert wurde, weil sich die Menschen verwundert die Augen rieben, da sie zwar in der Zeitung lasen, es kämen mehr Lehrer, sie davon aber nichts merkten, und Landtagsabgeordnete bei Schulleitungen angerufen und gefragt haben, wie es mit der Lehrerbesetzung aussieht, da hat der Scharfmacher Staatssekretär Winands diese Schulleitungen verdonnert, selbst den Landtagsabgeordneten keine Auskünfte über die Besetzung von Lehrerstellen an den Schulen in ihrem Wahlkreis zu geben. Das war ein Maulkorb im reinsten Sinne des Wortes. Darüber sollten Sie einmal nachdenken, auch darüber, ob es nicht völlig unterschiedliche Anlässe sind.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Dass der Kollege Witzel von einer moralischen Latte spricht, zeigt seine Überforderung. Kollege Witzel, wer bedauert, dass eine moralische Latte zu hoch gehängt worden ist, der macht deutlich, wo er sich selbst befindet, nämlich ganz weit darunter.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wenn man sich, wie Sie gerade betont haben, aus der Bildungskonferenz zurückzieht, weil man merkt, man ist als FDP, zumindest Sie als Person, in dieser Runde völlig isoliert, weil man in der Atmosphäre des Diskurses und der offenen Diskussion völlig allein steht und weil man feststellen muss, dass seine Position völlig daneben und nicht einmal Minderheitsposition, sondern Solitärposition ist, dann aber einen Popanz aufbaut nach dem Motto „Die Gemeinschaftsschulen in diesem Lande werden nur deswegen genehmigt, weil vom Ministerium Druck ausgeübt wird, weil Meinungsterror und Ähnliches inszeniert wird“, dann zeigt das Ihr bescheidenes, beschränktes Weltbild.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie können sich einfach nicht vorstellen, dass die Menschen in der Sache entscheiden und deshalb die Gemeinschaftsschule haben wollen. Sie sehen nur den Druck von oben und von außen. Das bestätigt Ihr Weltbild, und das ist ein sehr trauriges.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Ralf Witzel [FDP]: Warum meiden Sie dann fairen Wettbewerb mit all den Privilegien!)

Nun möchte ich noch etwas aus eigener Erfahrung berichten. Wenn Sie, Kollege Witzel, an den Arbeitsgemeinschaften der Bildungskonferenzen weiterhin teilgenommen und Ministeriumsbeschäftigte bei einem Kaffee gesprochen hätten, dann wüssten Sie: Mit dem Regierungswechsel hat es sich schlagartig in diesem Ministerium geändert. Hier macht man sich nicht mehr verdächtig, wenn man zu zweit auf dem Flur steht und Gespräche führt, sondern es herrscht eine offene Atmosphäre. Und wenn diese Aussagen selbst von CDU-Mitgliedern im Ministerium kommen, dann wird es eigentlich Zeit, darüber nachzudenken, was in Ihren fünf Regierungsjahren gerade in diesem Ministerium falsch gemacht worden ist.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Dieser Zeitpunkt des Nachdenkens müsste langsam kommen. Ich hoffe, dass dies bei Ihnen Nachdenkungsprozesse einleitet.

Fazit: Diese Aktuelle Stunde demonstriert die gigantische Hilflosigkeit, die bei Ihnen ob Ihrer bildungspolitischen Position herrscht; das ist schon unbeschreiblich. Deswegen ist es schade um die Zeit.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Ich hoffe, dass es bei dem einen oder anderen Kollegen in der Fraktion der CDU zu einem Prozess des Nachdenkens gekommen ist. Der ehemalige Minister und jetzige Fraktionsvorsitzende Laumann hat sich am Anfang echauffiert.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Ihre Redezeit ist vorüber, Herr Kollege.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Er hat offensichtlich schon eingesehen, dass es sich nicht lohnt, der Aktuellen Stunde der eigenen Fraktion beizuwohnen. Recht hat er. Wir sollten jetzt Schluss machen. Es hat sich für Sie nicht gelohnt.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Beifall von Gunhild Böth [LINKE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Große Brömer. – Für die Landesregierung spricht noch einmal die Ministerin.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Frau Präsidentin! Ich will Folgendes sehr deutlich machen, damit die Sache völlig klar ist – das richte ich nicht an die antragstellenden Fraktionen, denn bei dieser scheinen Wiederholungen nicht zu helfen –: Aufgrund der Aktuellen Stunde und aufgrund einer Kleinen Anfrage zu diesem Thema habe ich mir natürlich von den Behörden berichten lassen.

Ich lese vor, was mir die Schulaufsicht zu den bis dato bekannten Fällen berichtet hat. Nur das kann ich hier wiedergeben. So heißt es von der Bezirksregierung Arnsberg: Nach Rücksprache mit der Unteren Schulaufsicht und mit Schulleitern der betroffenen Regionen ist auszuschließen, dass Schulleiterinnen und Schulleitern der Hauptschulen im Regierungsbezirk Arnsberg auch nur annähernd in irgendeiner Weise ein Maulkorb bezüglich ihrer Äußerungen zur Gemeinschaftsschule verhängt wurde.

Das ist eine der entsprechenden Aussagen. Von dieser Art gibt es mehrere zu den unterschiedlichen Sachverhalten.

Ich möchte alle Beteiligten, auch die Lehrerverbände, bitten, dass mir weitere Fälle, die mir bis dato nicht bekannt sind, zugeleitet werden, wenn sie Ihnen bekannt werden. Dies kann vertraulich unter Wahrung des Datenschutzes geschehen. Natürlich gehe ich allen Fällen nach, die mir bekannt werden, und versuche, diese aufzuklären,

(Ralf Witzel [FDP]: Wie helfen Sie denn den Betroffenen? – Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

weil mir daran gelegen ist, dass im offenen Diskurs – an welcher Stelle auch immer – in Nordrhein-Westfalen über die Schulpolitik dieser Landesregierung diskutiert wird.

(Beifall von Norbert Römer [SPD] – Ralf Witzel [FDP]: Wie helfen Sie den Betroffenen? – Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Da haben wir nämlich gar nichts zu verstecken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Klaus Kaiser [CDU] – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir im Rahmen der **Aktuellen Stunde** nicht vor, sodass ich Tagesordnungspunkt 1 schließe.

Ich rufe auf:

2 Unkonventionelle Erdgasvorkommen: Grundwasser schützen – Sorgen der Bürger ernst nehmen – Bergrecht ändern

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1190

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1237

Ich weise darauf hin, dass wir am Ende der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt keine direkte Abstimmung vornehmen, sondern über eine Überweisung zu entscheiden haben.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Wüst das Wort.

Hendrik Wüst (CDU): Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute sprechen wir zum ersten Mal über dieses Thema; das wird aber sicherlich nicht das letzte Mal sein. Allein das ist schon ein Erfolg für die Menschen im Münsterland, denn bisher haben sich nur Behörden mit dem Thema befasst, nicht aber die Politik.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie vielleicht!)

Dass dieses Behörden-Pingpong jetzt ein Ende hat, ist richtig. Die bisherige Befassung politischer Akteure hat sich auf die üblichen oberflächlichen Besuche der Empörungsspezialisten beschränkt. Genau aus diesem Grund haben wir für diesen Antrag eine Plenardebate erzwungen.

Mitglieder der Regierungsfraktionen sind vor Ort tapfer dagegen.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

– Sie melden sich schon. – Der Wirtschaftsminister hat eine Erklärung, eine Einordnung in das Thema verlesen. Das war auch für den Wirtschaftsausschuss neu. Danach gab es widersprüchliche Presse über die Äußerungen von Ihnen und dem Staatssekretär. Warum das der Fall war, können Sie gleich erklären.

Jetzt müssen wir ein bisschen Klarheit in diese Sache bekommen. Man darf nicht vor Ort anders als später in Düsseldorf reden. Deswegen ist es gut, dass wir jetzt eine Befassung durch die Regierung und die sie tragenden Fraktionen erzwungen haben.

Ich habe den Eindruck, dass Sie noch nicht so weit gewesen sind.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Sie sind spät dran!)

Vielleicht gab es auch Zoff zwischen Rot und Grün; das weiß ich nicht. Ich will nicht aus vertraulichen Telefonaten berichten. Aber dass sie überhaupt zwischen Mitgliedern der Regierungsfraktionen und mir stattgefunden haben, zeigt, dass wir Sie auf dem falschen Fuß erwischt haben.

Worum geht es in der Sache? Unkonventionelle Gasförderung, also in Gesteinsschichten bzw. in Steinkohle gebundenes Gas im Münsterland zu fördern, ist zwar in Nordrhein-Westfalen, aber nicht weltweit neu. Aber bei den derzeitigen Preisen und durch die fortschreitende Entwicklung der Fördermethoden scheint sich dieses Vorgehen jetzt zu lohnen. Weil das neu ist, darf sich nicht nur die Verwaltung, sondern muss sich auch die Politik damit befassen. Dazu ist eine Bewertung nötig.

Gestatten Sie einige Worte zur Verwaltung. Ein Bürgermeister aus der Region hat bei der zuständigen Bezirksregierung Informationen erbeten, damit er sich schlaumachen konnte, weil das für ihn auch neu war. Er bekam eine E-Mail mit Informationen des vor Ort tätigen Unternehmens als Antwort. Das hat nicht für Vertrauen gesorgt. Der Bürgermeister benötigte neutrale Informationen, um sich ein ausgewogenes Bild zu machen. Das war nicht in Ordnung. An der Fachkompetenz der Mitarbeiter in bergrechtlichen Fragen will ich grundsätzlich nicht zweifeln; die machen das alles lange genug.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Ich will auch nicht die Redlichkeit thematisieren. Das steht mir nicht zu. Da habe ich keinen Argwohn. Aber das Fingerspitzengefühl hat mindestens gefehlt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das gerade von Ihnen!)

Vielleicht mangelt es in dieser speziellen Frage auch an Erfahrung. Vielleicht war man von der kritischen Sicht überrascht.

Wenn es dort aber an Erfahrung, Manpower, Kompetenzen, Expertise fehlt, erwarte ich von der Landesregierung, dass Abhilfe geschaffen wird, sodass man sich mit diesem neuen Thema kompetent befassen kann.

Zweitens. Man konnte in den Zeitungen lesen, dass man bei der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg eine Arbeitsgruppe einrichten will, die die Frage beantwortet, ob das Bergrecht für dieses Verfahren ausreicht. Das finde ich gut. Allerdings ist die veranschlagte Zeit von einem Jahr dafür nicht angemessen. So konnte man es in den Zeitungen lesen; bitte korrigieren Sie mich, wenn das nicht so ist. Das muss schneller gehen, denn vor Ort laufen die Verfahren. Wenn man dabei etwas machen will, muss man das mit mehr zeitlichem Druck tun.

Höchst fraglich ist, ob die Instrumente reichen. Ich kann mich noch an Debatten vor einigen Wochen erinnern, als alle einig waren, dass „Stuttgart 21“ den Paradigmenwechsel in der deutschen Politik darstelle und dass man sich um die Verwirklichung einer stärkeren Bürgerbeteiligung kümmern müsse. Der Wirtschaftsminister hat von Mediationsprozessen in Bezug auf die CO-Pipeline – das Verfahren ist bereits abgeschlossen – gesprochen.

Wenn man diesen Anspruch hat – ich stelle ihn nicht infrage –, muss man bei einer solchen Geschichte, wie sie im Münsterland stattfinden soll, sehen, eine Bürgerbeteiligung im Gesetz zu verankern. Ohne geht es definitiv nicht.

Dritter Punkt: Wenn man zu dem Ergebnis kommt, das Bergrecht in dieser und anderen Fragen zu ändern, bedarf es nach unserer Auffassung einer zügigen Bundesratsinitiative, die eine Bürgerbeteiligung und eine verbindliche Umweltverträglichkeits-

prüfung enthalten muss – auch eine Befassung der kommunalen Gremien vor Ort, also nicht nur Behörden-Pingpong; da muss ein Stadtrat auch ein eigenes Recht bekommen. Wir werden den Antrag am Ende der Debatte in den Ausschuss verweisen und dort eine Anhörung durchführen. Vielleicht wird es da noch eine ganze Menge anderer Ideen geben.

Vierter Punkt: Transparenz. Die Unternehmen beschreiben – man ist offensichtlich von den kritischen Fragen und den Befürchtungen vor Ort überrascht gewesen –, sie hätten 20 Jahre keine Bürgerinitiativen gegen solche Vorhaben gehabt. Das mag sein; das will ich auch gar nicht infrage stellen. Jetzt hat man eine Internetseite freigeschaltet. Das ist gut und das Mindeste, was man haben muss. Aber entscheidend ist, eine Verbindlichkeit zu erreichen, dass die Landesregierung dafür sorgt, dass verbindlich Transparenz über die Stoffe hergestellt wird, die bei Bohrungen und anderen Teilen der Prozesse verwandt werden. Goodwill ist schön, aber am Ende brauchen wir ein Stück Verbindlichkeit, damit die Menschen sich auch darauf verlassen können.

Warum das alles? Aus welchem Grund guckt man im Münsterland skeptisch darauf? Das Ziel ist, Trinkwasser sauber zu halten. Bohrungen in 1.500 m Tiefe gehen weit durch die grundwasserführenden Schichten hindurch. Mir wird beschrieben, 30 m, 50 m bis maximal 200 m sei die Schicht, aus der man unser Trinkwasser fördert. 1.500 m ist eine andere Hausnummer. Aber man muss erst einmal durch die trinkwasserführenden Schichten hindurch. Von da unten holt man auch eine Menge hoch, was da unten vielleicht gut oder weniger gut aufgehoben ist, was wir hier aber gar nicht haben wollen, ob es Quecksilber ist oder Radioaktivität, die sich dort abgelagert hat. All das spült man dann hoch, und das Unternehmen sagt achselzuckend: Das ist ja in der Erde drin. – Gut, aber es ist ein Unterschied, ob es in der Erde drin ist oder ob wir es nach oben holen. – Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist: Bei der sogenannten Fracking-Methode werden Substanzen eingetragen, um den Prozess überhaupt möglich zu machen, Gesteinsschichten mit hydraulischem Druck aufzubrechen, um dann das Gas mit Chemikalien, mit Tensiden, mit anderen Stoffen erfolgreich nach oben zu bringen.

Das sind die zwei Möglichkeiten für Trinkwasser-Verunreinigungen. Dieser Punkt ist entscheidend.

Gegen eine Kernbohrung, um erst einmal zu prüfen, wie die Substanz vor Ort ist, kann keiner etwas haben. Aber sobald es um Probefracking geht, muss vorher ein verbindliches – auch da reicht Goodwill der Unternehmen nicht aus – Monitoring stattfinden.

(Beifall von der CDU)

Das heißt, es müssen bei den Brunnen der Landwirte Nullproben gezogen werden. Ich bin auf einem

Hof gewesen. Der Landwirt hat mir gesagt, er hat 19 Brunnen für seine Kälbermast, für seinen Rinderbetrieb. Da müssen Proben gezogen werden, weil dieses Wasser für die Landwirte, für die Lebensmittelherstellung in dieser Region existenziell ist. Die Nullproben müssen bei einer neutralen Stelle eingelagert werden, damit Verlässlichkeit und Neutralität herrschen.

Außerdem brauchen wir Klarheit in der Haftung. Die Unternehmen sagen: Wir stehen zu unserer Verantwortung. – Ich habe keinen Zweifel daran, um Gottes Willen, das steht mir gar nicht zu. Aber das muss auf ein Blatt Papier; das muss verbindlich sein, damit nicht nachher irgendein Subunternehmen in der Haftung steht und in die Insolvenz rauscht. Wasser sucht sich über viele Jahre, über Generationen seinen Weg. Es ist nicht damit getan, sich für die Zeit des Prozesses, für die Zeit des Abbaus, der Förderung in der Verantwortung zu sehen. Das muss dauerhaft stattfinden.

Die Landesregierung ist aufgefordert, auch in dieser Frage Klarheit zu schaffen. Denn wir sind nicht in der texanischen Wüste. Im Münsterland werden Lebensmittel erzeugt. Heute gibt es unten in der Kantine – das kann ich schon mal verraten – Rippchen vom deutschen Weiderind. Die laufen da oben rum, wo unten das Gas vermutet wird, und da darf es nicht ansatzweise einen Konflikt zwischen der Gesundheit der Menschen vor Ort und der Lebensmittelgewinnung auf der einen Seite und der Gasgewinnung auf der anderen Seite geben. Darum geht es hier. Wir sagen nicht grundsätzlich Nein zur Gasförderung. Aber es gibt Methoden, die sich vielleicht mit der texanischen Wüste vertragen, jedoch nicht mit einer Region, in der Lebensmittel erzeugt werden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]:) Sagen Sie doch entschieden Nein!)

Offensichtlich gibt es Methoden, die eben nicht passen.

Die Landesregierung muss dem Thema höhere Priorität einräumen. Es schadet nicht, im Wirtschaftsausschuss eine Anhörung durchzuführen und uns mit Experten auszutauschen, weil wir uns hier mit einem neuen Thema befassen. Aber eines will ich klipp und klar sagen: Es darf keine Verzögerung bei den Hausarbeiten in der Bezirksregierung geben. Es darf keine Verzögerung bei der Erarbeitung einer notwendigen Bundesratsinitiative geben. Vor Ort laufen die Verfahren. Die Menschen erwarten von uns zu Recht eine seriöse Befassung, klare Schritte und nicht langwierige Verschleppung. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wüst, es ist schon erschreckend, wie wenig Sie in der münsterländischen Landschaft verwurzelt sind, wenn Sie behaupten, es hätte nur Behörden-Pingpong gegeben. Ich denke, dass Sie gerade einen Bezug zu Printmedien haben. Lesen Sie mal nach! Dann können Sie sehen, dass sich die Menschen im Münsterland und nicht nur Behörden mit dieser Frage beschäftigen. Wenn man anderes zu tun hat – gut –, ist das Ihr Problem; aber es ist nicht Behörden-Pingpong, das da abgestellt wird.

Kolleginnen und Kollegen, das Thema der unkonventionellen Erdgasvorkommen und die geplanten Erkundungsbohrungen von ExxonMobil haben uns und auch mich in den vergangenen Tagen sehr viel beschäftigt: einmal als Umweltpolitiker, aber auch als Münsterländer. Ich habe mehr Informationen, als Herr Wüst gerade deutlich gemacht hat.

Die Menschen sprechen über ihre Sorgen, über die geplanten Bohrungen und auch darüber, wie in den Vereinigten Staaten bei der Bohrung nach unkonventionellen Erdgasvorkommen Leckagen aufgetreten sind und es zu erheblichen Gefährdungen der Bevölkerung gekommen ist. Zusätzlich haben wir in Niedersachsen Leckagen gehabt, die das Oberflächengrundwasser verseucht haben. Daneben – das müssen wir als SPD-Fraktion auch deutlich herausstellen – hat die Firma, die die Genehmigung beantragt, nicht immer den Weg einer offenen und transparenten Politik verfolgt.

Aber genau deswegen, Herr Wüst, ist es doch wichtig, dass wir uns der Problematiken annehmen. Gerade meine Kollegen und Kolleginnen aus dem Münsterland haben sich in den vergangenen Wochen konkret und direkt der Sorgen der Menschen angenommen, anstatt einen Antrag über Dinge zu schreiben, die längst laufen. Lesen ist hier von großem Vorteil. Wege sind beschritten worden.

Schauen wir einmal genauer, worüber wir heute reden:

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Gerade das Thema „Energieversorgung“ beschäftigte uns in den vergangenen Jahren ausgiebig. Sie gehörten damals nicht der Enquetekommission an. Daher sollten Sie sich noch einmal beraten lassen, inwieweit die Ressourcen und Reserven, die wir haben, die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen auch belasten.

Wir haben die Aufgabe, uns auch von unsicheren Erdgasimporten unabhängiger zu machen. Der Blick nach Ägypten und Weißrussland macht dies deutlich. Das haben wir jahrzehntelang auf und ab diskutiert. Vor diesem Hintergrund kann man sehr wohl nachvollziehen, dass in der Wirtschaft Überlegungen existieren, besonders nach unkonventionellen Möglichkeiten zu suchen.

(Zuruf von der CDU)

Als sozialdemokratischer Klima- und Umweltpolitiker ist für mich aber eins ganz entscheidend: Wir müssen Arbeit, Wirtschaft und Umwelt zusammenbringen. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode erlebt, dass das eine gegen das andere ausgespielt wurde, dass sich Arbeit und Umwelt ausgeschlossen haben, Herr Wüst. Das ist ein Weg, den Sozialdemokraten und die neue rot-grüne Landesregierung nicht beschreiten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie eiern da auch nur herum!)

Vor diesem Hintergrund sind die Probebohrungen durch Exxon in zweierlei Hinsicht eine hohe Messlatte in diesem Bereich, sowohl für das Münsterland als auch für Nordrhein-Westfalen: Zum einen sagen wir ganz deutlich, dass die Gefährdung des Grundwassers und der Umwelt, wie sie in den Vereinigten Staaten vorgekommen ist, in Nordrhein-Westfalen unter allen Umständen ausgeschlossen werden muss.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Können Sie aber gar nicht, wenn Sie das machen!)

Zum anderen hat die Landesregierung in diesem Bereich schon gearbeitet. Ich habe gerade dargestellt, dass neben bergrechtlichen Verfahren beispielsweise auch wasserrechtliche Verfahren bereits eingezogen wurden und viel schärfer ausgelegt werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Gleichzeitig sorgen wir dafür – das wurde schon angesprochen –, dass Transparenz in die Verfahren hineinkommt und dass konkret und direkt gearbeitet wird. Und wenn Sie darauf abstellen, dass dies in der Vergangenheit nicht so war, dann trifft dieser Vorwurf Sie allein. Der Dialog Umwelt und Wirtschaft ist ohne Bürgerinitiativen geführt worden, ohne diejenigen, die sich auch für Landschaft und Umwelt interessieren. Sie können uns nicht vorwerfen, dass wir Transparenz nicht walten ließen. Wir laden auch diejenigen ein, die sich sehr kritisch mit den Erdgasbohrungen beschäftigen; das ist offen und transparent, und nicht das, was Sie hier in diesem Antrag beschreiben, was mal hätte getan werden sollen.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Ich erinnere nur daran, dass die Bezirksregierung Arnsberg bei den anvisierten Fachgesprächen auch die Möglichkeit der Initiative gibt, Fachpersonal zu benennen und sich in die Diskussion einzubringen.

Das Debakel Dialog und Wirtschaft, das Sie beispielsweise bei Datteln oder der CO-Pipeline erlebt haben, wird uns in der Form nicht passieren.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Vor dem Hintergrund ist der Dialog, den wir aufnehmen werden, offen und richtig. Wir unterstützen

den Wirtschaftsminister in diesem Zusammenhang ausdrücklich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Bezirksregierung hat ein offenes Verfahren eingeleitet und geht weit über das hinaus, was nach Ermessen notwendig wäre. Wenn ich mir Ihren Antrag anschau, Herr Wüst, bin ich sowieso etwas verwirrt: Auf der einen Seite sind Sie hier der Grals Hüter für die Wirtschaft und für Freundlichkeit gegenüber der Industrie, und auf der anderen Seite, wenn es schwierig wird und Sie die Verseuchung des Bodens und die davon ausgehenden Rückschlüsse auf Tiere ansprechen, fehlte es mir an Engagement in der Futterdebatte vor wenigen Wochen. Aber da ist von Ihrer Seite nichts gekommen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Das ist doch nicht wahr!)

Ich erinnere Sie auch noch mal daran – wenn Sie sich hier für Wirtschaft und Industrie einsetzen –, dass es die CDU im Münsterland war, die das Feld Donar massiv bekämpft hat – wohl wissend, dass der eigene Ministerpräsident hier im Jahr 2006 Rohstoffknappheit beklagt hat. Da müssen Sie sich selbst fragen, wie Sie hier den Industriestandort nach vorne bringen wollen, und müssen sich daran erinnern lassen, was Sie uns heute hier mit diesem Antrag erzählen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Ja, Herr Brockes, Sie und Rohstoffe, das ist auch ein schwieriges Feld. Über den Tellerrand zu schauen ist immer problematisch.

Wenn Sie im Antrag Nachhaltigkeit und die Bewahrung der Schöpfung einfordern, Herr Wüst, laufen Sie bei mir als Katholik aus dem Münsterland offene Türen ein. Wenn ich mir dann aber ansehe, dass Sie jetzt beispielsweise auf Beteiligungsrechte abstellen, zeigt mir dies, dass Sie hier einfordern, was Sie in den Jahren 2005 bis 2010 im Land beim Landschaftsschutzgesetz, bei den Landesgesetzen, beim Wassergesetz, beim unteren Beirat für Wasser abgebaut haben. All dies haben Sie abgebaut, was Sie heute, wenige Monate nach einer verlorenen Landtagswahl, hier einfordern.

Wenn wir den Blick nach Berlin lenken und uns anschauen, was der Innenminister bei der Bürgerbeteiligung nach den Erfahrungen mit „Stuttgart 21“ vollzieht – nämlich weniger Bürgerbeteiligung –, dann frage ich mich, wo Ihr Draht nach Berlin ist, über den Sie das einfordern, was Sie hier wollen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Um zum Abschluss noch einmal auf das Thema „Umwelt“ zurückzukommen: Wenn Sie Nachhaltigkeit und Schöpfungsbewahrung so ernst nehmen, schauen Sie sich die Kirchenkreise Borken-Steinfurt

und Steinfurt-Coesfeld und deren Äußerungen zur Restlaufzeitverlängerung an.

(Zuruf von der CDU)

Lesen Sie sich das in Ruhe durch, dann wissen Sie, wie die Kirche Nachhaltigkeit und Schöpfungsbewahrung versteht.

Wir werden in den Diskussionen über die Änderungen des Bergrechts diese Beteiligungsrechte einführen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ich bezweifle das!)

Die Bundesratsinitiative, die Sie hier ankündigen, hätten Sie vor Jahren durchführen können. Sie hatten sowohl hier als auch im Bundesrat die erforderlichen Mehrheiten.

(Dietmar Brockes [FDP]: Damals gab es das Problem noch gar nicht!)

– Da ist das Problem schon lange bekannt gewesen, Herr Brockes. Das ist ja der Vorsprung, den wir haben und den wir hier auch deutlich herausstellen.

Ich möchte noch einmal betonen: Die SPD-Landtagsfraktion wird alles dafür tun, dass die Probebohrungen nach unkonventionellem Erdgas in Nordrhein-Westfalen nur dann stattfinden, wenn die Umwelt keinerlei Schaden davontragen wird. Wir werden das beobachten; gerade mir als Münsterländer ist das ganz wichtig.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie sollen nicht beobachten, sondern handeln! – Zuruf von der CDU: Da sind wir aber gespannt!)

Wichtig ist außerdem, dass wir definieren müssen, worüber wir hier diskutieren. Es gibt Probebohrungen, die nicht explizit sofort einschließen, dass danach Genehmigungen für weitere Erdgasförderungen erteilt werden. Diesen Unterschied muss man deutlich machen: Einen Freifahrtschein für die Gewinnung gibt es nicht.

Ich glaube, dass wir uns der Diskussion offen stellen müssen. Wenn die Dinge, die die CDU hier einfordert, auch tatsächlich so verfolgt werden, freue ich mich auf eine wirklich spannende Debatte in den begleitenden Ausschüssen. Dann werden wir Sie daran messen, was Sie tatsächlich tun – und nicht daran, was Sie hier heute Morgen auf zwei Seiten niedergeschrieben haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir Sie auch!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich mich im Großen und

Ganzen über den Antrag der CDU zu diesem wichtigen und in Nordrhein-Westfalen noch sehr neuen Thema gefreut habe –

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Bravo, endlich mal einer!)

natürlich nicht über Ihre Auslassungen zum Energiekonzept der Bundesregierung und dem Festhalten an rückwärtsgewandten Technologien, sondern darüber, dass Sie hier scheinbar das erste Mal bereit sind, sich mit einer neuen Technik und deren Folgen für die Umwelt auseinanderzusetzen, bevor diese umfassend in unserem Bundesland eingesetzt wird.

Auf anderen Ebenen ist das aber leider nicht passiert. Auf Bundesebene gab es im Mai und September als Antwort auf Kleine Anfragen der Grünen-Fraktion von der schwarz-gelben Bundesregierung kurz gesagt nur die Antwort: Wir wissen von nichts. Das ist Ländersache. Wir wollen auch gar nichts wissen.

In Niedersachsen, wo Schwarz-Gelb seit acht Jahren regiert, wurde es vom Unternehmen und der Landesregierung nicht für nötig befunden, die Bürgerinnen und Bürger über Probebohrungen, über Fracking und damit über die Gewinnung von unkonventionellem Erdgas oder über undichte Rohrleitungen zum Abtransport von giftigem Lagerstättenwasser zu informieren. Sie haben es dort auch nicht für nötig befunden, darüber aufzuklären, dass das Abwasser der Bohrungen in sogenannten Disposalbohrungen am Rande der Lagerstätten einfach wieder entsorgt wird. Auf gut Deutsch heißt das, hier wird giftiges Abwasser in die Erde gepumpt nach dem Motto: aus den Augen, aus dem Sinn.

Erst durch die Diskussion wenige Kilometer weiter auf unserer Seite der Landesgrenze wurden die Bürgerinnen und Bürger von Niedersachsen über das informiert, was sich dort unter ihren Füßen abspielt.

Diese beiden Beispiele zeigen doch, wie intransparent das Thema in den letzten Jahren gerade von CDU und FDP gehandhabt wurde.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Zur Sache!)

Aber der Kopf ist ja rund, damit das Denken die Richtung ändern kann. Also will ich Ihnen Ihren plötzlichen Sinneswandel als plötzliche Oppositionspartei gar nicht vorwerfen.

Ich möchte noch ergänzen, wie denn dieses Thema „Gas in Nordrhein-Westfalen“ so viel öffentliche Aufmerksamkeit bekommen konnte und wie es zu Ihren Forderungen kommen konnte. Lieber Herr Wüst, das wurde nicht erzwungen, Sie mussten ganz einfach einen Antrag stellen. Dass Sie hier von „erzwingen“ sprechen, ist Polemik. Sie haben einfach nur Angst, etwas zu verpassen.

Im Gegensatz zu dem eben beschriebenen Verhalten hat nämlich Minister Voigtsberger offen auf meine Fragen zum unkonventionellen Erdgas geantwortet. Minister Voigtsberger ging auf Aufsuchungslizenzen, beantragte Probebohrungen und die geologischen Erkenntnisse über die Vorkommen ein. So ausführlich und offen hat bisher keine Landesregierung hier geantwortet.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zurufe von der CDU)

Im Dezember veranstalteten wir Grüne hier im Landtag ein Fachgespräch.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

– Ja, Herr Wüst, damals hat sich Politik schon längst damit beschäftigt. – Es war ein Fachgespräch zu den Chancen und Risiken des unkonventionellen Erdgases. Das stieß auf großes Interesse bei Kommunalverwaltungen, Bürgerinitiativen, Verbänden, Bürgerinnen und Bürgern. Die Medien wurden um diese Zeit selbst immer aktiver und brachten durch Recherchen viele Dinge, vor allem aus Niedersachsen, ans Tageslicht.

Den Bürgerinitiativen vor Ort kommt hier ebenfalls eine große Bedeutung zu. Sie haben nämlich maßgeblich dazu beigetragen, Aufklärung zu leisten und Informationen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das alles hat dazu geführt, dass Ihnen im Münsterland das Ganze zu heiß wurde, lieber Herr Wüst, liebe CDU.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: So ist es!)

Noch einmal zum Sachverhalt: Es würde bei der Gewinnung zum Beispiel von Erdgas aus Kohleflözen mit der unkonventionellen Technik des Frackings etwa 1.500 Meter in die Tiefe gebohrt, Chemikalien nach unten gebracht und zum Teil dort belassen.

Eine Trinkwassergefährdung soll dadurch ausgeschlossen sein, dass undurchdringliche Schichten zwischen der Frackregion und dem Trinkwasser liegen. Wer kann denn mit Sicherheit sagen, was in 1.500 m Tiefe mit einer Flüssigkeit passiert, die gerade dazu geeignet ist, durch kleinste Gesteinsspalten zu diffundieren? Wer kann mit Sicherheit ausschließen, dass in zehn, 20 Jahren oder noch später die toxischen Stoffe nicht doch ins Grundwasser gelangen? – Ich kann es nicht, meine Damen und Herren. Ich wüsste auch gar nicht, auf welcher Grundlage ich das entscheiden könnte.

Es fehlt an gesicherten Informationen, was dort unten mit dem Chemikaliengemisch passiert, welche Wasserwege sich dort befinden. Was ich jedoch kenne, sind die besorgniserregenden Erfahrungen mit dieser Technik in den USA und zum Teil in Niedersachsen.

Diese Tiefe, 1.500 m, ist nur sehr schwer begreifbar. Niemand von uns kann mit seinen eigenen Händen oder sonst irgendwie 1.500 m tief graben. Stellt man sich diese Länge aber einmal nicht in der Tiefe, sondern auf der Erdoberfläche vor,

(Dietmar Brockes [FDP]: Fahren Sie mal in ein Bergwerk ein!)

werden die Dimensionen schon deutlicher. 1.500 m ist beispielweise der Abstand zwischen der Rheinkniebrücke hier direkt am Landtag und der nächsten Brücke rheinabwärts an der Altstadt. Auf der Erdoberfläche kennen wir die Zusammenhänge viel besser. Im gleichen Abstand unter der Erde tappen aber Wissenschaftler ganz häufig sprichwörtlich im Dunkeln. Belastbare Forschungsergebnisse gibt es für die Fragen zu Auswirkungen auf Wasser und Boden in Nordrhein-Westfalen bisher noch nicht.

Daher bin ich sehr froh, dass sich Minister Voigtsberger und Minister Remmel dazu entschieden haben, ein Gutachten in Auftrag zu geben, das genau diese Gefahren untersuchen wird. Es wird neben der genauen Prüfung aber in Nordrhein-Westfalen jetzt auch darum gehen – wir haben es eben schon gehört –, wie man das deutlich antiquierte Bergrecht auf Bundesebene ändern kann. Es kann doch nicht sein, dass Aufsuchungslizenzen einfach verteilt werden, dass keine Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Probebohrungen und bei der Gewinnung von unkonventionellem Erdgas vorgesehen sind, nur weil diese Technik noch nicht benutzt wurde, als das Bergrecht das letzte Mal zur Novellierung stand.

Da wird es dann auch die Aufgabe der CDU sein, die Aktivitäten der Landesregierung auf der Bundesebene entsprechend Ihres Antrags hier zu unterstützen. Auch deshalb habe ich mich über den Antrag von Ihnen gefreut.

(Beifall von den GRÜNEN)

Durch die eben genannten Entwicklungen wurden in den letzten Wochen immer mehr Bürgerinnen und Bürger aufmerksam, vor allem im Münsterland, das von der Beantragung einer Probebohrung gerade den stärksten Bezug zur Thematik hat. Nach diesem Zeitpunkt stieg auch der Druck auf Sie, liebe Abgeordnete der CDU,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Auch auf die Grünen!)

sodass Ihnen gar nichts anderes übrig blieb, als hier aktiv zu werden.

Ich bin keine Spekulantin und möchte daher gar nicht darüber schwadronieren, wie Sie sich wohl verhalten hätten, wären Sie noch an der Regierung – ob Sie umfassend und von sich aus informiert hätten, ob Sie eine Diskussion und Abwägung zugelassen hätten

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja!)

oder ob Sie auf Betriebsgeheimnisse, normales Verwaltungshandeln und industrielle Notwendigkeit verwiesen hätten.

(Zurufe von der CDU)

Das sind Spekulationen, weil Sie nicht an der Regierung beteiligt sind.

Wie dem auch sei: Jetzt kommt es darauf an, hier bei uns in einer ehrlichen Technikfolgenabschätzung die Risiken bei der Gewinnung von unkonventionellem Erdgas zu bewerten. Wir müssen verhindern, dass es für Menschen und Umwelt negative Auswirkungen gibt. Solange die Umweltverträglichkeit nicht sichergestellt ist, sollte es kein Fracking geben.

Ich als Ingenieurin jedenfalls glaube, dass man durch vorausschauendes Denken und eine ebenso solche Politik Umweltschäden verhindern kann. Wir müssen dabei sauber vorgehen und diese Bewertung jetzt durchführen, bevor wir vor vollendeten Tatsachen wie in Niedersachsen stehen. Oder würden Sie ein Haus bauen, ohne die Statik zu berechnen oder die Bodenverhältnisse zu kennen?

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Thema kann große Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen haben. Darum ist es wichtig, dass wir uns in den nächsten Wochen bei der Anhörung und der parlamentarischen Auseinandersetzung gemeinsam für die Belange von Menschen und Umwelt einsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Rüdiger Sagel [LINKE]: Eier, eier!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Berichte über Probebohrungen für die Gewinnung unkonventioneller Erdgase in Teilen Nordrhein-Westfalens haben vermutlich die meisten Abgeordneten hier im Raum genauso überrascht wie die Menschen in unserem Land. Die Menschen in den Regionen, in denen nun Probebohrungen stattfinden sollen, sind verunsichert. Es ist nicht klar, was genau passiert. Die Menschen fühlen sich nicht informiert.

Meine Damen und Herren, klar ist, dass Erdgas in unserem Energiemix eine immer wichtigere Rolle spielt. Mehrere Gaskraftwerke sind in Nordrhein-Westfalen geplant oder schon im Bau, Erdgas gilt schließlich als klimafreundliche Ressource, da es einen weitaus höheren Wirkungsgrad als zum Beispiel die hiesige Braunkohle oder auch die Steinkohle hat, sodass wir weiterhin auf diese Ressourcen angewiesen sind. Den größten Teil aber impo-

tieren wir. Dabei sind wir in der Hauptsache von wenigen Ländern abhängig.

Insofern bietet eine Förderung in Nordrhein-Westfalen auch Chancen. Die Methoden, die zur Förderung des Erdgases angewendet werden sollen, sind aber ganz offensichtlich nicht frei von Risiken. Es geht nun für die Politik vor allem darum, die Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen und sich mit dem Thema zu befassen. Meine Damen und Herren, Chancen und Risiken müssen gegeneinander abgewogen werden, sodass man am Ende zu einem Ergebnis kommt, ob wir die Förderung in Nordrhein-Westfalen verantworten können oder nicht.

Deshalb hatten wir als FDP-Fraktion auch als erste Fraktion bereits Anfang Dezember letzten Jahres um einen Bericht des Wirtschaftsministers gebeten. Diesen Bericht hat er uns im Januar im Ausschuss vorgelegt.

Meine Damen und Herren, jedem hier ist klar, dass sich dieses Thema nicht zur parteipolitischen Profilierung eignet. Ich würde es deshalb begrüßen, wenn wir uns hier im Hause gemeinsam informieren und diese Informationen nach draußen tragen. Die beteiligten Firmen müssen mit größter Transparenz vorgehen. Es muss klar sein, dass die Folgen für Natur und Mensch geklärt sind.

Zurzeit sind nur Probebohrungen genehmigt worden. Diese Probebohrungen werden mit einer seit Jahrzehnten bewährten Technologie durchgeführt. Das heißt: Bei diesen Probebohrungen wird das umstrittene Fracking-Verfahren nicht eingesetzt. Ein Bohrstop, wie er jetzt schon gefordert wurde, ist deshalb auch nicht zielführend. Erst nach diesen Bohrungen werden wir wissen, ob sich überhaupt Unternehmen für den Abbau des unkonventionellen Erdgases interessieren.

Aufgabe der Politik ist es, bis dahin einen Rahmen abzustecken. Das jetzige Bergrecht – das ist auch aus den Ausführungen der Kolleginnen und Kollegen deutlich geworden – kann dafür nicht die geeignete Grundlage sein.

Wir begrüßen deshalb weite Teile des Antrags. Herr Stinka, wir begrüßen es deshalb auch, dass wir den Antrag hier und heute vorliegen haben, ist das Thema doch wichtig und gehört nicht in irgendwelche Hinterzimmerrunden der SPD, sondern muss öffentlich diskutiert werden.

(Beifall von der FDP)

Deshalb finden wir es auch richtig, dass dazu im Ausschuss eine Anhörung durchgeführt wird. Wir brauchen einfach mehr Informationen von Expertenseite, um in der Lage zu sein, eine Entscheidung treffen zu können. Eines muss nämlich klar sein: Eine Gasförderung in Nordrhein-Westfalen kann nur erfolgen, wenn die eingesetzte Technik sicher ist,

die Gesundheit der Menschen und das Grundwasser nicht beeinträchtigt werden.

Meine Damen und Herren, wir würden es begrüßen, wenn wir im Hause einen breiten Konsens hinbekämen, der deutlich macht, dass wir die Sorgen der Menschen ernst nehmen und die Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg zur Entscheidungsfindung mitnehmen wollen. Wir hoffen, dass es dafür noch nicht zu spät ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Frau Akbayir.

Hamide Akbayir (LINKE): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der CDU fordert einen Energiemix, um die Energieversorgung in NRW sicherzustellen und die Importabhängigkeit zu senken. Er wendet sich gegen die unkonventionelle Gasförderung. Das ist durchaus auch in unserem Sinne.

Doch unterscheidet sich unsere Auffassung erheblich von der der CDU. Darum bringen wir einen eigenen Entschließungsantrag ein. Als Brückentechnologien auf dem Weg zur Umstellung auf 100 % erneuerbare Energien sind weder Atomkraftwerke noch neue Kohlekraftwerke und noch weniger die Braunkohleförderung nötig, meine Damen und Herren. Den Ausbau der Energieversorgung mit einer dezentralen, auf Gas basierenden Kraft-Wärme-Kopplung sehen wir hingegen für eine Übergangsphase als verantwortbar an. Das dazu benötigte Gas importiert Deutschland zu 31 % aus Norwegen, zu 43 % aus Russland und Zentralasien sowie zu 22 % aus den Niederlanden.

Vor allem in Bezug auf Russland haben wir große Sorgen, und zwar sowohl im Hinblick auf die umweltschonenden Verfahren als auch im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen. Um aber aus der Abhängigkeit anderer Länder herauszukommen und den Klimawandel zu begrenzen, setzt die Linke auf eine Energiepolitik, die auf folgenden drei Pfeilern steht: Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

Unkonventionelle Gasförderung wollen und brauchen wir dazu nicht. Denn dafür müssen giftige Chemikalien eingesetzt, viel zu viel Wasser verbraucht und viel zu viel Fläche genutzt werden. Außerdem bringt das Verfahren – Fracking genannt – erhebliche Risiken mit sich. Das ist hier schon mehrfach erwähnt worden und ist auch in der Presse hinlänglich bekannt und diskutiert worden.

In Niedersachsen ist erst vor einigen Wochen öffentlich gemacht worden, dass dort durch ein Rohrleitungsleck giftiges Quecksilber und krebserregendes Benzol ins Erdreich und ins Grundwasser ge-

langt ist. Ich glaube nicht, dass die infrage stehende Methode wirtschaftlich sinnvoll ist; ökologisch verantwortlich ist sie jedenfalls nicht.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, es gibt viele Unwägbarkeiten. Es besteht die Gefahr der Kontamination des Untergrunds und des Grundwassers. Die Entsorgung des zurückgespülten Wassers ist bisher noch nicht geklärt, so wie vieles mehr. Dieses Verfahren ist mit so vielen Risiken behaftet, dass es von uns komplett abgelehnt wird.

(Beifall von der LINKEN)

Wir setzen auf eine andere Energiepolitik und können uns da sogar auf die Bundesregierung stützen. Sie hat einen Sachverständigenrat für Umweltfragen eingesetzt, der eine Energiepolitik der Zukunft entwickelt hat. Dieser Rat ist ein von der Bundesregierung berufenes Professorenremium und besteht nicht in dem Verdacht, besonders links zu sein.

Nach Auffassung dieses Rates ist es möglich, völlig auf Atomkraftwerke und neue Kohlekraftwerke zu verzichten und die Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien bis 2030 zu ermöglichen. Das ist genau unsere Meinung, meine Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Dieser Rat zeigt, wie eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung sichergestellt wird. Damit verbunden ist das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um bis zu 95 % zu senken und den Anteil an erneuerbaren Energien auf 60 % zu erhöhen.

Dieser Umweltrat drängt sogar auf eine völlige Umstellung auf erneuerbare Energieversorgung. Um das zu erreichen, ist es nach Meinung des Umweltrates erforderlich, die Förderung nach dem Erneuerbaren Energiegesetz von heute 13,5 Milliarden € auf 20 Milliarden € zu erhöhen. Damit sollen gefördert werden: Windparks, Recycling und diverse Nutzung von Abfällen, die Erzeugung von Biogas aus Rohstoffen wie Gülle und Stroh und neue Methoden der Energiespeicherung und Ähnliches.

Das ist auch die Position der Linken zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik, meine Damen und Herren. Diese Möglichkeiten der Energieerzeugung zeigen uns, dass eine solche risikoreiche Erdgasförderung überhaupt nicht notwendig ist. Deshalb lehnen wir Probebohrungen unkonventioneller Erdgasförderung entschieden ab. Ich freue mich auf die Diskussion und Anhörung im Ausschuss.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Akbayir. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Voigtsberger das Wort.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vielleicht kurz zu Beginn, Herr Wüst: Wir reden natürlich heute nicht zum ersten Mal über dieses Thema, sondern ganz im Gegenteil. Als Erste hatte damals Frau Brehms ihre Anfrage zu der Thematik gestellt. Ja, das war vielleicht hier im Raum, aber wir haben uns damit dann intensiv im Wirtschaftsausschuss befasst. Ich habe dem Wirtschaftsausschuss auch einen Bericht vorgelegt. Ich denke, insoweit ist das Thema bei uns in der Behandlung. Das nur vornweg.

Meine Damen und Herren, einige grundsätzliche Bemerkungen zu dem Thema. Wie Sie wissen, das Energiekonzept der Bundesregierung bis zum Jahr 2050 basiert im Wesentlichen auf der Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken.

Nun zu Ihren Anmerkungen, dass sich die Bundesregierung offensichtlich mit einem Gutachter beschäftigt. Das hat mit der realen Politik der Bundesregierung offenkundig ganz wenig zu tun. Denn die nordrhein-westfälische Landesregierung teilt diese Auffassung der Bundesregierung nicht. Aus unserer Sicht brauchen wir noch mittelfristig einen Energiemix aus erneuerbaren und konventionellen Energien.

Bei diesem Energiemix kommt dem Erdgas, denke ich, eine bedeutende Rolle zu. Erstens ist diese Energieversorgung berechenbar konstant. Wir wissen, dass wir unstetige Einspeisungen – Windkraft, Fotovoltaik – bei Spitzenlasten ausgleichen müssen, ob mit Gas-Dampf-Kraftwerken, Kraft-Wärme-Kopplung und Ähnlichem. Zweitens ist die Energiegewinnung aus Erdgas gegenüber anderen fossilen Energieträgern mit geringeren Treibhausgasemissionen verbunden.

Meine Damen und Herren, der deutsche Erdgasverbrauch wird derzeit zu ca. 85 % über Importe gedeckt, und die Herkunftsländer sind zunehmend politisch instabil. Ich möchte sagen: nicht nur die Herkunftsländer, sondern auch die Durchleitungs länder der Pipelines. Sie wissen alle, welche Länder hier betrachtet werden müssen. Deswegen sollten wir Aktivitäten gegenüber aufgeschlossen sein, die zu einer Minderung der Importabhängigkeit beitragen können.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Keine umweltgefährdenden!)

Aber – das sage ich jetzt dazu – nachhaltige Politik verlangt noch etwas mehr, eben nicht nur die wirtschaftliche Betrachtung, sondern auch die ökologische Verantwortung und auch die soziale Akzeptanz. Das heißt, es kommen nur solche Aktivitäten in Betracht, die keine Gefahr für Menschen und Umwelt darstellen. Wir müssen auf diesem Weg natürlich auch die Menschen mitnehmen.

Ein ganz besonderes Problem ist hierbei natürlich das Grundwasser. Das muss geschützt sein; da können wir keinerlei Kompromisse akzeptieren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich denke, die laufenden Verfahren der Bergbehörde orientieren sich auch daran. Jedenfalls sind wir mit ihnen hier im Gespräch, und ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln.

Vielleicht zeige ich Ihnen einmal beispielhaft auf, welche Verfahren zurzeit laufen, wenn es um Anträge auf Probebohrungen geht:

Bevor ein Rechte-Inhaber bestimmte Aufsuchungsarbeiten wie Probebohrungen aufnehmen kann – das heißt, er fördert dann noch nicht; das hat mit Gewinnung überhaupt nichts zu tun –, hat er der zuständigen Bergbehörde einen Betriebsplan vorzulegen. In Nordrhein-Westfalen ist dies die für den Bergbau landesweit zuständige Bezirksregierung Arnsberg. Dort werden die Maßnahmen und auch die zur Verwendung vorgesehenen Stoffe konkret dargelegt und aufgelistet.

Der Betriebsplan wird durch die Bergbehörde sorgfältig auf die Einhaltung der im Bergbaugesetz formulierten Kriterien geprüft. An diesem Verfahren beteiligt die Bergbehörde daher auch die Behörden, zu deren Aufgaben die Wahrnehmung öffentlicher Interessen gehört, so zum Beispiel die Wasserbehörden. Die Bergbehörde beteiligt darüber hinaus vor Zulassung des Betriebsplans andere Behörden und auch die Gemeinden, falls deren Aufgabenbereich als Planungsträger berührt ist.

Meine Damen und Herren, das ist vom Verfahren her relativ klar geregelt. Was dann das sogenannte Fracking angeht, so wurde in Nordrhein-Westfalen bisher keine diesbezügliche Genehmigung beantragt, nur damit wir das einmal festhalten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da gibt es keine!)

Hierfür, meine Damen und Herren, wäre nun wiederum ein Sonderbetriebsplan vorzulegen. Dann beginnt das ganze Verfahren im Prinzip noch einmal. Ferner würden eine erneute Beteiligung und gegebenenfalls weitere Genehmigungsverfahren nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften erforderlich.

Ich sage noch einmal: Es gibt zurzeit keinen Antrag auf eine Frackmaßnahme. Wenn sie gestellt würde, würde ein Sonderverfahren automatisch anlaufen.

Meine Damen und Herren, die Sorgen der Bevölkerung nimmt die Landesregierung selbstverständlich sehr ernst. Das Unternehmen ExxonMobil ist bereits von mir aufgefordert worden, und zwar bereits sehr früh – das war im letzten Jahr –, Transparenz durch eine umfassende Information und Öffentlichkeitsarbeit herzustellen. Ich weiß, dass in den betroffenen Kommunen schon Informationsveranstaltungen stattgefunden haben. Das Unternehmen hat auch

dort Planungen vorgestellt und Fragen beantwortet. Auf Einladung der Bürgermeister haben auch die Bergbehörde zu den Genehmigungsverfahren sowie der Geologische Dienst zu den geologischen Verhältnissen umfassend Stellung genommen. Das ist alles schon passiert.

Ich meine aber auch: Das kann erst der Anfang sein; denn, um die Öffentlichkeit noch stärker in die Verfahren einzubeziehen und die Anwendung der Umweltverträglichkeitsprüfung zu erweitern, bereitet die Landesregierung derzeit eine Bundesratsinitiative zur Novellierung des Bergrechtes vor.

Ich möchte noch auf ein paar Besonderheiten – Herr Wüst, ist jetzt nicht da –

(Hendrik Wüst [CDU]: Doch!)

hinweisen. Sie wissen natürlich auch, dass der Bundesinnenminister zurzeit Pläne zu Planungsverfahren vorbereitet, weniger Bürgerbeteiligung in Zukunft zuzulassen. Ich weiß natürlich auch – das konnte ich vor zwei Tagen der Presse entnehmen, Herr Wüst –, dass die Bundeskanzlerin inzwischen gesagt hat: Diese Dinge sind zurzeit nicht opportun weiterzuverfolgen. Das heißt aber nicht, dass die Bundesregierung, der Bundesinnenminister letztendlich im Hinterkopf hat, nicht mehr, sondern weniger Bürgerbeteiligung bei solchen Planvorhaben umzusetzen. Da sind vor allem Sie gefordert, Herr Wüst, das vielleicht einmal in Berlin anzumerken. Das ist das Erste.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Das Zweite, meine Damen und Herren: Nordrhein-Westfalen hatte mit Rheinland-Pfalz zusammen eine Bundesratsinitiative unterstützt – da ging es um Geothermie-Tiefbohrungen –, dass auch im Bergrecht Umweltverträglichkeitsprüfungen für solche bergbaulichen Vorhaben vorzuschreiben sind. Diese Initiative scheiterte am 24. September im Bundesrat. Und das Bundesland, das sich vehement gegen so eine Umweltverträglichkeitsprüfung im Bergrecht stark gemacht hat, war vor allem Niedersachsen. Und die Initiative von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz – Novellierung des Bergrechtes – scheiterte, wie gesagt, schon im September, Herr Wüst, mit 14:2 Stimmen. Es war nicht nur Niedersachsen. Alle Länder, in denen Sie mehr oder weniger die Mehrheit haben, haben dies abgelehnt.

(Zurufe von der CDU)

Wir werden diese Initiative trotzdem weiterverfolgen. Herr Wüst, mal ganz ehrlich: Sie könnten doch einen viel einfacheren Weg gehen. Sagen Sie einfach dem Bundesumweltminister, Herrn Röttgen, er soll direkt eine Gesetzesnovelle einbringen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann könnten wir viel, viel schneller sein. Warum dieser Umweg über die Bundesratsinitiative, die wir

schon einmal versucht hatten und die damals gescheitert ist? Wir machen das selbstverständlich.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Das, Herr Laumann, werden wir noch einmal auf den Weg geben. Wie gesagt: Wenn Ihnen das wirklich ein Anliegen wäre, könnten Sie es auf einem ganz anderen Weg viel schneller in Bewegung setzen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, das Trinkwasser ist ein besonders hohes Gut, das es zu schützen gilt. Deswegen besteht auch Einvernehmen mit dem Umweltministerium, dass bei der beantragten Bohrung ein wasserrechtliches Erlaubnisverfahren durchzuführen ist. In Nordwalde ist das Unternehmen aufgefordert, einen wasserrechtlichen Antrag zu stellen.

Auch die Landesregierung ist sich bewusst, dass Bohrungen nach unkonventionellem Erdgas in Nordrhein-Westfalen relativ neu sind. Im Gegensatz zu Niedersachsen sind sie hier bisher nie durchgeführt worden. Auch hier noch einmal: Die zuständige Bezirksregierung Arnsberg verfügt über gut ausgebildete Fachkräfte – das wird ja immer infrage gestellt –, die auch über den nötigen Sachverstand verfügen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie ist aber nicht neutral!)

um die Vorhaben zur Erkundung von unkonventionellen Erdgaslagerstätten zu beurteilen und deren Zulassungsfähigkeit auch prüfen zu können. Die wasserrechtlichen Prüfungen führt die Bezirksregierung Arnsberg als Bergbehörde im Einvernehmen mit den ansonsten zuständigen Wasserbehörden durch.

Meine Damen und Herren, wir werden verstärkt dafür sorgen, dass entsprechende Fortbildungsveranstaltungen in Kooperation mit entsprechenden wissenschaftlichen Einrichtungen weiter vorgenommen werden. Das ist letztendlich alles auf dem Weg und wird in Betracht gezogen. Zu berücksichtigen sind natürlich die weltweiten Erfahrungen. Dazu haben wir die Bergbehörde ebenfalls aufgefordert. Ob in Niedersachsen, ob im Ausland, wo auch immer – entsprechende Erfahrungen und Ergebnisse sind mit einzubeziehen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal betonen, dass die Prüfungen von Anträgen auf Probebohrungen selbstverständlich sehr intensiv, kritisch und auch ergebnisoffen stattfinden. Die Landesregierung beobachtet im Übrigen das Verwaltungshandeln in diesem Bereich mit besonderer Intensität. Das kann ich Ihnen zusagen. Dazu gehört auch, dass externer Sachverstand hinzugezogen wird. Deswegen sind die Fachabteilungen des Kollegen Remmel und meines Hauses inzwischen fertig mit den Fragestellungen für Gutachten, die noch einzulegen sind.

holen sind. Sie sehen, auch das ist auf einem guten Weg. Wichtig ist mir auch, dass die Öffentlichkeit jederzeit auch unmittelbaren Zugang zu allen Informationen und Ergebnissen bekommt.

Meine Damen und Herren von der CDU, Herr Wüst, in Ihrem Antrag haben Sie fast sämtliche Aspekte aufgelistet, die die Landesregierung seit Wochen immer wieder in der Öffentlichkeit anspricht und letztendlich auch immer garantiert – ob es Transparenz ist, ob es Schutz des Grundwassers ist, ob es Bürgerinformation, Bundesratsinitiative oder Gutachten sind. Das alles ist längst angesprochen und auf dem Weg. Insoweit kommt Ihr Antrag ein bisschen spät, aber immerhin.

Herr Wüst, Sie hätten den Antrag schon viel früher stellen können, denn die erste genehmigte Probebohrung hat schon stattgefunden. Sie wurde 2008 während Ihrer Mehrheit genehmigt. Damals wurden keine Zusagen, keine Gutachten, keine öffentlichen Diskussionen usw. gefordert, wie es die heutige Landesregierung macht, denen wir zustimmen und die wir auch garantieren werden.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Aha! So ist das!)

Wie gesagt, damals haben Sie es wahrscheinlich nicht mitbekommen. Herr Brockes sagte, alle seien überrascht gewesen, dass es in dieser Frage überhaupt so etwas wie Probebohrungen gibt. 2008 lag schon eine Genehmigung auf dem Tisch und wurde auch erteilt.

Meine Damen und Herren, für mich ist letztendlich sehr wichtig – das zum Abschluss –: Bei dem Thema „Unkonventionelles Erdgas“ und dem gesamten Verfahren dazu erweist sich das Konzept der Landesregierung – Dialog mit allen Betroffenen, eine Dialogkultur der Transparenz und Offenheit – als richtiger Weg, den wir hier, aber auch bei anderen Themen eingeschlagen haben. Das ist von Ihnen sehr oft belächelt und teilweise auch lächerlich gemacht worden. Jetzt geben Sie zu: Es ist der richtige Weg. Beim unkonventionellen Erdgas machen wir das selbstverständlich so und garantieren es. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Für die CDU-Fraktion hat nun der Kollege Clauser das Wort.

Hans-Dieter Clauser (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich die bisherigen Debattenbeiträge kurz zusammenfassen darf, dann heißt die klare Botschaft: Die CDU hat einen guten Antrag gestellt, dem überwiegend zugestimmt wird. Eine Ausnahme bildet Die Linke.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unkonventionelle Erdgasförderung, also die Gewinnung aus Schiefergestein, Kohleflözen oder anderen geologi-

schen Formationen, ist aufwendig, inzwischen aber durchaus rentabel. Die Förderung von bislang schwer erreichbaren Gasquellen erlebt in immer mehr Ländern unserer Erde einen wahren Boom. Goldgräberstimmung macht sich im Münsterland breit, aber auch Kritiker melden sich zu Wort. Vor der Gewinnung des Erdgases kommt die Erforschung, die Erkundung, das Genehmigungsverfahren und zukünftig, wie ich hoffe, eine umfängliche Bürgerbeteiligung. Denn noch nie war die Aufregung in der Bevölkerung so groß wie bei dieser Baumaßnahme und zur jetzigen Zeit.

Bereits die Pläne zur Erkundung der Lagerstätten hatten eine heftige Diskussion ausgelöst. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger sind verständlich. Gute Argumente erhalten die Kritiker durch eine Studie der Universität Manchester, durch zahlreiche Veröffentlichungen. Alle haben eins gemeinsam: Die Berichte über Umweltschäden sind alarmierend. Die Kernaussage der Berichte lautet: Ein Viertel der eingesetzten Chemikalien bei Gasbohrungen, beispielsweise in den USA, sind bedenklich für die Umwelt, teils giftig, teils krebserregend. Es gibt übrigens einen durchaus hoffnungsvollen Ansatz bei der Firma BASF. Eine erste Studie belegt, dass mit biologisch abbaubaren Zusätzen eine kostengünstige und durchaus umweltverträgliche Lösung möglich ist.

Umweltschützer sind skeptisch angesichts des enormen Wasserverbrauchs. Wir haben es vorhin noch einmal gehört: Sie sehen Risiken für den oberen Grundwasserhaushalt. So hat Exxon zum Beispiel bei einer Testbohrung 12 Millionen l – manche sprechen, weil es leichter zu rechnen ist, von 12.000 m³ – Flüssigkeit in den Untergrund gepresst. Das bedeutet: Bei einem Chemieanteil von ca. 2 % presste Exxon 24 m³ Chemikalien in den Untergrund. Ein Großteil dieser Flüssigkeit verbleibt im Boden. Was damit im Untergrund passiert, ist wenig erforscht.

Kritiker weisen auf die fehlende Bürgerbeteiligung im Rahmen der Probebohrungen hin. Neben den Umweltrisiken bestehen auch noch finanzielle Risiken: Wie werden zum Beispiel Ewigkeits- oder Versicherungsschäden abgedeckt? Hier ist noch eine ganze Reihe von Fragen zu beantworten.

Was können oder sollen wir von der Landesregierung erwarten? Wollen wir, dass das Ergebnis der in Auftrag gegebenen Studien abgewartet wird, oder wollen wir einen Genehmigungsstopp verhängen? Ich denke, die Landesregierung sollte vor allem für Klarheit sorgen, die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nehmen, die bestehende Rechtslage nutzen und gegebenenfalls Änderungsvorschläge erarbeiten. Wir werden das aufmerksam begleiten und ein Auge darauf werfen, inwieweit die Anpassung des Bergrechts an eine neue Form der Gewinnung vorgeschlagen wird.

Wir sehen dringenden Bedarf bei der Beteiligung der Öffentlichkeit, Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Probebohrungen und Probefracking. Ist das sinnvoll? Wir haben vorhin die Forderung gehört. Ich persönlich bin da völlig anderer Meinung, nämlich: Die Forschungsarbeit kann durchaus nach dem bisherigen, dem bestehenden gesetzlichen Rahmen auf den Weg gebracht werden.

Ich möchte allerdings auch darauf hinweisen, dass wir es für ausgesprochen wichtig halten, die gebündelte Kompetenz, wie Sie sie bei der Bezirksregierung in Arnsberg angepriesen haben, noch um den Geologischen Dienst zu ergänzen. Auch die RWTH Aachen verfügt über ausgesprochen kompetente Fachleute in der Erkundung unseres Bodens.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sind auch unkritisch!)

Zu allem gehört aus meiner Sicht auch noch eine geeignete Bauaufsicht; denn wir wissen: Gerade beim Pipelinebau ist vieles im Argen gewesen. Dafür meine ich, an dieser Stelle müsste etwas getan werden.

Nicht zuletzt geht es auch die Unternehmer an, dafür zu sorgen, dass zertifizierte Unternehmen, die kompetent, leistungsfähig, finanzstark und für den Schadensfalls ausreichend versichert sind, beauftragt werden, und dass eine Kette von Sub-Sub-Sub-Unternehmen, wie wir sie an anderer Stelle erlebt haben, für die Zukunft verhindert wird.

Ich denke, dass wir noch eine ganze Reihe von technischen Aspekten zu beleuchten haben. Wir werden das im Ausschuss mit großer Freude machen. Ich verstehe, dass der Skepsis der Bürgerinnen und Bürger Rechnung getragen werden muss. Wir brauchen eine ehrliche Diskussion und hoffen auf eine angeregte Diskussion im Wirtschaftsausschuss, wo etwas mehr Redezeit zur Verfügung steht als hier. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Clauser. – Als nächster Redner spricht für die SPD-Fraktion Kollege Eiskirch.

Thomas Eiskirch (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Antrag sind aus meiner Sicht drei Dinge zu sagen.

Erstens. Wie sieht es mit der Herleitung aus, dem Stück Prosa – so sage ich einmal –, wie man hinterher zu dem kommt, was man wirklich fordert? Das ist die Sollbruchstelle dieses Antrags gewesen, um keine Einigkeit in Bezug auf direkte Zustimmungsfähigkeit herstellen zu müssen. Aus Sicht der CDU-Fraktion geht es erst einmal darum, ein Thema besetzen zu können.

Die Herleitung bringt ein paar Punkte mit sich, bei denen es um Braunkohle und Atomkraft geht, bei denen sichergestellt ist, dass es unterschiedliche Meinungen der anderen Fraktionen gibt. Das möchte ich ein wenig außen vor lassen. Denn ich glaube, wenn es hinterher an den Kernpunkt geht, wird man darüber reden können, ob das wirklich so aussieht.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Zweitens. Was sind die konkreten Forderungen? Die CDU-Fraktion fordert Dinge, die die Landesregierung und ihre nachgeordneten Behörden entweder bereits tun oder schon angekündigt haben. Was ist der Beweggrund dafür, im Münsterland ein Thema zu besetzen, bei dem die Landesregierung augenscheinlich mit Augenmaß vorgeht und dabei die Interessen gegeneinander abwägt? Dafür möchte ich mich beim Landeswirtschaftsminister und all denjenigen, die an der Stelle zuständig sind, recht herzlich bedanken, weil es überhaupt nicht Ihrer Aufforderung bedurft hätte, dies alles zu tun.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Drittens. Es bleibt aber trotzdem richtig, noch einmal deutlich zu machen – da bin ich ganz bei Ihnen –, dass auch der Landtag von Nordrhein-Westfalen in seiner Breite diesen Weg unterstützt.

Sie fordern am 25. Januar 2011 in Ihrem Antrag: Wir wollen die wasserrechtliche Erlaubnis, sozusagen den Ermessensspielraum, konkretisieren. Am 13. Januar 2011 ist das bereits geschehen und von ExxonMobil eingefordert worden.

Sie möchten gerne eine Bundesratsinitiative, die bereits vom Minister angekündigt war, um zu überprüfen, wie das Bergrecht geändert werden muss. Ich will Ihnen sagen – Minister Voigtsberger hat das gerade auch schon getan –: Sollten Sie Ihren Landesvorsitzenden, der auch Bundesumweltminister ist, bei seinen seltenen Ritten durch dieses Bundesland zufällig einmal treffen, fordern Sie ihn doch dazu auf! Sie haben ja vorhin gesagt: Ein Jahr ist zu lang; das muss schneller gehen. – Die wirkliche Abkürzung wäre es, direkt über den Bund zu gehen. Nutzen Sie die Gelegenheit. Sollte der Einfluss dieser Landtagsfraktion auf den Landesvorsitzenden zu gering sein, arbeitet das Landeswirtschaftsministerium sicherlich daran, eine Bundesratsinitiative so vorzubereiten, dass man prüft, welche Bergrechtsänderungen notwendig sind. Wir hoffen, dass Sie dann dafür Sorge tragen, dass auch andere Bundesländer einen solchen Weg mitgehen möchten und werden.

Ich bin dankbar dafür, dass Sie noch einmal deutlich gemacht haben, dass Probebohrungen keine Frackingbohrungen sind, denn das wird in der Diskussion oftmals miteinander verwechselt. Deswegen ist Ihre Eile gar nicht geboten, was den Prüfauftrag für Bergrechtsänderungen angeht. Es gibt noch eine ganze Menge Zeit.

Es ist auch wichtig, den Unterschied deutlich zu machen, denn ich glaube, wir alle können kein Interesse daran haben, dass man ganz normale und in anderen Zusammenhängen immer wieder auftretende Probebohrungen kritisiert, bei denen es nur darum geht, von unten ein Stück Stein hochzuholen, um zu schauen, ob es sich lohnt, das zu schöpfen, und auf welchem Weg man das machen könnte. Darum muss man kein großartiges Bohr machen.

Vielmehr sollte man sich auf das konzentrieren, was gegebenenfalls danach käme, nämlich die Frage „Wie könnte man solche Ressourcen erschließen?“ so sorgfältig zu prüfen, dass Chancen und Risiken gegeneinander abgewogen werden. Wir sind uns einig, dass es Chancen und Risiken gibt. Es kann nicht sein, dass man, falls Umweltbelastungsrisiken nicht sicher auszuschließen sind, dies negiert und nur noch die Chancen sieht. Man muss sehr vorsichtig sein. Das Ganze kann nur passieren, wenn es umweltverträglich und ohne umweltschädliche Risiken vonstattengehen kann. Darin sind wir uns, glaube ich, auch einig.

Mich wundert dabei, dass das, was die CDU jetzt schon schriftlich darlegt, fast ein Paradigmenwechsel in der Industriepolitik ist. In den letzten fünf Jahren haben Sie sich dadurch ausgezeichnet, genau das nicht zu tun, also nicht Chancen gegen Risiken abzuwagen und die Betroffenen nicht einzubeziehen. Auch das fordern Sie ja jetzt. Das haben Sie bei Datteln und bei der CO-Pipeline nicht getan.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Sie reden hier von radioaktiven Einbringungen in die Erde. Bei Asse interessiert Sie überhaupt nicht, wie das war.

(Beifall von der SPD)

Ich finde es schon wirklich bemerkenswert, wie Sie hier nun nach fünf Jahren all das, woran Sie in den letzten fünf Jahren, als Sie die Möglichkeiten hatten, nicht einmal im Entferntesten gedacht haben, einfordern – und das auch noch, nachdem es die neue Landesregierung bereits selber angekündigt hat.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Um zum Abschluss zu kommen: In der Sache gibt es eine breite Übereinstimmung und große Schnittmengen. Wir sollten die Anhörung nutzen, um uns so genau einen gemeinsamen Sachstand zu erarbeiten, dass punktgenau das erfolgen kann, was im Dialog mit den Betroffenen vorangetrieben werden muss: nämlich Chancen und Risiken gegeneinander abzuwagen und sicherzustellen, dass man Vorkommen nur dann abbaut – wenn überhaupt Vorkommen vorhanden sind, deren Abbau sich lohnt –, wenn dies ohne umweltschädliche Auswirkungen möglich ist.

Ich sage noch einmal: Lassen Sie uns jetzt keine Panik verbreiten. Im Moment geht es nicht um Fra-

ckingmaßnahmen. Es gelangen keine Chemikalien in die Erde. Es handelt sich um normale Probebohrungen. Es ist deutlich geworden: Sollte es Anträge auf Frackingmaßnahmen geben, fängt das Verfahren von vorne an. Es ist nichts im Lauf. Solche Dinge sind entsprechend zu behandeln.

Die Art und Weise, wie Sie das hier eingestellt haben, würde ich wirklich als Wende in der Industriepolitik sehen. Kollege Brockes hat gerade Dinge von sich gegeben, bei denen ich gesagt habe: Dass ich dem in dieser Legislaturperiode einmal zustimmen kann, begeistert mich. Ich weiß aber auch: Diese Rede lege ich mir auf Wiedervorlage für die nächsten industriepolitischen Debatten, in denen Sie es wieder anders sehen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Bis auf die Totalverweigerung der Linken besteht hier zumindest Grundeinigkeit, bei einer solchen Energiegewinnung für Nordrhein-Westfalen die Chancen zu sehen, aber gleichzeitig auch die Risiken, und ganz klar zu sagen, dass der Schutz des Grundwassers oberstes Ziel sein muss.

Ich komme auch aus einer Stadt, die direkt von Probebohrungen betroffen ist, nämlich aus Drensteinfurt. Dort bekomme ich vor Ort intensiv die Sorgen der Menschen mit. Im Münsterland gibt es zum Beispiel viele, die sich noch über einen eigenen Brunnen selbst mit Trinkwasser versorgen und die natürlich in Sorge sind. Deshalb stelle ich jetzt einmal einige Fragen kritischer, als das Kollegen bisher gemacht haben.

Zur Bundesratsinitiative haben wir heute ein klares Wort von Ihnen gehört. Über die konkreten Inhalte haben Sie noch nicht so viel gesagt.

Letzte Woche habe ich im „Westfälischen Anzeiger“ gelesen:

„Da ziehen alle Parteien an einem Strang“, sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Marc Herter gegenüber unserer Zeitung nach einem Treffen der münsterländischen Landtagsabgeordneten im NRW-Wirtschaftsministerium.“

Sie sprechen immer von Ihrer Koalition der Einladung. Es wäre schön, wenn dann auch wirklich alle münsterländischen Landtagsabgeordneten vom Wirtschaftsminister eingeladen würden. Ich bin als selbiger der Freien Demokraten einer, der zumindest keine Einladung bekommen hat. Ich weiß nicht, wer sonst alles eingeladen wurde. Wenn Sie Transparenz wollen – auch für die Bevölkerung –, sollten

Sie aber keine Geheimtreffen im Wirtschaftsministerium machen. Dann brauchen wir Klarheit und Wahrheit für das ganze Parlament. Das muss ich Ihnen hier schon deutlich ankreiden.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Im Dezember 2010 hatte ich in einer Kleinen Anfrage konkret gefragt:

„Welche Erkenntnisse liegen über Umweltschäden durch die Probebohrungen nach unkonventionellen Erdgasvorkommen vor?“

Darauf haben Sie am 14. Januar 2011 geantwortet:

„Ob es bei solchen Probebohrungen außerhalb Nordrhein-Westfalens zu etwaigen Umweltschäden gekommen ist, ist der Landesregierung nicht bekannt.“

Das ist beachtlich; denn wie wir eben gehört haben, gab es doch Umweltschäden in Niedersachsen, wo auch großflächig Boden ausgetauscht wurde.

(Minister Harry Kurt Voigtsberger: Sagen Sie noch einmal, von wann diese Antwort war! Sie war von November und nicht von Januar!)

– Herr Minister, ich habe diese Kleine Anfrage am 3. Dezember 2010 gestellt. Sie ist leider nicht fristgerecht beantwortet worden, wie ich es mir gewünscht hätte, sondern erst Mitte Januar. In Ihrer Antwort führen Sie aus, dass Ihnen keine Umweltschäden außerhalb von Nordrhein-Westfalen bekannt sind.

Ich frage mich, ob die Landesregierung Informationen verheimlicht. Schließlich gingen längst Presseberichte über Umweltschäden in Niedersachsen überall durch die Medien. Oder sind noch nicht einmal diese Medienberichte in Ihrem Wirtschaftsministerium angekommen? Das sind berechtigte Fragen, die wir heute stellen müssen. Ich habe die Sorge, dass nicht ehrlich und transparent gearbeitet wird, sondern dass vielleicht auch etwas verheimlicht wird oder zumindest die Organisation in Ihrem Hause überfordert ist.

(Beifall von der FDP)

Das wird auch daran deutlich, dass Firmenmaterial mit Stempel der Bezirksregierung als Argumentationsgrundlage an die Kommunen verschickt wurde. Herr Minister Voigtsberger, auch dazu habe ich hier nichts gehört. Es macht den Menschen Angst, wenn Behörden so regieren, wie sie das gemacht haben, und nicht versuchen, neutral und transparent aufzutreten.

Sie haben in den letzten Wochen und Monaten nicht dazu beigetragen, den Menschen im Münsterland die Ängste zu nehmen, sondern sie noch mehr verunsichert. Machen Sie Ihre Sache besser; denn so wird es für die Menschen im Münsterland sicher

nicht gut gehen. Sie brauchen klare Informationen. Diese haben wir auch heute von Ihnen nicht bekommen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Romberg. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Herr Präsident! Damen und Herren! Die Konzerne wittern beim Erdgas ein großes Geschäft – so kann man es landauf, landab in den Zeitungen lesen. „Im Erfolgsfall können Milliardenbeträge fließen“, sagte der Vorstandsvorsitzende der ExxonMobil Central Europe, Gernot Kalkoffen. Ausgerechnet Exxon, könnte man an dieser Stelle ergänzen; denn wir wissen, wie viele Umweltschäden sie weltweit schon verursacht haben.

Man vermutet hier das eventuell zweitgrößte Erdgasvorkommen Europas. Wir als Linke sagen klipp und klar: Wir wollen nicht jede Energiequelle, die es auf respektive unter der Erde gibt, ausbeuten. Wir wollen nicht, dass Konzerne Milliarden- oder Milliengewinne machen. Wir wollen nicht auf Kosten von Natur und Umwelt mit obertägigen Auswirkungen für Städte, Gemeinden und Bürger eine derartige Politik und ein derartiges Verfahren zulassen, wie es jetzt geplant ist. Wir wollen Ressourcen – insbesondere unsere wichtigste, das Wasser – schützen.

Als münsterländischer Abgeordneter sage ich hier auch klipp und klar: Wir sind als Linke grün – im besten Sinne des Wortes.

(Beifall von der LINKEN)

Den Menschen in Nordrhein-Westfalen wird schon jetzt nicht die Wahrheit gesagt. Wer dieses Erdgas in NRW, einem der am dichtesten besiedelten Räume Europas, fördert, wird Auswirkungen bekommen, die in keiner Weise abschließend einschätzbar sind.

Das sage ich hier auch als Bergbauingenieur, der jahrelang als Umweltgutachter tätig war, insbesondere im Zusammenhang mit der Nordwanderung des Ruhrbergbaus. Daher weiß ich sehr genau, wie die Erdschichten in Nordrhein-Westfalen und insbesondere im Münsterland aussehen.

Die Verunreinigung des lebenswichtigen Grundwassers ist dabei nur eine mögliche negative Folge. Die Druckentlastung, die durch eine Förderung des Gases entsteht, kann noch wesentlich weiter reichende Folgen haben. Es entstehen Risse, Klüfte und Spalten. Die Grundwasserhorizonte bekommen untereinander Kontakt. Das ist ein ganz wesentlicher Aspekt.

Wir sind deshalb grundsätzlich gegen die Förderung und daher auch gegen die Probebohrungen, und zwar ganz grundsätzlich.

Ein Kontakt zwischen Bohrwasser und Grundwasser sei dem Grunde nach nicht zu erwarten – so hat es das Geologische Landesamt Nordrhein-Westfalen ausgedrückt. Das zeigt, dass auch Sie in der Sache nicht neutral sind. Ich sage das auch als jemand, der schon auf Bohrtürmen gearbeitet hat und weiß, wie solche Bohrungen funktionieren. Dabei ist ein Grundwasserkontakt überhaupt nicht auszuschließen.

Als bisher einzige Fraktion im Landtag lehnen wir deshalb – auch mit unserem Entschließungsantrag – diese Probebohrungen entschieden ab. Grüne und SPD sind aufgefordert, hier mit uns eine klare ablehnende Haltung einzunehmen. Bei beiden Parteien ist das aber im Moment so noch nicht zu erkennen.

Von CDU und FDP wissen wir, was wir zu erwarten haben: in der Sache konkret nichts. – Das haben wir heute auch sehr deutlich gehört.

Deswegen sage ich an dieser Stelle abschließend: Wir erwarten sehr konkret, dass hier tatsächlich neutrale Informationen vorgelegt werden, was zu erwarten ist. Wir erwarten sehr konkret, dass wir in der Sache aufschlussreich und umfassend informiert werden.

Ich habe mich sehr gewundert, dass zum Beispiel in der „Rheinischen Post“ ist am 24. Januar veröffentlicht worden ist: „Genehmigte Erprobungsflächen für die Suche nach Erdgas in NRW“. – Ich will, wir wollen als Linke vom Wirtschaftsministerium Aufschluss darüber haben: Was ist da bisher genehmigt worden? Wie sieht die Situation tatsächlich aktuell aus?

Wir sagen klipp und klar: Wir sind grundsätzlich gegen diese Erkundung, gegen diese Probebohrungen. Wir hoffen, dass wir in Zukunft auch eine klare Mehrheit im Landtag für diese Politik haben. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Sagel. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Remmel das Wort.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon mehrfach betont worden, dass zurzeit die Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten heftig diskutiert wird und deshalb zu Recht auch der Landtag hier und heute das Thema bespricht. Die Menschen, die in den Gebieten wohnen und von möglichen zukünftigen Gewinnungen betroffen sein könnten, stellen zu Recht Fragen und verlangen nach Aufklärung. Auch wenn es sich im Moment nur um Probebohrungen

handelt, so muss doch vieles noch geklärt werden, was öffentlich nicht klar ist.

Zentral – das habe ich aus allen Redebeiträgen heute hier gehört – gibt es ein Einvernehmen, dass es gilt, das Wasser und speziell das Grundwasser als unseren wichtigsten Wasserschatz und unersetzbares Gut zu schützen und zu sichern. Ich glaube, da beißt keine Maus den Faden ab. Das muss erste Priorität haben. Daraus muss sich auch alles andere ableiten.

Das Wasser, insbesondere das Grundwasser, hat ein langes Gedächtnis, wie wir auch im Münsterland erfahren müssen. Einträge ins Grundwasser verbleiben oft zehn, 15, bis zu 20 Jahre und länger. Deshalb ist alles, was in das Grundwasser eindringt, eine dauerhafte Gefährdung auch unserer Trinkwasserversorgung. 40 % und mehr des Trinkwassers in Nordrhein-Westfalen wird aus Grundwasser gewonnen. Eben dieses Grundwasser hat dieses lange Gedächtnis.

Deshalb müssen wir vorbeugen, präventiv handeln und den Brunnen schützen. Es war schon immer ein wesentliches Menschheitsanliegen, dass dieser Brunnen, aus dem wir unser wertvollstes Lebensmittel, nämlich Wasser, gewinnen, nicht verunreinigt und vergiftet werden darf. Deshalb dürfen auch keine Grundwasserschädigungen in Kauf genommen werden, sei es bei Probebohrungen, sei es bei der Gewinnung von Erdgas oder sei es durch Reparaturmaßnahmen. Das muss abschließend und endgültig geklärt sein.

Wir haben es allerdings – das unterscheidet uns dann vielleicht von der Position, die die Fraktion Die Linke heute hier eingenommen hat – mit einer realen Rechtssituation zu tun. Die können wir uns nicht backen. Wir sind nicht in der Lage, hier und heute eine Entscheidung am grünen Tisch zu treffen und zu sagen: Wir wollen das, oder wir wollen das nicht.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die Behörden können das!)

Sondern: Es gibt Ansprüche, wenn entsprechende Anträge gestellt werden. Die müssen nach Recht und Gesetz behandelt werden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau!)

Da haben wir Recht und Gesetz, das angewandt wird, nämlich das Wasserrecht.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Richtig! Konsequent anwenden!)

Das Wasserrecht muss angewandt werden. Die Beteiligung der Wasserbehörden ist bereits jetzt bei den beantragten Probebohrungen aufgrund des Wasserhaushaltsgesetzes, auch des neuen Wasserhaushaltsgesetzes, sichergestellt. Die Entscheidung kann nur jeweils im Einvernehmen mit den zuständigen unteren Wasserbehörden gefällt werden. Auch jetzt schon erlaubt das Bergrecht – jedenfalls

sollten wir das gemeinsam so interpretieren – entsprechende Umweltverträglichkeitsprüfungen. Da gibt es Unklarheiten. Aber man kann durchaus zu der rechtlichen Einschätzung kommen, dass bereits das bestehende Bergrecht auch eine Umweltverträglichkeitseinschätzung erfordert.

Dann müssen wir uns – da hat der Wirtschaftsminister die Perspektive dargestellt, aber ich hatte auch den Eindruck, dass das hier im Haus breiten Konsens findet – aufmachen, wenn wir feststellen, dass rechtliche Grundlagen nicht ausreichen, diese zu ergänzen. Das betrifft die Frage der Anpassung des Bergrechtes an neue Verfahren, die in der Diskussion sind, und die Frage der generellen Einführung einer Verpflichtung, bei diesen Bohrungen Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen.

In der Tat haben wir in Nordrhein-Westfalen als Landesregierung da schon im September eine Initiative ergriffen. Ich muss das noch einmal unterstreichen. Nicht Nordrhein-Westfalen hat verhindert, dass wir eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht bekommen haben, sondern es waren andere Bundesländer.

Deshalb habe ich die herzliche Bitte, wenn sich das Parlament beraten hat, vielleicht zu einer gemeinsamen Entschließung unter Beteiligung auch der CDU zu kommen, um gegenüber anderen Bundesländern deutlich zu machen, dass es hier in Nordrhein-Westfalen eine andere Positionierung der CDU und der FDP gibt hinsichtlich der Notwendigkeit, Umweltverträglichkeitsprüfungen auch bei solchen Bohrungen vorzunehmen.

Darüber hinaus – auch das ist Konsens innerhalb der Landesregierung – brauchen wir zusätzliche fachliche Unterstützung. Deshalb werden wir ein Gutachten in Auftrag geben. Die Fragen sind gemeinsam erarbeitet. Das Parlament und die Bevölkerung werden dann selbstverständlich entsprechend unterrichtet.

Dann sind wir beim Unternehmen. Hier gilt wie bei jedem Vorhaben – das haben wir, glaube ich, gegenüber dem Unternehmen in den Gesprächen deutlich gemacht –: Man kann solche Unternehmen und solche Absichten nur dann öffentlich begründen und durchhalten, wenn man von Anfang an alles, was man weiß, auch auf den Tisch legt. Wir haben das in vielen anderen Verfahren erlebt. Wenn sukzessive immer wieder neue Wahrheiten auf den Tisch kommen – Herr Clauser lächelt, denn er kennt die Situation aus anderen Prozessen –, dann trägt das nicht dazu bei, die Glaubwürdigkeit des Unternehmens zu stärken. Sondern: Alles muss am Anfang auf den Tisch.

Hier haben wir offensichtlich den einen oder anderen Fall, wo das in der umfassenden Klarheit bisher nicht passiert ist. Es ist eben schädlich, wenn das Unternehmen jenseits der Sachebene argumentiert, dass hier perspektivisch Hunderttausende von Ar-

beitsplätzen geschaffen würden, obwohl es noch Wochen vorher erklärt hat, dass es nach den Probebohrungen noch gar nicht wisse, ob es zur Gewinnung des Gases komme. Das wirkt schon wie der Versuch, mit der Aussicht auf Arbeitsplätze bestimmte Verfahren durchdrücken zu wollen. Daher ergeben sich Anfragen zur Kommunikation und zu den Absichten des Unternehmens.

Wir müssen die Umwelt und das Wasser ganz klar in das Zentrum unserer Schutzbemühungen stellen, und deshalb hoffe ich, dass das Parlament auch in der Breite diese Anstrengungen der Landesregierung unterstützt. – Vielen Dank

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Wir kommen zur Abstimmung. Entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung haben sich die Fraktionen inzwischen darauf verständigt, den **Antrag Drucksache 15/1190** nicht direkt abzustimmen, sondern mit dem **Entschließungsantrag Drucksache 15/1237** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** zu überweisen. Im federführenden Ausschuss soll die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt diesem Verfahren zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir einstimmig überwiesen.

Wir kommen zu:

3 NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1196

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD Frau Steininger-Bludau das Wort.

Eva Steininger-Bludau (SPD) : Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kollegen, liebe Kolleginnen! 40 % aller Frauen in Deutschland haben seit ihrem 16. Lebensjahr schon einmal Gewalt gegen sich erleben müssen. Wir reden hier also von einem riesigen gesamtgesellschaftlichen Problem. Es ist außerdem hinreichend bekannt, dass Gewalt im Geschlechterverhältnis in allen gesellschaftlichen Schichten unabhängig vom Bildungshintergrund und Einkommen, Alter oder einer Migrationsgeschichte stattfindet.

Die Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sind vielfältig: Stalking, seelische Misshandlung – 13 % der in Deutschland lebenden Frauen haben dies schon einmal erleben müssen –, sexuelle Belästigung zum Beispiel am Arbeitsplatz, Verabreichung von K.-o.-Tropfen, Ohrfeigen, Schubsen bis hin zu schwerer Prügel.

Auch Genitalverstümmelung stellt Gewalt gegen Mädchen und Frauen dar. Sie mag zwar in einigen Ländern eine kulturell verankerte Praktik sein. Fakt ist allerdings, dass diese Eingriffe ohne medizinische Gründe durchgeführt werden, meist mit starken Schmerzen verbunden sind und schwere körperliche und psychische Schäden verursachen können. Darüber hinaus erwähne ich den Menschenhandel mit ausländischen Frauen bis hin zur Zwangsheirat und Zwangsprostitution.

Hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Katalog aber noch lange nicht zu Ende. Dies ist nur ein Auszug einer Auswahl von Gewaltformen, die sich gegen Frauen und Mädchen richten können.

Die Auswirkungen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sind allerdings ebenso vielfältig. Je länger Frauen und Mädchen in einer Gewalt- und Misshandlungsbeziehung verharren, umso unerträglicher wird ihre persönliche Situation. Es kommt zu psychischen Folgen. Vielfach leiden die Betroffenen unter Symptomen wie Schlaf- und Konzentrationsstörungen, Schuld- und Schamgefühlen, Depressionen, Essstörungen und Selbstmordgedanken.

Es kommt auch zu psychosozialen Folgen. Viele Frauen sind so traumatisiert, dass sie alle sozialen Kontakte zu ihrem Umfeld und ihrer Familie einstellen. Es kommt zu Trennungen von ihrem Partner, häufigen Wohnungswechseln, zu erheblichen Einschränkungen der Berufstätigkeit bis hin zum Verlust des Arbeitsplatzes. Es ist schlicht der Verlust der gesamten Lebensqualität – von den gesundheitlichen Folgen und den direkten Einwirkungen auf den Körper ganz zu schweigen.

Von den ganz konkreten körperlichen Verletzungen aufgrund von Gewalt einmal abgesehen, sind dies vielfach psychosomatische Erkrankungen wie Migräne, Schlafstörungen, Magen- und Verdauungsbeschwerden, Atemwegsbeschwerden sowie Herz- und Kreislaufprobleme. Die Liste ist endlos.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, die Weltgesundheitsorganisation bezeichnet Gewalt gegen Frauen als eines der größten Gesundheitsrisiken von Frauen weltweit. Es ist ein globales Gesundheitsrisiko mit manchmal lebenslangen körperlichen, seelischen und gesellschaftlichen Folgen.

Die Wissenschaftlerinnen dieser Studie schlussfolgern darüber hinaus, dass Unterstützungs- und Präventionssysteme dringend weiter ausgebaut werden müssen. Die UNICEF berichtet, dass Gewalt gegen Frauen mittlerweile die häufigste Form von Menschenrechtsverletzungen in der Welt ist.

Wir müssen zügig tätig werden, wenn wir in diese Spirale aus Gewalt und Autoaggression eingreifen wollen.

Bei diesen Formen von Gewalt können wir nicht von einmaligen Ausrutschern sprechen. Dies ist ein System – ein System, in dem es um Macht und Kontrolle über Partner geht. Und die Frauen leben in ständiger Angst; denn die gewalttätigen Ausbrüche kommen meist ohne Ankündigung und brechen brachial über sie herein.

Gewalt ist durch nichts zu entschuldigen oder zu rechtfertigen. Die Verantwortung dafür liegt immer bei den Tätern und bei denen, die wegschauen, sowie bei denen, die nichts dagegen tun. Die betroffenen Opfer müssen professionell unterstützt und geschützt werden.

Der vorliegende Antrag fordert in seinen acht Punkten die Landesregierung auf, hier unverzüglich und verstärkt tätig zu werden und Maßnahmen unter anderem in einem Landesaktionsplan zu verankern. Zukünftig müssen die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden, das öffentliche Bewusstsein geschaffen und massiv Aufklärung und Sensibilisierung für die Thematik betrieben werden.

Unsere Frauenhäuser in Nordrhein-Westfalen sowie die Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen leisten schon jetzt hervorragende Arbeit und können bei entsprechender Unterstützung entscheidend weiterhelfen. Angefangen von der Krisenintervention über die Sozialberatung und Kinderbetreuung bis hin zur Nachsorge und Nachberatung – dies alles sollte hier mit bedacht werden.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, Gewalt ist durch nichts und niemanden zu rechtfertigen. Politik und Gesellschaft sind aufgerufen und verpflichtet, deutliche Zeichen zu setzen und gewalttägiges Verhalten in allen seinen Formen zu bekämpfen. Jede Frau, jedes Mädchen, jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben ohne Gewalt.

Deshalb bitte ich Sie eindringlich: Beschäftigen Sie sich mit diesem Antrag näher. Ich freue mich auf eine fachliche Diskussion im Ausschuss. – Danke.

(Beifall von der SPD und von Wolfgang Zimmermann [LINKE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Steininger-Bludau. – Für die grüne Fraktion spricht nun Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer (GRÜNE): Häufig lohnt sich ja der Blick über den nordrhein-westfälischen Tellerrand hinaus. Insbesondere beim Thema „Frauenpolitik“ sollte man häufiger mal den Blick in Richtung Brüssel wenden, denn die EU nimmt, wie Sie wissen, bei dem Thema „Gleichstellung der Geschlechter“ eine Vorreiterinnenrolle ein, was zum Beispiel die Verankerung von Genderkriterien als Voraussetzung für

die Förderung und Durchführung von Maßnahmen und Projekten anbelangt.

Das Thema „Gewalt gegen Frauen“ hat als einer von sechs Punkten Eingang in die „Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010 bis 2015“ der EU-Kommission gefunden. Damit macht die Europäische Kommission deutlich: Die Bekämpfung von Gewalt ist ein elementarer Baustein auf unserem Weg hin zu einer gewaltfreien Gesellschaft und einer geschlechtergerechten Gesellschaft.

Die Europäische Kommission macht in ihrer Mitteilung vom 21. September 2010 eine ganz wichtige Feststellung. Den ersten Satz des Kapitels „Schutz der Würde und Unversehrtheit – der Gewalt aufgrund des Geschlechts ein Ende setzen“ möchte ich gerne zitieren. Er lautet in seiner deutschen Übersetzung:

„Frauen erfahren unterschiedlichste Formen der Gewalt, nur weil sie Frauen sind.“

Der Satz ist so simpel, wie er wahr ist. Denn Frauen tragen weltweit, aber auch hier in Deutschland ein erhöhtes Risiko, Opfer von Gewalt zu werden. Daher sind wir als Parlament, als Abgeordnete in der Pflicht, zu handeln. Ich würde mich freuen, wenn wir es bei diesem wichtigen Thema endlich einmal schaffen könnten, gemeinsam zu handeln. Gerade bei diesem Thema „Gewalt gegen Frauen“ könnten oder sollten wir einen Konsens erreichen, denn Gewalt gegen Frauen ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine ganz massive Menschenrechtsverletzung, die wir gemeinsam bekämpfen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Gewalt gegen Frauen kann man aber auch ganz nüchtern aus einer anderen Perspektive betrachten, und zwar aus einer volkswirtschaftlichen. Es gibt verschiedene Studien zu der Frage, wie hoch die Kosten von häuslicher Gewalt für die Gesellschaft sind. Da reden wir auch nur über einen Teilbereich, und zwar die häusliche Gewalt.

Das Niedersächsische Sozialministerium hat vor einiger Zeit errechnet, dass häusliche Gewalt in Deutschland jährlich einen Schaden von knapp 15 Milliarden € verursacht. Diese Summe setzt sich aus verschiedenen Faktoren zusammen, zum Beispiel aus dem wirtschaftlichen Verlust aufgrund von Arbeitsausfällen, aus den Kosten für polizeiliche Einsätze und aus den Kosten für die medizinische Behandlung.

Gewalt – das hat bereits meine Vorrednerin gesagt – hinterlässt nämlich Spuren, zum einen Körperverletzungen wie Knochenbrüche, Schnitt- oder Brandwunden, zum anderen aber auch psychische Beschwerden, angefangen von Depressionen bis hin zu Suizidideen.

Deshalb benötigen wir – das haben wir auch in unserem Antrag festgehalten – dringend eine Fachstelle zu den gesundheitlichen Folgen von Gewalt.

Daneben muss aber auch die Präventionsarbeit – auch das schreiben wir in unserem Antrag – insbesondere in den Schulen und in der Jugendhilfe ein neues Gewicht bekommen. Denn Frauen, die in ihrer Kindheit und Jugend körperliche Gewalt zwischen ihren Eltern miterlebt haben, sind später einem doppelt so hohen Risiko ausgesetzt, Gewalt durch ihren Partner zu erfahren. Genau hier müssen wir ansetzen, wenn wir diese soziale Weitervererbung, wie sie manchmal genannt wird, also dass Täter- und Opferrollen weiter vererbt werden, stoppen wollen, um zu einer gewaltfreien Gesellschaft zu kommen.

Deshalb ist ein Landesaktionsplan gegen Gewalt, den wir in unserem Antrag vorschlagen und haben wollen, dringend notwendig.

Die LAG der autonomen Frauenhäuser hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es da einer fachlichen Abstimmung mit allen Akteuren in den betroffenen Bereichen wie zum Beispiel der Polizei, der Justiz und dem Gesundheitsbereich bedarf.

Selbstverständlich müssen und werden wir die bereits vorhandenen Strukturen weiter unterstützen und ausbauen. Wie Sie wissen, werden wir schon mit dem nächsten Haushalt, mit dem Haushaltsplan 2011, die vierte Frauenhausstelle wieder einrichten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Außerdem arbeiten wir seit einiger Zeit gemeinsam mit der SPD daran, ein Landesgesetz zu schaffen, das eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern vorsieht und jeder von Gewalt betroffenen Frau und ihren Kindern das Recht auf eine kostenlose Unterbringung zusichert.

In der öffentlichen Wahrnehmung – das werden Sie sicherlich wissen – stehen die Frauenhäuser häufig als ein sehr plakatives Element in der Bekämpfung von Gewalt im Vordergrund.

Genauso unverzichtbar wie die Frauenhäuser sind aber auch die zahlreichen Frauenberatungsstellen und die Frauennotrufe in Nordrhein-Westfalen, die in den letzten Jahren bei gleichbleibender Finanzierung ständig neue Aufgaben bekommen haben. Auf diese Einrichtungen sind zusätzliche Themenfelder zugekommen, zum Beispiel das Thema „Stalking“, das Thema „Genitalverstümmelung“, das Thema „Zwangsheirat“, die Beratung nach Wohnungsverweisung von gewalttätigen Partnern sowie die Verabreichung von K.-o.-Tropfen. Diese Frauenberatungsstellen und diese Frauennotrufe leisten trotz sehr eingeschränkter Kapazitäten eine ganz hervorragende fachliche Arbeit. Diese Arbeit wollen wir weiter unterstützen.

Gleichzeitig dürfen wir aber nicht vergessen – das tun wir als rot-grüne Regierungsfraktionen nicht –,

dass es spezialisierte Zufluchtsorte und Beratungsangebote für Mädchen und junge Frauen geben muss. Denn es kann und darf nicht sein, dass diese Mädchen und Frauen aufgrund ihres Alters keine passenden Zufluchtsstätten finden und durch das Netz fallen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Es kann auch nicht sein, dass das allein Aufgabe der kommunalen Jugendhilfe ist und dass es allein von den Kommunen abhängt, ob ein Mädchen oder eine junge Frau, die jünger als 18 Jahre ist, einen Zufluchtsort findet. Das Land muss Schwerpunkte setzen; es ist hierbei in der Verantwortung.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Auch über die Ansprache von Frauen, die bisher nicht oder nur unzureichend von den bestehenden Angeboten erreicht wurden, müssen wir uns ernsthaft Gedanken machen: Wie können wir an diese Frauen herantreten?

Dabei meine ich konkret die Frauen mit Behinderung, die in unserer Gesellschaft aufgrund struktureller Diskriminierungen einer erhöhten Gefahr ausgesetzt sind, Opfer von Gewalt zu werden. Hierbei müssen wir im Rahmen der Diskussion über die Verwirklichung von Inklusion die besonderen Bedarfe von Frauen in den Blick nehmen.

Bei der Diskussion um Inklusion in diesem Parlament hat man versucht, einen breiten Konsens zu finden, was weitgehend geschehen ist. Von daher hoffe ich, dass wir einen mindestens ebenso breiten Konsens bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen finden werden. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Exler das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Exler.

Wolfgang Exler (CDU): Sehr verehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher in diesem Hohen Hause! „NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt“, lautet der Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen, der von uns allen mit dieser Überschrift so unterzeichnet werden kann. Niemand von uns möchte umgekehrt, dass NRW seine Frauen und Mädchen nicht mehr schützt.

Denn wir wissen alle, dass schon in Art. 2 Abs. 2 des Grundgesetzes deutlich steht: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, was wir bis heute unterlassen haben. Unser gemeinsames Bestreben ist, dass wir als Staat die hier lebenden

Menschen schützen müssen. Das ist die Aufgabe eines Landes in einem Rechtsstaat. Darauf müssen sich die Menschen unabhängig von politischen Mehrheiten verlassen können.

Eigentlich hätte ich in Ihrem vierseitigen Antrag etwas mehr Einsatz und Dampf erwartet; einen solchen Einsatz habe ich immer bei den Grünen gesehen. Es hätte eine klare, am Horizont erkennbare Unterstützungs- und Finanzierungsabsicht folgen müssen. Doch nichts Neues kommt auf den Tisch. Alles klingt gut und verlockend, ist aber bei genauem Hinsehen weniger nützlich und zu mager. Was ist bei Ihnen passiert? Hat das Engagement für die Frauen, zum Schutz von Frauen und Mädchen auf einmal weniger Gewicht bekommen?

Schon in unserem Antrag Drucksache 15/471 vom 2. November 2010 zum Thema „Frauen mit Zuwanderungsgeschichte unterstützen – Gewalt bekämpfen“ hat sich die CDU deutlich positioniert, um gegen Gewalt anzugehen. Wir haben die Landesregierung aufgefordert, mehr für die von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen zu tun.

(Heike Gebhard [SPD]: Indem ihr die vierte Fachkraftstelle gestrichen habt!)

Als im Opferschutz ehrenamtlich Tätiger und als Notfallseelsorger kenne ich die Sorgen, die es bei der Betreuung der von Gewalt betroffenen Menschen gibt. Deswegen weiß ich, dass hierbei Handlungsbedarf besteht.

Jede Form von Gewalt stellt uns vor neue Herausforderungen: häusliche Gewalt, Kindesmisshandlungen, Stalking – auf Deutsch: Anpirschen, kurz gesagt: Nachstellung –, Sexualdelikte und andere das Opfer traumatisierende Taten, die sich über das Internet entwickelt und verbreitet haben. Immer hat der Staat reagiert und versucht, durch Gesetze Hilfe zu schaffen. Mehrere Opferrechtsreformen wurden in den vergangenen Jahren im Bundestag von vielen Fraktionen auf den Weg gebracht. Auch beim Thema Genitalverstümmelung unterstützt NRW die Bundesratsinitiative aus dem vergangenen Jahr und erwartet, dass sich hierbei etwas bewegt.

Das folgende Zitat aus Ihrem Antrag können wir als CDU durchaus teilen: „Denn eine wirksame Bekämpfung von Gewalt erfordert zunächst mehr Wissen!“ Jedoch weise ich auch darauf hin, dass wegen dieses fehlenden Wissens schon vor zwei Jahren die Beratungs- und Hinweispflichten in § 406 ff. Strafprozessordnung festgeschrieben wurden. Ein Opfer hat nach Gewalttaten sogar Anspruch auf einen Dolmetscher, der unabhängig von anwaltlicher Hilfe ist, um Sprachbarrieren zu überwinden und mehr Wissen über die Rechte zu erhalten.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Das heißt, wir brauchen das Rad nicht neu zu erfinden, sondern sollten gemeinsam versuchen, den

Intentionen zu einem Abschluss zu verhelfen. Hierbei können wir alle noch etwas bewegen.

Zu Ihrem Landesaktionsplan möchten wir einige konkrete Punkte ergänzen. Die Überschrift wurde leider etwas unglücklich formuliert, da „Landesaktionsplan“ eher wie eine Aktion im Supermarkt klingt und nicht als auf Dauer ausgelegt erscheint. Schnellatmiges und kurzfristiges Handeln können wir an dieser Stelle nicht gebrauchen. Dies sollte noch einmal überdacht werden.

Anfügen möchte ich aber auch, dass der bundesweit tätige Verein für Kriminalitätsopferhilfe, der Weiße Ring, der in NRW im Rheinland sowie in Westfalen angesiedelt ist – mit ihm habe ich gesprochen – die Konzeption Ihres Antrags generell begrüßt.

Zu Ihrem Programm möchte ich Ihnen Folgendes mit auf den Weg geben: Alle Punkte decken sich mit unseren Punkten, den realistischen Wahrnehmungen und den Bedürfnissen der Frauen und Mädchen. Richtig ist, dass Frauenhäuser und Beratungseinrichtungen eine feste Finanzierung brauchen. Auch Frau Ministerin Steffens möchte dies in einem eigenen Frauenhausförderungsgesetz auf den Weg bringen.

Dass wir zwei Mädchenhäuser benötigen, scheint erforderlich zu sein; mir ist in NRW nur ein einziges spezialisiertes Mädchenhaus, und zwar das in Bielefeld, bekannt.

Jedoch reden Sie in Ihrem Antrag mit keinem Wort von den versprochenen Finanzen. Sie sagen nichts dazu, wie dies umgesetzt werden soll, dafür aber, dass wir bis 2012 auf die Vorlage eines Landesplans warten müssen und dass die konkreten Ziele daraus erst bis zum Ende der Legislaturperiode, also vermutlich erst 2015, festgelegt werden sollen.

In diesem Hause versteht dies niemand, ebenso wenig wie in den Frauen- und Hilfseinrichtungen draußen im Land. Politik heißt, dass wir das Machbare möglich machen. Das ist die Kunst. Es sollte ein Vorhaben nicht zur Augenwischerei werden, auch dann nicht, wenn wir mit wenigen Haushaltssmitteln auskommen müssen. Die Mittel müssen gezielt eingesetzt werden.

Wir als NRW können stolz auf die bisherigen Gewalthilfen sein und brauchen uns nicht zu verstecken.

Um Gewalt zu verhindern, setzen schon die Vorgängerregierungen präventive Mittel ein, damit das Wissen weiter verbessert wurde und an die vielen runden Tische gegen Gewalt und sexualisierte Gewalt gelangen konnte, sodass die daraus entstandenen Opfernetzwerke dies an die Opfer, die betroffenen Frauen und Mädchen, weitergeben konnten.

Schließlich sind Wissen und Kommunikation mit verschiedenen Professionen in diesen Bereichen

Gold wert. Wir alle lernen dazu, es hilft den Opfern, und das Phänomen Gewalt kann man besser verstehen – nicht nur im strafrechtlichen Sinne bei Prozessen, sondern auch, warum es so schleichend angefangen hat.

Abschließend möchte ich Sie bitten: Lassen Sie uns im Ausschuss gemeinsam über den Tellerrand hinausblicken und nachhaltige Lösungen erarbeiten! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Exler. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der FDP Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass wir uns in diesem Hause alle einig darüber sind, dass Gewalt in jeglicher Form in einer freien und fairen Gesellschaft keinen Platz haben darf. Wir sind uns aber auch einig, dass weder die Gesellschaft noch die Politik jegliche Gewalt verhindern können. Eine Missachtung dieser Werte muss gesellschaftlich geächtet und mit den Mitteln des Rechtsstaats deutlich geahndet werden.

Aber so wichtig die Strafverfolgung der Täter auch ist: Zuallererst muss das Ziel die Verhinderung solcher Taten sein. Je mehr wir alle hinschauen, was in unserem Umfeld passiert, und je sensibler wir auf bedenkliche Anzeichen reagieren, desto früher kann gegen Gewalt eingeschritten werden. Menschenrechte und körperliche wie seelische Unversehrtheit sind ein unveräußerliches Rechtsgut. Vorbeugung ist der beste Opferschutz.

Dass es uns mit diesem Anliegen ernst ist, haben FDP und CDU bereits in der vergangenen Legislaturperiode gezeigt, indem die Fraktionen beispielsweise die schwarz-gelbe Landesregierung aufgefordert haben, ein umfassendes Handlungskonzept gegen Zwangsheirat vorzulegen. Dies ist auch geschehen.

Mit einem Zehn-Eckpunkte-Papier ist die Landesregierung ihrer Verantwortung zur Verbesserung des Schutzes und der Hilfeangebote für die Opfer von Zwangsheirat nachgekommen. Dieses Handlungskonzept setzt vor allem auf präventive Maßnahmen und das gemeinsame Handeln mit den Migranten-selbstorganisationen. Auch eine Online-Beratung, also ein niederschwelliges Hilfsangebot, richtet sich nun an betroffene Frauen und auch an Männer.

Meine Damen und Herren, präventives Handeln setzt immer die Kooperation aller Beteiligten voraus. Frauenhilfeeinrichtungen, Beratungsstellen, Polizei und Strafverfolgungsbehörden leisten hier eine wichtige, unersetzliche Arbeit, die es ausdrücklich zu würdigen gilt. Aber auch jedem Bürger und jeder

Bürgerin in Nordrhein-Westfalen, der oder die Hilfe geleistet hat, anstatt wegzusehen, muss dieser Dank gelten.

So sehr mir der Antrag der Koalitionsfraktionen in seiner Tendenz gefällt – viele der angesprochenen Punkte kann ich für die FDP-Landtagsfraktion nur unterstreichen; wir würden diesen Punkten auch zustimmen –, so sehr vermisste ich einen Punkt, der mir besonders wichtig erscheint.

Der Antrag geht nicht darauf ein, wie wir den Helfern die Ängste nehmen können, wegen ihres couragierten Eingreifens später in Regress genommen zu werden. Dieser Aspekt darf in einem Gesamtkonzept, das auf eine breite Öffentlichkeitsarbeit abstellt, nicht fehlen.

Lassen Sie mich die Antragsforderungen im Einzelnen durchgehen:

Bei der Forderung nach einem Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen und Mädchen reagiere ich wie der CDU-Kollege und würde mir auch eher ein Handlungskonzept wünschen, da in dem Wort „Aktion“ auch immer etwas Sprunghafes steckt. Der Forderung nach solch einem Handlungskonzept kann sich die FDP-Landtagsfraktion also generell anschließen. Nur wenn Handlungsbedarf und Ziele genau bekannt sind, kann man entschieden gegen Missstände vorgehen.

Gleiches gilt für die Fortbildung bei Polizei, Justiz, Gesundheitswesen, Schule und Jugendhilfe. Hier stellt sich mir allerdings die Frage, warum Sie die Frauenhilfe nicht in einem Atemzug mit genannt haben. Gut, diese gehört nicht in den öffentlich-rechtlichen Bereich, aber wenn Sie die Frauenhilfeeinrichtungen in Ihrer Antragsbegründung explizit nennen, sollten Sie diese gerade im Bezug auf die Fortbildung nicht ganz ausklammern. Qualifizierung ist hier genauso wichtig wie in den angesprochenen Bereichen und für eine konstruktive Zusammenarbeit unerlässlich. Darüber hinaus könnte eine vermehrte Fortbildung auch die Belastung der Mitarbeiterinnen in der Frauenhilfe zumindest teilweise entschärfen.

Weiterhin unklar ist mir in Ihrem Antrag geblieben, was es mit dieser Fachstelle „Gesundheitliche Folgen von Gewalt“ auf sich hat. Mir scheint, da greifen Sie schon ein bisschen in die Detailkiste. Wenn Sie doch erst einmal einen Plan entwickeln wollen, mit dem der Handlungsbedarf genau identifiziert werden soll, kann man ihn nicht gleichzeitig schon kennen und wissen, dass Bedarf besteht, zwingend eine solche Fachstelle einzurichten.

Auch bleibt mir verschlossen, ob hier eine völlig neue Einrichtung – wirklich als Einrichtung – geschaffen werden soll oder bestehende Kräfte aus der Antigewaltarbeit mit neuen weiteren Aufgaben belastet werden sollen. Das wird nicht ganz klar.

Was mir aber ganz besonders ins Auge gefallen ist – oder besser: nicht ins Auge gefallen ist –, ist die Tatsache, dass Sie in dem Antrag nicht von der von Ihnen viel beschworenen vierten Stelle für die Frauenhäuser sprechen. Darauf sind Sie gar nicht eingegangen. Bisher sind Sie nicht müde geworden, ihre Notwendigkeit immer wieder zu betonen. Frau Schäffer hat es in ihrem Redebeitrag ganz kurz erwähnt. Von der Seite der SPD habe ich das allerdings nicht gehört.

Nicht, dass wir das wollen; das ist nicht unsere Zielrichtung; das wissen Sie auch. Sie jedoch haben immer die Position vertreten, diese vierte Stelle sollte so schnell wie möglich wieder vom Land finanziert werden. Mich würde schon interessieren – Frau Kieninger, ich wende mich an Sie als Sprecherin der SPD –: Hat sich die SPD aus Haushaltsräson von diesem Vorhaben komplett verabschiedet? Aber die Haushaltsrealität scheint Sie doch nicht eingeholt zu haben, wenn man die merkwürdige Forderung nach Schaffung der oben genannten Fachstelle berücksichtigt. Ich will schon genau wissen: Wollen Sie nun die vierte Stelle haben? Ist das konkret, ist das völlig klar? Wird sie im Haushalt 2011 erscheinen, oder wollen Sie jetzt noch eine Fachstelle aufbauen? Da sind Sie die klare Antwort schuldig geblieben.

Wie dem auch sei: Im Kern teilt die FDP-Landtagsfraktion das Anliegen nach einem Handlungskonzept gegen Gewalt. Im Detail müssen wir über diesen Antrag noch diskutieren. Das tun wir auch gerne in den zuständigen Ausschüssen. Wir stimmen selbstverständlich der Überweisung zu. Ich freue mich auf fruchtbare und zielführende Beratungen im Ausschuss. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Die Linke Frau Abgeordnete Akbayir das Wort. Bitte schön.

Hamide Akbayir (LINKE): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Schutz der körperlichen Unversehrtheit und Gesundheit sind in der Verfassung verankerte Grundrechte, die die Regierung in die Pflicht nehmen, diese zu gewährleisten.

Einrichtungen wie Frauenhäuser, aber auch Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe leisten wirk samen Schutz gegen Gewalt. Der vorliegende Antrag greift das Anliegen auf, die schutzbietenden Einrichtungen und Strukturen zu stärken. Im Antrag ist ein Bündel an Maßnahmen formuliert, die das Parlament beschließen möge.

Wir freuen uns, dass die Antragsteller und Antragstellerinnen die unterschiedlichen Bereiche von Gewaltschutz aufgreifen. Denn neben der Versor

gung und Betreuung von Gewaltopfern – ob nun über Frauennotrufe oder über die Frauenhäuser – sind Prävention und Beratung die tragenden Säulen eines Systems von Gewaltschutz.

Der im Antrag vorgeschlagene Landesaktionsplan zielt in diese Richtung. Der Bedarf und die Orientierung an den Zielgruppen sollen genau abgesteckt werden, was unsere Fraktion begrüßt. Es werden eine landesweite Fachstelle, Fortbildungen, Präventionsmaßnahmen und Spezialisierungen in Aussicht gestellt.

Den Landesaktionsplan sollten die Verbände der Hilfs- und Beratungseinrichtungen und die Zuständigen der Landesregierung gemeinsam an einem runden Tisch ausarbeiten; denn nur auf diese Weise wäre sichergestellt, dass der Landesaktionsplan den Bedürfnissen sowohl der Schutzbedürftigen als auch der Schutzbietenden gerecht wird. Auch eine nachhaltige Finanzierungssicherheit könnte nur auf diesem Wege geschaffen werden.

Unserer Fraktion ist es ein besonderes Anliegen, daran zu erinnern, dass die ambulanten Einrichtungen der Beratungs- und Hilfsdienste bei der Debatte der Förderung leider oftmals vernachlässigt werden. Bei der niedrigschwierigen Beratung und psychosozialen Hilfe ist eine Unterversorgung in der fachlichen Betreuung festzustellen. Bei dieser Unterversorgung könnte ein angemessener Schlüssel von Fachpersonal in Bezug auf die Einwohnerzahl Abhilfe schaffen. Solche wichtigen Maßnahmen sollten an einem runden Tisch mit den Verbänden verhandelt werden, meine Damen und Herren.

Außerdem wird im Antrag plakativ vorgetragen, eine angemessene Finanzierungsgrundlage für die Frauenhäuser zu erarbeiten. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser eine einzelfallunabhängige Finanzierung fordert. Damit soll den derzeit benachteiligten Frauengruppen das Recht auf Schutz vor Gewalt uneingeschränkt ermöglicht werden.

Unsere Fraktion fordert daher ausdrücklich, dass der Aufenthaltsstatus oder aber das Einkommen keine Ausschlusskriterien bleiben dürfen.

(Beifall von der LINKEN)

Nun aber zu unseren Ergänzungen zu dem Antrag.

Im Antrag wird in Aussicht gestellt, dass spezielle Einrichtungen für junge Frauen dem erweiterten Bedarf gerecht werden sollen. Die erweiterten Anforderungen an Beratungs- und Hilfseinrichtungen erfordern jedoch eine größere Differenzierung. Den Bevölkerungsgruppen wie Migrantinnen, behinderten, aber auch jüngeren und älteren Frauen, müssen die Zugänge konzeptionell und strukturell gesichert werden. Dies umfasst eine zielgruppenbezogene spezialisierte Beratung, einen qualifizierten Mitarbeiterstab und einen entsprechenden finanziellen Rahmen. Für den speziellen Bedarf müssen die

Qualitätsstandards mithilfe von fachlicher Weiterbildung, innovativer Konzepte und den entsprechenden Kapazitäten sichergestellt werden.

Zum nächsten Punkt. Im Antrag ist die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit aufgegriffen worden. Mit Sicherheit ist eine breite Öffentlichkeitsarbeit die Basis eines funktionierenden Schutznetzes, doch auch hierzu sind Finanzierungsgrundlagen notwendig. Überhaupt ist der Dreh- und Angelpunkt des Schutz- und Hilfsnetzes die gesicherte Finanzierung. Diese muss dem Parlament bzw. dem zuständigen Ausschuss recht bald vorgelegt werden.

Als letzten Hinweis möchte ich aufführen, was für ein funktionierendes Beratungs- und Hilfsnetz notwendig ist. Der Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe erwartet eine gesetzliche Regelung des Gewaltschutzes. Dazu gehört ein bundesweit einheitliches und verbindliches Finanzierungssystem. Der Bundesverband stellt klar, dass nur mit einer flächendeckenden und bedarfsgerechten Infrastruktur Schutz, Prävention und Hilfe ermöglicht werden können. Eine Regelung für Bund, Länder und Kommunen ist vonnöten. Der Landesaktionsplan sollte diese berechtigte Forderung aufgreifen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir stimmen dem Antrag unter dem Vorbehalt zu, dass unsere Ergänzungen dabei berücksichtigt werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Akbayir. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Steffens das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich in die Debatte einsteige: Frau Pieper- von Heiden, Sie hatten zwar eine Frage an die Koalitionsfraktionen gestellt, aber vielleicht kann ich sie Ihnen auch beantworten.

Sie hatten gefragt, warum die Fort- und Weiterbildung der Frauenhilfe nicht im Antrag steht. – Das liegt daran, dass die Koalitionsfraktionen wahrscheinlich wissen, dass die Fort- und Weiterbildung der Frauenhilfe schon immer seitens des Landes finanziert und auch sehr rege in Anspruch genommen wird. Von daher: Was schon Lebensrealität ist, muss man nicht mehr in den Antrag hineinschreiben; deswegen steht es nicht drin. Aber in Zukunft können wir solche Fragen vielleicht rechtzeitig klären, damit Sie den gleichen Wissensstand wie die anderen haben.

Zu dem, was im Antrag der Koalitionsfraktionen steht: Die Gewalt im Geschlechterverhältnis ist traurige Lebensrealität; das ist so. Darüber gibt es,

glaube ich, auch einen breiten Konsens. Wir haben, wenn wir uns die letzten 30 Jahre ansehen, in der öffentlichen Diskussion zum Glück schon eine positive Entwicklung. Wenn ich mir überlege, wie vor 30 Jahren die Diskussionen um Gewalt – subtile, aber auch offene Gewalt – gegen Frauen verliefen, war damals noch ganz klar: Die Frauen sind ja selber schuld. Das waren die Diskussionen um die zu kurzen Röcke und das zu aufreizende Auftreten. Es war die individuelle Schuld der Frauen. Aber das gesellschaftliche Problem, das dahinter steht, die Gewalt im Geschlechterverhältnis, war nicht das Thema der Diskussion. Wir haben von daher seit 30 Jahren darum eine breite frauenpolitische Debatte und haben einen Wandel. Trotzdem ist heute das Grundmuster, das dahinter steht, in der öffentlichen Debatte auch nicht anders.

Wir haben es hier genauso wie an anderen Stellen – wie bei den Diskussionen um die K.-o.-Tropfen, um das Stalking – erlebt, dass am Anfang und auch von den gesellschaftlichen Kräften, die zum Teil mit den Betroffenen in ihrer Alltagsarbeit umgehen mussten und müssen, immer wieder das subtile „Das kann doch alles gar nicht so schlimm sein; das ist doch gar nicht das Problem; vielleicht hat die Frau sich das ja eingebildet“ zum Ausdruck gebracht wurde. Das hatten wir in den letzten fünf Jahren noch als öffentliche Diskussion an vielen Stellen. Das heißt, das Gewaltmuster verändert sich, das Grundmuster in der Gesellschaft ist vorhanden geblieben. Daran müssen wir weiterhin viel arbeiten.

Wenn wir uns ansehen, über welche Fallzahlen, über welche Betroffenheit wir reden, können wir immer nur die Zahlen öffentlich thematisieren, die aus Statistiken ersichtlich sind. Wir wissen, das ist die Spitze des Eisbergs. Denn auch da ist nach wie vor klar, dass Frauen, die Gewalt erfahren haben, in den seltensten Fällen wirklich öffentlich und offen damit umgehen. Es ist meistens vielmehr ein verstecktes Damit-Umgehen nach wie vor aus der Angst heraus: Wie werde ich dann angeguckt, wie werde ich behandelt, wenn ich offen zu diesen Gewalterfahrungen, zu dieser Gewaltsituation stehe?

In der polizeilichen Statistik 2009 zur häuslichen Gewalt ist die Zahl der Wohnungsverweisungen mit 10.199 Fällen angegeben; die Zahl der polizeilichen Einsätze wegen häuslicher Gewalt lautet 22.565. Das ist die Spitze des Eisbergs. Das sind diejenigen, bei denen die Polizei tatsächlich gerufen wird. Das sind diejenigen, bei denen wirklich um Hilfe gerufen wird. Aber die Zahl der Fälle, die nicht in Statistiken erfasst werden, ist viel größer.

Nach bundesweit repräsentativen Umfragen im Jahre 2004 ist durch die veröffentlichte Studie „Lebenssituationen, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ bekannt, dass jede vierte Frau im Verlauf ihres Lebens mindestens einmal Gewalt durch einen Beziehungspartner erlebt hat. Das heißt für Nordrhein-Westfalen: Von den hier lebenden

9 Millionen Frauen wären das ca. 2 Millionen Frauen, die mindestens einmal in ihrem Leben durch ihren Partner Gewalt erfahren haben oder Gewalt erfahren werden. Das sind zu viele. Das ist eine Zahl, die nicht akzeptabel ist.

Auch über die Aufnahme in Frauenhäuser haben wir hier schon diskutiert. 2009 waren es 4.414 Frauen und 4.386 Kinder. Das sind Zahlen, die zu hoch sind. Wir wissen, dass dazu noch diejenigen kommen, die abgewiesen werden mussten, weil wir eine nicht ausreichende Finanzierungslage der Frauenhäuser in Nordrhein-Westfalen haben.

Deswegen begrüße ich es sehr, dass hier noch einmal ganz deutlich durch die Diskussion des Landesaktionsplans klar gemacht wird, dass wir mehr brauchen als den Schutz in den Frauenhäusern. Den brauchen wir natürlich auch, aber wir benötigen darüber hinaus eine breite Weiterentwicklung.

Ich finde es schon einmal gut, dass vonseiten der Oppositionsfaktionen hier keine klare Sperre mehr ist, sondern dass die Bereitschaft besteht, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Ich hoffe, dass das dann auch im Verlauf der Entwicklung eines solchen Aktionsplans der Fall ist. Ob jetzt der Begriff „Aktionsplan“ bei der einen oder anderen einen anderen Eindruck erweckt als bei denjenigen, die den Antrag formuliert haben, ob es ein „Konzept“ oder ein „Plan“ ist – das Wort ist nicht das Entscheidende, sondern entscheidend ist, was letztlich in einem solchen Aktionsplan steht.

Dafür ist es aus meiner Sicht ganz wichtig, dass wir als Erstes in der Analyse wirklich einen differenzierteren Blick auf die unterschiedlichen Themenfelder und Zielgruppen haben. Denn das war in der Vergangenheit nicht so. Es gab zwar in Nordrhein-Westfalen einige Maßnahmen und Angebote – natürlich auch in den letzten fünf Jahren –, die sich zielgruppenspezifisch auf Frauen mit Migrationshintergrund bezogen haben, aber es gibt weiter Zielgruppen, die bisher noch gar nicht erfasst sind.

Es ist aber bei diesen Analysen auch wichtig, systemische Erfassungen und Verzahnungen, bestehende Einzelmaßnahmen und auch notwendige Handlungsbedarfe deutlich aufzuzeigen, bei denen aber auch am Opferschutz beteiligte Professionen einbezogen werden, weil wir die gesamte breite Palette derjenigen, die in diesem Bereich aktiv sind, einbeziehen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen die Beteiligung der Frauenhilfeeinrichtungen und Migrantinnenselbsthilfeorganisationen zur Entwicklung passgenauer Lösungen. Es nützt nichts, wenn man einen Aktionsplan oder Angebote für Maßnahmen macht, die an den Zielgruppen vorbeigehen. Deswegen ist es für uns klar, dass wir vonseiten des Ministeriums einen solchen Aktionsplan für bisher vernachlässigte Themenfelder und

Zielgruppen ganz deutlich mit in den Blick nehmen müssen.

Dabei ist klar: Das sind gewaltbetroffene Frauen und Mädchen mit Behinderungen, das sind gesundheitliche Folgen von Gewalt, das sind besondere Anforderungen und Risiken von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund, das sind die Themenbereiche Gewalt gegen ältere Frauen, das ist aber auch eine notwendige breite Diskussion über neue Muster, neue Erkenntnisse, neue Schweregrade von Gewalt gegen Frauen, das sind alte Frauen, die in jungen Jahren Gewalterfahrungen hatten und heute die Probleme in der Pflegesituation mit Retraumatisierungen haben, das sind Auswirkungen gewaltsamer Kindheitserfahrungen.

Das sind aber auch Fragen wie: Warum erreichen wir mit den bisherigen Konzepten Frauen in gehobenen Schichten weniger? Das sind natürlich auch Maßnahmen und Angebote zum Thema Zwangsheirat, Frauenhandel, Zwangsprostitution. Das umfasst ganz viele Bereiche, vor allem nach wie vor aber auch den Themenbereich: Wie können wir die Öffentlichkeit anders sensibilisieren?

Klar ist: Wir werden in Nordrhein-Westfalen nicht bei Null anfangen, sondern wir haben ein starkes frauopolitisches Fundament, das hier bis 2005 im Land war. Wir haben auch in der Zeit von 2005 bis jetzt natürlich die eine oder andere Maßnahme gehabt, auch wenn es in vielen Bereichen einen massiven Abbau gab. Da müssen wir jetzt wieder deutlich nachlegen und wieder ausbauen.

Wir wollen aber auch neue Maßnahmen entwickeln und auf den Weg bringen. Klar ist bei den Punkten, die ich eben genannt habe, dass für diese Zielgruppen vor dem Hintergrund dessen, was an Bedarf da ist, auch neue Maßnahmen entwickelt werden müssen. Zum Beispiel der Bereich der gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen mit Behinderungen ist einer, den wir noch deutlicher in den Blick nehmen müssen.

Spätestens seit der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist es gemäß Artikel 6 unser ausdrückliches Ziel, das als Landesregierung umzusetzen. Das heißt: Wir beziehen die Frauen mit Behinderung in diesen Prozess ein, damit sie beteiligt werden können. Gerade „Gewalt“ und „Behinderung“ sind Bereiche, in denen Frauen mehrfach diskriminiert werden. Wir müssen gemeinsam mit den Betroffenen Maßnahmen dagegen entwickeln.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das für Menschen mit Behinderungen zuständige MAIS hat für März dieses Jahres eine Veranstaltung geplant, die die Belange von Frauen und Mädchen mit Behinderung in den Fokus stellen wird. Das ist zwar ein erster Schritt; aber Maßnahmen und Konsequenzen daraus werden wir gemeinsam ziehen müssen.

Auch der Runde Tisch zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Nordrhein-Westfalen wird sich im März dieses Jahres mit dem speziellen Problem der Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderung befassen. Wir müssen aber auch die anderen Bereiche, die ich angerissen habe, zum Beispiel die gesundheitlichen Folgen von Gewalt, massiv angehen und aufgreifen. Wir werden sehen müssen, ob wir das strukturell in der von uns geplanten Fachstelle „Frau & Gesundheit“ implementieren oder wie auch immer andocken können.

Natürlich sind die massiven gesundheitlichen Folgen von Gewalt nicht erst seit der Enquetekommision, die in Nordrhein-Westfalen eine Zeit lang installiert war und sich ganz explizit mit dem Bereich Frauengesundheit beschäftigt hat, klar. Wir müssen das aber in konkrete Handlungsschritte umsetzen.

Jetzt und weiterhin werden wir beim Thema „Zwangsheirat“ aktiv sein und versuchen, den Schutz und die Angebote für Mädchen, die von Zwangsheirat betroffen sind, auszuweiten. Nur, Frau Pieper-von Heiden: Auch an der Stelle ist es notwendig und wichtig, die Unterbringungs- und Strukturangebote für die Mädchen bereitzustellen. Es reicht nicht, mit Kampagnen und öffentlichen Appellen an die Zielgruppen heranzugehen, sondern wir müssen wissen, was wir machen, wenn Mädchen akut bedroht sind. Im Rahmen dessen, was wir leisten können, wollen wir zum Beispiel Schutzplätze für die betroffenen Mädchen vorhalten und ihnen aktiv Angebote machen.

Für uns ist auch klar, dass Zielgruppenmaßnahmen wie zum Beispiel für den Bereich „Genitalverstümmelung“ wichtig sind. Damit haben wir in diesem Jahr auch schon begonnen und gemeinsam mit den in diesem Bereich Aktiven wie zum Beispiel der Beratungsstelle „Stop Mutilation“ die Hotline als bundesweit ersten Schritt in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht. Wir haben eine Reihe weiterer Maßnahmen ergriffen. Damit werden wir fortfahren.

Trotzdem ist klar: Es gibt noch eine Menge von Punkten, die völlig offen sind und mit denen wir uns noch intensiv auseinandersetzen müssen. Genannt sei nur noch einmal das Thema „Gewalt in der Pflege“. Dieser Bereich hat in der Vergangenheit in der Enquetekommision „Frauengerechte Gesundheit“ eine Rolle gespielt. Aber die notwendigen Konsequenzen sind bis heute noch nicht gezogen worden.

Meine Damen und Herren, es ist klar, dass wir mit einer massiven Öffentlichkeitsarbeit sowie mit Kampagnen gemeinsam mit den Initiativen und Verbänden gerade die Enttabuisierung in der Wahrnehmung weiter stärken müssen. Klar ist: Sobald Frauen keine Angst mehr haben, über Gewalterfahrungen zu reden, werden wir sie anders angehen können. Aber solange sich diese Verhaltensweisen im eigenen Raum bewegen und solange Frauen sich nicht trauen, öffentlich damit umzugehen, wird nichts passieren.

Damit einher geht natürlich, dass es nicht nur notwendig ist, mit zusätzlichen Angeboten und einem Aktionsplan aktiv zu werden, sondern auch klar ist, dass wir neben der Unterbringung den Schutz für die Frauen brauchen. Auch dazu gab es eben bei Ihnen, Frau Pieper-von Heiden, die eine oder andre Irritation:

Ja, diese rot-grüne Landesregierung will die zweite Fachkraftstelle in den Frauenhäusern wieder einrichten. Ja, das ist notwendig, denn wenn ich nur eine Sozialarbeiterin habe und die krank oder in Urlaub ist, ist – und das angesichts der Bedarfe – niemand da. Wir brauchen sie, um eine qualitativ hohe Betreuung für die Frauen und eine Hilfestellung anzubieten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ja, wir brauchen auch etwas, um die Frauen, die abgewiesen werden mussten, jetzt unterbringen zu können.

Aber das eine schließt das andere nicht aus. Nachhaltig wollen wir eine gesetzliche Regelung haben, wissen aber, dass der neue Weg, den wir beschreiben – das haben wir Ihnen von dieser Stelle aus schon mehrfach gesagt –, keiner ist, den man von heute auf morgen geht. Das werden wir gemeinsam substanzial und sicher auf den Weg bringen.

Als Sofortmaßnahme mit dem kommenden Haushalt wollen wir die Stelle einrichten. Das hat etwas mit einer nachhaltigen Finanzierungspolitik zu tun. Denn wenn die Frauen heute versorgt werden, haben sie morgen nicht die Probleme, sondern sind wieder in ihr Berufsleben und ihre Lebensstruktur integrierbar. Und das ist nachhaltige und vorsorgende Politik.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Steffens. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Rickfelder das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Josef Rickfelder (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dieser Antrag erfindet das Rad nicht neu. Die Mehrheit der im Antrag niedergeschriebenen Forderungen wird in Nordrhein-Westfalen bereits umgesetzt. Ein Gesetzentwurf für die Aufnahme von Genitalverstümmelung als eigenen Straftatbestand in das Strafgesetzbuch liegt dem Bundestag bereits vor.

Wir haben heute die Möglichkeit, eine gewalttätige Person aus ihrer Wohnung zu verweisen und somit Täter und Opfer räumlich zu trennen, ohne dass Opfer das Feld räumen müssen. Stalking ist ein eigener Straftatbestand, und der Bundestag diskutiert die Einführung des Straftatbestandes der Zwangs-

ehe. In diesem Falle sind es im Übrigen Ihre Kolleginnen und Kollegen im Bundestag, die mauern.

Zurück zum Antrag! Ich möchte gerne einige Punkte ansprechen, die verdeutlichen, weshalb Ihr Aktionsplan in weiten Teilen an der Realität vorbeiagiert.

Sie formulieren in Ihrem Antrag, dass das Thema Gewalt im Geschlechterverhältnis differenzierter und gezielter anzugehen sei. Die im Antrag festgehaltenen Forderungen sind aber nicht geeignet, dieses Ziel so zu verfolgen, wie ich es für richtig halte. Das kann man schon an der Überschrift erkennen, denn Sie lassen einen ganz wichtigen Punkt völlig unter den Tisch fallen: Was ist mit den Jungen und den männlichen Jugendlichen? Die kommen bei Ihnen überhaupt nicht vor.

Jungen sind mittlerweile viel häufiger von Gewalt betroffen, als gemeinhin bekannt ist. Wenn Sie einmal in offener Atmosphäre mit Leuten sprechen, die im Bereich der freien Träger und der entsprechenden Beratungsstellen tätig sind, dann wüssten Sie, wie die Wirklichkeit aussieht, dann wüssten Sie auch, dass gerade junge Männer eine hohe Hemmschwelle haben, zuzugeben, dass sie Opfer sind. Hinzu kommt, dass diese Männer häufig Opfer psychischer Gewalt sind und Schwierigkeiten haben, sich selbst als Opfer erkennen.

Wenn Sie wirklich das Thema „Gewalt im Geschlechterverhältnis“ differenziert angehen wollten, dann würden Sie Jungen ebenso in den Fokus nehmen wie Mädchen, auch und gerade vor dem Hintergrund, dass es junge Männer sind, die Gewalt als Lösungsmöglichkeit ihrer Schwierigkeiten und Probleme, als letztes Mittel ihrer Hilflosigkeit für sich nutzen.

Zweitens. Ihr Antrag spricht von Prävention. Wenn Sie dann jedoch die einzelnen Punkte durchlesen, dann finden Sie dort nicht mehr sehr viel von Prävention. Da, wo es notwendig wäre, wirkliche Präventionspolitik zu betreiben, verweigern Sie sich. Wir haben ein funktionierendes Beratungssystem, das insbesondere auf Frauen und Mädchen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind, zugeschnitten ist.

Nun wäre es an der Zeit, das Augenmerk auf männliche Opfer zu werfen und dafür zu sorgen, dass es bei ihnen weniger Opfer und mehr Hilfe gibt. Dafür war Ihnen der Antrag der CDU vom 2. November 2010 aber offensichtlich nicht geeignet. Er hatte im Übrigen im Blick, dass diejenigen, die Opfer geworden sind, mehr Hilfe bekommen.

Drittens. In der Plenardebatte am 11. März 2010 hat die damalige SPD-Abgeordnete Frau Helga Gießelmann vorgerechnet, dass im Durchschnitt 48 % der Mittel für die Frauenhäuser von den Kommunen getragen werden. Sie schlug vor – und das war Ihre Fraktionskollegin –, diese Mittel über das GFG den Kommunen zukommen zu lassen und dass das Land den Rest übernehmen sollte.

Sie fordern hier und heute in Ihrem Antrag eine auskömmliche Finanzierung der Frauenhäuser, der Frauennotrufe sowie der allgemeinen und spezialisierten Frauenberatungsstellen. Warum haben Sie das denn nicht im neuen GFG berücksichtigt, so wie es von Ihrer ehemaligen Kollegin vor einem Jahr vorgeschlagen wurde? Stattdessen legen Sie ein GFG vor, das Kommunen, in denen es ein gutes Opferberatungsnetz wie zum Beispiel in meiner Heimatgemeinde Münster gibt, zwingt, die finanziellen Mittel dafür noch einmal zusammenzustreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Schäffer, was mir vorhin persönlich besonders wehgetan hat – das sage ich als Mann auch deutlich –,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

ist, dass Sie sagen: Gewalt gegen Frauen ist eine massive Menschenrechtsverletzung. Das ist zwar richtig, aber Sie sollten die Jungen und die Männer an dieser Stelle nicht vergessen. Auch das ist eine Menschenrechtsverletzung.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Wer schlägt wohl härter zu: ein Mann oder eine Frau?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit will ich es für heute belassen. Wir werden im Ausschuss sicherlich die Gelegenheit haben, über die Zielführung und damit über die Sinnhaftigkeit Ihres Antrags zu diskutieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Kieninger das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gerda Kieninger (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Die bisherige Debatte hat gezeigt, dass der Antrag, den wir heute vorlegen, von allen Fraktionen für wichtig angesehen wird und wir vielleicht einmal die Möglichkeit haben, gemeinsam etwas zu verabschieden zum Wohle der Frauen und Mädchen in Nordrhein-Westfalen. Ich glaube, damit könnten wir ein wichtiges Signal ins Land senden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Aber nun möchte ich mich als Erstes bei der Landesregierung bedanken, die an der einen oder anderen Stelle durchaus schon tätig geworden ist, nämlich durch die Hotline, die für Mädchen und Frauen, die von Genitalverstümmelung betroffen sind, ins Leben gerufen wurde. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Signal, welches unsere Landesregierung damit ins Land gesandt hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken, aber auch dafür, dass inzwischen schon der „Runde Tisch Prostitution“ eingerichtet worden ist. Auch das ist ein ganz wichtiges Signal, das wir damit ins Land senden. Herzlichen Dank dafür.

Die Debatte hier hat mir gezeigt, insbesondere Herr Exler, dass wir an einer Beratung interessiert sind, in der wir übereinkommen und wichtige Punkte aufnehmen, miteinander diskutieren und an der einen oder anderen Stelle – nichts ist vollkommen – auch noch etwas verbessern können. Ich denke, das sollten wir gemeinsam in der Debatte im Ausschuss tun.

Allerdings hat Herr Rickfelder wieder ein klein bisschen das umgeworfen, was Sie aufgebaut hatten. Das ist bedauerlich, aber vielleicht nicht zu ändern.

Frau Pieper-von Heiden, an dieser Stelle, an der wir einen Antrag diskutieren, der eigentlich thematisch den Aufbau der Infrastruktur der Beratung und des Hilfesystems in Nordrhein-Westfalen noch einmal deutlich macht und aufzeigt, wo wir vielleicht noch Veränderungen vornehmen müssen, wollen Sie die vierte Stelle des Frauenhauses diskutieren. Ich muss ehrlich sagen: Da gehört es nicht hin. Wir werden bei den Haushaltsberatungen noch genügend Zeit haben, uns über diese Stelle zu unterhalten und sie letztendlich zu beschließen, auch das Gesamtfinanzierungssystem, wie wir es machen wollen.

Herr Rickfelder, Sie sprachen meine ehemalige Kollegin Gießelmann an, die in einem Redebeitrag deutlich gemacht hat, dass die Kommunen schon viel zur Erhaltung dieser Infrastruktur, dieses Netzes der Frauenhäuser beitragen. Ja, das ist richtig. Dass sie seinerzeit den Vorschlag gemacht hat, dass wir, wenn dieses Geld über das GFG finanziert würde, zu einer Lösung kommen, mag auch sein.

Nur: Wir wollen jetzt eine Lösung finden, und die wollen wir finden, indem wir miteinander beraten, gemeinsam diskutieren, auch mit den Frauen und Mädchen, die die Arbeit vor Ort leisten. Das heißt, wir wollen einen transparenten Beratungsprozess initiieren und keinen Schnellschuss mit dem GFG 2011 hinlegen. Wir brauchen eine Beratung, damit wir die Finanzierung der Frauenhäuser auf sichere Beine stellen können und jede Frau einen Platz in einem Frauenhaus bekommen kann, wenn sie ihn denn braucht, egal welcher Herkunft sie ist, wie ihre finanzielle Ausstattung ist und was auch immer.

Frau Akbayir, Sie sprachen eine bundeseinheitliche Finanzierung an. Natürlich, das ist ein hehres Ziel. Es würde auch uns freuen, wenn wir an der Stelle Unterstützung vom Bund bekommen würden. Ich würde Ihnen aber empfehlen, mit den Landesarbeitsgemeinschaften unserer Frauenberatungsstellen, unserer Notrufe und unserer Frauenhäuser zu sprechen, um herauszufinden, ob für sie eine bun-

deseinheitliche Finanzierung wesentlich günstiger wäre als das, was sie zurzeit in Nordrhein-Westfalen haben. Auch das ist eine Diskussion wert.

Ich denke, dass wir im Beratungsverfahren im Ausschuss in der Lage sind, Ideen der CDU-Fraktion sowie der Linken oder auch der FDP aufzunehmen, dass wir es schaffen können, von Düsseldorf aus im Hinblick auf das Thema „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ ein einheitliches Signal ins Land zu senden, dass wir es schaffen werden, gemeinsam einen Antrag zu verabschieden. Das wäre für alle Frauen im Lande ein gutes Signal.

Eindeutig in den Bereich Finanzierung – diesen Punkt müssen wir uns bei den Haushaltsberatungen vornehmen – gehört die vierte Stelle, dazu gehört auch die Tatsache, dass seit Jahren der Ansatz für die Beratungsstellen und Notrufe überrollt worden ist. Auch darüber werden wir bei den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2011 reden müssen.

Über die Finanzierung insgesamt allerdings – eine sichere Finanzierung der Frauenhäuser – müssen wir in einem längeren Prozess reden. Dazu müssen wir alle ins Boot holen, auch unsere Kommunen, auch die Infrastruktur der Frauen. Das wird diskutiert werden müssen, damit wir da zu einem sicheren Vorschlag kommen können, der letztendlich keine Irritationen im Bereich der kommunalen Familie auslöst. Denn wir haben versprochen, dass wir die Kommunen nicht zusätzlich belasten wollen, sondern dass wir die Konnexität einhalten werden – nicht wie es in den letzten fünf Jahren war, dass Kommunen immer mehr Lasten aufgebürdet werden und keine Kosten übernommen werden. Wir wollen nach Möglichkeit gemeinsam ein gutes Verfahren auf den Weg bringen. Ich denke, dann werden wir zu guten Lösungen für die Frauen und Mädchen in Nordrhein-Westfalen kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Kieninger. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Paul das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Josefine Paul (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Rickfelder, Sie haben gesagt, wir nähmen mit diesem Antrag Jungen und Männer nicht in den Blick. Das ist in der Tat richtig. Das liegt aber darin begründet, dass wir mit diesem Antrag einen Schwerpunkt gesetzt haben. Wir haben den Schwerpunkt gesetzt, jetzt auf die Frauen und Mädchen zu schauen. Das ist keine Ausschließlichkeit. Das heißt auch nicht, dass wir Männer und Jungen nicht in den Blick nehmen wollen. Wir sind auch gerne bereit, mit Ihnen daran gemeinsam zu arbeiten.

Dementsprechend freue ich mich sehr auf eine Initiative von Ihrer Seite, die besagt: Wir müssen explizit etwas für die Jungen und für die Männer im Bereich der Prävention, im Bereich der Arbeit mit Opfern, für Opfer tun. Entsprechend fordere ich Sie auf, mit uns gemeinsam in dem Bereich einen Antrag zu erarbeiten. Dieser Antrag hatte einen anderen Schwerpunkt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Als nächste Rednerin hat nun für die Fraktion Die Linke Frau Abgeordnete Beuermann das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Bärbel Beuermann (LINKE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Besucher und Besucherinnen auf der Tribüne! Herr Rickfelder, die Zahlen, die Sie uns klar zu machen versuchen, mögen zwar richtig sein, sie sind aber nicht ins richtige Verhältnis gesetzt. Sie haben vergessen zu sagen, wie hoch die Diskrepanz zwischen dem Verhältnis „Gewalt gegen Mädchen und Frauen“ und dem Verhältnis „Gewalt gegen Jungen und Männer“ ist. Das müssen Sie in diesem Haus erst einmal deutlich machen.

(Beifall von der LINKEN)

1999 gab es den Bundesaktionsplan der damaligen Bundesregierung. 2002 ist das Gewaltschutzgesetz endlich auf den Weg gebracht worden. 2007 kam der § 238 ins Strafgesetzbuch. Bereits 2000 haben sich viele Kommunen auf den Weg gemacht und Runde Tische gegen häusliche Gewalt gebildet, um dieses Tabuthema aus der Grauzone herauszuholen und klar zu signalisieren: Gewalt ist nicht privat, Gewalt ist öffentlich.

Ich danke der Landesregierung, dass sie dieses Thema so breit angelegt hat. Wir unterstützen natürlich die Überweisung des Antrags von SPD und Grünen in den Ausschuss. Aber, meine Damen und Herren, solange die Spirale der Gewalt in Beziehungen nicht unterbrochen wird, solange Frauen ökonomisch von Männern abhängig sind und sein werden in diesem Land, in dieser Republik, werden Frauen sich immer wieder scheuen, an die Öffentlichkeit zu gehen und zu sagen: Ja, ich erfahre Gewalt. Ja, meine Kinder erfahren Gewalt.

Wir müssen dafür sorgen, dass Frauen für ihre eigene Existenz sorgen können. Das geht nicht durch Leiharbeit, das geht nicht über Mini-Jobs, die nicht versicherungspflichtig sind. Wir befinden uns auf einem richtigen Weg. Sand in die Augen zu streuen, Herr Kollege von der CDU, gelingt nicht; denn wir Frauen sind nicht doof, wir können denken. Wir können reden, wir setzen uns zur Wehr.

Apropos „zur Wehr setzen“: Wer schlägt denn stärker zu von der Kraft her, ein Mann oder eine Frau? Das müssen Sie mir bitte erklären.

Demzufolge stimmen wir der Überweisung in den Ausschuss zu und freuen uns auf gewaltfreie, aber konstruktive und zielorientierte Diskussionen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beuermann. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Wie schon mehrfach von den Rednern angesprochen, empfiehlt der Ältestenrat die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1196 an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation** – federführend –, an den **Innenausschuss**, an den **Rechtsausschuss** sowie an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich frage, ob es hierzu Gegenstimmen gibt. – Enthaltungen? – Dann ist die Überweisungsempfehlung mit Zustimmung aller Fraktionen so angenommen worden.

Ich rufe auf:

4 Mehr Gesundheit für Jungen und Männer!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1197

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP dem Abgeordneten Hafke das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf heute den Antrag „Mehr Gesundheit für Jungen und Männer!“ für den leider erkrankten Dr. Romberg begründen.

Wenn es im Bereich der Gesundheitspolitik um Fragen der Prävention sowie der Ausgestaltung bestimmter Angebote und Versorgungsstrukturen geht, ist es inzwischen beinahe selbstverständlich geworden, auf die Notwendigkeit einer geschlechterspezifischen Ausrichtung hinzuweisen. Bekanntlich wurde der erste Frauengesundheitsbericht im Jahr 2001 vorgelegt. Der Anlass für die Analyse gesundheitlicher Chancen und Risiken von Frauen ging auf eine Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation, WHO, von 1996 zurück. Im nordrhein-westfälischen

Landtag gab es in der 13. Legislaturperiode sogar eine Enquetekommission zur Frauengesundheit.

Letztlich zurückzuführen ist dies alles auf die Frauengesundheitsbewegung während der 70er-Jahre, die insbesondere von den USA ausging. Allen größeren und kleineren Aktivitäten im Bereich der Frauengesundheit war eines gemeinsam: Sie sollten erreichen, dass die Lebensbedingungen ebenso wie die Vorstellungen von Frauen bei der Ausgestaltung des Gesundheitswesens stärker berücksichtigt werden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Das ist auch eines der wichtigsten Ziele des im Herbst 2010 erschienenen Männergesundheitsberichts. Dieser hat Folgendes deutlich gemacht: Jungen und Männer unterscheiden sich in ihrem Gesundheitsverhalten ebenso wie in ihrer Krankheitsverarbeitung stark vom weiblichen Geschlecht. Sie sind auch kräcker, als man es vermutet hätte, und leiden unter ganz spezifischen Gesundheitsproblemen und Erkrankungen, und zwar jenseits der allseits bekannten Prostatabeschwerden.

Nach Auffassung mancher Ärzte gibt es nicht unbedingt einen Mangel an Aufklärung und Informationen, aber ein oft demonstratives Desinteresse vieler Männer, die ein Problem damit haben, sich aktiv auf Gesundheitsfragen einzulassen oder zum Arzt zu gehen. Als wichtigster Grund wird oft die fehlende Zeit angeführt, weil man ja ständig Wichtigeres zu tun hat, oder es wird befürchtet, das Umfeld könnte dies als Zeichen von Wehleidigkeit und Schwäche interpretieren. Zum Arzt gehen Männer oft nur, wenn sie bereits große Beschwerden haben oder die Lebenspartnerin sie durch mehr oder weniger sanften Druck dazu bringt. Dann kann es allerdings schon reichlich spät sein.

Dass hierbei auch sozialen Ursachen eine wichtige Rolle zukommt, ist naheliegend und wird im Bericht ausdrücklich betont. Das Verdienstvolle besteht vor allem darin, dass die Autoren analog zum weiblichen Vorbild der Berichterstattung nicht auf die Erkrankung schauen, sondern die Lebenswelt von Jungen und Männern insgesamt analysieren und dabei wichtige Fragen aufwerfen: Was fördert die Gesundheit? Was schwächt sie? Wie wirken sich Krankheiten bei Jungen und Männern aus? Wie kann man sie am besten verhindern? Welche Behandlungsansätze sind gut? Vor allem: Wie gehen Jungen und Männer mit sich und ihrer Gesundheit um? Was erwartet die Gesellschaft von ihnen?

Für enorm wichtig halte ich in diesem Zuge das Kapitel über die Arbeitswelt. Ich denke, die Ergebnisse sollten uns allen durchaus zu denken geben. Leistungsbereitschaft ist erst einmal etwas Positives, ohne das Verantwortungsbewusstsein für die eigenen Belastungsgrenzen jedoch kann sie sehr negative Folgen haben.

Viel zu lange wurde die männliche Gesundheit eher einseitig betrachtet, was an den Männern selbst, aber auch an sogenannten Rollenerwartungen gelegen hat. So geht aus dem Männergesundheitsbericht hervor, dass präventive Maßnahmen für Männer noch immer primär an deren Einsichtsfähigkeit appellieren, das gesundheitsschädigende Verhalten doch bitte schön aufzugeben, ohne allzu viel Mühe darauf zu verwenden, wie es um die psychischen Ursachen der Adressaten bestellt ist und welche Rolle das gesellschaftliche Umfeld spielt.

Dabei ist alles viel komplizierter geworden, denn die Rollenerwartungen – eigene und auch gesellschaftliche – sind zum Teil vielschichtiger, aber auch widersprüchlich und schwanken zwischen Härte – nicht zuletzt gegen sich selbst – und allumfassendem Verständnis. Grundsätzlich ist es positiv zu bewerten, wenn das Selbstbild komplexer wird, damit steigt aber auch das Risiko für Überforderungen und somit die gesundheitlichen Probleme.

Einer der Autoren des Berichts bringt es wie folgt auf den Punkt: Männer sind darauf ausgerichtet, zu funktionieren und Erwartungen – auch ihre eigenen an sich – zu erfüllen. Übergewicht durch Stressessen, Herz-Kreislauf-Leiden, starkes Rauchen und manchmal auch der Ausweichgriff zum Alkohol sind typische Folgen. Dass Depressionen bei Männern unterdiagnostiziert sind, ist kein Wunder, weil es offenbar eine spezifische männliche Symptomatik gibt, die sich deutlich von einer klassischen Depression unterscheidet und eher mit Aggressivität und Gereiztheit einhergeht. In diesem Bereich gibt es jedenfalls Wissenslücken, und zwar durchaus auch bei Fachleuten. Das muss sich ändern, denn die hohe Suizidrate bei Männern ist ein Alarmsignal, das nicht einfach hinnehmbar ist. Das betrifft die Prävention, die Diagnose und auch das Behandlungsangebot.

Insgesamt ist es sehr wichtig, dass schon Jungen im Umgang mit Gesundheitsfragen eine besondere Ansprache erhalten, zum Beispiel was die Ernährung betrifft. Die große Zahl an ADHS-Diagnosen bei Jungen belegt jedenfalls einen Handlungsbedarf, der nach den Ursachen fragt und sich nicht bloß in einer vermehrten Medikamentenvergabe erschöpft.

Die Bundesregierung hat angekündigt, die männliche Gesundheit künftig zu fördern. Wir sind der Meinung, NRW darf hier nicht außen vor stehen. Nach unserer Vorstellung sollte die Landesregierung deshalb ein Konzept auf den Weg bringen, das den besonderen Bedürfnissen von Jungen und Männern im Bereich der Gesundheitsförderung und -prävention gerecht wird.

Wir halten es daher auch für geboten, dieses Thema im Rahmen der nächsten Landesgesundheitskonferenz zu diskutieren. Es geht uns vor allem darum, dass die Akteure in NRW für die Notwendigkeit sensibilisiert werden, sich intensiver mit der Ge-

sundheit von Jungen und Männern zu befassen. Aber auch was die Versorgungsangebote und die Forschungsaktivitäten betrifft, wünschen wir uns, dass sich die Landesregierung hier engagiert und mit allen Verantwortlichen den Dialog sucht, um auf die beschriebenen Defizite aufmerksam zu machen. Das Ziel ist es, dass die Gesundheit von Jungen und Männern und somit ihre Lebensqualität besser wird.

Wir hoffen dabei auf Ihre Unterstützung und freuen uns auf die weiteren Diskussionen hier und im Ausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Hafke. – Für die CDU spricht jetzt Herr Kleff.

Hubert Kleff (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit einer verbesserten Datenlage und der wachsenden Bedeutung der evidenzbasierten Medizin wird die These von der geschlechterneutralen Versorgung zunehmend infrage gestellt. Doch dann kommt die spannende Frage: Welche Anforderungen stellen die Unterschiede zwischen Frau und Mann an unser Gesundheitssystem? Inwieweit sind Versorgungsdefizite letztlich für den unterschiedlichen Gesundheitszustand von Frauen und Männern verantwortlich? Der Antrag der FDP-Fraktion macht in beeindruckender Art und Weise deutlich, dass der Gesundheitszustand von Jungen und Männern erheblich von dem der Mädchen und Frauen abweicht.

Aber zunächst ein Blick auf die Gesundheit unserer Kinder, denn in jungen Jahren werden die Weichen gestellt: Fastfood statt Frischobst, Computerspiele statt Sportplatz. Es wäre schon ein Fortschritt, wenn wir wieder dazu kämen, dass Familie beispielsweise die Mahlzeiten gemeinsam einnehmen. Sich um die Gesundheit der Kinder zu kümmern – Mädchen oder Jungen –, ist nicht nur eine Aufgabe der Eltern, sondern, wie ich meine, der ganzen Gesellschaft.

Aber wie steht es denn mit der Gesundheit der Männer? Hier einige Fakten aus einer Information des Landesinstituts für Gesundheit und Arbeit: Die Lebenserwartung eines deutschen Mannes liegt derzeit um 5,5 Jahre niedriger als diejenige einer deutschen Frau.

(Heike Gebhard [SPD]: Der Abstand war schon einmal größer!)

– Wir haben aufgeholt.

Die Zahl der Diabetespatienten ist bei Männern fast doppelt so hoch wie bei Frauen. Männer zwischen 40 und 50 Jahren bekommen fünfmal häufiger einen Herzinfarkt als Frauen. Ganz spannend finde ich: In der Altersgruppe der 45- bis 49-Jährigen überwiegt der Anteil der Männer in Nordrhein-

Westfalen. In den höheren Altersgruppen nimmt der Anteil der Männer ab. Bei den Menschen, die 90 Jahre und älter sind, beträgt er noch rund 23 %.

Beim Genuss von Alkohol und Tabak sind die Männer führend. Männer unterschätzen auch den Nutzen der Früherkennung. Es scheint tatsächlich der Lebenswirklichkeit zu entsprechen, dass Männer sich eher um die Pflege ihres Autos kümmern als um ihre Gesundheit. Es stellt sich daher die Frage: Warum haben Männer ein geringeres Gesundheits- und Vorsorgebewusstsein als Frauen?

Zu beachten ist auch, dass die Krankheitshäufigkeit der Männer bei Berufserkrankungen die unterschiedliche Belastung von Männern und Frauen im Berufsleben widerspiegelt.

Frau Ministerin Steffens, Gender-Mainstreaming ist für Sie in vielen Interviews das Zauberwort. Im Kontext des Gesundheitssystems bedeutet das, dass die Bedürfnisse von Männern und Frauen gleichermaßen berücksichtigt werden müssen. Ich glaube, darüber sind wir uns einig.

Der rot-grüne Koalitionsvertrag spricht allerdings eine andere Sprache. Da heißt es: „Zukunft geht nur mit Frauen und Mädchen“. Das ist eine dicke Überschrift. Eine weitere Überschrift lautet: „Frauengerechte Gesundheitsversorgung“.

(Britta Altenkamp [SPD]: Haben Sie mehr als die Überschriften gelesen?)

Ich frage mich, wo hier Männer und Frauen gleichberechtigt angesprochen werden.

(Günter Garbrecht [SPD]: Herr Kollege, das ist kein Widerspruch!)

Bei diesen Formulierungen entsteht der Eindruck, dass die rot-grüne Minderheitsregierung die Gesundheit der Frauen und Mädchen besonders in den Blick nehmen will.

(Ministerin Barbara Steffens: Richtig!)

Wir brauchen aber auch Aufklärungskampagnen speziell für Männer und keinen einseitigen Genderblick.

(Widerspruch von Britta Altenkamp [SPD] – Heike Gebhard [SPD]: Ein Genderblick kann gar nicht einseitig sein! Das steckt schon im Wort selbst! – Gegenruf von Ministerin Barbara Steffens: Das erklären wir ihm noch!)

– Der Blick der Minderheitsregierung ist aber einseitig. Ich habe den Eindruck, dass die Männergesundheit im Vergleich zur Frauengesundheit eher stiefmütterlich behandelt wird.

(Günter Garbrecht [SPD]: Nein, das ist auch Quatsch!)

– Das können wir aber schon an den Themen auf den Tagesordnungen sehen, Herr Garbrecht. Schauen Sie einmal, wo da der Schwerpunkt liegt.

Der Antrag der FDP-Fraktion „Mehr Gesundheit für Jungen und Männer!“ wird von uns voll und ganz unterstützt.

(Zuruf von der SPD: Wunderbar!)

Die Gesundheitspolitik muss zukünftig geschlechterspezifisch sein.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ach so?)

Die bisher im Schatten stehende Gruppe der Jungen und Männer

(Britta Altenkamp [SPD]: Eine „im Schatten stehende Gruppe“?)

ist mehr in den Blick zu nehmen. Im Ausschuss werden wir sicher erfahren, welcher Weg beschritten werden soll, um dieses Ziel zu erreichen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Vielen Dank, Herr Kleff. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Neumann.

Josef Neumann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat wissen wir heute noch viel zu wenig über die geschlechterspezifische Gesundheit von Männern und Jungen. Es ist unstreitig, dass nicht nur auf medizinischer, sondern auch auf öffentlicher und politischer Ebene mehr über Männergesundheit herausgefunden und in diesem Sinne anschließend auch weiterführend gehandelt und entsprechend ergänzt werden muss.

Seit Jahrzehnten beobachten wir, dass die Lebenserwartung von Männern deutlich unter denjenigen von Frauen liegt. Sicher ist, dass hier weniger biologische als vielmehr soziale und kulturelle Faktoren ausschlaggebend sind. Bislang lag der Fokus auf den typischen Männerkrankheiten wie in erster Linie Prostataleiden, auf Bewegungsmangel, Fehlverhalten bei der Ernährung, auf Suchtproblemen sowie auf risikobereitem Fahr- und Freizeitverhalten. Die Gesundheit von Männern und Jungen erfordert einen umfassenderen interdisziplinären Denkansatz, als es jetzt noch bei Präventionsangeboten und medizinischer Versorgung der Fall ist.

Darüber zu reden, wie wichtig für die Gesundheit das psychische und soziale Wohlbefinden ist, fällt uns Männern und Jungen nach wie vor häufig schwer. Männer und Jungen empfinden dies als Schwäche und Blöße. Die will sich das vermeintlich starke Geschlecht natürlich nicht geben. Doch es lässt sich nicht wegdiskutieren, dass sich Männer und Jungen seit dem Zeitalter der Industrialisierung aufgrund vielfältiger Einflüsse weniger gesund und dabei deutlich weniger gesundheitsbewusst entwickelt haben als Frauen und Mädchen.

Es ist an der Zeit, dass neue Einsichten und konsequente Schritte in den Lernprozess Einzug halten, dass Männer und Jungen krankmachende Verhältnisse als solche erkennen und sie ändern. Erinnern wir uns: Noch vor wenigen Jahren dachte man in der Diskussion bei der Entwicklung und Sozialisation sowie bei den Bildungs- und Lebenschancen zunächst einmal an Mädchen. Das war in vielen Fällen sicherlich auch notwendig. Im weiteren Prozess entwickelte sich dann das, was wir heute „geschlechtergerechte Koedukation“ nennen.

Die Vorlage einer geschlechterspezifischen Gesundheitsberichterstattung wird deshalb ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg hin zu einer qualitativ besseren Gender-Gesundheitsvorsorge sein. Ebenso ist dies ein Beitrag zur finanziellen Entlastung im Gesundheitswesen.

Nachdem sich die Forschung zu dieser Thematik schon vor längerer Zeit mit entsprechenden Projekten und Handlungsempfehlungen befasst hat, finden nun die Stiftung Männergesundheit und die Deutsche Gesellschaft für Mann und Gesundheit zusammen. Zum Jahresende wurde ein umfassender Bericht zur Gesundheit von Männern vorgelegt.

Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtet, ist nach diesem Pilotprojekt für dieses Jahr seitens des Robert Koch Instituts die Vorlage einer noch wesentlich detaillierteren Dokumentation zu erwarten.

Meine Damen und Herren, der Ausbau und das Vertiefen einer geschlechterspezifischen Gesundheitsberichterstattung, welche die Gesundheitsrisiken von Männern und Jungen sowie von Frauen und Mädchen ganzheitlich einbezieht, sind insgesamt ein nicht zu unterschätzender Aspekt des Gender-Mainstreaming im Gesundheitswesen.

Das Fundament dafür war in diesem Land bereits gelegt. Das Land NRW hat bereits unter einer rot-grünen Landesregierung in den Jahren ab 2000 die systematische Strategie des Gender-Mainstreaming auch im Gesundheitswesen konsequent konzipiert und verfolgt. Der Landtag verständigte sich im selben Jahr unter anderem auf eine geschlechterdifferenzierte Ausrichtung in der Gesundheitsforschung, verbunden mit der Vermittlung entsprechender Kenntnisse in der medizinischen Aus- und Fortbildung. In der Folge hielt das Wissen um geschlechtsspezifische unterschiedliche Lebenslagen und gesundheitsbezogene Verhaltensweisen Einzug.

Des Weiteren wurden Erkrankungshäufigkeiten und -ursachen auf dem Gebiet der Wechselwirkung von Professionellen zu Patientinnen und Patienten stärker in die gesundheitliche Versorgung einbezogen. Dies führte zu der Erkenntnis, dass die gesundheitliche Versorgung notwendigerweise verstärkt den spezifischen Bedürfnissen von Frauen und Männern anzupassen sei.

Die Koordinationsstelle Frauen und Gesundheit NRW hat in den Jahren 2000 bis 2006 die systematische Strategie des Gender-Mainstreaming im Gesundheitswesen fachlich begleitet, unterstützt und vernetzt.

Herr Hafke und Herr Kleff, zwar lobte die schwarz-gelbe Nachfolgeregierung in Sonntagsreden das Engagement der Frauen und Männer auf diesem Gebiet. Aber zum 31. März 2006 musste die Koordinationsstelle ihre Arbeit einstellen, da die damalige schwarz-gelbe Landesregierung ihre Förderung gestrichen hat. Die hier und heute antragstellende FDP-Fraktion war an vorderster Front mit dabei.

Kolleginnen und Kollegen, auch wir sehen der konstruktiven Diskussion insbesondere im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration mit großer Erwartung entgegen.

Als SPD-Fraktion haben wir dabei nicht allein Männer und Jungen im Blickfeld. Bei der geschlechtsdifferenzierten Ausrichtung der Gesundheitspolitik bildet für uns die ganzheitliche Sichtweise auf beide Geschlechter die Grundlage politischen Handelns für die künftige Gesundheitsversorgung.

Ich habe die berechtigte Hoffnung, dass dies auch ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern wird. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Neumann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gesundheit ist im Alltag von Männern für die meisten noch kein Thema. Die immer noch traditionellen Männerrollen verhindern oft die Fürsorglichkeit für den eigenen Körper.

Bei Männern treten neben den bekannten urologischen Erkrankungen folgende Krankheiten häufiger auf: Herzkrankheiten, bestimmte Krebsarten wie zum Beispiel Lungen- und Magenkrebs, Leberzirrhose, aber auch HIV-Infektionen und Geschlechtskrankheiten.

Es gibt auch Hinweise und Erkenntnisse, die erklären können, warum diese Krankheiten bei Männern häufiger auftreten als bei Frauen. Männer setzen sich vermehrt Stress im Berufsleben aus, neigen verstärkt zu Nikotin- und Alkoholkonsum, bewegen sich zu wenig und ernähren sich vielfach schlecht.

Sie beugen sich oft dem gesellschaftlichen Bild des starken Mannes, der keine Schwächen zeigen darf, und gehen daher oft erst zum Arzt, wenn es zu spät ist. Sie überhören körperliche Warnsignale und meiden Vorsorgeuntersuchungen. Die Selbstmordrate von Männern liegt um das Dreifache höher als die von Frauen. Nicht nur im somatischen, sondern

auch in psychischen und psychosomatischen Bereichen gibt es Unterschiede, wie die Männer mit ihren Krankheiten umgehen.

Schon die Debatte des im Oktober letzten Jahres in Berlin vorgelegten Ersten Deutschen Männergesundheitsberichts lässt den Schluss zu, dass wir eine verstärkte Genderkompetenz in der Medizin benötigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ziel muss es dabei sein, Männer in der Gesundheitsvorsorge effektiver zu erreichen und zielgruppenspezifische Präventionsangebote zu entwickeln.

Übrigens hat Bündnis 90/Die Grünen bereits 2008 als erste Fraktion im Bundestag einen Fachkongress zum Thema „Männergesundheit“ durchgeführt.

Der hier zum Thema „Männergesundheit“ gestellte Antrag der FDP beschreibt in einigen Grundzügen die geschlechtsspezifischen Probleme von Jungen und Männern beim Umgang mit Gesundheit und Gesundheitsprävention. Daraus werden auch einige sehr wichtige Forderungen bezüglich eines spezifischen Ansatzes bei Prävention, Diagnose und Therapie für Jungen und Männer abgeleitet. Allerdings greift der Antrag insgesamt zu kurz, da wesentliche Ursachen nicht angesprochen werden, die aber mit in die Bearbeitung der Problemlösungen gehören.

Wesentliche Stellschrauben für die Schaffung von mehr Gesundheitsbewusstsein bei Männern liegen nicht im Gesundheitswesen selbst, sondern eher im Sozial- und Bildungsbereich: in den Familien, in den Kitas, in den Schulen und im gesellschaftlichen Umfeld. Dort müssen die Multiplikatoren frühzeitig und umfassend für geschlechtergerechtes Arbeiten qualifiziert werden – insbesondere in den frühen Bildungseinrichtungen –; denn diese tragen viel dazu bei, die klassischen Geschlechterrollen zu zementieren.

Die Rollenbilder, so wie sie noch in vielen gesellschaftlichen Bereichen ausgelebt werden, zwingen vermeintlich Männer immer noch dazu, mit ihren Krankheiten im Verborgenen zu bleiben statt Hilfe anzunehmen. Der verstorbene Nationaltorwart Robert Enke ist hierfür ein sehr prominentes Beispiel. Für Körper und Psyche von Männern und Frauen ist es nötig, die gängige Rollenverteilung endlich aufzubrechen – in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Nicht zuletzt in der Arbeitswelt, muss sich einiges ändern.

(Beifall von Wolfgang Zimmermann [LINKE])

Auf die Struktur unserer Gesundheitsversorgung gemünzt, kann man sagen: Frauen sind anders, Männer aber auch.

Ganz viele Angebote unserer Gesundheitsversorgung sind normiert und praktisch geschlechterneutral organisiert. Die meisten Gesundheitsinformatio-

nen und -angebote sind nicht geschlechtergerecht ausgerichtet und richten sich immer noch an vermeintlich geschlechtslose Wesen.

Zwar ist die Norm, die der Gesundheitsforschung besonders in vielen Therapieansätzen zugrunde liegt, ist an der Norm des Mannes orientiert. So bezieht sich der große Teil der medizinischen Forschungsergebnisse immer noch allein auf die Studien und Erkenntnisse, zu denen ausschließlich Männer und deren Lebensumstände herangezogen worden sind. Erst in jüngster Zeit wurden im Zuge der Frauengesundheitsbewegung und der ersten Ansätze der Gender-Orientierung im Gesundheitswesen auch die frauenspezifischen Problematiken und Anforderungen in der Gesundheitsversorgung und -forschung in Ansätzen mit einbezogen.

Allerdings wird die traditionell normierte Gesundheitsversorgung auch den Männern mit ihren spezifischen Problemlagen und Interessen vielfach nicht gerecht.

Wir müssen deshalb zielgerichtete Angebote für Männer und Jungen wie für Frauen und Mädchen schaffen. Kurzum: Wir brauchen eine geschlechtergerechte Prävention, Diagnose und Therapie bei der Gesundheitsversorgung.

Hierzu gehört auch, dass Jungen und Männer speziell angesprochen werden, damit bei ihnen beispielsweise auf eine Veränderung in ihrem Gesundheits- und Risikoverhalten hingewirkt werden kann.

Wir freuen uns auf eine konstruktive fachliche Debatte im Ausschuss und werden der Überweisung zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Ünal. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Zimmermann.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der FDP ist spannend: Es wird davon gesprochen, dass die Lebenserwartung von Männern niedriger ist als die von Frauen. Das wissen wir. Die unterschiedlichen Erkrankungen kennen wir auch.

Ich sage das ganz neidlos: Sie führen das richtigerweise einerseits auf die unterschiedlichen Risikopotentiale – es freut mich, dass ich das von der FDP höre – am Arbeitsplatz und andererseits auf die tendenziell eher von Männern geleistete Mehrarbeit am Arbeitsplatz sowie auf weitere gesellschaftliche Einflussfaktoren zurück.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wir Linken sind ja noch ziemlich neu hier, aber es erstaunt mich immer wieder, wie schlicht manchmal

Ihre Anträge gestrickt sind. Denn Sie tragen in der Tat ein reales gesellschaftliches Problem vor, benennen die Ursachen durchaus auch richtig und wollen dann aber als Lösungsvorschlag lediglich die Symptome bekämpfen.

Wenn es denn wirklich an der Situation in der Arbeitswelt liegt, dass Männer von bestimmten Krankheiten mehr betroffen sind und früher sterben als Frauen, dann erwarte ich, dass Sie sich endlich dafür einsetzen, dass sich diese krankmachende Arbeitswelt wenigstens ein bisschen verändert, und als Alternative nicht nur neue Behandlungsmethoden einfordern.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich möchte aber, wenn ich schon auf die Belastungen durch die Arbeitswelt hinweise – und Sie ja nun schließlich auch –, doch anmerken, dass diese Belastungen mehr und mehr auch Frauen treffen und nicht nur Männer, wie Sie das in Ihrem Antrag ausschließlich aufgeschrieben haben.

Sie schreiben, dass 11,3 % der Männer die Grenze von 60 Arbeitsstunden pro Woche überschreiten. Sie schreiben, dass immer mehr Männer an Depressionen erkranken und sich immer mehr Männer auch das Leben nehmen. Wörtlich schreiben Sie – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Unterschätzt wurde vor allem die zentrale Bedeutung gesellschaftlicher Einflussfaktoren. Gerade die noch immer gängige Erwartung an ein Verhalten, das durch Perfektion und ständige Leistungsfähigkeit geprägt ist, erweist sich beim Erhalt der Gesundheit häufig als problematisch. Die Folgen sind Überforderungen, die sowohl risikobereite Verhaltensweisen als auch die Entstehung von Erkrankungen begünstigen können.“

Das haben Sie in Ihrem Antrag geschrieben.

Aber, werte Kolleginnen und Kollegen der FDP, das sind alles Symptome einer Gesellschaft, die immer stärker darauf setzt, dass sich jeder gegen jeden und jede gegen jede in Konkurrenz zueinander durchsetzen muss, in der jede und jeder ständig um ihre oder seine Existenz fürchten muss, in der immer mehr Menschen unter prekären Bedingungen leben und arbeiten müssen.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist aber exakt die Gesellschaft, die Sie in den letzten Jahren mit Ihrer neoliberalen Politik immer weiter befördert haben, gemeinsam mit Ihren werten Kolleginnen und Kollegen von der CDU sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn Sie also wirklich etwas für die Männer und Jungen tun wollen, dann folgen Sie doch unseren Forderungen. Ich weiß, das fällt schwer. Aber über-

legen Sie einmal, und denken Sie einfach darüber nach! Setzen Sie sich für eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit ein, sowohl der Wochenarbeitszeit als auch der Lebensarbeitszeit!

Setzen Sie sich für ein Ende der Unsicherheit am Arbeitsplatz ein, indem Sie beispielsweise die Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge – vor allem sachlich unbegründete – mit uns gemeinsam abschaffen. Das führt nämlich dazu, dass immer mehr Menschen, Männer und Frauen, Existenzängste haben, Depressionen und andere Krankheiten bekommen. Diesem Zustand kann man zumindest in der Arbeitswelt ein Stück weit ein Ende setzen.

(Beifall von der LINKEN)

Sorgen Sie doch mit uns dafür, dass diese befristeten Arbeitsverträge in unbefristete umgewandelt werden, damit diese Existenzängste verschwinden.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Arbeit endlich gerecht zwischen denjenigen, die krank werden, weil sie zu viel arbeiten müssen, und denjenigen, die krank werden, weil sie keine Erwerbsarbeit haben, aufgeteilt wird. Das wäre eine der vielen möglichen Lösungen.

Das ist ein ganz praktischer Vorschlag, der natürlich Geld kostet, und dass Sie das nicht wollen, ist mir vollkommen klar. Das wollen Sie, wie gesagt, nicht. Denn das würde bedeuten, dass diejenigen, die von dieser Gesellschaft profitieren, nämlich die Superreichen und Konzerne, eventuell geringere Profite hätten.

(Zurufe von der FDP: Ah!)

– Ich weiß, das wollen Sie nicht hören. Das ist mir klar.

Zum Schluss möchte ich Sie auf die Differenz in der Lebenserwartung hinweisen. Die Differenz in der Lebenserwartung zwischen Hartz-IV-Bezieherinnen und -Beziehern und den Reichen in diesem Lande ist viel höher als die zwischen Männern und Frauen.

(Beifall von der LINKEN)

Diese Tatsache ignorieren Sie permanent. Denken Sie darüber bitte noch einmal nach! – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN – Ralf Witzel [FDP]: Meinen Sie den Porsche-Klaus? – Gegenruf von Ralf Michalowsky [LINKE]: Herr Witzel, kluge Ökonomen bestätigen das!)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Zimmermann. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Steffens das Wort.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kleff, Gender-Mainstreaming bedeutet nichts anderes, als dass man be-

trachtet, welche Auswirkungen bestimmte Dinge zum einen auf Männer und zum anderen auf Frauen haben.

(Armin Laschet [CDU]: Das hat er gesagt!
So hat er es erklärt!)

Was danach kommt, sind die frauenspezifischen und männerspezifischen Maßnahmen. Genau unter diesen Aspekten muss man sich das Gesundheitssystem anschauen, und ich wäre froh gewesen, wenn wir in den letzten fünf Jahren in vielen Fällen auch so gehandelt hätten. Aber da herrschte in diesem Haus ein Geist, der immer sagte: Wir haben Gender-Mainstreaming zwar erkannt, aber wir brauchen es nicht mehr. – Insofern ist es gut, dass es jetzt aufgegriffen wird.

(Zustimmung von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Herr Laumann nickt. „Ja, wir haben alles erkannt und erreicht“, so lautete die Botschaft der letzten fünf Jahre. Es ist schön, dass es jetzt eine andere Erkenntnis gibt, zumindest bei einem Teil der ehemaligen Koalitionsfraktionen. Beim anderen Teil kommt es vielleicht auch noch an. Denn Gender-Mainstreaming und den Genderblick insbesondere auf den Gesundheitsbereich zu richten, ist dringend notwendig und eigentlich schon überfällig.

Ich möchte auf den Bereich zu sprechen kommen, mit dem wir uns heute befassen, nämlich die Männergesundheit. Wir kennen für die kürzere Lebenserwartung bei Männern – das ist in dem Antrag auch benannt worden – verschiedene Ursachen, verschiedene Gründe.

Ein Grund ist die Säuglingssterblichkeit. Die Zahlen liegen auf dem Tisch, dass die Säuglingssterblichkeit bei Jungen weltweit höher ist als die bei Mädchen. Es ist aber auch klar, dass sich die Quote der Säuglingssterblichkeit bei Jungen und die bei Mädchen aufgrund der Neonatologie und der sehr spezifischen Maßnahmen, die innerhalb der letzten Jahre ergriffen worden sind, annähern; die hohe Säuglingssterblichkeit bei Jungen geht langsam, aber sicher etwas stärker zurück als die bei Mädchen. Hier verzeichnen wir erste Erfolge und Fortschritte in der Geburtshilfe und in der perinatalen Versorgung, aber wir sind noch nicht am Ende. Daher werden wir in diesem Bereich weitermachen, da kann noch einiges passieren.

Das Zweite ist, dass es – auch das steht im Antrag – bei den Zahlen der Krebserkrankungen einen deutlichen geschlechtsspezifischen Unterschied gibt. Sie haben Zahlen in Ihrem Antrag genannt, die auch stimmen. Was heißt das in absoluten Zahlen? – Danach käme man auf eine 16 % höhere Sterblichkeit von Männern aufgrund von Krebserkrankungen.

Es ist allerdings so, dass in der Altersgruppe, über die wir reden und in der diese Krebserkrankungen auftauchen, sehr viel weniger Männer vertreten sind als Frauen. Insofern ist die Zahl bei Weitem zu tief

gegriffen, und das Risiko einer Krebserkrankung bei Männern ist deutlich höher als das bei Frauen in dieser Altersklasse.

Dieser geschlechtsspezifische Unterschied spiegelt sich auch beim Herzinfarktrisiko wieder, welches bei den Männern bezogen auf die Altersgruppe sehr viel höher ist. Wenn man diese altersstandardisierte Rate berechnet, dann kommt man in Bezug auf den Herzinfarkt sogar auf ein 105-prozentig höheres Risiko bei Männern in dieser Altersgruppe. Fakt ist: Dieses Risiko ist gegeben, und es gibt die Unterschiede.

Sie beschäftigen sich in Ihrem Antrag – das ist klar, weil es ein FDP-Antrag ist – allerdings nicht mit der Frage, woran das liegt, zumindest nicht in der Tiefe, dass Sie Konsequenzen daraus ziehen könnten. Was sind die Hauptursachen für diese Krebserkrankungen, bei denen gerade der Lungenkrebs eine große Rolle spielt? – Ja, Herr Papke, es ist so, und das sagen uns alle Studien: Das Aktiv- und Passivrauchen ist das größte Risiko, und insofern fände ich es schön, wenn man daraus im Interesse der Männergesundheit die notwendigen Konsequenzen zöge und den Männern auch den notwendigen Schutz vor dem Passivrauchen bieten würde.

In Bezug auf Aktivrauchen müssen wir versuchen, sie über Aufklärung zu erreichen. Zumindest den Passivschutz aber können wir hier im Landtag gemeinsam weiter voranbringen. Auch Sie haben in Ihren Reihen den einen oder anderen Kollegen – beispielsweise Herrn Knopke im Deutschen Bundestag –, der gerne voranschreiten und die Männer deutlich schützen würde.

Das sind die Ursachen, über die wir reden. Das sind die unterschiedlichen Bereiche, in denen es am deutlichsten wird. Natürlich ist es in vielen anderen Bereichen genauso.

Der erste deutsche Bericht zur Männergesundheit war für Sie der Anlass, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Wir können aber auch NRW-spezifisch das hereingeben, was hier bereits in den letzten Jahren auf den Weg gebracht worden ist und was wir haben.

Es hätte eigentlich gar nicht dieses ersten Berichts bedurft, damit Sie einen Anlass für diesen Antrag haben. Sie hätten bereits in den letzten fünf Jahren einiges machen können. Denn in Nordrhein-Westfalen haben wir bereits 2000 unter Rot-Grün einen geschlechterspezifischen Gesundbericht eingeführt; insofern haben wir diese Datengrundlage. Darüber hinaus hat die LIGA.NRW mit ihrer Veröffentlichung „Gesundheit von Jungen und Männern in Nordrhein-Westfalen – Erkrankungshäufigkeit, Risikoverhalten und präventive Potenziale“ im August 2008 die Fakten in NRW auf den Tisch gelegt. Warum hat man nicht schon 2008 die Konsequenzen daraus gezogen?

(Gerda Kieninger [SPD]: Das lag an der Regierung!)

Deswegen mutet es schon ein bisschen seltsam an, dass vonseiten der CDU oder der FDP die Frage auftaucht, ob wir die Männergesundheit mit in den Blick nehmen würden, obwohl wir dies schon seit 2000 machen.

Es wird auch gefordert, die Männerbedarfe im Gesundheitssystem deutlicher mit in den Blick zu nehmen. Das haben wir in Nordrhein-Westfalen bereits im Rahmen der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ gemacht. Auch wenn die Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ hieß, wurde natürlich mit dem Genderblick auf das System geguckt und wurden an der einen oder anderen Stelle auch Vorschläge für die Männergesundheit erarbeitet.

Damals war klar – das haben mittlerweile viele vergessen –, dass bis zu dem Zeitpunkt dieser Enquetekommission in Nordrhein-Westfalen bundesweit Medikamententests nicht an Frauen durchgeführt worden sind, sondern die Probanden ausschließlich Männer waren. Das heißt, alles, was wir aus pharmazeutischen Studien wussten, war, wie Medikamente auf Männer wirken. Es hat sich niemand gefragt, wie die Medikamente auf Frauen wirken. Damals wurden erstmalig solche Tests auch an Frauen durchgeführt. Dabei hat sich ergeben, dass die Auswirkungen der Medikation bei Männern und Frauen völlig unterschiedlich sind, dass es Medikamente gibt, mit denen Frauen über Jahre hinweg behandelt worden sind, die bei ihnen gar nicht wirken. Insofern musste man hier eine deutliche Umkehr machen. Das waren Erkenntnisse der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“. Fakten, auf die man aufbauen und woraus man Konsequenzen ziehen konnte, gab es also reichlich.

Ja, es gibt geschlechtsspezifische Besonderheiten. Einige Beispiele haben wir bereits im Laufe der Debatte gehört. Insofern brauche ich sie nicht zu wiederholen. Klar ist, dass das Verhalten von Männern bezogen auf die Teilnahme und die Bereitschaft, Präventions- und Früherkennungsuntersuchungen zu nutzen, sehr viel defensiver ist als das der Frauen. Scherhaft könnte man sagen, dass das starke Geschlecht da, wo es um die Gesundheitsprävention geht, verdammt schwach ist. An der Stelle müssen wir mit sehr viel mehr Aufklärung und Information an die Männer heran, damit sie diese Präventionsangebote nutzen und damit diese Angebote auch weiterentwickelt werden.

Ein deutlicher Unterschied zwischen Männern und Frauen besteht natürlich im Tabak- und Alkoholkonsumverhalten sowie bei der beruflichen Belastung. Darüber hinaus tarieren Männer das Verhältnis zwischen Beruf und Familie, zwischen Berufsleben und Privatleben nicht in der sogenannten Work-Life-

Balance aus, sondern der zweite Teil, nämlich die Familie, kommt zu kurz.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag springt an vielen Stellen zu kurz. Wir brauchen nicht nur eine geschlechterdifferenzierte Gesundheitspolitik, sondern auch eine passgenaue und zielgruppenspezifische Gesundheitspolitik. Dafür müssen wir noch tiefer hineingucken. Wir müssen nämlich auch prüfen, was das mit der Herkunft zu tun hat, ob es Menschen mit Migrationshintergrund, Migrationsgeschichte sind, denn da gibt es andere Krankheitsbilder und Symptome. Des Weiteren stellt sich die Frage, ob wir über ältere oder jüngere Menschen reden. Das heißt, wir müssen eine zielgruppen- und personenspezifische Gesundheitspolitik betreiben, die sehr viel mehr in die Details geht, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Dies wollen wir in Nordrhein-Westfalen jetzt machen. Ich habe bereits im Ausschuss klar und deutlich gemacht, dass der Genderblick in der Gesundheitspolitik für uns bedeutet, differenziert in alle Bereiche hineinzugehen. Das heißt aber nicht, dass wir deswegen den Bereich der Frauengesundheit nicht mehr behandeln müssen. Gerade wenn man mit dem Genderblick draufguckt, muss man dort, wo es notwendig ist, auch frauenpolitische Maßnahmen ergreifen.

Mit dem neuen Wettbewerb „IuK & Gender Med.NRW“ haben wir einen Wettbewerb auf den Weg gebracht, in dem wir innovative Projekte im Gesundheitswesen suchen, und zwar gerade in dem Förderschwerpunkt „geschlechtergerechtes Gesundheitswesen“. Wenn Sie sich den Call dazu durchlesen, dann stellen Sie fest, dass es nicht darum geht, frauenspezifische Maßnahmen oder Projekte anzubieten, sondern es geht um geschlechtergerechte Maßnahmen und Projekte. Wir haben also explizit deutlich gemacht, dass wir sowohl frauenspezifische wie auch männerspezifische Maßnahmen und Projekte haben wollen.

Auch bei der Entschließung der Landesgesundheitskonferenz in diesem Jahr haben wir das im Blick gehabt. Schon in meiner Zeit als Abgeordnete hat es mich immer sehr geärgert, dass die Landesgesundheitsberichterstattung und die Vorlagen der Landesgesundheitskonferenz nicht geschlechterdifferenziert waren. Wir haben sehr oft und an vielen Stellen eine Auseinandersetzung darüber geführt, weil immer wieder die Antwort kam: „Das denken wir doch mit!“. Nein, mitdenken reicht nicht, sondern differenziert betrachten ist notwendig.

Die diesjährige Entschließung ist durchgängig geschlechterdifferenziert. Ich finde es zwar ganz nett, wenn die FDP sagt, dass sich die Landesgesundheitskonferenz im kommenden Jahr damit beschäftigen soll. Herr Romberg war, wenn ich mich richtig erinnere, bei der letzten LGK. Die Landesgesundheitskonferenz entscheidet immer ziemlich autonom, was das Thema der nächsten Konferenz sein

wird, und hat sich in diesem Jahr für das Thema „Hygiene“ in einem sehr weiten Sinne entschieden. Herr Romberg hat leider nicht eingebracht, dass das für ihn ein Thema ist. Aber auch wenn das für ihn in der nächsten Landesgesundheitskonferenz kein Thema ist – wir werden es ja im Ausschuss intensiv diskutieren. Er kann es aber auch in die nächste LGK einbringen.

Ich fände es spannend, auch einmal dem Beispiel „Frauengesundheit“ zu folgen und eine Enquete-kommission zum Thema „Männergesundheit“ einzurichten. Es bestünde dann die Möglichkeit, nachhaltig darüber zu diskutieren. Herr Kleff und Herr Romberg könnten das ziemlich gut Seite an Seite mit auf den Weg bringen. Durch die Tiefe, die dort erreicht wird, bestünde die Möglichkeit, zu weiteren Erkenntnissen zu kommen. Die Landesregierung ist gerne bereit, das, soweit wir es können, zu unterstützen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Ministerin. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kleff.

Hubert Kleff (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle kann man schon einmal der FDP zu diesem Antrag gratulieren, denn er hat das bewirkt, was er bewirken sollte: Es ist heute ein Stein ins Wasser geworfen worden, und dieser Stein schlägt Wellen. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall von Dr. Gerhard Papke [FDP])

In der Beurteilung des Ist-Zustandes sind wir uns einig. Auf dieser gemeinsamen Basis können wir aufbauen. Ich habe große Übereinstimmung in allen Fraktionen festgestellt, dass der Gesundheitszustand der Männer viel schlechter ist als der der Frauen. Aber Frau Ministerin Steffens, ich kenne Ihren Genderblick. Sie haben nicht beide im Auge. Ihr Genderblick geht nur in eine Richtung.

(Ministerin Barbara Steffens: Quatsch!)

Gucken Sie sich die Tagesordnungen der letzten Plenarsitzungen an.

(Ministerin Barbara Steffens: Die mache ich doch nicht!)

– Sie sorgen doch für das, was vom Ministerium dort draufkommt: Initiativen und, und, und.

(Ministerin Barbara Steffens: Was?)

Das Gleiche gilt für den Ausschuss. Schauen Sie doch einmal, welche Themen dort drauf stehen. Da stehen keine Themen wie „Männer und Gesundheit“ auf der Tagesordnung, sondern Themen, die mit Frauen und Gesundheit zu tun haben. Das zieht

sich ausgehend vom Beruf bis hin in alle möglichen Bereiche.

Ich denke, das ist wichtig, das ist heute erkannt worden: Wir können auch im Ausschuss damit leben, in Zukunft beides im Blick zu haben und nicht einseitig. Heute ist in Bezug auf Berufserkrankungen deutlich geworden, dass die Belastung der Männer im Beruf stark ist und dass die Zahl der Berufserkrankungen bei den Männern prozentual viel höher ist als bei den Frauen.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Aber was haben wir heute auf der Tagesordnung gehabt? Auf der Tagesordnung steht etwas über „Frauen und Beruf“, nicht über „Männer und Beruf“.

(Heike Gebhard [SPD]: Woran liegt das wohl? – Ministerin Barbara Steffens: Haben Sie nicht gleich noch einen Frauenantrag?)

Ich wollte noch einmal deutlich machen, dass wir in Zukunft beides im Blick haben müssen

(Ministerin Barbara Steffens: Haben wir nicht gleich noch den Managerinnenpreis auf der Tagesordnung?)

und nicht den einseitigen Genderblick haben dürfen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Kleff. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Gebhard.

Heike Gebhard (SPD): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen! Herr Kleff, Sie meinen, hier sei ein Stein ins Wasser geworfen worden. Ich fände das schade, denn Steine pflegen bekanntlich unterzugehen.

(Hubert Kleff [CDU]: Sie schlagen Wellen!)

Ich weiß nicht, ob das die richtige Methode für das Thema ist.

Ich finde darüber hinaus bemerkenswert – das wirft ein bezeichnendes Licht auf die ehemals regierungstragenden Fraktionen –, dass Sie einen Bericht, der im Oktober letzten Jahres erschienen ist, jetzt zum Anlass nehmen, sich plötzlich Gedanken darüber zu machen, was man zur Männergesundheit tun kann. Waren Sie nicht fünf Jahre zuvor in der Regierung?

Sie hinken mit dem Antrag 15 Jahre hinterher. 1995 wurde die erste Männergesundheitskonferenz in London durchgeführt, wo auf Basis der Daten der Weltgesundheitsorganisation die entsprechenden Forderungen aufgestellt worden sind, dass es nämlich für männliche Jugendliche und erwachsene Männer notwendig ist, die gesundheitlichen Informationen anders aufzubereiten, dass man eine andere Ansprache wählen muss, um sie für Vorsorge zu

gewinnen, und dass es gegebenenfalls spezifische Behandlungsmöglichkeiten geben muss.

Anschließend wurde in Wien 1999 der erste umfassende Männergesundheitsbericht erarbeitet. Er hat Wirkung nicht in Berlin oder anderswo, sondern in Nordrhein-Westfalen gezeigt. Darauf können wir stolz sein. Zuerst wurde dies von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2000, also unmittelbar nach Wien, aufgegriffen, und ein Gesundheitsbericht wurde erstellt.

Wenn Sie, Herr Kleff, genau hinschauen, werden Sie feststellen: Darauf stand nicht nur „Gesundheitsbericht für Frauen“, sondern „Gesundheit von Frauen und Männern“. Das war vor elf Jahren.

(Zurufe von der CDU)

Neu war, dass die Kategorie „Geschlecht“ überhaupt in die Gesundheitspolitik eingeführt wurde. Seitdem hat sie ihren Platz in der Gesundheitsberichterstattung. Das heißt, Herr Hafke, wir haben schon 2001 darauf aufbauend eine Landesgesundheitskonferenz zu diesem Thema gehabt, die sich mit der Frage des Zusammenhangs zwischen Gesundheit und der sozialen Lage in der Gesellschaft beschäftigt hat.

Wer in den Bericht schaut, wird feststellen, dass eines der strukturellen Kriterien in diesem Bericht „Geschlecht“ war – neben „Schicht“ und „nationaler Herkunft“. Das heißt, darin wurde das Thema viel umfassender und bedeutender als jetzt mit so einem kleinen Ausschnitt angegangen.

Wie üblich hat diese Landesgesundheitskonferenz Handlungsempfehlungen sowohl für Frauen als auch für Männer ausgesprochen. Daran hat Nordrhein-Westfalen, angeführt von Gesundheitsministerin Fischer, heftig gearbeitet. Denn es war wichtig, ein Instrument zu entwickeln, um überhaupt die Unterschiede zu beurteilen und für Gesundheitspolitik handhabbar zu machen.

2003 wurde das Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin beauftragt, solche Genderkriterien zu entwickeln – nicht theoretisch abgehoben, sondern in enger Abstimmung mit der Praxis. Das Ergebnis war eine Gendermatrix, die allen – bis hin zu den kommunalen Gesundheitskonferenzen – zur Verfügung gestellt worden ist und die aufzeigt, wie man da konkret herangeht. Warum haben Sie diese in den letzten fünf Jahren eigentlich nicht angewandt? Ich kann keine Initiative erkennen, in der das irgendwo Platz gegriffen hätte. Jetzt, nach ein paar Monaten in der Opposition, fällt Ihnen plötzlich das Thema ein.

(Hubert Kleff [CDU]: Das haben wir von Ihnen gelernt! – Gegenruf von Günter Garbrecht [SPD]: Gelernt? Ihr was gelernt? – Weitere Zurufe)

– Nein, wir haben es gemacht. – Was haben Sie denn dabei gelernt? Sie hätten lernen können. Sie

hätten auf das schon Geleistete aufbauen und weiter daran arbeiten können. Das wäre schön gewesen; wir hätten Sie auch als Oppositionsfraktionen dabei unterstützt. Darauf können Sie sich verlassen.

Ich will noch einige Bemerkungen machen, weil Sie sich offenbar schwer damit tun, weil Sie die Geschlechter gegeneinander aufstellen und meinen: Die armen Männer sind so schlecht dran. Sie sterben schneller. Sie haben mehr Herzinfarkte, werden nicht so alt usw.

An dieser Stelle – da bin ich bei Herrn Zimmermann – müssen wir über Ursachen reden. Dafür müssen wir aber andere Politikfelder in den Blick nehmen und uns dort über Änderungen unterhalten. Bleiben wir jedoch bei der Gesundheitspolitik, sollten wir uns anschauen – ich knüpfte hier gern an die Ausführungen von Frau Ministerin Steffens an –, warum wir geschlechtersensibel an dieses Thema herangehen müssen.

Wir haben doch festgestellt: In der Gesundheitsversorgung gab es jahrzehntelang den Menschen, wenn es darum ging, Krankheiten zu identifizieren, Diagnosen zu erstellen und Behandlungsmethoden zu finden. Dabei wurde unterstellt, dass alle Menschen – egal ob Mann oder Frau – gleich zu behandeln seien. Dann war klar, dass die Forschung alle Untersuchungsmethoden und Behandlungsformen nur an Männern getestet hat, weil es viel einfacher ist, an Männern zu testen, weil man nicht auf einen Zyklus oder Ähnliches Rücksicht nehmen muss. Das heißt, wenn es um die Behandlung ging, wurde „Mensch“ mit „Mann“ identifiziert, während „Frau“ überhaupt nicht spezifisch vorkam.

Wir haben das – Frau Steffens hat darauf hingewiesen – in der Arzneimittelforschung. Wir haben es aber auch bei allen möglichen Behandlungsformen, auch bei Herzinfarkten etc. Das hat dazu geführt, dass man automatisch bei Diagnosen – anhand welcher Kriterien kann ich eine Krankheit identifizieren? – davon ausging, dass man das, was man bei Männern festgestellt hat, automatisch bei Frauen genauso findet.

Darum werden Sie feststellen, es gibt zwar eine niedrigere Herzinfarktrate, was aber partiell auch daran liegt, dass wir sie vorher nicht geschlechtspezifisch erhoben haben. Weiterhin liegt das daran, dass viele Herzinfarkte bei Frauen gar nicht erkannt werden. Aber sie sterben trotzdem.

Die Tatsache, dass Frauen häufiger zum Arzt gehen als Männer – was zeitlich korrekt ist –, führt dazu, dass anschließend mit ihnen anders umgegangen wird. Einschlägige Forschungsprojekte haben festgestellt: Wenn eine Frau zum Arzt kommt und ihre Probleme schildert, wählt sie eine andere Ansprache, ihre Krankheit darzustellen, und weil sie so oft kommt, wird sie beruhigt, mit Medikamenten nach Hause geschickt, und dann geht es wieder.

Wenn ein Mann kommt, heißt es, weil er selten kommt: „Da muss etwas Schlimmes sein“, und es werden gleich alle Register gezogen, verbunden mit der Gefahr – das ist nicht unbedingt gut für Männer – der Überversorgung. Es wird dann mit Kanonen auf Spatzen geschossen.

Das ist genau der Punkt: Wir müssen den Blick für eine unterschiedliche Wahrnehmung öffnen, aber wir sollten aufhören, die Geschlechter gegeneinanderzustellen; denn das tut niemandem gut. Wir haben immer alle Anforderungen im Bereich einer gendergerechten und gendersensiblen Vorgehensweise so verstanden, dass wir gesagt haben: Davon profitieren Männer und Frauen gleichermaßen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Gebhard. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Dr. Butterwegge.

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte als jugendpolitische Sprecherin meiner Fraktion auf einen speziellen Aspekt in dem Antrag eingehen. Sie schreiben, dass Jungen von der Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung viermal stärker betroffen sind als Mädchen. Dabei verschweigen Sie aber, dass die Diagnose ADHS in den letzten Jahren insgesamt immer häufiger gestellt wurde. Noch 1990 waren neunmal so viele Jungen wie Mädchen betroffen. Geschlechtsspezifische Unterschiede haben sich also im Laufe der Jahre eingebettet.

ADHS ist laut Kinder- und Jugendgesundheitssurvey des Robert-Koch-Instituts inzwischen die häufigste psychiatrische Erkrankung im Kindes- und Jugendalter. Zudem korreliert der sozioökonomische Status stark mit der Häufigkeit von ADHS. Das heißt, dass ADHS bei sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen wesentlich häufiger auftritt, womit dieser Faktor als Risikofaktor gelten kann, also nicht nur das Geschlecht.

Sie schreiben richtig, dass in der Gruppe der elf- bis 13-jährigen Jungen bei 11 % ADHS diagnostiziert wird, verschweigen aber, dass das nicht in erster Linie mit den Genen, sondern mit den veränderten Lebensumständen der Kinder zusammenhängt. Heute wird in viel stärkerem Ausmaß als noch vor ein paar Jahren an Kinder der Anspruch gestellt, reibungslos zu funktionieren, gute Leistungen und Ehrgeiz an den Tag zu legen. Darunter leider Kinder genauso wie unter Bewegungsarmut, Reizüberflutung und materieller Benachteiligung, verbunden mit dem Gefühl, nicht mithalten zu können oder keine besonders tollen Zukunftsperspektiven zu haben – eine Entwicklung, meine Damen und Herren von

der FDP, die Sie mit einer viel zu frühen Auslese in der Grundschule sowie einer Überlastung durch G8 und Co. immer weiter befördert haben. Der Boom des Nachhilfesektors ist eine Folge davon – privatwirtschaftlich, versteht sich.

Der ständige Stress und die Überlastung überfordern viele Kinder und machen manche krank, und zwar Jungen wie Mädchen. Deshalb sind eine Entzerrung des Schulalltags und ein flächendeckendes Betreuungs- und Fördersystem für Kinder unbedingt notwendig, um diese zu entlasten und ihnen wieder ein kindgerechtes Aufwachsen zu ermöglichen. Kinder brauchen Freiräume, um sich zu bewegen und unter sich zu sein.

Sie, verehrte Antragstellende, haben mit der Vorgängerregierung aber Kommunen, Schulen und Jugendhilfe zusammengespart; der Leistungsdruck in den Schulen hat massiv zugenommen. Ändern Sie Ihre Politik! Dann helfen Sie Jungen wie Mädchen gleichermaßen. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN und von Arif Ünal [GRÜNE])

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Dr. Butterwegge. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Steffens das Wort.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Danke, Frau Präsidentin. – Herr Kleff, ich habe gedacht, vielleicht muss ich Ihnen noch einmal erklären, dass der Eindruck, den Sie haben, was ich für einen Genderblick habe, in Gänze falsch ist.

Erstens. Der Genderblick sagt klar, wir müssen Konsequenzen für beide Geschlechter ziehen und die Gesundheitspolitik differenziert betrachten. Das habe ich schon immer so gesehen, das tue ich immer noch, und das wird auch so bleiben. Deswegen habe ich Ihnen eben vorgestellt, dass wir diesen Wettbewerb „IuK & Gender Med.NRW“ extra so formuliert haben, damit wir endlich substanziell etwas tun können. Überlegen Sie sich einmal, was Sie in den letzten fünf Jahren im Bereich Männergesundheit getan haben! Null. Wir haben schon Schritte eingeleitet und Dinge getan, und das in einer relativ kurzen Zeit im Gegensatz zu dem, was Sie in fünf Jahren nicht getan haben.

Zweitens. Sie beklagen sich bei mir, dass auf der Tagesordnung im Parlament und im Ausschuss keine männerspezifischen Anträge sind. Herr Kleff, das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung ist anders. Die Anträge werden von den Fraktionen gestellt. Als Ministerin bestelle ich keine Anträge. Das ist bei uns nicht so, das wird auch bei uns nicht so sein. Ich weiß nicht, ob das bei Ihnen so war.

Das heißt, Sie als Fraktion können Anträge stellen. Sie brüsten sich jetzt damit, aber ich glaube, das ist

ein Antrag der FDP-Fraktion; Sie haben zu dem Thema noch keinen Antrag gestellt. Sie haben aber für diese Plenartage zwei frauenspezifische Anträge gestellt. Herr Kleff, ich verstehe das nicht ganz, Sie stellen frauenspezifische Anträge und beschweren sich bei uns, frauenspezifische Anträge diskutieren zu müssen. Denn der Antrag zum Burn-out hat sich auf Frauen und nicht auf Männer bezogen. Auch der Antrag, den wir nachher zu dem neu zu initiiierenden Frauenpreis debattieren werden, dreht sich um Frauen.

Herr Kleff, ich fände es schön, wenn aus den Reihen der Abgeordneten auch der CDU männerspezifische Anträge kämen. Allein mir fehlt der Glaube. In den letzten fünf Jahren und auch in dieser Legislaturperiode ist von Ihnen dazu nichts gekommen. Bitte, halten Sie sich den Spiegel vor, schauen Sie hinein, stellen Sie Anträge! Wir freuen uns darüber und diskutieren sie.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Ministerin. – Damit ist die Redeliste erschöpft.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1197** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** – federführend – sowie den **Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dem Überweisungsantrag zustimmen? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Einführung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1144

erste Lesung

Für die Landesregierung eröffnet Frau Ministerin Steffens die Beratung.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vorweg: Wir werden uns mit dem Krebsregister und Gesetzesänderungen in Zukunft nochmal – aber dann wirklich inhaltlich und intensiv – beschäftigen müssen, weil wir natürlich eine weitere inhaltliche Überarbeitung des Gesetzes

auf Grundlage der Evaluierung des Mammografie-Screenings noch vor uns haben. Das steht jetzt nicht an.

Womit wir uns heute befassen, ist eher eine sehr formale Gesetzesänderung, die aus dem Handeln der letzten Landesregierung resultiert. Das Projekt des Gesundheitscampus, des Strategiezentrums NRW, wurde zwar im Kabinett der alten Landesregierung im Juni 2008 beschlossen und 2009 und 2010 wieder bestätigt. Notwendig ist aber, wenn man den Umzug des Krebsregisters – wie vom Kabinett und dann natürlich auch von den Gesellschaftern des Krebsregisters beschlossen – vom Standort Münster an den Standort Bochum vollziehen will, eine Gesetzesänderung.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Deswegen ist der jetzt vorgelegte Entwurf eines Änderungsgesetzes eine rein formale Anpassung des bisherigen Gesetzes, damit dieser Umzug vollzogen werden kann. Es geht hier nur darum, an einer einzigen Stelle des Gesetzesentwurfes einen einzigen Satz zu ändern, nämlich den Satz „Standort des Krebsregisters ist Münster“ zu streichen. Anders wäre der Umzug nicht zu realisieren. Deswegen bringen wir diese Gesetzesänderung heute ein und werden sie im Ausschuss diskutieren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Kleff.

Hubert Kleff (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren, Krebserkrankungen stellen nicht nur in Deutschland eine gesundheitspolitische Herausforderung dar. Das Krebsregister untersucht die Häufigkeit, Verbreitung und zeitliche Entwicklung von Krebserkrankungen in Nordrhein-Westfalen. Ich glaube, man kann feststellen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Aufgabe seit nunmehr über fünf Jahren in Münster sehr eindrucksvoll erfüllt haben. Der Beweis dafür ist unter anderem der Report 2010. Dafür gebührt Ihnen ein herzliches Dankeschön.

Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf realisiert das, was die vorherige Landesregierung durch die zukunftsweisende Schaffung des Gesundheitscampus in Bochum beschlossen hat. Wie zu Recht in der Gesetzesbegründung ausgeführt, ist die Integration des Krebsregisters in den Gesundheitscampus politischer Wille und entspricht dem Beschluss der Gesellschafter des Krebsregisters NRW. – Ich denke, darüber besteht auch in diesem Haus große Einigkeit.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Minderheitsregierung, es ist schon erstaunlich, wie sich die Positionen verändern, wenn man von der Opposition in die Regierungsverantwortung wechselt.

(Beifall von der CDU)

So erklärte die heutige Ministerin Barbara Steffens, Bündnis 90/Die Grünen – und hier halte ich Ihnen mal den Spiegel vor –, in einer Pressemitteilung vom 12. Mai 2009 – ich zitiere –: Wir lehnen es ab, das Krebsregister und den Gesundheitsschutz von ihrem jetzigen Standort in den Gesundheitscampus zu verlagern. – Frau Gebhard, SPD-Fraktion, forderte in einer Pressemitteilung am 12. Mai 2009: „Die Verlagerung der bereits erfolgreich arbeitenden Einrichtungen von Düsseldorf, Bielefeld und Münster nach Bochum muss in den betroffenen Regionen kompensiert werden.“ – Frau Gebhard, nicht nur wir, sondern auch die Stadt Münster wartet jetzt gespannt auf Ihre Kompensationsvorschläge.

(Beifall von der CDU)

Und noch eins: Die jetzige Ministerin Svenja Schulze, SPD, wollte bereits am 11. Juli 2008 in ihrer Kleinen Anfrage von der damaligen schwarz-gelben Landesregierung wissen: Was kostet der Umzug des Krebsregisters inklusiv aller Folgekosten? – Das war 2008.

(Ministerin Barbara Steffens: Aber Sie haben doch die Fakten geschaffen!)

– Frau Ministerin Steffens, wenn man 2008 fragt, was das kostet, und heute in der Gesetzesbegründung steht, man könne die Kosten nicht nennen, weil der Umzug erst mittel- und langfristig organisiert werden muss usw., dann kann man in der Opposition nicht schon 2008 eine solche Frage stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich stelle abschließend fest: Die Entscheidung der schwarz-gelben Landesregierung, einen Gesundheitscampus zu errichten, war eine wegweisende Entscheidung für den Gesundheitsstandort Nordrhein-Westfalen. Der Ausbau und die Angliederung des Krebsregisters hier werden von der CDU-Fraktion unterstützt. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kleff. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich möchte unsere Debatte aus aktuellem Anlass kurz unterbrechen.

Auf der Besuchertribüne haben **Ehrengäste** des Landtags Platz genommen. Es ist für uns eine Ehre und große Freude, den Präsidenten der Abgeordnetenkammer des Großherzogtums Luxemburg, Seine

Exzellenz Präsident Mosar, zusammen mit seiner Delegation begrüßen zu können.

(Allgemeiner Beifall)

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Kollege Abgeordneter, ich heiße Sie und Ihre Begleiter hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen sehr herzlich willkommen. Mein Willkommensgruß gilt auch Ihrer Exzellenz, der Botschafterin des Großherzogtums Luxemburg in Berlin, Frau Schommer.

(Allgemeiner Beifall)

Gute Nachbarschaft zwischen Ländern lebt von der Zeit, die wir in persönliche Begegnungen von Menschen in Verantwortung investieren. Die Verbindungen unseres Landes mit seinen westlichen Nachbarn haben einen ganz hohen politischen Stellenwert. Luxemburg ist uns ein guter und vertrauter Partner. Daher schätzen wir Ihren Besuch in Nordrhein-Westfalen sehr.

Luxemburg hat auch eine sehr traditionsreiche und wunderschöne Abgeordnetenkammer. Ihr Interesse heute gilt unserer Parlamentsorganisation und Parlamentskultur.

Im Namen des Landtags wünsche ich Ihnen eine anregende Zeit hier am Rhein, und ich bin zuversichtlich, dass Sie die guten, freundschaftlichen Beziehungen unserer Länder auch auf der parlamentarischen Ebene fördern und vertiefen. – Herzlich willkommen in Nordrhein-Westfalen!

(Allgemeiner Beifall)

Wir setzen nun die Beratung des Tagesordnungspunktes fort und ich gebe das Wort für die SPD-Fraktion der Frau Abgeordneten Gebhard.

Heike Gebhard (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Uns liegt heute ein Gesetzentwurf vor, den die Frau Ministerin gerade als rein formalen Akt charakterisiert hat.

Herr Kleff, Sie haben dies im Prinzip genauso unterstrichen.

Allerdings hat mich Ihre Einlassung an einem anderen Punkt schon ein bisschen verwundert.

(Ministerin Barbara Steffens: Ja!)

Erwarten Sie von Rot-Grün wirklich, dass wir bei von Ihnen geschlossenen Verträgen vertragsbrüchig werden und diese jetzt in die Tonne kloppen, weil wir damals gesagt haben, dass wir den von Ihnen eingeschlagenen Weg eigentlich nicht für richtig halten? Meinen Sie, dass das der richtige Umgang mit den Menschen sei?

Wir haben in der Tat Ihre Entscheidung hinterfragt, was den Umzug der in Rede stehenden Institution betrifft. Sie haben aber eine Entscheidung für einen Standort, für Bochum, getroffen. Sie haben mit der

Stadt Bochum einen Vertrag geschlossen, dass diese Einrichtung dorthin kommt. Und es wurde ein entsprechendes Raumprogramm vereinbart und ausgehandelt. Dann können wir doch heute nicht sagen: Ja, das hat Schwarz-Gelb gemacht, liebe Stadt Bochum, aber Rot-Grün hat da inhaltliche Bedenken gehabt, wir hätten es gerne anders gemacht. Jetzt steht zu, wie ihr damit klarkommt. Ihr wolltet da zwar Geld reinstecken und habt hohe Vorleistungen erbracht, aber wir machen das nicht. – So gehen wir weder mit Kommunen noch mit den Menschen in diesem Lande um, um das einmal klar festzuhalten.

(Hubert Kleff [CDU]: Ich möchte nur an Ihre Vergangenheit erinnern!)

– Daran können Sie mich gerne erinnern. Dazu stehe ich auch. Ich denke, was die Gesundheitsregion in diesem Lande betrifft, muss man darauf achten, dass man alle entsprechend mitnimmt.

Sie haben die Entscheidung im Juni 2008 getroffen. Wir haben jetzt 2011. Sie hätten viele gute Gelegenheiten gehabt, für die Regionen Bielefeld und Münster bereits entsprechende Akzente zu setzen. Das haben Sie leider Gottes versäumt. Packen Sie sich also an die eigene Nase. Ich glaube, das wäre gut.

Das Zweite, was ich noch darstellen möchte, ist: Sie sind – und das hatten wir damals in der Tat heftig kritisiert – auf den Markt gegangen, haben sich für einen Gesundheitscampus ausgesprochen und erklärt, wer da alles einziehen soll. Bei dem Krebsregister musste stets ein Klammervermerk hinzugesetzt werden. Da hat sich Herr Laumann ein wenig gedrückt und musste immer hinzufügen: Wenn die Gesellschafter zustimmen. – So geht man eigentlich auch nicht mit Gesellschaftern um. Das klärt man vorher, bevor man damit an die Öffentlichkeit geht. Das haben Sie leider Gottes versäumt. Sie mussten das in 2008 sagen. Sie mussten es in 2009 bei der Verkündung des Standortes sagen. Der Herr Minister musste im Ausschuss ergänzen: Klar, wir können das alles nur dann machen, wenn die Gesellschafter und das Parlament zustimmen.

Warum aber haben Sie uns, als die Gesellschafter 2009 ihr Einverständnis gegeben haben, das Gesetz dann nicht vorgelegt?

(Ministerin Barbara Steffens: Genau!)

Das habe ich bis heute nicht verstanden. Das hätte längst über die Bühne gehen können und müssen. Wir vollziehen jetzt in der Tat mit dem Gesetzentwurf nur das, was der Stadt Bochum und den Menschen dort zugesagt worden ist und was man aus Vertrauensschutzgründen auch nicht wieder einsammeln kann.

Ich freue mich aber, dass Sie, Herr Kleff, dazu stehen und dem Gesetzentwurf zustimmen wollen. Damit können wir die Sache gemeinsam nach vorne bewegen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Gebhard. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Abgeordneter Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Juni 2008 hatte die alte schwarz-gelbe Landesregierung die Einrichtung des Gesundheitscampus beschlossen. Damit wurde auch vorgesehen, das Krebsregister an den Standort des Gesundheitscampus zu verlagern.

Wir Grünen haben uns allerdings immer dagegen ausgesprochen, dass das Krebsregister und der Gesundheitsschutz von ihren jetzigen Standorten in den Gesundheitscampus verlagert werden. Das Krebsregister ist in Münster aufgebaut worden und ist in seiner Arbeit eng mit anderen dort angesiedelten Gesundheitseinrichtungen wie den Unikliniken verknüpft und vernetzt. Zudem haben wir es für den Gesundheitscampus auch nicht für notwendig gehalten, das Krebsregister dort anzusiedeln.

Deshalb haben wir es auch sehr bedauert, dass die Gesellschafter des Krebsregisters 2009 vor dem Druck des damaligen Ministers Laumann eingeknickt sind und der Verlagerung weg von Münster einstimmig zugestimmt haben.

Nach der Landtagswahl 2010 hatte die alte schwarz-gelbe Landesregierung bei ihrer letzten Amtshandlung in ihrer letzten Kabinettssitzung am 18. Juni 2010 – obwohl es klar war, dass sie keine Mehrheit mehr hatte – den Beschluss zur Einrichtung des Gesundheitscampus bekräftigt, den Umzug von Münster nach Bochum beschlossen und damit Fakten geschaffen. Hierzu gehörten auch vertragliche Zusagen betreffend die Liegenschaften und mit der Stadt Bochum.

Die neue Landesregierung vollzieht mit dieser Änderung des Krebsregistergesetzes also eine Entscheidung der alten Landesregierung, die aufgrund von Zusagen und vertraglichen Bindungen aus der Zeit der schwarz-gelben Landesregierung nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Die Bedenken hinsichtlich der Verlagerung sind keine Kritik am neuen Gesundheitscampus. Vielmehr verknüpfen wir damit die Hoffnung, dass die Ausbildung in den Gesundheitsberufen und in der Pflege auch mit Blick auf die Anforderungen von europäischer Ebene qualitativ weiterentwickelt werden kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Für das Ruhrgebiet bieten sich mit dem Campus viele Chancen. Allerdings darf dies nicht zulasten anderer Ausbildungsstandorte für Pflege- und Gesundheitsberufe geschehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Richtig ist aber auch, dass wir die bereits bestehenden Gesundheitsregionen und Kompetenzen in NRW sichern und weiter stärken sowie gewachsene Strukturen erhalten müssen. Hierfür sind Kooperationen und Vernetzungen gefragt. Zu dieser Vernetzung muss das Strategiezentrum Gesundheit einen wesentlichen Beitrag leisten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ünal. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Abrusztat.

Kai Abrusztat (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon richtig gesagt worden: Die Gründung des Gesundheitscampus in Bochum geht auf Initiative der CDU/FDP-Landesregierung zurück. Wichtig und richtig ist es, sich noch einmal das Ziel zu vergegenwärtigen, um das es geht: Nordrhein-Westfalen soll und muss führende Gesundheitsregion in Deutschland sein. Dafür wollen wir kämpfen und eintreten. Das ist ein ganz wichtiger Gesichtspunkt in der Gesundheitspolitik für Nordrhein-Westfalen.

Das, was in solchen Fragestellungen immer streitig und umstritten ist, ist der Standort. Dabei spielen regionale Interessen und regionale Identitäten eine Rolle. Meine Damen und Herren, wer wollte das bestreiten: Nichts ist so sensibel wie Standortfragen – gerade bei Diskussionen in der Gesundheitspolitik. Ich komme aus der Gesundheitsregion Ostwestfalen-Lippe. Natürlich hätten auch wir gerne in dieser Region entsprechende Standorte zusätzlich gehabt. Wer hätte das nicht?

Aber, meine Damen und Herren, nach Abwägung aller Tatbestände müssen wir insgesamt feststellen, dass die Entscheidung für den Standort Ruhrgebiet auch ein Zeichen für den Strukturwandel des Ruhrgebietes ist. Das ist notwendig und sinnvoll. Wir freuen uns, dass sich auch die neue Landesregierung zum Gesundheitscampus bekennt und deswegen die Chancen für Nordrhein-Westfalen in dieser Region bei diesem wichtigen Themenfeld nutzt und dabei das übergeordnete Ziel sieht, neben der neuen Fachhochschule für Gesundheitsberufe ein Netzwerk bereits existierender und zu gründender Gesundheits- und Technologieinstitute zu entwickeln, und zwar mit europäischer Ausrichtung.

Innovative Ansätze für die Lösung zentraler gesundheitlicher Herausforderungen werden hierdurch begünstigt. Ich will die Telematik, das Clusterma-

nagement „Gesundheitswirtschaft“ und vor allem auch das Strategiezentrum Gesundheit sowie das Krebsregister NRW nennen.

An dieser Stelle sei noch gesagt: Gerade „Krebs“ als ganz besonders schlimme Volkskrankheit in Deutschland erfährt hierdurch aus meiner Sicht eine entsprechend wissenschaftlich fundierte Aufwertung. Ich will daran erinnern, dass in Deutschland inzwischen jeder vierte Todesfall auf Krebsleiden zurückzuführen ist. Das jedenfalls hat das Statistische Bundesamt in Wiesbaden heute mitgeteilt.

Wenn wir wissen, dass im Jahr 2009 mehr als 216.000 Menschen an bösartigen Tumoren gestorben sind, tun wir gut daran, wegzukommen von den Standortdebatten hin zur Beantwortung der Frage, wie wir insgesamt wissenschaftlich fundiert die Dinge auf den Weg bringen können.

Morgen, meine Damen und Herren, ist Weltkrebstag. Insofern passt der heutige Debattenbeitrag im Landtag von Nordrhein-Westfalen zu diesem Tag. Ich freue mich, dass wir über das Thema in den entsprechenden Ausschüssen weiter diskutieren werden. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Abruszt. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Abgeordneter Zimmermann.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Absicht des Gesetzentwurfs, ein flächendeckendes Krebsregister für das Land Nordrhein-Westfalen einzuführen, ist in der Tat sehr zu begrüßen. Das unterstützen wir auch.

„Krebs“ ist hierzulande eine Volkskrankheit. Diese Weisheit möchte ich hier auch noch einmal kundtun. Von drei Frauen muss eine und von zwei Männern muss einer damit rechnen, an Krebs zu erkranken. Man muss dabei aber auch darauf hinweisen, dass Deutschland eine Sonderrolle spielt. Allerdings es in allen anderen Ländern in den letzten Jahren gelungen ist, die Mortalitätsrate bei Krebs zu senken, ist sie in unserem Land annähernd gleich geblieben. Das muss uns zu denken geben.

Eine Bekämpfung dieser Volkskrankheit kann nur auf der Basis gesicherter, öffentlich zugänglicher Daten, Zahlen und Fakten stattfinden. Das kann nur mit einem Krebsregister sichergestellt werden, dass eine hundertprozentige Erfassung garantiert und internationalen Standards genügt.

Dementsprechend ist unserer Auffassung nach nur ein Krebsregister akzeptabel, das den Ansprüchen der internationalen Krebsforschungsagentur IACR entspricht. Wenn es Ihnen wirklich um die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung geht, sollten Ihnen internationale Standards gerade gut genug sein.

Nur durch eine angemessene Datenerhebung können Probleme bei der Prävention, Früherkennung, Behandlung und Nachsorge ermittelt und behoben werden.

Der vorliegende Gesetzentwurf wirft für uns allerdings einige Fragen auf: Weshalb soll die Krebsregistrierung nach dem Bundeskrebsregistergesetz im Interesse der Datenqualität und der Vollständigkeit halber nicht auch in Nordrhein-Westfalen etabliert werden?

Außerdem – das haben wir auch schon in einer Kleinen Anfrage thematisiert, und es in den verschiedenen Redebeiträgen gerade auch aufgegriffen worden – haben wir ein grundsätzliches Problem mit dem Umzug nach Bochum; Probleme, die Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, in der vergangenen Legislaturperiode – wie eben angesprochen – ebenfalls aufgeworfen haben. Jetzt argumentieren Sie mit Sachzwängen.

Wir haben in unserer Kleinen Anfrage nach einer Offenlegung der Verträge gefragt. Uns würde wirklich einmal interessieren, ob es nicht doch möglich gewesen wäre oder noch möglich wäre, diese Angelegenheit rückgängig zu machen. Es ist – wenn ich mich recht erinnere – darauf hingewiesen worden, dass eine Offenlegung aufgrund datenschutzrechtlicher Bestimmungen oder Ähnlichem nicht möglich sei. Wir hätten dazu gerne konkretere Auskünfte.

Ich möchte darauf hinweisen, dass zu dem Selbstverständnis des Gesundheitscampus unter anderem gehört, dass für die Gesundheitswirtschaft schneller vermarktungsreife Produkte entwickelt werden sollen. – Das legt den Verdacht nahe, dass es offensichtlich in erster Linie nicht um die Gesundheit der Bevölkerung, sondern vornehmlich um ein staatlich finanziertes Labor für die Pharmaindustrie geht. Ich überspitze das hier bewusst etwas. So könnte das auch wie ein Kniefall vor den Lobbyisten aussehen.

Das kritisieren wir und Sie auch, Frau Ministerin, bei unserem Gesundheitsminister Rösler in Berlin zu Recht. Deshalb sollten wir genau darauf gemeinsam ein Auge haben.

Und deshalb fordern wir auch von der Landesregierung, dass das Krebsregister eine einheitliche Datenerfassung leistet, die Trägerschaft unumkehrbar beim Land verbleibt und Daten für die Öffentlichkeit zugänglich sind.

Die Datentransparenz trägt unserer Meinung nach dazu bei, dass die Bevölkerung darüber informiert wird, wie hoch das Risiko in welcher Region ist, an Krebs zu erkranken, in welchem Stadium die Krankheit durchschnittlich erkannt wird, welche Probleme bei der Früherkennung auftauchen und welche Behandlungsmethoden welche Erfolge erzielen können.

Bislang hat die Pharmaindustrie in dieser Frage eine Deutungshoheit, die ihr unserer Meinung nach unbedingt genommen werden muss. Die Rahmen-daten des Krebsregisterumzugs deuten da leider in die falsche Richtung.

Lassen Sie uns doch einmal beraten, wie dieser Missstand endlich behoben werden kann. Dafür wären wir sehr dankbar. – Danke.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zimmermann. – Für die Landesregierung spricht noch einmal Frau Ministerin Steffens.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Zimmermann, ich möchte noch kurz etwas aufklären. Wir sind nicht dabei, ein neues Krebsregister zu schaffen, sondern wir setzen alles, was bisher gemacht worden ist, so fort. Und das Bundeskrebsregister fasst die Daten aus den Landeskrebsregistern zusammen. Das ist also alles kompatibel. Darüber können wir gern im Ausschuss noch einmal intensiv diskutieren, auch darüber, was eigentlich perspektivisch noch passieren muss und was wir noch zusätzlich brauchen.

Ich möchte noch auf Herrn Kleff eingehen, der meine alten Zitate vorgetragen hat. – Herr Kleff, zu der Historie: Es gab die Diskussionen über den Campus, der umstritten von allen auch damals als ein Standort galt, wo man sagen konnte: Ein Campus und Nordrhein-Westfalen als starke Gesundheitsregion!

Das war nicht das Thema, sondern das Thema war: Ist der Umzug des Krebsregisters und des LIGA dorthin richtig und sinnvoll? Das war die wesentliche Frage, die im Raum stand.

Deswegen fragte die Kollegin Schulze damals auch: Was kostet das denn? – Das konnte damals keiner beantworten,

(Hubert Kleff [CDU]: Auch heute nicht!)

und es ist von der alten Landesregierung seitdem auch keine Bauplanung gemacht worden. Deswegen kann ich das auch heute noch nicht beantworten, weil in den Jahren bis jetzt von der alten Landesregierung zwar die Beschlüsse gefasst, aber nicht die Maßnahmen eingestieift worden sind. Deswegen Vorsicht an der Stelle!

Also, damals sind die Beschlüsse gefasst worden. Wir haben das infrage gestellt. Wir haben gefragt: Muss das sein, und ist das richtig? Ich stelle das heute nicht infrage.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kleff zulassen?

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Aber natürlich. Es ist doch gut, wenn er fragt.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Kleff, bitte schön.

Hubert Kleff (CDU): Frau Ministerin Steffens, Frau Gebhard hat eben erklärt – wenn ich das richtig verstanden habe –, dass Sie jetzt zwangsweise zum Gesundheitscampus in Bochum stehen, weil Sie aus dem Vertrag nicht mehr herauskommen, weil Sie loyal sind und zum Vertrag stehen.

Ich frage Sie: Ist das, was die Landesregierung jetzt betreibt, zwangsweise oder stehen Sie echt hinter dem Gesundheitscampus?

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, bitte schön.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Kleff, eine ganz ehrliche Antwort: Ich stehe zu einem Gesundheitscampus NRW, und zwar zu dem, den wir jetzt entwickeln und weiterbringen werden. Ich stehe zu dem Gesundheitscampus, und ich glaube auch, dass wir in Nordrhein-Westfalen als eine der stärksten Gesundheitsregionen in Deutschland mit unseren unterschiedlichen Gesundheitsclustern, die wir haben, in den letzten fünf Jahren verdammt viel verschlafen haben, um die Vermarktung dieses Gesundheitsstandorts wirklich nach vorn zu bringen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir haben einen Gesundheitsstandort, der auf der einen Seite – an die Fraktion Die Linke: deswegen also keine Sorge – den gesamten Bereich der Daseinsvorsorge umfasst. Das ist ein ganz wichtiger Bereich, und der ist auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung der wesentliche Bereich, den wir weiterentwickeln müssen.

Wir haben zum Zweiten die riesige Säule dessen, was wirklich klassische Gesundheitswirtschaft ist. Aber die Vermarktung war in der Vergangenheit nicht exzellent. Wir könnten international mit dem, was klassische Gesundheitswirtschaft und nicht Daseinsvorsorge ist, ganz anders dastehen.

Wir haben als dritte Säule das, was eher in den Bereich Wellness und andere Dinge hineingehört.

Die Vermarktung dieser drei Teile mit den unterschiedlich gewachsenen Gesundheitsregionen als

wirkliches Leitbild in Nordrhein-Westfalen ist nicht erfolgt.

Meine damals gestellte Frage betraf den Dreh- und Angelpunkt, nämlich was alles auf den Campus kommen soll. Das war meine Frage.

Wahrscheinlich hätte ich, wenn ich 2007/2008 die Überlegung angestellt hätte, den Campus anders entwickelt, aber die Standortbestandteile sind von Ihnen an diesen Standort geholt worden. Wir werden das weiter so umsetzen. So lautet die Zusage an Bochum, und diese Zusage werden wir einhalten.

Darüber hinaus aber wird dieser Standort eine weitere Entwicklung erfahren, weil wir das Netz einer Gesundheitswirtschaft über Nordrhein-Westfalen nachhaltig entwickeln müssen. Dazu sind die Vorarbeiten von Ihnen in der letzten Landesregierung so nicht geleistet worden. Das werden wir jedoch so schnell wie möglich auf den Weg bringen, damit, ausgehend von Bochum, der Gesundheitsstandort NRW bundesweit und international eine andere Dimension erreicht als in den letzten Jahren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 15/1144** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig erfolgt.

Wir kommen zu:

6 Anreize für weibliche Führungskräfte schaffen: Landespreis „Managerin des Jahres“ schaffen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1192

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1238

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Abgeordneter Milz das Wort.

Andrea Milz^{*} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Geschlechterausgewogenheit in den Führungs-gremien der Wirtschaft ist ein erklärtes Ziel der nordrhein-westfälischen Politik.

Das Thema „Frauen in Führungspositionen“ hat uns ja nicht nur gestern, sondern auch schon über die letzten Wochen und Monate begleitet. Ich glaube, wir sind uns alle einig: Handlungsbedarf haben wir sowohl, was den Anteil der Frauen in Führungspositionen angeht, als auch, was die Lohngleichheit angeht. Meinungsverschiedenheiten haben wir natürlich auf allen Ebenen – zurzeit auch aktuell über die Medien ausgetragen – über den Weg, wie man die Präsenz von Frauen in den Führungspositionen steigern soll.

Ich persönlich bin einverstanden mit der gestrigen Erklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, zurzeit auf die Quote zu verzichten. Die von ihr benannte zweite Chance für Unternehmen könnte die Berichtspflicht mit konkreter Darstellung der unternehmenseigenen Frauenförderung sein, die die CDU-Landtagsfraktion ja erst kürzlich hier gefordert hat. Denn nur mit einer solchen Transparenz wird es gelingen, auf allen Führungsebenen etwas für Frauen zu bewegen. Denn die Quote bedient nur die Spitze des Eisbergs. Das hat auch Norwegen gezeigt: Quote erfüllt, aber alle anderen Ebenen gingen leer aus.

Wir setzen auf die Erkenntnis der Wirtschaft, dass Frauenförderung nicht nur der Gleichberechtigung Genüge tut, sondern auch handfeste Vorteile bringt. So sorgen Frauen für Teamgeist, für eine neue Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch ein anderes Zeitmanagement und für eine neue Sicht auf die Wertigkeit von privaten und dienstlichen Belangen.

Die gestrige Ankündigung des Energiekonzerns E.ON, den Anteil ihrer weiblichen Führungskräfte zu verdoppeln, geht ja genau in diese Richtung und lässt hoffen. Politisch werden wir sehen, wie diese Debatte irgendwann tatsächlich ausgeht; sie ist noch lange nicht zu Ende.

Sollten alle friedlichen Bemühungen nicht wirken, wird die Quote kommen. Davon bin auch ich überzeugt. Was wir aber schon heute abseits von all den großen Zielen tun können, das steht in unserem Antrag. Wir wollen die weiblichen Führungskräfte, die wir schon haben, stärken und zudem Vorbilder für Nachwuchsmanagerinnen schaffen. Hierzu eignet sich die Auszeichnung besonders erfolgreicher Managerinnen. Deshalb schlagen wir die Einführung eines Landespreises „Managerin des Jahres“ vor.

Bundesweit gibt es bereits von einigen Wirtschafts-unternehmen gestiftete Auszeichnungen für erfolgreiche Unternehmerinnen wie zum Beispiel den „Prix Veuve Clicquot“ oder den „Mestemacher-Preis“. An diesen Beispielen kann man sich für die Auslobung eines solchen Landespreises „NRW-Managerin des Jahres“ orientieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Auszeichnung weiblicher Führungskräfte ist auch auf Landesebene praktikabel. Mit dem Titel „Unternehmerin des Jahres“ würdigt zum Beispiel das Land Berlin her-

vorragende Leistungen von Unternehmerinnen aus der Hauptstadt. Den Rahmen für die Preisverleihung bildet alle zwei Jahre ein in Berlin stattfindender Unternehmerinnentag mit einem Angebot an Seminaren, an Foren, an Informationsprogrammen. Diese Preisverleihung wird kofinanziert vom Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung.

In NRW fehlt es auf Landesebene bisher an einer solchen Auszeichnung, die sich an Unternehmerinnen richtet und dazu geeignet wäre, weibliche Leitbilder auch für den Führungsnachwuchs zu schaffen. Daher fordern wir die Landesregierung auf, einen solchen NRW-Preis ins Leben zu rufen. Eine Auswahlkommission aus nordrhein-westfälischen Führungskräften könnte diese „NRW-Managerin des Jahres“ küren und auch den Kriterienkatalog erstellen, den die Landespreisträgerin zu erfüllen hat.

Kernelement dieses Kriterienkatalogs – darüber können wir im Ausschuss diskutieren – muss neben den unternehmerischen Leistungen der Kandidatinnen auch deren Einsatz für die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern sein.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Wir fordern die Landesregierung also auf, erstens jährlich diesen Managerinnen-Tag als Informationsveranstaltung und Rahmen für die Preisverleihung auszurufen, zweitens nordrhein-westfälische Unternehmen in die Organisation und Finanzierung des Landespreises mit einzubeziehen und drittens das Projekt „NRW-Managerin des Jahres“ in der Öffentlichkeit zu bewerben.

Wir erhoffen uns von diesem Projekt ein wirksames Instrument für die Herausstellung der Kompetenz von Wirtschaftsfachfrauen in der immer noch von Männern dominierten Wirtschaftswelt, für die Förderung einer wirtschaftlichen Kultur, die Frauen und Männer gemeinsam gestalten, und für die Ermutigung von Nachwuchsmanagerinnen durch die Präsentation weiblicher Leit- und Vorbilder.

Ich würde mich freuen, wenn Sie diesem Projekt eine Chance geben und freue mich auch auf die Diskussion im Ausschuss. – Danke.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Milz. – Für die SPD spricht jetzt die Kollegin Kieninger.

Gerda Kieninger (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Da hatte die CDU-Fraktion wohl eine Vorahnung, als sie diesen Antrag geschrieben hat. Sie hat schon am 25. Januar einiges geahnt und uns diesen Antrag für dieses Plenum präsentiert als ein Trostpflaster für die verlorengegangene Quote.

Seit gestern wissen wir, die Bundeskanzlerin hat gesagt: Die Debatte ist beendet. Es wird keine gesetzliche Quote geben.

(Beifall von der FDP)

Diese Regelung sei nicht durchsetzbar. Also musste ein Trostpflaster her. Und dieses Trostpflaster ist dann der Landespreis „Managerin des Jahres“. Ich glaube kaum, dass das ausreicht. Ich glaube auch nicht, dass das der richtige Ansatz ist.

Dass das, was Sie im Antrag fordern, ein Signal ist, das Frauen ermutigt, ein Leitbild für Frauen zu sein, die in Führungsbereiche streben, ist nicht richtig. Am 2. Februar dieses Jahres veröffentlichte die „Rheinische Post“ eine Übersicht über den Anteil von Frauen in Bildung und Beruf – das kennen wir alles – und auch eine Pyramide zu den Ursachen für den geringen Frauenanteil. Da steht an erster Stelle: Für Frauen sind Karriere und Kinder unvereinbar. – Das wissen wir inzwischen auch. Wir wissen ebenfalls, dass wir an der Stelle alles geben müssen und die Sache nicht weiter so schleifen lassen dürfen wie in den letzten fünf Jahren.

An zweiter Stelle steht: Frauen werden im Beruf generell benachteiligt. An dritter Stelle heißt es: Männliche Vorgesetzte lassen Frauen nicht aufsteigen. An letzter Stelle, mit 5 %, steht: Es gibt zu wenig weibliche Vorbilder. – Das heißt, ausgerechnet das, was Sie fordern, wird am wenigsten von den Frauen in der Umfrage verlangt.

Ich glaube kaum, dass es Sinn macht, wenn wir uns an eine Sache wie den Mestemacher-Preis anhängen. Es ist sehr lobenswert, dass das Unternehmen Mestemacher diesen Managerinnen-Preis stiftet. Es ist auch sehr lobenswert, dass die Firma Mestemacher den Väter-Arbeitspreis stiftet. All das sind gute Ansätze. Sie gehören auch in den Bereich der Unternehmen, die das tun, wovon sie profitieren.

Wir wissen aus Studien, dass die Unternehmen 48 % mehr Gewinn machen, wenn dort mehr Frauen in Führungspositionen sind. Dazu sagt Frau Schröder: Gerade weil sie profitieren würden, sind Unternehmen doch schön blöd, wenn sie nicht bereit sind, das Potenzial von Frauen zu nutzen.

Von daher kann es nicht die Aufgabe des Landes sein, sondern es ist Aufgabe von Unternehmen, entsprechende Frauen zu würdigen, herauszustellen und deutlich zu machen, wie wichtig es ist, dass Frauen in Unternehmen auch in Führungspositionen sind.

Nun möchte ich kurz den Entschließungsantrag der Linken aufgreifen. Dieser Antrag ist mal wieder unter dem Motto „höher, schneller, weiter“ gefasst. Alles geht nicht schnell genug, alles ist nicht gut genug,

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Wenn es so ist!)

deswegen dieser Antrag als Entschließungsantrag zu dem Managerinnen-Preis. – Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die im Koalitionsvertrag genannten Ziele umzusetzen. Ja, das wird sie auch tun. Aber ein Koalitionsvertrag gilt fünf Jahre. Denn fünf Jahre wird diese Koalition regieren.

(Beifall von der SPD – Bärbel Beuermann [LINKE]: Oder auch nicht!)

Von daher müssen wir nicht alles in einem Jahr erledigen. Dann wird es ganz spannend. Dort steht: „... sich für eine paritätische Gleichstellung von Frauen (...) einzusetzen.“ Das verstehe ich nicht ganz.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Ist nicht so schlimm!)

„Der Geschlechter“ würde ich verstehen, aber wie Frauen paritätisch sein können, erschließt sich mir nicht so ganz. Dann steht da: „... eine paritätische Gleichstellung von Frauen (mindestens 50 %) ...“

(Beifall von der LINKEN)

Ich kenne eine Drittelparität und eine Parität. Aber dass sie mindestens 50 % hat? Sie hat 50 %!

(Heiterkeit von Ralf Witzel [FDP])

Rechnerisch kriegen Sie das nicht so ganz hin.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin, achten Sie bitte auf die Redezeit.

Gerda Kieninger (SPD): Wir werden beide Anträge im Ausschuss beraten. Darauf freue ich mich. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Kieninger. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist Schaufestpolitik in Reinkultur.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Während die Quotendebatte durch den gesamten Blätterwald rauscht, wollen Sie mit der Wirtschaft Präsentkörbe packen. Während wir gestern 16 regionale Kompetenzzentren Frau und Beruf auf den Weg gebracht haben, wollen Sie Hochglanzbroschüren drucken und Pressebilder generieren. Wir haben gute Frauen im Land und auch gute Vorbilder. Allein: Es fehlt an der systematischen Durchsetzung des Prinzips der Gleichstellung auf allen Ebenen – auch in der Wirtschaft.

Sie werden die Zahlen kennen, aber wir sollten sie doch noch einmal gemeinsam kurz durchgehen und

uns vor Augen führen: In den Vorständen von 160 börsennotierten Unternehmen in Deutschland sitzen 686 Männer und 21 Frauen. Das entspricht einer Männerquote von 97 %. Unter den Aufsichtsräten ist die Situation nur marginal besser: 9,4 % weibliche Aufsichtsräte, wobei der allergrößte Teil davon Vertreterinnen der Arbeitnehmerinnenseite sind.

Zumindest die eine oder andere Unionsfrau hat in den letzten Tagen verstanden, dass es einen gesetzlichen Bedarf gibt und wir nicht nur weiße Salbe brauchen. Unglücklicherweise ist sie dann von einer Kanzlerin zurückgepfiffen worden, die ihres Zeichens von der FDP zurückgepfiffen wurde. Wer macht in Berlin eigentlich die Politik, die FDP oder die Kanzlerin? Aber das müssen Sie untereinander klären.

(Ralf Witzel [FDP]: Ein Wunder: Sie ist Kanzlerin geworden ganz ohne Frauenquote!)

Die Kanzlerin hat sich also von der FDP zurückpfiffen lassen und die Quotendiskussion in seltener Entschlossenheit mal eben schnell abgebügelt. Wir werden gleich noch hören, warum die FDP beim Thema Gleichberechtigung im vorletzten Jahrhundert hängen geblieben ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich kann aber schon vorher zusammenfassen, was ich glaube, was Sie gleich sagen werden: Frauenquoten stellen einen unzulässigen Eingriff in die Unternehmerfreiheit dar. Das wird vermutlich gleich kommen. Ich sage Ihnen: Die Verfassung hat uns in Sachen Gleichstellung einen Auftrag gegeben, und wir scheuen uns nicht, diesen auch anzunehmen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Meine Damen und Herren, natürlich ist die Quote eine Krücke; da sind wir uns sicherlich alle einig. Aber wenn ich mir beim Fußball ein Bein breche, dann brauche ich auch eine Krücke, damit ich bzw. es vorangehen kann. Damit es für Frauen in einer Gesellschaft, die an einem Mangel an Gleichberechtigung krankt, vorangehen kann, brauchen wir eine gesellschaftliche Gehhilfe, und das ist die Quote.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen natürlich auch eine andere Arbeitskultur. Es steht außer Frage, dass es mit der Quote allein nicht getan ist. Wir brauchen Teilzeit auch in den Führungsetagen. Wir brauchen flexible Arbeitszeiten. Wir brauchen Sitzungen, die nicht zwangsläufig nachts stattfinden. Wir brauchen Kinderbetreuung etc. Aber das alleine reicht nicht. Es reicht auch nicht, Preise zu vergeben und Hochglanzbroschüren zu drucken. Wir brauchen andere Maßnahmen gegen „gläserne Decken“ und gegen sich selbst reproduzierende „Old-Boys-Netzwerke“.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Zum Thema „Freiwillige Selbstverpflichtung“ möchte ich die CDU-Ministerin von der Leyen zitieren, die schlicht und ergreifend gesagt hat: Die Vereinbarung ist „krachend gescheitert“. Dem ist doch im Grunde genommen nichts hinzuzufügen. Leider musste sie jetzt wieder zurückrudern. Aber die Richtung ist klar: Wir brauchen keine Preise, wir brauchen eine konsequente Frauenförderung und eine Quote für die Spitzenpositionen.

Norwegen zeigt uns doch, dass diese Maßnahmen funktionieren. Eine kleine Gegenüberstellung, damit Sie sich das vorstellen können: Zehn Jahre freiwillige Selbstverpflichtung in Deutschland – Fortschritte empirisch im Grunde überhaupt nicht messbar. Fünf Jahre Quote in Norwegen – ein Anstieg des Frauenanteils von 16 % im Jahr 2005 auf 42 % im vergangenen Jahr. Und meines Wissens besteht das Land noch – trotz einer Frauenquote.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Mit unserer Forderung nach einer Quote sind wir nicht die einsamen Ruferinnen im Walde. Frankreich, Spanien, Belgien und die Niederlande haben sich auf den Weg in Richtung Quote gemacht. Auch die EU sieht Handlungsbedarf. Bei der gestern von Ihnen schon angesprochenen Frauenpolitik des 21. Jahrhunderts frage ich mich: Warten Sie mal wieder auf Nachhilfestunden aus Brüssel, damit Sie es hinbekommen, oder wollen Sie gar mit den Geisterfahrerinnen und Geisterfahrern der FDP direkt ins 19. Jahrhundert durchstarten?

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich freue mich trotzdem auf die Diskussion im Ausschuss, sowohl was Ihren Antrag als auch den Entschließungsantrag angeht. Außerdem haben wir zu diesem Thema immer noch eine Anhörung auszuwerten und aufzuarbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die FDP spricht jetzt Frau Kollegin Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf die Quotendiskussion werde ich jetzt nicht eingehen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Dazu sind die Positionen hinreichend ausgetauscht. Ich denke, Frauen brauchen keine Quote. Frauen werden durch die Quote eher abgewertet, und das ist das Letzte, das ich möchte.

(Beifall von der FDP)

Lassen Sie mich zu Beginn meines Redebeitrags zunächst einen Satz aus der Stellungnahme von

Frau Dr. Bankier, Leiterin der Abteilung für Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Europäischen Kommission, die wir vor zwei Wochen im Rahmen einer Anhörung in unserem Hause zu Besuch hatten, zitieren – mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Ein Mangel an geeigneten weiblichen Vorbildern mag auch manche Frauen davon abhalten, Managementpositionen anzustreben.“

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Sie waren doch gar nicht da!)

Genau dies war und ist auch immer Auffassung der Liberalen gewesen. Frauen in Führungspositionen müssen in jedweder Hinsicht unterstützt werden, um auch nach außen für andere Frauen, die den Weg in die Führungsetagen gehen möchten, als Vorbilder und Wegbereiterinnen dienen zu können. Dabei setzen wir auf gute Bildung und Ausbildung – das haben wir – und auf die Stärken der Frauen und ihr Selbstbewusstsein. Die Tatsache, dass Frauen heute in der Regel bessere Schul- und Studienabschlüsse machen als Männer, ist ein sicheres Indiz dafür, dass es lediglich eine Frage der Zeit ist, bis Frauen in den Führungspositionen der Wirtschaft gleichberechtigt vertreten sind. Dass es diese Zeitspanne effektiv zu verkürzen gilt, steht außer Frage.

Mit dem von der CDU vorgeschlagenen Landespreis „Managerin des Jahres“ kann ein wesentlicher Grundstein gelegt werden, erfolgreiche, selbstbewusste Frauen vermehrt in den Fokus der Öffentlichkeit zu stellen. Damit rücken wir diese erfolgreichen Frauen auch in den Blickpunkt der Männer und können einen Teil mehr dazu beitragen, die männlich dominierten Netzwerke und Strukturen in der Wirtschaft für diese und nachfolgende Frauen ein Stück weit zu öffnen.

Ein anderes Hauptproblem vieler Frauen ist unseres Erachtens die immer noch schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darin inbegriffen sind auch gesellschaftliche Vorbehalte. In vielen Lebensbereichen ist eine zumindest gedankliche traditionelle Rollenverteilung nach wie vor die Regel. Mit gesetzlichen Regelungen, wie wir sie nur allzu oft in diesem Plenum im Rahmen der vermehrten Beteiligung von Frauen an Führungspositionen diskutiert haben, kommen Sie an gesellschaftliche Vorbehalte wie beispielsweise eine mangelnde Akzeptanz der Fremdbetreuung von Kleinkindern nicht heran. Genauso wenig können Sie junge Frauen gesetzlich dazu zwingen, einen bestimmten Berufsweg in bisher frauuntypische Bereichen einzuschlagen. Mit der Ehrung und der Hervorhebung guter Vorbilder dagegen kann man an die Menschen herantreten und gesellschaftliche Bilder prägen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wer hat Ihnen den Unsinn eigentlich aufgeschrieben?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn hier die Entwicklung eines Kriterienkatalogs gefordert wird, sollte daher auch darauf geachtet werden, dass bei den

zu bestimmenden Kriterien nicht ausschließlich auf den Erfolg der Kandidatinnen in finanzieller Hinsicht gesetzt, sondern neben dem wirtschaftlichen Erfolg auch angemessen auf das Meistern typischer Frauenprobleme in der Wirtschaft eingegangen wird.

Das Land fördert und unterstützt die Vernetzung und den Weg von Frauen in die Führungsetagen in vielfältiger Weise. Zu nennen sind hier als Beispiele neben dem Unternehmerinnenbrief auch die Mentoringprogramme KIM – „Kompetenz im Management“ – oder PePon – „Personal-Potenziale nutzen!“.

Wenn ich dazu noch etwas sagen darf: Schon, als es in der letzten Legislaturperiode in der Verantwortung von Schwarz-Gelb lag, habe ich gesagt, dass wir davon wegkommen müssen – denn das fällt mir über die Jahrzehnte hinweg in der Frauenpolitik des Landes insgesamt auf –, dass besondere Programme für Frauen immer irgendwelche irrwitzigen Abkürzungen haben,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das hätten Sie in den letzten fünf Jahren ändern können!)

die Programme für Männer dagegen nicht.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Weil Männer lesen müssen und Frauen verstehen!)

KIM oder PePon sind Verniedlichungen. Das ist eine weitere Abwertung, von der wir wegkommen müssen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Was haben Sie denn in den letzten fünf Jahren gemacht?)

Wir müssen diese Projekte und Programme seriös beschreiben und bezeichnen. Das hat mir selbst unter der eigenen Mitverantwortung in der letzten Legislaturperiode nicht gefallen. Ich habe das auch immer deutlich gesagt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Och! Sie hat es deutlich gesagt! – Ministerin Barbara Steffens: Das hat aber keiner gehört!)

Der von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Managerinnentag kann als weiterer Baustein für eine vermehrte Vernetzung der Frauen untereinander dienen. Nur wenn man einander begegnet, kann man sich auch effizient vernetzen.

Die FDP-Landtagsfraktion wird den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wen wundert's!)

den Entschließungsantrag der Linken nicht. Wir stimmen der Überweisung beider Anträge in den Ausschuss natürlich zu und freuen uns auf die weitere Beratung dort. – Danke.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Ralf Michalowsky [LINKE]: Ihren Redeschreiber würde ich trotzdem entlassen!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Kollegin Beuermann.

Bärbel Beuermann (LINKE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion und die derzeitigen bundesweiten Diskussionen um die Einführung einer Frauenquote hat der Fraktion Die Linke wiederum bestätigt, dass wir in dieser Debatte ohne verbindliche gesetzliche Vorgaben keinen Schritt vorankommen. Das haben schließlich die vergangenen zehn Jahre bewiesen.

Aus diesem Grund haben wir unseren Entschließungsantrag vorgelegt, mit dem wir die paritätische Besetzung von Führungspositionen in der Wirtschaft gesetzlich geregelt sehen wollen. Frau Kieninger, nichts ist so instabil wie politische Verbindungen.

Aber wie sieht die Realität denn hier in der Bundesrepublik tatsächlich aus? Frau Merkel, die Frau an der Spitze dieser Republik, hat Kristina Schröder und Ursula von der Leyen einen Maulkorb verpasst. Das heißt, sie dürfen nicht weiter darüber reden. Interessant ist es schon, dass CDU- und FDP-Fraktion heute Morgen eine Aktuelle Stunde zum Thema Maulkorb beantragt haben. Das ließ mich schon schmunzeln.

(Beifall von der LINKEN)

Aber Frau Merkel lässt die Frauen in diesem Land alleine. Das ist, um es im Ruhrpottdeutsch zu sagen, „schäbbich“.

(Beifall von der LINKEN)

Wir Linken sehen an dieser Stelle einen Sachverhalt, den wir auch mit entsprechenden Mitteln gelöst haben wollen.

(Ralf Witzel [FDP]: Die Zauberworte heißen Qualifikation und Leistung, nicht Quote und Vollkasko!)

In jüngster Zeit veröffentlichte Studien bestätigten anhaltende strukturelle Benachteiligungen von Frauen. Das darf nicht weiter ausgeblendet bleiben, sondern muss konsequent thematisiert und geändert werden. Beispielsweise zeigt die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin vom Januar 2011, dass sich an der Spitze von Deutschlands Top-Unternehmen überwiegend Männer befinden.

(Ralf Witzel [FDP]: Stimmt!)

In den Vorständen der 100 wichtigsten Konzerne lag der Frauenanteil im vergangenen Jahr bei nur 2,2 %. Mehr als 90 % haben keine einzige Frau in der Konzernführung.

(Ralf Witzel [FDP]: Wie viele haben sich denn dafür beworben?)

Bei den 200 größten Unternehmen waren es mit 3,2 % insgesamt nur marginal mehr. Wenn nun Wirtschaftsminister Brüderle einen Pakt für Frauen in Führungspositionen vorschlägt, können sich die Frauen, auf die es aktuell zutrifft, fast in einer Telefonzelle treffen, denn so wenige sind es.

Meine Damen und Herren, eine Quote, deren Nichteinhaltung Sanktionen nach sich zieht, wird die männliche Monokultur in deutschen Führungsriegen beenden. Ich finde, das sollten wir auch einfordern.

(Ralf Witzel [FDP]: Männer haben sich ihr Geschlecht nicht ausgesucht!)

– Vielleicht kommen wir noch dahin.

(Lachen von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Wissen Sie, ich habe immer noch ein Date mit Herrn Papke. Vielleicht können wir uns auch darüber unterhalten.

Weiterhin zeigen auch die Ergebnisse der Studie des Deutschen Juristinnenbundes in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Die freiwilligen Berichtspflichten in der Privatwirtschaft haben zu keiner Änderung geführt.

Auch auf Landesebene und im öffentlichen Dienst sehen wir einen Handlungsbedarf. Die Forderungen des Landesgleichstellungsgesetzes sind nach wie vor nicht umgesetzt. Die Diskussion um die Industrie- und Handelskammern zeigen deutlich, dass auch das Landesgleichstellungsgesetz in Nordrhein-Westfalen dringend einer Überarbeitung bedarf.

Letztlich soll auch durch die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes die Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst und durch verbindlichen Kontrollen und Sanktionen gefördert werden.

Wir bitten um Unterstützung unseres Entschließungsantrags und freuen uns auf zielorientierte Diskussionen im Ausschuss, zu denen wir ganz besonders herzlich Männer einladen, die sich dann hoffentlich aktiv und konstruktiv in die Debatte einmischen werden und – ich gehe jetzt einmal davon aus, dass mein Appell auch fruchten wird – die sonst bevorzugte Lektüre im Ausschuss beiseitelegen, damit sie sich an der Debatte beteiligen können. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Frau Kollegin Beuermann. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Steffens.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Frau Präsidentin!

Meine Damen und Herren! Weil ich das Thema der Quote sehr wichtig finde, möchte ich gerne mit folgendem Zitat beginnen:

„Das Argument, man sei gegen eine Frauenquote, weil es dann nicht mehr um Qualität gehe, ist an Dummlichkeit nicht zu überbieten. Das ist nichts anderes als die Antwort geschlossener Systeme mit 87 Prozent Männerquote auf vermeintliche Eindringlinge.“

Das sagt Telekom-Vorstand Thomas Sattelberger.

(Beifall von Heike Gebhard [SPD])

Außer den Frauen, die sich immer wieder für die Frauenquote einsetzen, gibt es also auch Männer, die erkannt haben, wie notwendig und wichtig eine solche Quote ist und wie falsch die Argumente sind, die immer wieder von anderer Seite kommen.

Wenn man sich anguckt, wodurch Frauen denn aus dem System herausgehalten werden und was Frauen an dieser Stelle wirklich brauchen, stellt man fest, dass es mit Sicherheit keine Preise sind. Vielmehr sind es Chancen, Aufstiegsmöglichkeiten und Gehalt, aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Lebensentwürfen.

Dazu sagt Thomas Sattelberger:

„Nicht wenige Unternehmen haben schon Angst vor tiefschürfender Veränderung. Wenn man an die Frauenförderung rangeht, berührt man automatisch Tabuzonen. So muss etwa die Präsenzkultur in Frage gestellt werden, die unmittelbare Verfügungsgewalt des Chefs, die jahrzehntelangen Mechanismen eher informeller Auswahlprozesse. Jobsharing muss auch in Führungspositionen möglich werden, ebenso wie Teil- und Auszeiten. Althergebrachte Muster kann man nur mit einem starken Willen verändern. Der muss von oben kommen.“

Der starke Willen muss also von oben kommen. Wir sind als Landesregierung dazu bereit.

(Ralf Witzel [FDP]: Dann fangen Sie doch mit sich selber an! Sie haben als erste grüne Ministerin sogar noch Ihr Mandat als Doppeljob behalten!)

– Wollen Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Ralf Witzel [FDP]: Teilen Sie doch einmal Ihren Ministerinnenjob auf! Taten statt Worte!)

– Wir können gerne über die Landesverfassung reden und darüber diskutieren, ob man an dieser Stelle Mandatsharing macht,

(Britta Altenkamp [SPD]: Vielleicht möchte er!)

an welcher Stelle Mandatsharing sinnvoll ist und ob auch das Sharing innerhalb der Landesregierung

Sinn macht. Darüber können wir gerne diskutieren; denn über Teilzeit reden wir gerne.

Herr Witzel, ich finde, dass das ein superkonstruktiver Vorschlag ist – gerade von Ihrer Seite. Wenn in Ihrer Fraktion durch ein Sharing der Mandate der Frauenanteil höher werden würde, wäre das ein wirklicher Gewinn; denn gerade durch Ihre Fraktion wird die Frauenquote in diesem Parlament erheblich heruntergezogen.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Und Sie bunkern zwei Spitzenjobs, damit bloß kein Mann nachrückt! Das ist pure Ideologie!)

– Herr Witzel, lassen Sie doch die Zwischenrufe. Melden Sie sich zu Wort, wenn Sie etwas zu sagen haben. Aber wahrscheinlich schaffen Sie das an dieser Stelle nicht.

Wir brauchen also substanzielle Veränderungen für Frauen. Deswegen wollen wir auch das Kompetenzzentrum Frau und Beruf, das wir bereits initiiert haben, auf den Weg bringen und nicht stattdessen mit kleinen Preisen kommen.

Broschüren der Landesregierung von „Vorbilder schaffen Vorbilder – Führungsfrauen in Nordrhein-Westfalen“ von 2003 über „Erfolgreich arbeiten mit zwei Kulturen“ bis hin zu – jetzt in der neuen Auflage ausgezeichnet – „Unternehmerinnen in Nordrhein-Westfalen“ sind natürlich hilfreiche Informationen und tragen dazu bei, Vorbilder zu benennen und auch öffentlich zu thematisieren. Darüber hinaus brauchen wir aber keinen zusätzlichen Preis.

Meine Damen und Herren, mich wundert es schon, dass gerade die CDU-Fraktion, die uns tagelang mit Haushaltsvorwürfen an allen Stellen übersät, jetzt einen Preis gerade für die Wirtschaft initiieren will. Ein solcher Preis sollte eigentlich aus den Kreisen der Wirtschaft selber kommen. Im Übrigen existieren mehr als die drei in Ihrem Antrag genannten Preise, nämlich noch mindestens sieben weitere. Es gibt in diesem Bereich also Preise. Sie sollten aber doch von der Wirtschaft für die Wirtschaft kommen. Als Landesregierung muss man sich eher mit anderen Bereichen beschäftigen, in denen Lob und Anerkennung auch wirklich eine Rolle spielen.

Zu dem Entschließungsantrag der Linken werden wir mit Sicherheit eine spannende Debatte im Ausschuss führen; denn die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes haben wir uns im Koalitionsvertrag auf die Fahne geschrieben. Es ist in der Tat wichtig, dieses Gleichstellungsgesetz endlich weiterzuentwickeln,

(Beifall von der LINKEN)

weil ein Tiger ohne Zähne nicht viel nützt. Deswegen muss dieser Tiger Zähne kriegen und beißen können. Wir werden aber intensiv darüber diskutieren müssen, weil das LGG einen sehr breiten Wirkungsbereich hat. Von den kommunalen Gleichstel-

lungsbeauftragten bis hin zu etlichen anderen Gebieten werden sehr unterschiedliche Problembereiche benannt und beschrieben.

Wir sind schon in den Prozess eingetreten und haben angefangen, eine Weiterentwicklung des Landesgleichstellungsgesetzes auf den Weg zu bringen. Die entsprechenden Diskussionen führen wir auch mit denjenigen, die vor Ort in den unterschiedlichen Bereichen als Gleichstellungsbeauftragte beschäftigt sind.

Ich glaube, dass das eine spannende Diskussion wird. Wenn der Tiger am Ende Zähne bekommt, sind wir frauenpolitisch auch wieder einen Schritt weiter.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Frau Ministerin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung zu diesem Punkt schließe.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1192** einschließlich des **Entschließungsantrags Drucksache 15/1238** an den **Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation** – federführend – und mitberatend an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Stimmt jemand dagegen? – Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir so beschlossen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und rufe auf:

7 Menschenwürdiges Existenzminimum für alle – Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1188

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Die Linke Herrn Atalan das Wort.

Ali Atalan (LINKE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute über ein Gesetz, das seit 1993 in Kraft ist und genauso lange bereits gegen die Verfassung verstößt.

Wie Sie wissen, hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 9. Februar letzten Jahres das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip bekräftigt. Deshalb wird – wie Sie ebenfalls wissen, meine Damen und Herren – zurzeit in Berlin über die Höhe der Regelsätze bei Hartz IV gestritten.

Die Regelsätze des Asylbewerberleistungsgesetzes sind allerdings gegenüber dem SGB II noch einmal um mehr als ein Drittel abgesenkt. Im Zuge der faktischen Abschaffung des Asylrechts wurde ein Existenzminimum zweiter Klasse geschaffen, das in erster Linie abschreckend wirken und eine Teilhabe der Betroffenen am gesellschaftlichen Leben verhindern soll.

Die erklärte Zielsetzung war es bekanntermaßen, keinen Anreiz für die Flüchtlinge zu schaffen, die angeblich aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen. Ähnlich wie bei Hartz IV, liebe Kolleginnen und Kollegen, waren dabei nicht die Grundbedürfnisse und die Menschenwürde, sondern ausschließlich ordnungs- und finanzpolitische Argumente entscheidend.

Hier wird offensichtlich, meine Damen und Herren, seit Jahren billigend in Kauf genommen wird, dass Menschen mit einem bestimmten Aufenthaltsstatus einer massiven Diskriminierung ausgesetzt werden und ausgesetzt sind. Das ist die Lebenswirklichkeit unserer Gesellschaft. Genau das hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil gerügt, das zur Folge hat, dass inzwischen sogar die Bundesregierung das Gesetz für nicht verfassungskonform hält und Handlungsbedarf sieht.

Inzwischen leben, Kolleginnen und Kollegen, Asylsuchende, Geduldete und Menschen mit einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen über Jahre in Deutschland und beziehen währenddessen lediglich 225 € im Monat. Diese Leistung wird mitunter für manche noch als Sachleistung ausgegeben. Dann bleiben den Betroffenen monatlich nur noch 40,90 € in bar. Meine Damen und Herren, wie bitte schön soll ein Mensch davon alle täglich anfallenden Kosten bestreiten?

Dabei ist das Sachleistungsprinzip für die Kommunen wegen des zusätzlichen Verwaltungsaufwandes mit hohen Kosten verbunden. Viele Städte und Kreise haben folglich auch längst auf Barleistungen umgestellt. Glücklicherweise haben auch die meisten NRW-Kommunen diese Tatsache bereits erkannt, aber eben nicht alle. Es ist aus unserer Sicht kein tragbarer Zustand, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass den Menschen eine eigenständige Lebensgestaltung verwehrt wird.

(Beifall von der LINKEN)

Das Recht, individuell nach eigenen Präferenzen über die eigene Ernährung und sonstige Konsumbedürfnisse entscheiden zu können, ist ein integraler Bestandteil der menschlichen Würde.

(Beifall von Anna Conrads [LINKE])

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat beispielhaft vor gut drei Jahren die Städte und Kreise angewiesen, ganz auf Bargeldauszahlung umzustellen. Warum soll das, meine Damen und Herren, nicht auch in NRW funktionieren? Dabei ist uns na-

türlich bewusst, dass alles, was wir auf Landesebene tun können, nur ein Herumdoktern an Symptomen ist.

Im Grunde ist die einzige logische und folgerichtige Konsequenz aus diesem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu sagen: Das Asylbewerberleistungsgesetz gehört endgültig abgeschafft.

(Beifall von der LINKEN)

Denn dieses Gesetz ist diskriminierend, ausgrenzend und sogar menschenverachtend.

Dies ist im Übrigen auch die Auffassung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, der Vertreter der Evangelischen und der Katholischen Kirche, von PRO ASYL und Flüchtlingsräten.

An dieser Stelle möchte ich mich bewusst in Richtung CDU und FDP wenden, zumal sie auf Bundesebene regieren. Es ist, meine Damen und Herren, schizophren, auf der einen Seite von Menschen Integrationsleistungen zu erwarten und zu verlangen, ihnen auf der anderen Seite aber die Möglichkeit zur Integration vorzuenthalten.

Wir hoffen, dass der Antrag insbesondere die Unterstützung vonseiten der SPD und der Grünen findet, denn sie haben in mehreren Bundesländern gleiche Initiativen gestartet.

Wir werden die Gelegenheit haben, im Fachausschuss noch ausführlicher darüber zu diskutieren. Gegebenenfalls wird von uns auch eine Anhörung beantragt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der LINKEN und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Atalan. – Für die Fraktion der CDU hat Herr Kollege Kruse das Wort.

Theo Kruse (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Grundsatz geht es im Antrag der Fraktion Die Linke um die Frage, wie Sozialleistungen und soziale Rechte für die Gruppe von Anspruchsberechtigten, also in diesem Falle für die Gruppe der Asylbewerber, gewährleistet werden und damit das Existenzminimum für diesen Personenkreis gesichert ist und ob die Sozialleistungen insgesamt ausreichen.

Im Antrag der Linken ist von einer De-facto-Abschaffung des Asylrechts ebenso die Rede wie von einer willkürlichen und verfassungswidrigen Regelsatzbestimmung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Die Linken fordern – Herr Kollege Atalan, Sie haben das gerade noch einmal verdeutlicht – unter anderem die Abschaffung dieses Gesetzes

(Beifall von der LINKEN)

und insgesamt eine Erhöhung der Sozialleistungen für Asylbewerber.

(Beifall von der LINKEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: So ist es!)

Im Namen der CDU-Fraktion spreche ich mich entschieden gegen die im Antrag vorgenommene rechtliche Bewertung aus und ebenso gegen die erhobenen Forderungen.

In der aus meiner Sicht gebotenen Kürze möchte ich in Erinnerung rufen – Herr Sagel, auch Sie sollten das wissen –: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gewährt als eine der wenigen Verfassungen aller Staaten auf der Erde jedem politisch Verfolgten einen gerichtlich durchsetzbaren Anspruch auf Asyl.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist eingeschränkt worden!)

Wir haben sowohl aufgrund unserer historischen Erfahrungen als auch als humanitärer Rechtsstaat die Verpflichtung, Flüchtlingen Asyl zu gewähren. Dieser Aufgabe sind wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Deutschlands insgesamt, aber in Nordrhein-Westfalen in besonderer Weise nachgekommen. Wir haben allein seit 1990 – ich nehme nur diesen Zeitraum – weit über 2,5 Millionen Asylbewerber aufgenommen und liegen damit in Europa an der Spitze,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber nicht mehr nach 1992!)

und innerhalb Deutschlands trägt Nordrhein-Westfalen den größten Anteil.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: 1992 ist das Asylgesetz geändert worden!)

Wir liegen in Europa auch an der Spitze, was die Gewährung von Sozialleistungen für Asylbewerber betrifft.

Ich freue mich natürlich auf die Beratungen im Ausschuss. Aus unserer Sicht ist der Antrag der Linken abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Yetim.

Ibrahim Yetim (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer die Zustände in Asylbewerberunterkünften kennt – und ich kenne sie – und wer die Umstände, unter denen Asylbewerber leben, kennt, weiß, dass dieser Antrag teilweise richtig ist.

(Beifall von Ali Atalan [LINKE])

– Teilweise richtig ist!

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Immerhin!)

So wie das Asylbewerberleistungsgesetz derzeit ausgestaltet ist, entspricht es nicht unserem Verständnis von Menschenwürde.

(Britta Altenkamp [SPD]: So ist es!)

Ich denke, in dem Punkt dürften wir uns größtenteils einig sein.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Recht entschieden, dass hier etwas geändert werden muss.

(Ali Atalan [LINKE]: Richtig!)

Die Bedarfssätze müssen angepasst werden, um den Menschen, die sich bei uns in der Bundesrepublik auch nur vorübergehend aufhalten, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Auch – hier stimme ich Ihnen weitgehend zu – müssen Asylbewerber und Asylbewerberinnen die Möglichkeit haben, zum Arzt zu gehen und sich behandeln zu lassen. Dazu gehört auch die gesundheitliche Vorsorge. Hier müssen wir nachbessern.

Vor allem aber müssen die Kinder von Asylbewerbern, die am meisten die Leidtragenden der Situation ihrer Eltern sind, unsere Unterstützung bekommen. Wir müssen allen Kindern in unserem Land die bestmögliche Bildung bieten. Und kein Kind kann etwas dafür, wo es geboren wurde. Wir wollen kein Kind in Armut sehen – auch nicht die Kinder von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern. Übrigens, diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen stehen genau für diesen präventiven Ansatz, der völlig richtig ist.

Gerade vor dem Hintergrund, dass die Menschen, die zu uns kommen, Hilfe brauchen und dass ihre Kinder zum größten Teil viele Jahre hier bleiben und auch hier bleiben werden, ist es vernünftig, an der Stelle auch Bildung und Teilhabe zu ermöglichen. Ich glaube, es ist ein Stück präventive Politik, wenn wir es schaffen, diesen Kindern die Bildung in frühen Jahren zukommen zu lassen.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Insofern gebe ich Ihnen recht, liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Danke!)

Eines muss allerdings auch klar sein – und ich weiß, dass ich mit dieser Position auch bei einigen meiner eigenen Kollegen nicht konform gehe; das betrifft auch einige der Bundestagsfraktion –: Wir müssen uns von dem Samariterprinzip für Asylbewerber frei machen. Wir dürfen diese Menschen nicht füttern. Wir müssen ihnen vielmehr helfen, sich selbst zu helfen und selber für ihren Unterhalt zu sorgen. Denn auch das hat etwas mit Menschenwürde zu tun.

Das heißt, wir müssen ihnen helfen, Arbeit zu finden, damit sie sich und ihre Familien, solange sie hier sind, auch ernähren können.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber die haben gar keine Arbeitsgenehmigung!)

Und damit auf dem Rücken dieser Menschen kein Lohndumping betrieben wird, brauchen wir in Deutschland den gesetzlichen Mindestlohn, um hier einen Schlenker zu machen. Ich denke, auch hierin sind wir uns sicherlich einig.

(Heiterkeit – Rüdiger Sagel [LINKE]: Die brauchen erst einmal eine Arbeitsgenehmigung!)

Wir dürfen allerdings auch nicht den Fehler machen – und das ist der Punkt, der diskussionswürdig sein wird –, Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit den Empfängern von Arbeitslosengeld II gleichzustellen. Die Regelsätze müssen dringend erhöht werden; das ist klar. Aber eine Gleichstellung, wie Sie sie fordern, ist meiner Meinung nach nicht der richtige Weg.

Es ist – und da werden mir zumindest einige von Ihnen auf jeden Fall zustimmen –, verehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht zu vertreten, dass jemand, der 25 Jahre lang gearbeitet hat und dann in langfristige Arbeitslosigkeit gerät, den gleichen Status erhält wie jemand, der hier aus welchen Gründen auch immer – und mögen sie auch berechtigt sein – Asyl beantragt.

(Beifall von der SPD)

Hier müssen wir aufpassen, welche Angleichungen wir vornehmen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Darüber können wir reden!)

Letztendlich, Herr Sagel, entscheiden nicht wir über die Verfassungsmäßigkeit des Asylbewerberleistungsgesetzes. Das macht vielmehr das Bundessozialgericht. Ich denke, wir werden sicherlich auch mit Ihnen eine spannende Diskussion dazu im Innenausschuss erleben. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegen Düker jetzt das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen, die vor mir gesprochen haben, die Feststellung, dass das Asylbewerberleistungsgesetz verfassungswidrig ist und dass es nur ein Existenzminimum und nicht ein Existenzminimum für Menschen mit deutschem Pass und ein Existenzminimum für Menschen mit ausländischem Pass gibt, ist keine politische Meinungsbildung. Vielmehr – schauen Sie in die Rech-

sprechung – sieht dies das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen am 28.07.2010 so. Es ist gerichtlich festgestellt worden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Und was folgt daraus?)

Das Landessozialgericht hält die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die seit 1993 nicht angehoben worden sind, für verfassungswidrig.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ja!)

Nach Auffassung des Gerichts reichen sie nicht aus, um eine menschenwürdige Existenz zu gewährleisten. Vor allen Dingen war für das Gericht die Art, wie die Höhe der Leistungen ermittelt wird – die gleiche Argumentation kennen wir aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV –, nicht transparent und nachvollziehbar. Das Landessozialgericht war der Auffassung, dass die Höhe der Leistungen sozusagen ins Blaue hineingeschätzt wurde.

Kläger war ein alleinstehender Mann, der ohne die Kosten für Unterkunft, Heizung und Hausrat nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auf einen Betrag von 224,57 € im Monat kam. Im gleichen Zeitraum betrug der Hartz-IV-Satz für dieselbe Personengruppe mit deutschem Pass und ohne Flüchtlingsstatus 351 € zuzüglich Kosten für Unterkunft und Heizung.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Noch skandalöser als Hartz IV!)

Diese Diskrepanz ist nach Auffassung des Landessozialgerichts verfassungswidrig. Das Gericht hat daher das Klageverfahren ausgesetzt und die Frage der Rechtmäßigkeit dieser Leistungsgewährung dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt. Das ist so eindeutig!

Bei unserem Landessozialgericht in Essen sitzen keine böswilligen Idioten, die die Verfassung nicht lesen können, sondern die wissen sehr wohl, was sie entschieden haben. Es ist doch bedauerlich, dass diese Situation – hier schließe ich alle Parteien mit ein – bei den Verhandlungen in Berlin zum SGB II überhaupt keine Rolle spielt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Da wird über den Regelsatz, über einen Mindestlohn, über Bildungsgutscheine verhandelt. Aber müssen wir hier wirklich warten, bis uns das Bundesverfassungsgericht in seinem nächsten Urteil zu dieser Personengruppe wieder sagt: „Das ist nicht existenzsichernd. Das ist nicht menschenwürdig, was ihr macht“, sodass Politik wieder erst danach handelt, wo das Ergebnis doch wirklich auf der Hand liegt? Das halte ich für ein Armutszeugnis für die Politik insgesamt. Ich bedauere es ausdrücklich in Richtung aller, die dort am Tisch sitzen. Es kann und darf nicht sein, dass Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, vier Jahre lang – denn vier

Jahre sind sie im Bezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – eine menschenwürdige Behandlung verweigert wird.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Das Ziel, den Flüchtlingsstrom durch eine abschreckende Wirkung zu reduzieren, kann doch kein Grund für eine Ungleichbehandlung, auch verfassungsrechtlich nicht, sein. Darüber hinaus wurde diese Wirkung nie entfaltet. Seit 1993 gibt es das. Nach Evaluierungsberichten ist diese Wirkung nachweislich nie erzielt worden.

Überdies ist – auch das sagen uns Verfassungsrechtler – eine solche Regelung als Steuerungsinstrument für internationale Flüchtlingsbewegungen verfassungsrechtlich höchstbedenklich. Wir haben dazu auf Bundesebene einen Antrag eingebracht. Hierzu wird am 7. Februar eine Fachanhörung stattfinden. Da gehört die Debatte meiner Meinung nach auch hin. Die Ergebnisse dieser Anhörung werden wir für uns hier im Landtag auf jeden Fall auswerten.

Zweiter Punkt: Sachleistungen oder Geldleistungen? Neben der Ungleichbehandlung aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes gibt es eine Ungleichbehandlung durch die Form der Leistungsgewährung. Denn außerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen werden den Menschen durchaus unterschiedliche Leistungen gewährt.

Ich finde es positiv, dass bereits jetzt die meisten Kommunen in Nordrhein-Westfalen Geldleistungen gewähren, und zwar nicht nur, weil es menschenwürdiger ist, als Pakete oder Wertgutscheine zu verteilen, sondern auch – das sagen die Kommunen ganz klar –, weil es ein geringerer Verwaltungsaufwand ist. Das Asylbewerberleistungsgesetz lässt dies ja auch ausdrücklich zu.

Als Beispiel nenne ich den Regierungsbezirk Düsseldorf. Alle kreisfreien Städte im Bezirk Düsseldorf haben sich für Geldleistungen entschieden. Im Evaluierungsbericht für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales heißt es in der Begründung der Bezirksregierung – ich zitiere aus dem Bericht –: „... da dies das effektivste System sei, sowohl bezüglich anfallender Personal- als auch Sachkosten.“ Zudem wird ausgeführt, dass so Diskriminierung vermieden werde. – So weit die Städte im Regierungsbezirk Düsseldorf. Die Kommunen sind also weiter als das Gesetz. Deswegen sollte man hier eine klare Regelung treffen, die für alle Kommunen gilt.

Mehrere Städte und Gemeinden im Kreis Kleve und Viersen, um gleich mal ein Outing vorzunehmen, meinen allerdings nach wie vor, dass sie mit Wertgutscheinen eine abschreckende Wirkung erzielen. Als Begründung für das Austeiln von Wertgutscheinen liefern sie, dass sie damit den Zustrom Asylsuchender vermeiden. In den Flüchtlingslagern

in Afghanistan oder im Irak – ich sage es etwas zynisch – wird es sich bestimmt herumgesprochen haben, dass es in Kleve nur Wertgutscheine gibt, was diese Menschen von der Flucht abhält. Es ist nicht nachvollziehbar, dass diese Absurdität immer noch in den Köpfen einiger Kommunalpolitiker ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Nachgewiesenermaßen hat dies keine abschreckende Wirkung. Ich glaube auch nicht, dass im Flüchtlingslager im Irak überhaupt jemand weiß, wo Kleve liegt, und dass sich aus diesem Grunde jemand nicht zu einer Flucht entschließt.

Als Drittes wurde die Übernahme des Bremer Modells gefordert. Eine Übertragbarkeit halte ich für sehr fragwürdig. Bremen hat eine sehr gute Lösung entwickelt. Dort gibt es einen Leistungszugang zur ärztlichen Regelversorgung. Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden die Menschen vier Jahre lang nicht anständig medizinisch versorgt. Sie sind nur in der Akutversorgung; nur akute Schmerzzustände dürfen behandelt werden. Bremen hingegen gibt den Menschen eine Krankenkassenkarte. Das ist, liebe Kollegen von den Linken, von einem Staatstaat auf ein Flächenland natürlich nicht so leicht zu übertragen. Ich sehe auch keine Rechtsgrundlage dafür, die Kommunen anzuweisen, dies ebenfalls so zu tun. Hier muss man ehrlich miteinander sein bezüglich dessen, was rechtlich geht und was nicht. An der Stelle habe ich große Zweifel, aber diese Debatte werden wir sicher im Ausschuss vertiefen können.

Ich finde Ihren Antrag prüfenswert. Diese Dinge sollten wir im Ausschuss – vielleicht auch im Rahmen einer Anhörung – vertiefend prüfen, und zwar auch dahin gehend, was das Land machen kann, um für ein bisschen mehr Menschenwürde im Umgang mit Asylsuchenden in unserem Land zu sorgen. Dafür wird sich meine Fraktion einsetzen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die Fraktion der FDP hat Herr Kollege Engel das Wort.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schließe mich voll inhaltlich den Ausführungen des Kollegen Kruse an

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Dann können Sie ja jetzt aufhören!)

und möchte nur noch eine Kleinigkeit ergänzen. Ich zitiere aus der Bundestagsdrucksache 17/3660:

„Die Bestimmung der Höhe der Grundleistungen im AsylbLG erfolgte 1993 auf der Grundlage von Kostenschätzungen. Die Festsetzung der Leistungssätze im AsylbLG entspricht daher nicht den Anforderungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 ... zu den Regelleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, wonach der Gesetzgeber zur Konkretisierung des Anspruchs auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ... alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren nach dem tatsächlichen Bedarf zu bemessen hat. Die Leistungssätze im AsylbLG werden daher von der Bundesregierung gemäß den Anforderungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 überprüft.

Eine Neufestsetzung der Leistungssätze im AsylbLG kann sinnvollerweise erst nach der Neufestsetzung der Regelbedarfe nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch ... und auf Grundlage der daraus gewonnenen Erfahrungen erfolgen, für die das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber eine Frist bis Ende 2010 eingeräumt hat.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Bundesthema wurde richtig erkannt. Eine Bundesratsinitiative hilft da nicht weiter; warten wir es ab. Mehr kann man zurzeit an dieser Stelle nicht tun. Herr Atalan, wir haben keine Sympathie für Ihren Antrag gefunden, aber wir stimmen der Überweisung zu.

Auch weil Frau Düker einen kleinen Exkurs gemacht hat, möchte ich auf einen Punkt in diesem Sachzusammenhang zu sprechen kommen, den Sie ausräumen sollten. Sie haben vor wenigen Tagen eine Pressemitteilung herausgegeben, die noch heute auf Ihrer Homepage stand; wir haben sie eben heruntergeladen. Ich zitiere nur einen Satz:

„Dass Deutschland 65 Jahre nach Ende des 2. Weltkriegs Roma und andere Minderheiten nach Ex-Jugoslawien deportiert,“

– das steht hier wörtlich –

„wo sie nachweislich diskriminiert werden ...“

Den Rest schenke ich mir.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wie nennen Sie das denn? Leute sterben dort teilweise!)

Ich möchte Sie auffordern, diesen Begriff von Ihrer Homepage zu nehmen und sich davon öffentlich vor diesem Hohen Hause zu distanzieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Engel. – Für die Landesregierung hat jetzt Minister Jäger das Wort.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Asylbewerberleistungsgesetz regelt Höhe und Form von Leistungen für hilfebedürftige Asylbewerber, für Geduldete, für ausreisepflichtige Ausländer und Inhaber bestimmter Aufenthaltstitel sowie für deren Ehegatten, Lebenspartner oder minderjährige Kinder.

Die Grundleistungen an diesen Personenkreis sind im Vergleich zu den Regelsätzen des SGB II um ein Drittel abgesenkt. Nach vier Jahren Bezugszeit erhalten die leistungsberechtigten Personen sogenannte Analogleistungen, die auf dem Niveau der Leistungen nach SGB XII liegen.

Leistungsträger sind in Nordrhein-Westfalen die Kommunen. Sie haben 2009 für hier lebende, leistungsberechtigte Ausländer rund 227,8 Millionen € ausgegeben. Im Jahr 2009 haben 33.327 Personen Unterstützungsleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Damit ist die Zahl der Leistungsbezieher in den letzten fünf Jahren um fast 30.000 Personen zurückgegangen.

Dieser Effekt dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, dass in diesem Zeitraum eine ähnlich große Zahl langjährig geduldeter Personen Aufenthaltstitel durch mehrere Bleiberechtsregelungen erhalten hat. Da die Asylbewerberzahlen zuletzt wieder deutlich gestiegen sind, muss in Zukunft wieder mit höheren Ausgaben in diesem Bereich gerechnet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wurde schon gesagt, dass das Asylbewerberleistungsgesetz aus dem Jahre 1993 stammt. Seit 18 Jahren sind die Geldleistungen unverändert geblieben. Inzwischen hat das Bundesverfassungsgericht am 9. Februar 2010 entschieden, neue rechtliche Maßstäbe zu setzen. Es hat festgestellt, dass die Menschenwürde und das Sozialstaatsprinzip jedem Hilfebedürftigen ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums garantieren müssen, wobei „jedem“ heißt, dass dies nicht nur für Deutsche, sondern auch für Ausländer gilt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Verfassungsgericht hat in seinem Urteil zugleich festgestellt, dass der Umfang des Anspruchs in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht und nachvollziehbar in diesem Rahmen zu ermitteln ist. Es reicht also nicht aus, eine Bedarfsbemessung oder Leistungsabsenkung nach freihändiger Schätzung vorzunehmen.

Nach diesen Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts wird auch das Asylbewerberleistungsgesetz neu bewertet werden müssen. Das Verfassungsgericht hat dem Gesetzgeber dabei einen gewissen Gestaltungsspielraum zugestanden.

Insgesamt, meine Damen und Herren, haben meine Vorredner schon ausführlichst geschildert, dass sich dieses Leistungsgesetz auf einer Schätzungsgrund-

lage bewegt, die 18 Jahre alt ist. Das ist zu bearbeiten. Wir wissen auch, dass das durch den Bundesgesetzgeber vorzunehmen ist. In der Tat ist bedauerlich, dass das zurzeit nicht Gegenstand von Beratungen des Bundestages ist – mit Ausnahme des eingebrachten Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die Anhörung, die die Grünen zu diesem Thema angekündigt haben, sollte ein Diskussionsanstoß für eine Beschlussfassung bzw. für eine Positionierung des Landtags und der in ihm vertretenen Fraktionen gegenüber der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag sein. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Stotko das Wort.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu vorgerückter Stunde kann ich es kurz machen: Kollegen Engel und Kruse, mich haben Ihre Beiträge schon gewundert. Herr Kollege Engel hat wenigstens noch aus einer Drucksache des Deutschen Bundestags zitiert. Wenn man weiß, dass etwas verfassungswidrig ist, kann man nicht einfach sagen: Wir lehnen das ab, Punktum.

(Horst Engel [FDP] deutet auf die Reihen der CDU.)

Das ist wirklich Unsinn. Herr Kruse, da muss man ehrlich sein. Ich hätte gern etwas von Ihnen dazu gehört, wie man damit politisch umgeht und wie man diese Verfassungswidrigkeit auflöst.

Ich finde Folgendes wichtig: Wir Sozialdemokraten werden uns im weiteren Beratungsprozess alle Mühe geben – im Wege einer Anhörung, eines Expertengesprächs oder in welcher Form auch immer –, uns anzuhören, welche Lösungsmöglichkeiten es gibt, um eine Verfassungsmäßigkeit dieser Frage herzustellen. Wir sind derzeit nicht der Auffassung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, dass man dafür das Gesetz nicht mehr benötigt. Das muss ich deutlich sagen. Aber wie man dann ein solches Gesetz ausgestaltet, das ist eine Frage. Ich hätte etwas mehr erwartet, als nur aus dem eigenen Antrag im Deutschen Bundestag etwas herauszuschreiben. Aber gut, das ist eine andere Sache.

Ein anderer Punkt ist mir ganz wichtig, damit er klar wird. Bei allen Problemen, die wir bei der Frage, wie wir mit dem Existenzminimum umgehen, diskutieren, ist es auch relevant zu wissen: Wie gehen wir mit der Vergleichbarkeit zwischen deutschen Staatsbürgern und Asylbewerbern um? Das ist eine

wichtige Diskussion, der wir uns stellen müssen. Wir müssen auch die Frage klären, inwieweit uns die Verfassung überhaupt Möglichkeiten bietet, Unterschiede zu machen.

Als Letztes: Monika Düker, das ist bestimmt falsch formuliert worden. Das Landessozialgericht hat im Juli nicht festgestellt, dass das verfassungswidrig ist. Das kann, wie wir ja beide wissen, das Landessozialgericht gar nicht, sondern es hat sein Verfahren dem Bundesverfassungsgericht mit der Bitte um Überprüfung vorgelegt.

Das finde ich richtig. Daraus kann man die Tatsache ableiten – da liegen wir beide wieder eng beieinander –, wenn unser hiesiges Landessozialgericht das schon macht, wird es wohl bei der Verfassungsmäßigkeit dieser Regelungen seine Bedenken haben. Das werden wir hier gemeinsam klären. Wir Sozialdemokraten freuen uns auf die Beratung im Ausschuss. – Besten Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die Fraktion Die Linke hat Frau Conrads das Wort.

Anna Conrads (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Redebeitrag von Herrn Kruse kann ich nur sagen: Thema verfehlt.

(Beifall von der LINKEN)

Denn er kapriziert sich in seinem ganzen Redebeitrag aufgrund eines einzigen Wortes auf die Zahlen des Aufnahmelandes Deutschland und verliert fast kein Wort darüber, ob da Asylbewerberleistungsge- setz ein verfassungsgemäßes Existenzminimum si- cherstellt. Da bin ich doch ziemlich enttäuscht, weil vor allen Dingen die Kirchen, Herr Kruse, das Asyl- bewerberleistungsgesetz kritisieren. Es entspricht doch einem christlichen Menschenbild, dass auch diese Menschen unabhängig von ihrer Herkunft ein lebenswürdiges Existenzminimum bekommen.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin ziemlich geschockt. Auch einem liberalen Menschenbild müsste es entsprechen, dass diese Menschen Teilhaberechte erhalten. Die haben sie nach den bisherigen Regelungen nicht.

Herr Stotko, noch ganz kurz, ich hätte auch aus Anträgen der SPD und der Grünen aus anderen Bundesländern abschreiben können, zum Beispiel von der SPD in Schleswig-Holstein: Für eine menschenwürdige, diskriminierungsfreie sozialmedizinische Versorgung – Asylbewerberleistungsgesetz überprüfen. Die Grünen in Niedersachsen sagen: Das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen. – Da

gibt es also ganz ähnliche Initiativen. Darüber sind wir uns einig; wir beraten auch gemeinsam darüber.

Zum Schluss noch: Wir müssen Regelungen finden, zum Beispiel für Kommunen wie den Kreis Kleve – Monika Düker hat es angesprochen –, aber unbedingt auch für die medizinische Versorgung, damit Sachen wie der Tod des 23-jährigen Mohammad Sillah nicht mehr passieren, dem die ärztliche Behandlung verweigert wurde, der nicht rechtzeitig ärztlich behandelt wurde. Diese Sachen müssen wir angehen. Wir wollen sie im konstruktiven Dialog mit Ihnen lösen.

Mir stellt sich noch eine einzige Frage. Der Abgeordnete Yetim hatte die Vergleichbarkeit zwischen einem deutschen Arbeiter, der 25 Jahre gearbeitet hat, und einem Asylbewerber – man weiß es nicht, er hat vielleicht nicht in Deutschland gearbeitet – angesprochen. Der springende Punkt ist doch: Auch für einen deutschen Arbeiter, der 25 Jahre gearbeitet hat, sind 345 € im Monat zu wenig. Man muss vielleicht noch einmal grundsätzlich über die Hartz-IV-Regelsätze diskutieren.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Conrads. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wie bereits mehrfach durch die Rednerinnen und Redner mitgeteilt, empfiehlt uns der Ältestenrat die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1188 an den Innenausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Stimmt jemand gegen die Überweisung? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir so verfahren, und der Antrag ist überwiesen.

Ich rufe auf:

8 Studienbedingungen in Nordrhein-Westfalen dürfen sich nicht verschlechtern

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1199

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben das Thema „Qualität an den Hochschulen“ mit unserem Antrag heute noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt, weil die Landesregierung hier absolut dreist agiert. Meines Erachtens dürfen wir uns das als Parlament nicht einfach so bieten lassen. Ich sage an die Adresse von SPD und Grünen: Wir lassen Ihnen das, was Sie hier machen

wollen, nicht durchgehen. Sie legen einen vollkommen unzureichenden Gesetzentwurf vor, begründen das Ganze absolut falsch und halten dann noch an dem Märchen fest, die Qualität an Hochschulen würde nicht leiden, wenn Sie die Mittel aus den Studienbeiträgen wegnehmen.

Aber Fakten können Sie nicht einfach so interpretieren, wie Sie wollen. Ihre Kompensationsmittel wollen Sie nach wie vor an dem Stand der Studierendenzahlen aus dem Wintersemester 2009/2010 festmachen. Die Rechnung ist ganz einfach. Studierendenzahlen 2009/2010: 502.279, Studierendenzahlen 2010/2011: 518.800 – Tendenz steigend. Das bedeutet, bei Ihrer Kalkulation berücksichtigen Sie über 16.000 junge Menschen überhaupt nicht. Von der Aussetzung der Wehrpflicht und dem doppelten Abiturjahrgang rede ich schon gar nicht. Da klafft eine riesige Lücke, und diese Lücke können die Hochschulen nicht schließen. Die von Ihnen versprochene und von allen Experten geforderte Dynamik ist nicht vorhanden. Das sind die uns vorliegenden Fakten.

Frau Schulze sagt dazu – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –: Wir sind da intensiv dran. – Was soll denn das heißen? Wenn wir ehrlich sind, sagt man so etwas immer dann, wenn man vollkommen planlos herumsteht und nicht weiß, wie man das Problem lösen kann. Und Sie haben einige Probleme. Die Anhörung im Ausschuss war ein Desaster für Sie. Die Sachverständigen haben Ihr Vorhaben zerflückt.

Ich kann die Anhörung noch einmal in Erinnerung rufen, insbesondere für die Ministerin, weil sie bei der Anhörung nicht anwesend war. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

Frau Prof. Dr. Gather spricht von einem Erfolgsmödell und einem Qualitätsgewinn, der ohne diese zusätzlichen Mittel nicht erzielbar gewesen wäre.

Frau Prof. Dr. Rennen-Allhoff: „Die Mittel ... haben ganz erheblich zu einer Verbesserung der Qualität der Lehre und der Studienbedingungen beigetragen.“

Prof. Schuhenn: Die Studienbeiträge haben dazu geführt, „dass die Studierenden in einem unglaublichen zusätzlichen Maß von Maßnahmen profitieren können, ...“

Dr. Stolte zur angeblichen Abschreckungswirkung, die Sie immer anführen: „... das zentrale Argument der Landesregierung gegen die Studienbeiträge ist nicht durch Fakten belegt.“

Zur sozialen Gerechtigkeit Herr Müller: „Wenn das dahinterstehende Ziel wirklich ist, unterrepräsentierte Gruppen in die Hochschulen zu bekommen ..., gibt es Ansatzpunkte, die billiger, besser und wirksamer sind.“

Prof. Dr. Winter: „Ich muss mir mein Studium nicht von der Lidl-Verkäuferin bezahlen lassen. ... Für

mich ist das ein Gebot einer gelebten sozialen Gerechtigkeit.“

Prof. Dr. Richter: Mit der Abschaffung subventionieren wir die Elite eines Jahrgangs. – Und er spricht von einer gravierenden Diskrepanz von dem, was man draußen im Land verkündet hat gegenüber dem, was faktisch getan wird.

Zur Kompensation sagt Dr. Schäfer: Von einer Kompensation der Mittel kann keine Rede sein.

Prof. Dr. Hillgruber: „das, was gegenwärtig als Mittelgarantie vorgesehen ist, ist in keiner Weise ausreichend. ... es ist eine Mogelpackung.“

Herr Müller bringt es auf den Punkt: Die Abschaffung der Studienbeiträge ist nicht nötig, nicht sinnvoll, nicht klug und nicht verantwortungsvoll.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Frau Schulze, alle Sachverständigen haben Ihnen klar gesagt, dass Ihre Kompensation absolut unzureichend ist.

(Karl Schultheis [SPD]: Stimmt nicht! Quatsch!)

Das ist der Kern Ihres Gesetzes, und der ist einhellig zerfetzt worden. Da kann ich nur sagen: Natürlich sind Sie da „intensiv dran“. Alles andere wäre auch eine Frechheit gegenüber dem Parlament und den Sachverständigen gewesen.

Aber was kommt heraus, wenn Sie da intensiv dran sind? Es kommt eine Rechtsverordnung raus, mit der das grundlegende Problem der fehlenden Mittel nicht gelöst wird, eine Rechtsverordnung, mit der Sie am Parlament vorbei Näheres zur Verwendung der Kompensationsmittel regeln wollen. Das ist meines Erachtens dreist gegenüber dem Parlament und gegenüber den Sachverständigen. Wenn Sie gar nicht interessiert, was die Sachverständigen sagen, dann hätten Sie sich meines Erachtens die Anhörung auch ganz sparen und wir uns die Zeit schenken können.

Aber das Schlimmste ist: Sie laufen immer noch mit einem Versprechen durchs Land, das Sie längst gebrochen haben. Frau Schulze, Sie lassen sich in der Presse zitieren: Jeder Cent wird den Hochschulen ersetzt. – Und das ist eben falsch, das stimmt nicht. Ich finde es schlimm, dass Sie weiterhin mit dieser Unwahrheit auftreten.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vielleicht sollten Sie mal „intensiv dran“ sein, Ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nachzukommen. Die erwarten nämlich ehrliche Politiker und solche, die guten Argumenten gegenüber zugänglich sind. Wir fordern Sie heute hier auf, sich wirklich noch einmal intensiv dranzusetzen und Ihren unzureichenden Gesetzentwurf zurückzuziehen.

Wir als FDP haben eine Weiterentwicklung des Beitragsmodells vorgelegt, die von den Experten viel

Zustimmung erfahren hat. Wir haben die Argumente der Sachverständigen nicht nur gehört, sondern auch verstanden. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Sie hatten genug Zeit, ein vernünftiges Gesetz vorzulegen. Intensiv dran sein reicht nicht mehr. Fangen Sie endlich an, vernünftig zu regieren! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Brinkmeier das Wort.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns ja im laufenden Gesetzgebungsverfahren.

(Karl Schultheis [SPD]: Deswegen versteh ich auch den Antrag nicht!)

Darum will ich mich auch auf diesen aktuellen Stand der Diskussion beziehen. Heute war in der Presse – der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ – ein Artikel mit folgendem Zitat zu lesen: Unirektoren in Sorge – zu wenig Ersatz für die Studiengebühren.

Die Landesrektorenkonferenz wird durch Herrn Freimuth zitiert.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das passt!)

Der sagt: „Ich habe die große Sorge, dass sich die Kompensierung der Gebühren nicht so entwickeln wird wie unsere Belastungen.“

Gleichzeitig lese ich hier die ganz frische Pressemitteilung von Frau Kollegin Seidl, die sie anlässlich der gerade stattfindenden Debatte wohl eben in den Äther gegeben hat: „Die Mittel, die den Hochschulen in NRW durch die Studiengebührenabschaffung entfallen, werden in voller Höhe gegenfinanziert.“ Die Studienbedingungen in NRW würden sich also keinesfalls verschlechtern. – Das ist falsch, Frau Kollegin. Das ist eine falsche Aussage, und das wissen Sie auch.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Und woher wissen Sie das?)

Tatsächlich ist es so: Wenn der Gesetzentwurf so kommen wird, wie Sie es planen, werden alle Hochschulen, die 500 € Studienbeiträge verlangen, einen massiven Einbruch ihrer Studienfinanzierung haben. Ich nenne das Beispiel der Universität Siegen: Dort rechnet man mit Einbußen in Höhe von bis zu 30 % ab dem nächsten Jahr. Derzeit werden dort um die 300 Personen aus den Mitteln der Studienbeiträge finanziert, um gerade Studium und Lehre zu verbessern. Das entspricht etwa 84 Vollzeitäquivalenten. Wenn nun die Studienbeiträge abgeschafft und nicht ausreichend kompensiert werden, rechnet man dort mit der Möglichkeit von noch 60

Vollzeitäquivalenten, um sie auch noch bezahlen zu können. Da kann ich Sie von Rot und Sie von Grün nur fragen: Wollen Sie das? Wollen Sie, dass so eingespart wird? Wollen Sie, dass Personal abgebaut wird? – Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Ihr Änderungsantrag, den Sie in der letzten Ausschusssitzung eingebracht haben, ist ein ganz maues Papier; denn dort wird nur ganz vage versprochen – Kollege Hafke hat es erwähnt –, dass mittels einer Rechtsverordnung eventuelles Landsgeld, was irgendwie überschüssig sein könnte, doch noch verteilt werden könnte.

Mal abgesehen davon, dass ich persönlich nicht glaube, dass Herr Finanzminister Walter-Borjans es irgendwie noch einmal schafft, eine Milliarde aus dem Hut zu zaubern, frage ich mich: Warum entleihen Sie als Parlamentarier – von SPD und vor allem Bündnis 90/Die Grünen – sich selbst, indem Sie in Ihren Änderungsantrag schreiben, dass diese Rechtsverordnung einfach nur im Benehmen – nicht in Einvernehmen – mit dem zuständigen Landtagnausschuss abgenickt werden soll? Ich frage mich, welchen Parlamentarismus Sie hier praktizieren möchten, wenn Sie an der Stelle einfach nur abnicken wollen.

Oder kann es vielleicht sein, dass sowohl die Höhe der Kompensation als auch das Verfahren zur Ermittlung dieser Höhe reine Verhandlungsmasse mit den Linken sind? Oder kann es sein, dass sich Linke und Rot-Grün mittlerweile geeinigt haben? Wir wissen es nicht. Oder wird vielleicht die Verabschiedung des Gesetzes geschoben? – Ich glaube, ich verrate nicht zu viel,

(Karl Schultheis [SPD]: Wer nichts weiß, kann auch nichts verraten!)

wenn ich sage, die Betroffenen hätten gerne Klarheit. Die möchten endlich wissen, was Sie denn da wollen. Dann bringen Sie doch auch mal Klarheit!

Beim heutigen FDP-Antrag wird klar gesagt, dass die Abschaffung der Studienbeiträge eine falsche Maßnahme ist, und das sehen wir genauso. Wir als CDU-Fraktion lehnen die Abschaffung der Studienbeiträge ab. Ich bin sehr gespannt, wie Sie Ihr laufendes Verfahren überhaupt sinnvoll beenden wollen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Dr. Brinkmeier. – Für die SPD hat Herr Kollege Schultheis das Wort.

Karl Schultheis* (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Brinkmeier, die Einführung von Studiengebühren war eine falsche Maßnahme, nicht die Abschaffung der Studiengebühren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Um auf den Kollegen Hafke einzugehen: Herr Hafke, ich weiß nicht, an welcher Veranstaltung Sie teilgenommen haben, die Sie hier gerade noch einmal in ihren Ergebnissen interpretiert haben.

(Marcel Hafke [FDP]: Das steht im Antrag! Ich habe doch zitiert! Hat das nicht gereicht?)

Die Mehrheit der Anzuhörenden hat sich in der Anhörung gegen Studiengebühren ausgesprochen. Die Minderheit – im Wesentlichen die Hochschulvertreter, die natürlich ihre Einnahmen im Blick hatten – hat sich gegen die Abschaffung von Studiengebühren ausgesprochen, aber auch nicht so, dass sie sich grundsätzlich einer solchen Regelung verweigern würden, sondern da ging es lediglich um die Kompensation.

Ihr Antrag lautet, dass sich die Studienbedingungen nicht verschlechtern sollen, das ist der Titel ihres Antrags. Ich kann Ihnen nur empfehlen, zu überlegen: Was sind denn die Studienbedingungen? Sind nicht auch die sozialen Rahmenbedingungen wichtig, um ein erfolgreiches Studium absolvieren zu können? Deshalb ist die Abschaffung der Studiengebühren gerade ein Beitrag dazu, die Studienbedingungen zu verbessern und nicht zu verschlechtern, meine Damen und Herren. Herr Hafke, sehen Sie das im Gesamtkontext. Ich denke, dann kommen Sie zu einer vernünftigen Bewertung.

Sie führen hier ständig die Lidl-Verkäuferin bzw. die Lidl-Kassiererin ins Feld. Ich weiß ja gar nicht, ob Sie solche Damen überhaupt kennen oder dort einkaufen. Hier geht es einfach darum, dass die Kinder dieser Lidl-Verkäuferin auch studieren können, ohne dass die Mutter – oder der Vater – dieser Kinder, um die Studiengebühren zu bezahlen, noch einen zweiten Job übernehmen oder morgens Zeitungen austragen muss, bevor sie dann als Kassiererin zu Lidl zur Arbeit geht.

Es stellt sich insgesamt die Frage, warum dieser Antrag jetzt erfolgt. Wir befinden uns im Verfahren, Herr Hafke, Herr Dr. Brinkmeier. Sie haben sich im Ausschuss verweigert, überhaupt Änderungsanträge zu stellen. Ich habe im Ausschuss mehrfach nachgefragt: Sind Sie bereit, sich überhaupt an dem Gesetzgebungsprozess zu beteiligen? – Sie haben das verneint.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Schultheis, darf ich Sie unterbrechen? Herr Kollege Prof. Dr. Pinkwart würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Karl Schultheis* (SPD): Ja, ich sehe ihn so selten hier, deshalb freut mich das.

(Heiterkeit – Kai Abruszt [FDP]: Sind Sie so selten da, Herr Schultheis?)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Lieber Karl Schultheis, vielen Dank, dass ich fragen darf. Es geht mir darum, vernünftig zu informieren. Ich habe es unlängst mit einem Abgeordneten Ihrer Fraktion erlebt, wo wir auf eine Bürgernachfrage am Bonner Hauptbahnhof antworten durften.

Können Sie bestätigen, dass einkommensschwache Haushalte, Familien in Nordrhein-Westfalen durch die von der Vorgängerregierung hier im Landtag verabschiedete Regelung die Möglichkeit haben, ein gutes Studium in Nordrhein-Westfalen absolvieren zu können, ohne am Ende des Studiums ihr Studienbeitragsdarlehen zurückzahlen zu müssen, weil sie im Regelfall auch einen BAföG-Anspruch haben? Können Sie das bestätigen oder nicht?

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Herr Kollege Pinkwart, das kann ich so nicht bestätigen. Wir haben das schon oft genug diskutiert. Es ist gesagt worden, durch die Kappungsgrenze sei das die sozialverträglichste Regelung, die es überhaupt gebe. – Sie übersehen dabei, dass alle Studierenden das, was Sie sich als sozialverträglich auf Ihr Panier schreiben, mitfinanzieren. Die Solidarität findet in der Gruppe der Studierenden statt.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

– Ja, die Leistungsstarken, diejenigen ... Darum geht es ja auch. Wir haben ja gesagt, wir schaffen die Studiengebühren nicht nur für diejenigen ab, die keine Studiengebühren direkt bezahlen müssen, die diese über einen Kredit finanzieren, sondern gerade für diejenigen, die diese Studiengebühren bezahlen.

Die Anzuhörenden haben uns doch deutlich gemacht, dass selbst viele Studierende, die einen Anspruch auf einen Kredit hätten, die Studiengebühren trotzdem direkt bezahlen, weil sie sich nicht in diesen Schuldenturm begeben wollen. Insofern kann ich das nicht bestätigen.

Jetzt aber noch zu den Punkten, die hier in dem Antrag auch angesprochen sind. Herr Hafke, in der Tat, die Grundlage für die Kompensation sind die 249 Millionen €, die das Referenzjahr 2009 ergeben hat. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass die von uns vorgesehene Rechtsverordnung – ich sage das noch einmal hier, ich habe das im Ausschuss auch schon gesagt – mit Zustimmung des Landtags und des zuständigen Fachausschusses dann hier beschlossen wird. Dagegen spricht nichts.

In dem ursprünglichen Gesetzentwurf war überhaupt keine Rechtsverordnung vorgesehen. So viel kann man doch nicht diskutieren, dass jetzt das Benehmen hergestellt wird und nicht mehr die Zustimmung. Das gab es vorher überhaupt nicht. Also, noch einmal: Wir sind sehr damit einverstanden, wenn das dann mit Zustimmung des Landtags erfolgt.

Die Anpassung der vorgesehenen Ausgleichsmittel soll durch die Rahmenbedingungen der Rechtsverordnung geregelt werden. Das geht auch nicht anders, sonst müssten wir jeweils eine Gesetzesnovelle auf den Weg bringen, um dann Anpassungen vorzunehmen.

Wir diskutieren im Ausschuss – ich kann Sie nur einladen, daran teilzunehmen –, wie dann in Zukunft eine solche Anpassung erfolgen kann. Unabhängig von der jährlichen Haushaltsberatung wird das auf jeden Fall nicht gehen. Es muss dann auch jährlich im Haushalt des Landtags des Landes Nordrhein-Westfalen festgelegt werden, welche Größe an Kompensationsmitteln zur Verfügung gestellt wird. Das ist noch nicht abschließend geregelt. Es steht aber jetzt fest: Diese Summe von 249 Millionen € wird den Hochschulen zur Verfügung stehen.

Schauen Sie einmal genau hin. Das Kölner Beispiel ist übrigens das schlechteste Beispiel, das Sie überhaupt hier anführen könnten: Wie viele Beschwerden der Studierenden hat es gegeben, was den Einsatz der Studiengebühren an der Uni Köln angeht? Wie viele Rücklagen sind gebildet worden? Es wurden Gebäude errichtet. Die wollten sogar mit den Studiengebühren Toilettenanlagen bauen. Man muss sich wirklich fragen, ob bei der Verteilung dieser 249 Millionen € nicht alle Arbeitsplätze, die im Kern auch die Verbesserung der Bedingungen für ein Studium und für die Lehre betreffen, finanziert werden können. Ich bezweifle die Aussage, dass das nicht möglich sein soll, wenn man genau hinschaut, wofür die Studiengebühren bisher ausgegeben wurden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Schultheis.

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Meine Damen und Herren, Verlässlichkeit und Planungssicherheit – dafür steht die SPD-Fraktion. Deshalb fordern wir die Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung auf, gerade was die Fortführung des Qualitäts- und Zukunftspakts angeht, eine Vereinbarung mit den Hochschulen zu treffen, die dann auch bis zum Jahre 2015 trägt. Es sind nämlich nicht nur die 249 Millionen € für das Studium erforderlich, sondern der gesamte Etat dieses Ministeriums.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Schultheis, der Kollege Klocke wollte Ihnen eigentlich noch eine Zwischenfrage stellen.

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Wenn das noch geht, lasse ich das zu, klar.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Kollege, danke. Ich wusste nicht, dass Sie schon Ihre Rede beendet haben. – Da Sie gerade die Universität Köln ansprachen, möchte ich Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass der eben von Herrn Brinkmeier schon erwähnte Universitätsrektor Herr Freimuth, der lange auch Vorsitzender der Hochschulrektorenkonferenz NRW war, schon im Sommersemester dieses Jahres, obwohl die Studiengebühren noch im bisherigen Umfang von den Studierenden entrichtet werden, Kurse und Seminare an der Hochschule streichen lässt mit dem Hinweis, dass die wegfallenden Studiengebühren eine schlechtere Finanzierung ausmachen. Wie bewerten Sie diesen Vorgang?

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Ich halte das für skandalös. Es gibt solche Aussagen zu Studierendenmaßnahmen auch an anderen Hochschulstandorten. Es gibt bisher überhaupt keinen Grund, irgendeine Maßnahme wegen fehlender Studiengebühren zurückzufahren. Die Studiengebühren werden noch für das Sommersemester bezahlt. Und danach wird es eine Kompensation geben. Ich halte es für jemanden, der für Wissenschaft und Objektivität steht, für einen Skandal, sich so gegenüber Studierenden zu verhalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis, vor allem dass Sie wirklich nur die Frage beantwortet haben. – Als nächste Rednerin spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hafke, dass Sie mit der Abschaffung der Studiengebühren nicht einverstanden sind – d'accord. Das kann ich nachvollziehen: Da soll nun Ihr neoliberales Lieblingsprojekt, das die FDP fünf Jahre lang als Musterbeispiel für die private Finanzierung von Studium und Lehre wie eine Monstranz vor sich hergetragen hat, von Rot-Grün abgeschafft werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und die Menschen im Land finden das auch noch gut. – Das ist bitter für Sie, Herr Hafke. Das kann ich verstehen. Die große Mehrheit der Studierenden, Schülerinnen und Schüler und deren Eltern warten darauf, dass das Studiengebührenexperiment von Schwarz-Gelb zum kommenden Wintersemester endlich beerdigt wird.

Ich will noch einmal erinnern: Mehr als 50.000 junge Menschen sind im Juni 2009 in NRW auf die Straßen gegangen, um gegen Ihre Bildungspolitik zu protestieren. Ganz oben auf der Agenda stand die Forderung nach der Abschaffung der Studiengebühren. Wenn Sie das nicht glauben wollen, helfe ich

Ihnen gerne dabei, die entsprechenden Flugblätter zu lesen.

Natürlich ist die Refinanzierung der Studiengebühren kein Pappenstiel. Aber die Finanzierung bleibt schlichtweg eine Frage politischer Schwerpunktsetzung. Ich sage ganz deutlich: FDP und CDU haben sich entschieden, die Studierenden zur Kasse zu bitten und andere gesellschaftliche Gruppen finanziell zu entlasten. Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat das Land NRW dreimal so viel gekostet, wie eine umfassende Finanzierung der Hochschulen ohne Studiengebühren kosten würde.

Das ist der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Politik: Sie entlasten Hoteliers und Besserverdienende. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche, deren Elternhäuser nicht so vermögend sind, an unserem Bildungssystem partizipieren können. Wir Grüne stehen für Investitionen in die Zukunft, in Kitas, Schulen und in die Hochschulen.

Herr Brinkmeier, ich möchte Ihnen gerne die Frage stellen, warum sich die Studienbedingungen in Nordrhein-Westfalen mit einem Plus von 250 Millionen € für Studium und Lehre denn verschlechtern sollten.

(Dr. Michael Brinkmeier [CDU]: Weil das ein Minus wird!)

– Das ist doch lächerlich! Die Hochschulrektoren haben immer sehr klar gesagt, dass sie froh darüber sind, dass neben der Grundfinanzierung so viel zusätzliches Geld über die Einnahmen der Studiengebühren in ihre Kassen fließt. Gerade Herr Freimuth hat das doch immer wieder betont. Das soll jetzt nicht mehr gelten, nur weil die 250 Millionen € aus der Staatskasse kommen? Das Problem bestand doch eher darin, dass eine Reihe von Hochschulen die zusätzlichen Einnahmen aus den Studiengebühren gar nicht so schnell ausgeben konnten und infolgedessen viel Geld auf die hohe Kante gelegt worden ist.

Ich kann es noch einmal nachvollziehen: In der Studie des Stifterverbandes und des Deutschen Studentenwerkes zur Verwendung von Studienbeiträgen aus dem Jahre 2009 geht sehr deutlich hervor, dass die Hochschulen hohe Rückstellungen bunkern. Pro Semester und Hochschule – so die Studie – wurden rund 700.000 € nicht unmittelbar verwendet. Einige Hochschulen hatten im Untersuchungszeitraum zwischen den Sommersemestern 2008 und 2009 erst die Hälfte der Studienbeiträge oder sogar noch weniger ausgegeben.

Vielleicht liegt es aber auch daran, Herr Hafke, dass Sie als hochschulpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion noch nicht so lange im Geschäft sind. Ansonsten müsste Ihnen eigentlich klar sein, dass die Qualität der Lehre und des Studiums nicht alleine an diesen 249 Millionen € hängt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Entschuldigung, meine Stimme lässt etwas nach. Ich versuche aber, das bis zum Ende durchzuziehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir geben jedes Jahr 3,5 Milliarden € an die Hochschulen und 1 Milliarde € an die Universitätsklinika. Die 249 Millionen € sind eine zusätzliche Leistung des Landes. Deshalb hat die rot-grüne Landesregierung einen nachhaltigen Finanzierungsvorschlag gemacht, um die Studiengebühren zu kompensieren. Das müsste Ihnen doch klar sein. Die Mittel, die den Hochschulen in NRW durch die Studiengebührenabschaffung entfallen, werden in voller Höhe geogenfinanziert.

(Ralf Witzel [FDP]: Aber nicht für jede einzelne Einrichtung!)

Deshalb sollten Sie Ihre politische Strategie doch einmal überdenken, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb. Denn es ist schon bedenklich, dass ausgerechnet die Fraktionen, die wegen der steigenden Verschuldung des Nachtragshaushalts jetzt vor das Verfassungsgesetz gegangen sind, die mangelnde Mittelausstattung für die Hochschulen anprangern.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Herr Hafke, Herr Brinkmeier, was Sie uns hier und heute mit Ihrem Antrag demonstriert haben, ist ein hilfloses Ablenkungsmanöver. Wir fordern Sie deshalb auf, sich mit konstruktiven Vorschlägen am Verfahren zur Abschaffung der Studiengebühren zu beteiligen. Alles andere hilft weder den Hochschulen noch denjenigen jungen Menschen, die studieren oder in Zukunft ein Studium aufnehmen. – Herzlichen Dank fürs Zuhören. Alles weitere in der nächsten Debatte. Dann bin ich auch ein bisschen besser mit der Stimme drauf. Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Seidl, und gute Besserung. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Böth für die Fraktion Die Linke.

Gunhild Böth (LINKE): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich zu diesem Antrag, glaube ich, etwas differenziert äußern, und zwar deshalb, weil ich zuerst einmal Herrn Hafke zustimmen möchte.

(Beifall von der LINKEN und von der FDP)

Es ist vollständig richtig, dass dieser Gesetzentwurf unzureichend ist. Wir können die Gründe gerne noch einmal aufzählen:

Natürlich haben SPD und Grüne Recht, wenn sie sagen, sie kompensieren das, was die Studierenden bisher bezahlt haben. Das ist wahr, wenn Sie in das Gesetz hineinschreiben, dass die Hochschulen demnächst 249 Millionen € bekommen sollen.

Das Problem ist nur, dass natürlich nicht an jeder Hochschule – das haben wir im Ausschuss ich weiß nicht wie oft diskutiert – der Betrag ankommt, den die Hochschule bisher eingenommen hat, sondern dass nach dem Prinzip, das die Ministerin zu Recht pausenlos wiederholt – „Geld folgt Studierenden“ –, jede Hochschule pro Kopf einen bestimmten Betrag erhielt. Dieser Betrag ist bei einigen Hochschulen niedriger als das, was sie bisher erhalten, und bei einigen Hochschulen ist der Betrag höher. Das lag natürlich an dem von Schwarz-Gelb gemachten Gesetz, nachdem die Höhe der Studienbeiträge im Ermessen der Hochschulen lag.

Das Problem ist nur – das sage ich jetzt in Richtung SPD und Grüne –: Man kann nicht im Wahlkampf verkünden, die Ausfälle durch die Studienbeiträge in voller Höhe zu kompensieren, und damit so tun, als würde man tatsächlich für die jeweilige Hochschule die Kompensation erbringen. Die Kompensation, die die Hochschulen wollen – das kann man jeden Tag in der Zeitung lesen –, ist natürlich das, was die einzelne Hochschule gehabt hat. Die Kompensation, die sie wollen, ist kein gesamtgesellschaftliches Konstrukt. Dieses gesamtgesellschaftliche Konstrukt kennen die Hochschulen und sie sind nicht zu dumm, um zu errechnen, was ihnen dann fehlt.

Der nächste Punkt. Das von Herrn Hafke zu der Pro-Kopf-Verteilung und dem Aufwuchs der Studierendenzahl Ausgeführte trifft selbstverständlich auch zu. Es ist doch völlig klar, dass wir in den nächsten Jahren – das wissen wir auch – zum Beispiel durch den doppelten Abiturjahrgang mehr Studierende haben werden. Das bedeutet, dass der Pro-Kopf-Beitrag, den die Hochschulen erhalten, sinken wird.

Unterm Strich summa summarum – dazu brauche ich noch nicht einmal fünf Finger, um das an einer Hand abzuzählen – heißt das, dass die Finanzierung der Hochschulen weiter fallen wird.

Richtig ist, dass die Gelder aus staatlichen Mitteln stammen und nicht mehr von Privat eingenommen werden. Das ist natürlich positiv. Das ist doch überhaupt nicht die Frage, und da sind wir auch völlig bei Ihnen.

Wir sind aber nicht bei Ihnen, wenn Sie in den Gesetzentwurf pauschal schreiben, die Hochschulen erhielten 249 Millionen €, aber keinen Pro-Kopf-Betrag nennen.

(Beifall von der LINKEN)

So kann das auf keinen Fall bleiben.

Nächster Punkt. Es wird dann von einer Rechtsverordnung gesprochen, die irgendwann mal perspek-

tivisch möglicherweise doch eine Anpassung regelt, aber diese Anpassung ist im Gesetz nicht enthalten. Es gibt in Ihrem Gesetzentwurf bisher keine einzige Vorschrift, aus der zu entnehmen wäre, dass eine solche Anpassung kommen wird und wie sie aussehen wird. Das kann es so auch gar nicht geben, weil es nämlich keinen Pro-Kopf-Betrag gibt. Ohne Pro-Kopf-Betrag wird das hinten und vorn nichts. Das sage ich jetzt einmal in aller Offenheit.

(Beifall von der LINKEN)

Deshalb ist dieser Gesetzentwurf völlig unzureichend. Insofern hat die FDP da völlig recht.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Außerdem ist natürlich das, was die FDP jetzt macht, ein guter Trick. Wenn es in dem Antrag heißt, die Landesregierung wird aufgefordert, den Gesetzentwurf zurückzuziehen, blieben die Studiengebühren, würde der Antrag angenommen, erhalten. Insofern ist das natürlich erst einmal eine gute Variante, weil Sie die Studiengebühren ja gar nicht abschaffen wollen. Das ist mir auch klar.

Interessant ist aber dann, was die FDP stattdessen möchte, nämlich ein System nachgelagerter Studiengebühren. Das ist eigentlich das, was CDU und Grün-Alternative Liste 2008 in Hamburg vereinbart haben. Das ist jedenfalls das System der nachgelagerten Studiengebühren gewesen. Ich bin heilfroh, dass die Grünen in Nordrhein-Westfalen nicht drauf gekommen sind, dieses hier auch zu machen. Das muss ich schon sagen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Papke?

Gunhild Böth (LINKE): Aber sicher doch.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Kollegin Böth, Sie haben passend zu der Argumentation, die Sie jetzt gerade dem Plenum vortragen, vor gut zwei Wochen für Ihre Fraktion erklärt, dass Die Linke dem Vorhaben der Regierung, die Studienbeiträge abzuschaffen, nur dann zustimmen bzw. diesem Vorhaben nur dann durch Tolerierung Ihrer Fraktion zur Mehrheit verhelfen würde, wenn Ihre Forderung erfüllt würde, zur Kompensation der Studienbeiträge pro Semester und Studierenden den Hochschulen 500 € zur Verfügung zu stellen, was summa summarum einen Gesamtbetrag von über 500 Millionen € ausmachen würde.

Halten Sie an dieser Forderung tatsächlich fest, dass die Linkspartei den Gesetzentwurf zur Ab-

schaffung der Studienbeiträge nur dann wird passieren lassen, wenn eine Kompensation in der von Ihnen exakt bezifferten Höhe auch sichergestellt ist, oder werden Sie diese Forderung in den nächsten Wochen stillschweigend unter den Tisch fallen lassen?

Gunhild Böth (LINKE): Herr Dr. Papke, die Partei Die Linke hat dazu Beschlüsse gefasst, die Fraktion Die Linke in diesem Landtag hat zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung einen Änderungsantrag eingebracht. Der ist Ihnen nun doch bekannt. Sie müssen mich doch jetzt nicht fragen, ob wir diesen Änderungsantrag aufrechterhalten.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ich habe Sie aber gefragt!)

– Sie dürfen mich das gern fragen. Ich wollte das nur für all diejenigen, die das nicht wissen und nicht im Wissenschaftsausschuss sitzen, noch einmal sagen. Dass wir zu unseren Änderungsanträgen stehen, ist doch auch klar.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Ich habe im Wissenschaftsausschuss erklärt – da waren selbstverständlich die FDP-Politiker anwesend –, dass wir auf jeden Fall dieses Problem gelöst haben wollen, dass es einen Pro-Kopf-Betrag geben muss und man nicht – das habe ich vorhin ausgeführt – durchs Land ziehen und volle Kompensation versprechen, aber dann doch nicht diesen Pro-Kopf-Betrag von 500 € auszahlen kann.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Das ist doch das, was ich die ganze Zeit sage, dass es so nicht angehen kann.

Wir haben noch viele andere Details, aber mit denen wollen wir nicht das ganze Plenum behelligen, sondern das verhandeln wir bekanntlich am 18. Februar im Ausschuss. Im Ausschuss habe ich Sie schon aufgefordert: Machen Sie doch mit uns diesen Gesetzentwurf etwas besser.

(Beifall von der LINKEN)

Das wäre nämlich eine Möglichkeit, dass Linke, CDU und FDP zusammen diesen Entwurf besser machen und die Kritik, die wir gemeinsam an diesem Gesetzentwurf artikulieren, tatsächlich in eine Änderung des Gesetzentwurfs umsetzen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Böth. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Schulze.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine

Damen und Herren! Der Antrag, den wir heute Abend diskutieren, hat viel Altbekanntes und wenig Neues. Aber es ist eine gute Gelegenheit, noch einmal darzustellen, warum die Landesregierung, warum die sie tragenden Fraktionen die Studiengebühren unbedingt abschaffen wollen. Darum nämlich geht es im Kern: Wir wollen die Studiengebühren abschaffen.

Dafür gab es bei der Landtagswahl eine gesellschaftliche Mehrheit, und ich bin davon überzeugt, dass sich diese Mehrheit auch hier im Landtag widerspiegeln wird.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mir ist nicht ganz klar, warum diese doch recht einfache und deutliche Botschaft immer noch nicht bei allen angekommen ist. Deswegen sage ich noch einmal ganz deutlich:

Die Landesregierung steht für eine Öffnung der Hochschulen. Wir wollen mit Wissen Chancen schaffen, wir wollen beste Bildung für alle, wir wollen Talente ermutigen, zu studieren, und wir wollen, dass es dabei nicht auf den Geldbeutel der Eltern ankommt, sondern auf das, was man im Kopf hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mit anderen Worten: Uns geht es um Bildungsgerchtigkeit und Chancengleichheit in Nordrhein-Westfalen. Bildung ist nun einmal für uns eine staatliche Aufgabe.

Für uns, meine Damen und Herren, ist dabei zentral, die Studierenden in den Mittelpunkt zu stellen. Sie müssen sich für das richtige Studium entscheiden. Sie müssen parallel zu einem Job, zu einer Familienaufgabe oder eben auch zu körperlichen Einschränkungen studieren können. Und sie müssen gute Studienbedingungen vorfinden. Was sie aus unserer Sicht nicht tun müssen, ist, für ein Studium auch noch Geld mitzubringen.

Meine Damen und Herren, ich finde in dem Antrag keine neuen Argumente. Aber ich gehe einmal davon aus, dass es darum geht, das, was wir bisher diskutiert haben, hier einfach noch einmal in breiter Öffentlichkeit zu wiederholen. Deswegen wiederhole ich auch unsere Argumente gerne.

Sie benutzen in Ihrem Antrag den Begriff „sozialverträgliche Studiengebühren“. Meine Damen und Herren, das ist ein Widerspruch in sich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich sage hier auch noch einmal ganz klar: Das ist nicht unsere Politik. Alle Studien, zum Beispiel der Nationale Bildungsbericht 2010, aber auch die HIS-Studie und die 19. Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerks machen deutlich: Die soziale Herkunft ist immer noch wesentlich beim Übergang in die Hochschule. Die Studiengebühren wirken abschreckend, und zwar vor allen Dingen für Frauen, für Menschen mit Migrationshintergrund und für

Menschen, die ohne akademisch gebildete Eltern aufwachsen.

(Zuruf von der CDU: Das ist schon längst widerlegt!)

Die Zeit, die Studierende arbeiten müssen, um ihr Studium zu finanzieren, nimmt kontinuierlich zu. Das belegen alle diese Studien. In NRW ist die finanzielle Belastung der Studierenden ganz besonders hoch. Das belegen übrigens die neuen Zahlen der NRW.BANK. Immer mehr Studierende in Nordrhein-Westfalen brauchen ein Darlehen. Das ist sehr bedenklich, weil durch die anfallenden Kreditzinsen diese Menschen deutlich teurer studieren als diejenigen, die diese Darlehen nicht brauchen. Sie zahlen bis zum Doppelten von dem, was andere für ihr Studium zahlen müssen.

Meine Damen und Herren von FDP und CDU, Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie diese Fakten einfach immer wieder ignorieren. Studiengebühren, egal, ob nachgelagert oder studienbegleitend, sind ein wesentlicher Grund, nicht zu studieren.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Pinkwart?

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Ich frage nur, weil es mir immer ein besonderes Anliegen war und ist, dass wir in dieser Frage die soziale Dimension im Blick behalten. Ich frage Sie, ob Sie bestätigen können, dass mit Blick auf die Fallzahlen die Darlehensaufnahme nicht etwa ein Problem ist, sondern im Gegenteil dafür spricht, dass dieses Modell bei den Studierenden wirklich angekommen ist.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Denn die Bereitschaft, das Landesdarlehen aufzunehmen, hat doch zwei positive Komponenten: Entweder wird es den Studierenden, wenn sie es aufnehmen, dann, wenn sie BAföG-Empfänger sind, im Anschluss erlassen, das heißt, sie zahlen dann gar keine Studienbeiträge, oder sie müssen es erst zurückzahlen, wenn sie im Beruf erfolgreich angekommen sind und sich dann eine Rückzahlung leisten können. Das war immer intendiert, nämlich nachgelagert Studienbeiträge zu erheben. Das wird offensichtlich angenommen. Können Sie das bestätigen?

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Pinkwart, das kann ich Ihnen nicht bestätigen.

(Beifall von der LINKEN)

Studiengebühren, egal, ob nachgelagert oder studienbegleitend: Sie schrecken ab.

(Lachen und Zurufe von der CDU und von der FDP)

Wenn Sie sich die Zahlen einmal ganz genau ansehen – nun müssen Sie auch zuhören, wenn Sie mich etwas fragen –,

(Zuruf von der CDU: Fakten! – Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

dann stellen Sie fest, dass diejenigen, die einen Kredit aufnehmen, am Ende sogar bis zum Doppelten für ihr Studium bezahlen im Vergleich zu jemandem, der das nicht tun muss, weil man einen Kredit – das müssten Sie doch wissen – nicht umsonst bekommt, sondern dafür Zinsen bezahlen muss. Sie können sich das sehr genau angucken. Nehmen Sie zum Beispiel die HIS-Studie aus 2008 – sie dürfte Ihnen bekannt sein –:

76 % der Befragten sagen, dass sie wegen fehlender finanzieller Voraussetzungen kein Studium aufnehmen können. Das müsste Ihnen doch zu denken geben.

71 % sagen, dass sie Angst haben vor Kreditschulden und deshalb nicht studieren.

Wer dann noch behauptet, Studiengebühren schrecken nicht ab, der ist nicht bereit, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Dr. Droste?

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Frau Ministerin, wo Sie bei der Abschreckung sind. Was sagen Sie denn den Handwerkern, die eine Meisterprüfung anstreben und dafür auch erhebliche Aufwendungen erbringen müssen, bis sie den Meistertitel erreicht haben? Wollen Sie die auch abschrecken?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Droste, vielen Dank

für diese spannende Frage. – Wir sind davon überzeugt, dass Bildung gebührenfrei sein muss, und zwar vom Kindergarten angefangen bis zum Studium.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Wir halten es auch für falsch, dass man zunehmend für Ausbildung Geld bezahlen muss. Das ist der falsche Weg. Wir brauchen jedes Talent in Nordrhein-Westfalen. Deshalb darf man nicht nur nach dem Geldbeutel der Eltern gucken, sondern muss etwa ein Studium für alle ermöglichen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, es gibt noch zwei Zwischenfragen. Wollen Sie oder wollen Sie nicht?

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gut. – Frau Dr. Seidl hat eine Zwischenfrage, dann Herr Witzel. Dann beenden wir die Fragestunde wieder, damit wir das Ganze nicht in die Länge ziehen. Noch, Kolleginnen und Kollegen, sind wir gut in der Zeit. – Bitte schön, Frau Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Ministerin, können Sie bestätigen, dass uns die HIS GmbH in der letzten Anhörung bestätigt hat, dass die Studierendenquote in Nordrhein-Westfalen seit 2006 bis zum jetzigen Zeitpunkt rückläufig ist und leicht unter dem Bundesdurchschnitt liegt?

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Frau Seidl, genau das kann ich bestätigen. Das war ein Teil der Anhörung. Das kann man auch im Protokoll nachlesen.

Eine weitere Zahl kommt hinzu, die besonders erschreckend ist: Bundesweit nehmen etwa 36 % derjenigen, die eine Hochschulzugangsberechtigung haben, unmittelbar nach dem Abschluss auch ein Studium auf. In Nordrhein-Westfalen sind es nur 30 %. Auch über mehrere Jahre hinweg erhöht sich diese Zahl nicht. Wir sind immer wieder hinter dem Bundesdurchschnitt. Es ist sogar so, dass Nordrhein-Westfalen leider Schlusslicht in dieser Bilanz ist.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. Weil Sie so nett waren, schließen wir direkt Herrn Witzels Frage an. Bitte schön, Herr Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Ministerin Schulze, wo wir gerade beim Auffrischen unserer Statistikkenntnisse sind, meine Frage an Sie: Können Sie bestätigen, dass die Studienanfängerzahlen an nordrhein-westfälischen Hochschulen seit Einführung der schwarz-gelben Studienbeiträge gestiegen und nicht gesunken sind?

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Witzel, diese Frage haben Sie mir schon einmal hier im Parlament gestellt.

(Minister Ralf Jäger: Einmal?)

Wenn man sich anguckt, wie viel Prozent eines Jahrgangs studieren – das ist entscheidend –,

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

dann ist die Zahl eben nicht gestiegen. Die Jahrgänge sind größer, und dadurch haben wir auch mehr junge Menschen an den Hochschulen, aber der Anteil gemessen am Jahrgang steigt nicht. Das ist unser zentrales Problem. Herr Witzel, das müsste Ihnen doch eigentlich auch am Herzen liegen. Wir reden über den Fachkräftemangel und darüber, dass wir mehr junge Menschen ausbilden müssen. Dann müssen wir doch alles dafür tun, dass wir sie an die Hochschulen bekommen und dürfen nicht noch Abschreckungsmechanismen aufbauen. Das ist jedenfalls unsere Politik.

(Ralf Witzel [FDP]: Deshalb haben wir neue Fachhochschulen gegründet, und die Studienanfängerzahlen steigen!)

Meine Damen und Herren, die Frage der Sicherheit für die Hochschulen ist oft diskutiert worden. – Wir garantieren den Hochschulen die Sicherheit und Verlässlichkeit der Finanzierung. Die 249 Millionen € sind im Gesetz festgeschrieben. Das ist die Summe, die es 2009 gab. Ich bin fest davon überzeugt, dass das Parlament diese Summe in den Haushaltsverhandlungen den steigenden Studierendenzahlen anpassen wird. Da vertraue ich auf das Parlament und hoffe, dass die Parlamentarier das auch so sehen.

Wir sorgen nun dafür, dass das Geld gerecht verteilt wird. Frau Böth hat es eben gesagt: Uns ist jeder Studierende gleich viel wert. Deswegen muss das Geld auch nach der Anzahl der Studierenden auf die Hochschulen verteilt werden.

Für das Mehr an Studierenden, das es durch den doppelten Abiturjahrgang gibt – daran will ich gerne noch einmal erinnern –, steht Geld aus dem Hochschulpakt II zur Verfügung. Wir werden rund 90.000 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger an den Hochschulen aufnehmen und die Finanzierung der Hochschulen sicherstellen. Wir

sind hier nicht in Hessen. Wir werden das Geld der Hochschulen nicht kürzen.

Der Aufforderung von Herrn Schultheis und des Parlaments, wieder eine Vereinbarung mit den Hochschulen über das Budget abzuschließen, komme ich gerne nach.

Ich möchte auch noch einmal betonen, dass den Hochschulen nicht nur die 249 Millionen € zur Verfügung stehen, sondern jedes Jahr 4,5 Milliarden €. Auch über diese 4,5 Milliarden € – das ist das Entscheidende – wird Qualität in den Hochschulen geschaffen.

Deswegen sehe ich der Diskussion im Parlament mit Freude entgegen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass es im Landtag eine Mehrheit für die Abschaffung der Studiengebühren geben wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Schulze. – Für die FDP-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Hafke zu Wort gemeldet.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Es ist schon interessant, zu sehen, Frau Ministerin, dass Sie Ihre Politik auf ein reines Bauchgefühl stützen.

(Heike Gebhard [SPD]: Quatsch! Die HIS-Studie ist doch kein Bauchgefühl!)

Die gesamte Argumentation, dass Studienbeiträge abschrecken würden, ist nicht begründet, nicht belegt. Sie stützen sich auf ein reines Bauchgefühl und nennen das dann eine vernünftige, sozialverträgliche Politik. Ich finde das unvernünftig.

(Beifall von der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Absoluter Quatsch!)

Wenn Sie bei der Anhörung gewesen wären, hätten Sie mitbekommen, dass alle Experten bemängelt haben, dass Ihre Kompensation der Mittel nicht ausreichend ist.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Wenn Sie dann hier das Gegenteil behaupten, geben Sie nicht die Wahrheit kund.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Wir haben in Nordrhein-Westfalen steigende Studierendenzahlen, die in den nächsten Jahren weiter zunehmen werden. Wenn man dann einen fixen Betrag von 249 Millionen € ins Gesetz schreibt, kann ein Erstklässler ausrechnen, dass die Mittel nicht für jede Hochschule gleich bleiben werden. Das müssen Sie mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sie gaukeln den Hochschulen etwas vor. Deswegen ist Ihr Gesetz zurückzuziehen und nicht verantwortungsvoll. Ich bitte Sie, die Verantwortung im Sinne der Menschen zu übernehmen und nicht einfach irgendeine Politik zu machen, die Sie in Ihr ideologisches Wahlprogramm geschrieben haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Es steht auch gar keine Zeit mehr zur Verfügung, sich zu Wort zu melden.

Deshalb kommen wir zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der FDP hat direkte Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 15/1199 beantragt. Wer stimmt dem Antrag zu? – CDU und FDP.

(Zurufe von der SPD: Nein! – Heike Gebhard [SPD]: Nur zur Hälfte! – Weitere Zurufe)

– Ach, zur Geschäftsordnung?

(Zuruf: Wir sind in der Abstimmung! – Gegenruf: Nein!)

– Ich hatte angenommen, dass wir schon abstimmen. Deswegen würde ich eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung ungern zulassen, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir sind in der Abstimmung!)

– Kolleginnen und Kollegen, Entschuldigung. Ich habe es gerade gesagt: Wir befinden uns in der Abstimmung. Ich werde den Geschäftsordnungsantrag jetzt nicht mehr zulassen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Richtig!)

Jetzt stimmen wir ab, so wie ich es eben gesagt habe.

(Beifall von der LINKEN – Armin Laschet [CDU]: Wir haben getrennte Abstimmung beantragt!)

– Es tut mir leid, das ist hier oben nicht bekannt. Deshalb müssen wir so abstimmen, wie es hier oben angesagt ist. Hier ist der **Antrag** mit der **Drucksache 15/1199** zur Abstimmung gestellt. Ich kann leider nicht anders verfahren, ich habe keine anderen Hinweise, und wir waren in der Abstimmung.

Ich frage noch einmal: Wer stimmt dem Antrag so zu? – Die FDP. Wer stimmt gegen den Antrag? – Linke, SPD und Grüne. Wer enthält sich der Stimme? – Die CDU enthält sich der Stimme. Damit ist der Antrag mit der Mehrheit, die hier zustande gekommen ist, bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

9 Die politische Bildung in nordrhein-westfälischen Schulen stärken – Schülerinnen und Schüler noch stärker über die Gefahren für die Demokratie durch Rechts- und Linksextremismus aufklären

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/856

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP Frau Kollegin Pieper-von Heiden das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Darf ich um ein bisschen mehr Ruhe bitten, Kolleginnen und Kollegen? Sie können den Saal leise verlassen. Die Rednerin ist bereits am Pult. Wir wollen in der Debatte fortfahren. Frau Pieper-von Heiden, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Danke schön. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der deutschen Geschichte haben gleich zwei Regime geherrscht, zu deren Ideologie ein totalitärer Herrschaftsanspruch zählte.

(Unruhe)

In der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zur Befreiung von Auschwitz in der letzten Woche sprach mit dem Sinto Zoni Weisz ein Holocaust-Überlebender. Er beklagte, dass das Leid und die Opfer dieser ethnischen Gruppe vielen Menschen nahezu unbekannt seien und dass Sinti und Roma nach wie vor Diskriminierungen unterliegen.

Der deutsche Nationalsozialismus hat die Welt in den Zweiten Weltkrieg gestürzt und in der Geschichte niemals dagewesene Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Millionen Menschen wurden zu unwertem Leben erklärt und in einem in der Menschheitsgeschichte einmaligen industriell organisierten Massenmord umgebracht. Die Opfer haben ein Anrecht darauf, dass wir die Erinnerung an das Leid wachhalten, vor allem aber auch an die jüngeren Generationen weitertragen.

Wir leben in einer Zeit, in der die Zahl der überlebenden Zeitzeugen immer geringer wird. Gerade deshalb kommt den Schulen eine herausragende Rolle für die Aufklärung über den Rechtsextremismus und dessen menschenfeindliche Ideologie zu.

(Anhaltende Unruhe)

– Was die Grünen daran so lachhaft finden, kann ich nicht verstehen.

Das Wirken von Schulen, Medien, der Politik, privaten Initiativen und das vielfältige Engagement einzelner Menschen leisten seit Jahrzehnten einen unverzichtbaren Beitrag, damit jungen Menschen die Verantwortung für die Geschichte, aber auch das

Rüstzeug zum Erkennen rechtsextremistischer Denk- und Handlungsweisen aufgezeigt wird. Wir müssen die Kinder und Jugendlichen konsequent sensibilisieren

Wie allgegenwärtig rechtsextremistische Gewalt und Ideologien sind, zeigt nicht nur die bedrückend hohe Zahl von Straftaten mit rechtsextremem und antisemitischem Hintergrund. Das zeigen Versuche der Beeinflussung von Schülern durch Hetzpropaganda, aber auch subtilere Versuche der Indoktrinierung. Rechtsextreme Gruppierungen versuchen gegenwärtig, ihre Strukturen zu schaffen.

Die öffentlichen Diskussionen des letzten Jahres zur Einwanderung haben auch verdeutlicht, dass allgemeine abwertende, sogar biologistische Zuschreibungen für ethnische und religiöse Gruppen nach wie vor im Denken präsent sind und sogar auf hohe Zustimmung stoßen können.

Meine Damen und Herren, in der letzten Woche hat der Bundestag mit Roland Jahn einen Verfolgten des SED-Regimes zum zukünftigen Beauftragten für die Stasi-Unterlagen gewählt. Auch das sollte uns Anlass bieten, die Aufklärung über den Linksextremismus zu verstärken.

Die DDR ist dem Nationalsozialismus nicht gleichzusetzen. Beide Ideologien verbindet jedoch das Ziel eines totalitären Systems, das das gesamte Individuum beherrschen soll und Gruppen der Gesellschaft zu Staatsfeinden erklärt. Die DDR war ein Unrechtsstaat, in dem getötet, gefoltert und massenweise überwacht wurde.

Schüler haben, wie Befragungen zeigen, über die DDR oftmals nur rudimentäre Kenntnisse. Schüler aus Nordrhein-Westfalen beklagen, dass sie zu wenig über die DDR lernen. Untersuchungen zeigen, dass Schüler zu Fehleinschätzungen der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der DDR gelangen.

Daher müssen wir das Wissen der Schüler über Verbrechen des Kommunismus verstärken. Kommunismus ist ebenso wie Faschismus und Nationalsozialismus eine totalitäre Ideologie, auch wenn sie sich als Fortschrittsideologie tarnt.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Die Gleichsetzung ist falsch! Das ist ahistorisch!)

Nicht umsonst hieß der Eingangsspruch in Solowki, einem der ersten Gulags: Mit eiserner Hand jagen wir die Menschheit zum Glück.

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren versuchen sich Linksextremisten wiederholt an der gezielten Verharmlosung des Unrechtscharakters der DDR und der kommunistischen Ideologie. Dass dieser weltweit Millionen von Menschen zum Opfer gefallen sind, wird ignoriert. So werden dann die Opfer eines menschenrechtsverachtenden Systems zu Kollateralschäden eines progressiven Traums.

Gesine Lötzsch hat in einem Artikel der „Jungen Welt“ dieses Denken der ewig Gestirnen noch einmal offenbart – Zitat –:

„Wie viele Wege haben die Linken gefunden, die nicht funktionierten? Waren es 100 oder 1.000? Es waren bestimmt nicht 10.000! Das ist genau das Problem!“

Laut Presse hat sich der Vorstand der Linken in Nordrhein-Westfalen mit großer Mehrheit hinter diesen Artikel gestellt.

Wir müssen weiterhin einen Beitrag leisten, um Schüler über den Rechts- und Linksextremismus aufzuklären. Die Handlungsempfehlungen der KMK zur Demokratieerziehung beinhalten wichtige Maßnahmen zur Aufklärung und für den Kampf gegen den Extremismus.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Zimkeit?

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Ich möchte bitte fortfahren.

Dass das Ministerium für Schule und Weiterbildung zum Beispiel in der Januarausgabe von „Schule NRW“ auf die Möglichkeit von Zeitzeugengesprächen zur DDR für Schulen hingewiesen hat, möchte ich hier ausdrücklich lobend erwähnen.

Die FDP lädt alle demokratischen Fraktionen in diesem Parlament ein, gemeinsam unsere Verantwortung wahrzunehmen, unsere Kinder und Jugendlichen vor extremistischen Bauernfängern zu schützen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper-von Heiden. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Wiedon.

Stefan Wiedon (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der FDP-Fraktion spricht wichtige Punkte an: Die politische Bildung stärken und über die Gefahren von Rechts- und Linksextremismus aufzuklären.

Gute Bildung stellt den ganzen Menschen in den Mittelpunkt. Diese Erkenntnisse finden wir bei Humboldt, bei Kant, bei Goethe und bei Pestalozzi. Der Blick auf das Individuum muss auch heute unser Ausgangspunkt sein. Gute Bildung geht nicht in erster Linie von gesellschaftlichen Bedürfnissen oder von den Anforderungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes aus. Der Weg zu guter Bildung sollte allen offenstehen: dem Hauptschüler genauso wie dem Abiturienten, den Jugendlichen genauso wie

den Rentnern. Jeder kann etwas, und jeder braucht eine Chance, sich durch Bildung weiterzuentwickeln und mehr aus dem eigenen Leben zu machen.

Bildung bedeutet nicht nur Wissen und Qualifikation, sondern auch Orientierung und Urteilskraft. Bildung gibt uns einen inneren Kompass. Sie befähigt uns, zwischen wichtig und unwichtig, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden.

Übrigens ist Demokratie auch auf Bildung angewiesen. Unsere freiheitliche Gesellschaft lebt davon, dass mündige Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für sich und das Gemeinwohl übernehmen. Eine Diktatur kann sich ungebildete Menschen leisten – nein, sie wünscht sie sich sogar. Eine Demokratie dagegen braucht wache und interessierte Bürger, die Ideen entwickeln und Fragen stellen. Wo die Staatsgewalt vom Volk ausgeht, kann es nicht gleichgültig sein, in welcher geistigen Verfassung sich das Volk befindet. Wer Populisten, Extremisten und religiösen Fanatikern widerstehen soll, braucht dafür Bildung.

Hier wird meiner Meinung nach im vorliegenden Antrag der richtige Punkt angesprochen. Wir müssen mehr politische Bildung in die Schulen bringen, damit Populisten, Extremisten und religiöse Fanatiker keinen Nährboden finden. Wir müssen den Schülern und Schülern deutlich machen, dass Rechts- und Linksextremismus gleichermaßen gefährlich sind und dass Gewalt, egal von welcher politischen Seite sie motiviert ist, bekämpft werden muss.

Wenn wir heute auf den Straßen Jugendliche ansprechen und nach politischen Personen oder geschichtlichen Ereignissen fragen, so sind die Ergebnisse häufig erschreckend, ohne dass die heutigen Schüler dümmer wären. Das zeigt doch, dass wir bei der Vermittlung von Bildung Fehler machen.

Politische Bildung gibt es in Europa seit dem 5. Jahrhundert vor Christus.

(Lachen von Gunhild Böth [LINKE])

Dies belegen Schriften von Aristoteles und Cicero. Wie viele Schüler kennen heute noch diese Namen?

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Fragen nach der Geschichte der DDR. Bei einer „Spiegel“-Umfrage zur deutschen Geschichte gaben 30 % der befragten Schüler an, dass Willy Brandt und Konrad Adenauer Politiker der DDR gewesen seien. Über 25 % kannten Helmut Schmidt und Ludwig Erhard überhaupt nicht. Weitere 25 % gaben an, die DDR sei keine Diktatur gewesen – darunter wahrscheinlich meistens diejenigen, die die Linke wählen.

(Zurufe von der LINKEN: Na, na, na!)

Aufgrund dieser für mich erschreckenden Aussagen wäre es sinnvoll, zu prüfen, wie Geschichte und Politik den Schülern besser vermittelt werden können.

Bei den Inhalten müssen wir genauer hinsehen. Zum Beispiel gehörten bei Schülerwettbewerben

zur politischen Bildung so wichtige Themen wie „Traumfabrik Castingshow?“ und „Regenbogenland Südafrika“ zu den Schwerpunkten. Ich frage mich, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, einmal Personen aus den Gründerjahren der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945 und 1949 oder dem Kalten Krieg als Schwerpunktthema zu nehmen.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Mit Ihnen als Referent!)

Neben der Stärkung der politischen Bildung müssen wir aber auch über die Gefahren von Rechts- und Linksextremismus aufklären. Die Zahlen des vergangenen Jahres belegen, dass wir nicht nur auf Gewalttäter auf der rechten Seite achten müssen, sondern auch linke Gewalttäter beobachten müssen.

Wie das Bundesministerium des Innern 2010 darlegte, ist politisch motivierte Kriminalität im rechten Lager seit 2006 stabil bis rückläufig. Dabei fallen rechte Gewalttäter hauptsächlich durch Vandalismus und Sachbeschädigung auf,

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Sie vergessen die drei toten Polizisten in Dortmund, die von Neonazis umgebracht wurden sind!)

während linken Gewalttätern neben Vandalismus besonders körperliche Angriffe zur Last gelegt werden.

Linksextreme Gewalttaten sind 2009 um 56,3 % gestiegen. Woran könnte das liegen? Eine Art Verharmlosung linker Gewalt durch Medien und Politik sowie eine fehlende oder lückenhafte politische Bildung könnten Erklärungsansätze sein. Wer in Medien die Berichterstattung über linke Gewalt verfolgt, gewinnt teilweise den Eindruck, sie hätte eine moralische Rechtfertigung – eine Form verklärter Robin-Hood-Mentalität.

Aufgrund unserer deutschen Geschichte werden rechts motivierte Straftaten immer noch als gefährlicher dargestellt als links motivierte Gewalt. Das kann meines Erachtens nicht richtig sein. Gewalt ist falsch, egal von welcher Seite sie begangen wird.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Das stimmt! – Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Völlig okay!)

Es darf keine gute und schlechte Gewalt geben.

(Beifall von der FDP)

Dazu gehört aber auch, die Morde an der innerdeutschen Grenze nicht zu verharmlosen. Wer die Tötung von Menschen durch eine kommunistische Diktatur verharmlost oder gar leugnet, gibt linken Gewalttätern freie Fahrt.

(Beifall von der FDP)

Hier muss man ganz deutlich sagen, dass wir in Nordrhein-Westfalen auch mit keinem guten Bei-

spiel vorangehen. Hannelore Kraft wäre nicht Ministerpräsidentin geworden ohne die Unterstützung der Linken,

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Ohne die Linke gäbe es auch keinen Landtagspräsidenten!
Bleiben Sie also bitte bei der Wahrheit!)

in deren Reihen heute noch behauptet wird, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen. Das ist häufig schwer vermittelbar.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Herr Uhlenberg ist auch von uns gewählt worden!)

Extremismus und Gewalt an beiden äußereren Rändern des politischen Spektrums dürfen kein Grund zur Beruhigung sein. Sie sind ein Grund zur doppelten Beunruhigung und eine doppelte Herausforderung für unsere wehrhafte Demokratie.

Deshalb sagen wir als NRW-CDU Ja zu einem entschlossenen Kampf gegen jede Form von Intoleranz, Hass und Gewalt – ganz gleich, aus welcher politischen Ecke sie kommt.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Sie bekämpfen sich selber?)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Bolte?

Stefan Wiedon (CDU): Nein. – Ich möchte mit einem Zitat des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler schließen:

„Die Ächtung von Gewalt und die Vermittlung von gegenseitiger Achtung auf der Basis grundlegender Werte ist indes nicht nur ein Thema für die Schule, sondern für die gesamte Gesellschaft.“

Der Überweisung in den zuständigen Ausschuss werden wir selbstverständlich zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Wiedon. – Für die SPD-Fraktion hat nun Kollege Ott das Wort.

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe FDP, der Antrag ist eine fortgesetzte Unverschämtheit – Lyrik ohne Fundament, gerade in diesem Haus –,

(Ralf Witzel [FDP]: Bitte? Was?)

und zwar aus folgendem Grund – wir haben in der letzten Periode hier schon darüber gesprochen –: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist seit über 150 Jahren eine demokratische Partei, deren Mitglieder unter Monarchisten, Nationalisten und

Militaristen, unter Faschisten und Kommunisten in Gefängnissen gesessen haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Wer bestreitet das denn?)

Wenn Sie hier versuchen, uns eine Geschichtsstunde zu erteilen, ist das einfach eine Unverschämtheit.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wir als Sozialdemokraten sind stolz auf die Geschichte unserer Partei. Wir sind stolz darauf, dass unabhängig von Wahlergebnissen und unabhängig von geschichtlichen Begebenheiten die Sozialdemokraten gestanden haben. Deshalb haben Sie uns nichts zu der Frage zu sagen, wie man ein anständiger Demokrat ist.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Sie sind aber schlecht drauf!)

Während wir, die Sozialdemokraten, unter anderem mit Otto Wels an der Spitze gegen das Ermächtigungsgesetz angetreten sind, haben andere sich anders verhalten.

Weil Lesen manchmal bildet, habe ich extra ein Geschichtsbuch aus der Schule mitgebracht, das im Klett Verlag erschienen ist. Mit Genehmigung des Präsidenten darf ich aus diesem Geschichtsbuch für die Klasse 10 eine interessante Quelle zitieren. In seinem Plädoyer als Staatsanwalt hat Hans Ehard am 21. März 1924 im Hochverratsprozess gegen Adolf Hitler Folgendes gesagt:

Über seine Parteipolitik – die von Adolf Hitler – habe ich kein Urteil zu fällen. Ein ehrliches Streben aber, in einem unterdrückten und entwaffneten Volke den Glauben an die deutsche Sache wiederzuerwecken, bleibt sein Verdienst.

Er führt dann weiter aus, welch toller Gesinnung dieser Mann war. – Dieser Staatsanwalt war später – 1946 bis 1954 und 1960 bis 1962 – Ministerpräsident von Bayern.

(Zurufe von der SPD und von der LINKEN:
Hört, hört!)

Verehrte Damen und Herren, das ist ein Stück Wahrheit, auf die man stößt, wenn man sich die Geschichte unseres Landes anguckt. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg haben viele, die dem Faschismus sehr positiv gegenübergestanden haben, gerade aus den sogenannten bürgerlichen Parteien, in dieser Republik Karriere gemacht.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wenn wir uns dann die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik anschauen, stellen wir fest, dass über 500.000 Mitglieder in den Ostparteien von CDU und FDP waren, die als Blockflöten

über viele Jahre mitgespielt und mit entschieden haben.

(Beifall von der LINKEN)

Interessanterweise hat nach den Jahren 1989/90 die FDP ihre Mitgliederzahl verdreifacht. Die CDU hat die Mitglieder übernommen. Das Parteivermögen haben sie ebenfalls einbezogen.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Das ist Ihre Art Aufarbeitung der Geschichte.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Verehrte Damen und Herren, es geht um die Frage, wie hier ehrlich mit Geschichte umgegangen wird. Es ist in den letzten 150 Jahren immer die Sozialdemokratie gewesen, die sich Diktaturen und undemokratischem Verhalten entgegengestellt hat.

Aber gleichzeitig weise ich darauf hin, dass auch in der Gegenwart insbesondere auch einige Parlamentarier aus diesem Raum in Kreistagen mit Rechtsradikalen abgestimmt haben. Beispielsweise im Erftkreis bei der Frage der Optionskommune haben Sie sehr dankend auf die Stimmen von „pro NRW“ zurückgegriffen, um dort eine Entscheidung durchzusetzen. Das sind die Realitäten.

Dann eine solche Diskussion und eine solche Belehrung abzuhalten, halten wir schlachtweg für falsch.

Im Übrigen möchte ich deutlich machen, dass uns die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus zu nichts führt.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Faschismus ist als Idee ein Verbrechen. Der Kommunismus war eine Utopie ähnlich wie die Utopie der Urkatholiken, des Urchristentums. Es hat sich gezeigt, dass der Versuch, es umzusetzen, immer nur verbrecherisch gelungen ist.

Deshalb, verehrte Damen und Herren, ist eines ganz wichtig: Man muss sich kritisch mit diesen Diktaturen auseinandersetzen. Eine Gleichsetzung hilft uns nicht weiter.

Wenn wir dann – wie in Ihrem Antrag – mit einem Gesinnungsaufsatzen oder in Sonntagsreden die mangelnde Auseinandersetzung der Jugendlichen damit beklagen, dann stellen wir doch auch einmal die Frage: Was haben Sie denn in Ihrer Bildungspolitik getan, um dafür zu sorgen, dass sich die Jugendlichen mehr mit politischer Bildung auseinandersetzen?

Sie haben G8 eingeführt, die Schulzeit verkürzt und gleichzeitig dafür gesorgt, dass Deutsch, Englisch, Mathe und die erste Fremdsprache natürlich von besonderer Bedeutung sind. Sie haben aber nicht die Lehrpläne des Geschichtsunterrichts und des SoWi-Unterrichts angepasst, sondern im Gegenteil:

Im Geschichtsunterricht musste sozusagen dasselbe Spektrum unterrichtet werden, wie es bei G9 auch der Fall gewesen ist, was kaum zu schaffen ist.

Sie haben dafür gesorgt, dass viele Kolleginnen und Kollegen an den Wettbewerben eben gar nicht mehr teilnehmen, weil sie so belastet sind, dass sie gar nicht die Muße haben, sich darüber hinaus damit zu beschäftigen.

Sie haben dafür gesorgt, dass an den Schulen ein Klima entstanden ist, dass vor Klassenfahrten nach Berlin gefragt wird: Was fällt dann für Unterricht aus? Welche klausurrelevanten Fächer sind denn betroffen? -Das Ergebnis ist, dass Fahrten zum Deutschen Bundestag zurückgegangen sind und zumindest bei denen, die sie organisieren, schwieriger durchzusetzen sind.

(Ralf Witzel [FDP]: 98 % der Schulen haben sich doch für G8 entschieden!)

Ähnliches gilt für Fahrten nach Düsseldorf. Viele Lehrer haben Sie mit Ihrer Schulpolitik frustriert.

Wenn ich daran erinnern darf: Die Redensart, dass Sozialwissenschaften und andere Fächer im gesellwissenschaftlichen Bereich Laberfächer sind, ist nun wirklich keine Erfindung der Sozialdemokratie, sondern von anderen in diesem Hause.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Verehrte Damen und Herren, last but not least haben Sie die demokratische Beteiligung der Schülerinnen und Schüler abgeschafft, anstatt mit den Jugendlichen vor Ort zu üben. Zum Beispiel haben Sie die Drittelparität abgeschafft

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

und den Jugendlichen damit die aktive politische Beteiligung genommen.

Verehrte Damen und Herren, für die Sozialdemokraten steht fest: Der Kampf gegen Extremisten und gegen Undemokraten wird auch in den nächsten 150 Jahren unserer Geschichte ein Hauptbestandteil unserer Arbeit sein. Wir stehen zu dieser demokratischen Tradition. Wir stehen dazu, Schule zu demokratisieren, politische Bildung zu stärken und dafür zu sorgen, dass unsere Jugendlichen wirklich ernst genommen werden. Aber dann lassen Sie in Ihrer Schulpolitik Taten folgen und schreiben nicht einfach nur Gesinnungsaufsätze und Sonntagsreden. – Danke.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ott. – Für die grüne Fraktion hat Frau Kollegin Schäffer das Wort.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Pieper-von Heiden, ich bin schon sehr darüber erstaunt, welches eingeschränkte Bild Sie von politischer Bildung haben, deren Vermittlung uns als Abgeordneten hoffentlich allen sehr wichtig ist. In Ihrem Antrag findet sich leider recht wenig zur Vermittlung und Umsetzung von Demokratieerziehung. Auch die Erziehung zur Mündigkeit als Voraussetzung von Partizipation an demokratischen Prozessen nimmt wenig Raum in Ihrem Antrag ein. Die Aufgaben und die Ziele der politischen Bildung sind nicht die Arbeit gegen Extremismus, wie Sie in Ihrem Antrag schreiben, sondern das Ziel ist es doch, Demokratiebewusstsein zu schaffen.

Dazu gehört, dass das Interesse am politischen Geschehen geweckt wird. Dazu gehört, dass Voraussetzungen für eine eigene Urteilsfähigkeit geschaffen werden. Dazu gehört die Identifizierung mit demokratischen Werten. Dazu gehört auch, den Blick dafür zu schärfen, dass eine pluralistische Gesellschaft nur ohne Ausgrenzung funktionieren kann.

Zweifelsohne ist das Wissen über deutsche Geschichte, das Wissen über die Zeit des Nationalsozialismus ebenso wie das Wissen über das Unrechtsregime der DDR wichtig, auch um unsere demokratischen Werte anerkennen und wertschätzen zu können.

Wir stehen zu der Verantwortung, die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus im kollektiven Gedächtnis wachzuhalten. Wir wollen deshalb die Erinnerungsarbeit an die Schoah in den Schulen, an außerschulischen Lernorten und in der Erwachsenenbildung verankern und fördern.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Im Gegensatz zu der Darstellung in Ihrem Antrag findet politische Bildung eben nicht nur in der Schule statt, sondern ist ein ganz wesentlicher Bestandteil der Arbeit von Jugendorganisationen, demokratischen Parteien, von offener Jugendarbeit, von den Gewerkschaften, aber auch von den Sportvereinen und den kirchlichen Jugendgruppen.

(Ralf Witzel [FDP]: Ja, sicher!)

Dort, wo ein demokratisches Miteinander und aktive Teilhabe an demokratischen Prozessen ermöglicht und gelebt werden, hat politische Bildungsarbeit ihren Platz.

(Ralf Witzel [FDP]: Wer bestreitet das denn?)

Die Möglichkeit der Anwendung, die Erfahrung und Erlebbarkeit von Teilhabe sind für uns als grüne Fraktion entscheidend. Deshalb haben wir auch hier gemeinsam mit der SPD konkrete Schritte für mehr Demokratie in Nordrhein-Westfalen unternommen. Deshalb haben wir die Drittelparität in den Schulkonferenzen wieder eingeführt. Deshalb werden wir

auch ein Demokratiepaket auf den Weg bringen, das unter anderem die Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre vorsieht. Denn Jugendliche sind nicht so politikverdrossen, wie es immer behauptet wird. Ganz im Gegenteil: Jugendliche wollen mitentscheiden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Aber ich werde bei Ihrem Antrag leider den Eindruck nicht ganz los, als ginge es Ihnen hier gar nicht so sehr um das Thema „politische Bildung“, sondern als ginge es Ihnen vor allen Dingen darum, eine ideologisch aufgeblähte Debatte über die Ausweitung der Programme des Bundes – da hat es angefangen – gegen Rechtsextremismus auf den Bereich Linksextremismus, die derzeit auf Bundesebene tobt, hier in den Landtag von Nordrhein-Westfalen zu tragen.

Ich sage Ihnen auch meine Meinung dazu: Ich halte es für falsch und auch den Realitäten nicht angemessen, wenn man Links- und Rechtsextremismus hier in einem Atemzug nennt, so wie Sie es in Ihrem Antrag machen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Genauso falsch ist es, den Trägern von Projekten gegen Rechtsextremismus abzuverlangen, die Treue zum Grundgesetz externer Referentinnen und Referenten sowie Partnerorganisationen zu überprüfen, wie es derzeit die Bundesfamilienministerin mit ihrer Extremismusklausel vorsieht. Damit bringt Frau Schröder den zivilgesellschaftlichen Projekten, die sich seit Jahren für Demokratie engagieren, ein Misstrauen entgegen. Sie stellt sie unter Generalverdacht, was nicht gerade demokratieförderlich ist.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Sie haben den Antrag nicht gelesen!)

Und Frau Schröder verkennt damit auch völlig die Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft, die von rechts kommt.

Seit 1990 sind in Nordrhein-Westfalen über 20 Menschen von Neonazis getötet worden. Politisch links motivierte Tötungsdelikte sind mir für diesen Zeitraum nicht bekannt. Tagtäglich werden in Nordrhein-Westfalen Menschen Opfer von rassistischer Diskriminierung und rechtsextremer Gewalt. Sie müssen sich nur im Raum Dortmund und Aachen umschauen. Dort finden Sie eine gestiegene Gewaltbereitschaft von autonomen Nationalisten und von freien Kameradschaften vor.

(Unruhe)

Und was Sie dabei auch nicht erkennen dürfen, ist, dass Rassismus und Rechtsextremismus keine Randphänomene sind. Vielmehr sind Rassismus, Homophobie, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus

in der Mitte der Gesellschaft verankert, und sie sind auch unabhängig von gesellschaftlicher Schicht, Alter und Geschlecht.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Gerade deshalb sind wir als Demokratinnen und Demokraten, die in dieses Parlament gewählt sind, diejenigen, die dafür sorgen müssen, dass es geeignete Maßnahmen gegen Rechtsextremismus gibt, die so verzahnt werden, damit wir antidemokratischen Tendenzen wirkungsvoll entgegentreten können.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Und gegen Linksextremismus wollen Sie nichts tun?)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Frau Kollegin Böth.

Gunhild Böth (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Also, Frau Pieper-von Heiden, wir gehören doch zur gleichen Alterskohorte. Das bedeutet, wir haben auch ...

(Jochen Ott [SPD]: Davon merkt man aber nichts! – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ich bin älter als Sie!)

– Ich sagte: zur gleichen Alterskohorte. Sehen Sie, Sie wissen noch nicht einmal etwas mit dem Begriff anzufangen. Das wird hier immer schlimmer.

(Beifall von der LINKEN – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Das ist ein anderes Jahrzehnt!)

– Im sozialwissenschaftlichen Unterricht hätte man gelernt, was das ist. Darauf wollte ich gerade hinaus.

Wir beide haben so etwas alles nicht gehabt. Wir beide haben einen Geschichtsunterricht gehabt – der war noch in derselben merkwürdigen Qualität –, in dem Faktenhuberei betrieben wurde, in dem wir kein kritisches Quellenstudium betrieben haben und in dem wir uns erst recht nicht eine eigene Meinung bilden sollten. Vielmehr haben wir immer vorgesetzt bekommen, was wir zu denken hatten. Und neben dem, was wir zu denken hatten, gab es nichts anderes.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Das war bei Ihnen so!)

Wir haben ganz viele Jahreszahlen auswendig gelernt. Wir haben ganz viele Einzelpersonen auswendig lernen müssen. Wir mussten lernen, von wann bis wann sie lebten und was sie gemacht haben.

(Jochen Ott [SPD]: Drei, drei, drei!)

– „Drei, drei, drei“ ist so ein nettes Beispiel dafür; das kennt auch jeder.

Also, dieser Antrag und all das, was Sie gesagt haben, entbehren wirklich jeder Kenntnis unseres Geschichtsunterrichts in Nordrhein-Westfalen. Das ist das große Problem an diesem Antrag. Entschuldigung, aber mit Verlaub: Sie haben wirklich keine Ahnung von Geschichtsunterricht.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Was sagte Herr Wiedon vorhin? – Da fängt man bei Adam und Eva an. Also, Sie haben bei Aristoteles angefangen. Es gibt auch welche, die im alten Ägypten anfangen und irgendwann im Heute ankommen wollen. Das ist die Vorstellung von unglaublich konservativen Geschichtsdidaktikern, und ich freue mich, dass wir es vielleicht in diesem Landtag hinkriegen, die Didaktik des Geschichtsunterrichts irgendwann auf einen neuen Stand zu bringen.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Das würde nämlich bedeuten, dass sich Kinder bereits in der Grundschule damit beschäftigen, so nach dem Motto: Wo komme ich eigentlich her? Was mache ich eigentlich heute? Was haben Mama und Papa gemacht, als sie in meinem Alter waren? – Dann können sie es reflektieren.

Das wäre ein sinnvoller Geschichtsunterricht,

(Jochen Ott [SPD]: Ich dachte, das ist Biologie!)

und dann – und das klagen Sie immer ein – wüssten die Kinder zum Beispiel, dass die Frau Ministerpräsidentin bei Enthaltung der Linken gewählt worden ist. Schließlich wollten Sie plötzlich auch, dass das im Geschichtsunterricht behandelt wird.

Ich kann nur sagen. Sie sind auf dem Stand, auf dem wir früher Geschichtsunterricht hatten: Faktenhuberei, Einzelverfahren, Jahreszahlen und möglichst auch noch Abstimmungsergebnisse im Landtag auswendig lernen. So wird einem das Hirn mit all seinen Einzelteilen vernebelt, aber man hat nie gelernt, strukturell zu denken und die Frage zu stellen, wem es eigentlich nützt.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Dann erklären Sie es doch mal!)

Und weil Sie versuchen, uns mit dem Antrag in irgendeiner Art und Weise zu treffen, kann ich nur sagen: Es ist grauenhaft, wie Sie argumentieren. Ich hatte mich auf alles Mögliche hier vorbereitet, aber nicht auf so eine flache Argumentation.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie röhren also alles zusammen. Die DDR ist für Sie plötzlich das Referenzsystem von Linksextremen, Autonomen oder wem auch immer. Diese haben alle möglichen Referenzsysteme, aber ganz bestimmt nicht die DDR. Vielleicht machen Sie sich einfach mal sachkundig.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann muss man auch einmal Folgendes zum Politikunterricht und Sozialwissenschaftsunterricht – der Kollege Ott hat schon darauf hingewiesen – sagen: Entschuldigung, aber mit Verlaub, es war die FDP, die sich dafür starkgemacht hat, dass dieser entpolitisert worden ist.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich habe bis letzten Mai Politik und Sozialwissenschaften unterrichtet. Wir hatten einmal Zeiten, in denen wir ein Drittel soziologische Themen, ein Drittel politische Themen und ein Drittel ökonomische Themen behandelt haben. In der Zwischenzeit hauen wir in der Oberstufe des Gymnasiums nur noch die Ökonomie rauf und runter. Das ist die eigentliche Katastrophe, um die es geht.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: So ist es, Frau Kollegin!)

Stattdessen sollten politische Fragen und Zusammenhänge behandelt werden. Ich denke beispielsweise an das Thema Demokratietheorie oder die Frage, was eigentlich in unserem politischen System passiert. Es geht zum Beispiel darum – und auch das wird im Geschichtsunterricht der Sekundarstufe I diskutiert –, wie es eigentlich vor 1989 gewesen ist. Dazu finden Sie in jedem Geschichtsbuch etwas. Sie müssen nur einmal hineingucken. Es ist doch überhaupt nicht so, als ob das nicht als fester Bestandteil in jedem Unterricht diskutiert und gelehrt würde.

Insofern dient das, was Sie aufgrund Ihrer Unkenntnis hier ausgebreitet haben, einfach nur dem Zweck, irgendwelche Personen oder Parteien zu desavouieren. Die Unkenntnis, die Sie hier ausgepackt haben, ist unermesslich abgrundtief. Ich weiß gar nicht, wie ich das bezeichnen soll.

Und was die Fragen angeht: Das ist ja wie ein schwarzes Loch. Jedes Mal, wenn man fragt, wird das Loch größer.

(Heiterkeit)

Das Problem ist, dass Ihre Argumentation nichts mit der Realität an unseren Schulen zu tun hat.

Frau Pieper-von Heiden, die Klage, dass junge Menschen dies und das nicht wissen, ist so alt, wie es die Schule gibt. Schon die alten Griechen haben sich über ihre Jugendlichen beklagt, dass sie das nicht wussten, was sie selbst wussten. Auch Go-

the hat sich darüber beklagt, dass die Jugend nichts taugt und nichts weiß. Mit der Art „Ich weiß ein Faktum und will, dass mein Kind dieses Faktum auch weiß“ kämpfen Lehrerinnen und Lehrer an jeder Schule. Papi kommt nämlich am Elternsprechtag an die Schule und sagt: „Wenn ich meinem Kind den Atlas auf die Knie lege und sage: „Sag mir mal, wo hin ich in Urlaub fahren soll“, – das ist noch aus Zeiten vor den Navigationsgeräten –, „merke ich, dass es sich gar nicht auskennt.“ Wenn das Kind dann nicht die Hauptstädte wusste, dann kamen die in die Schule gelaufen und fragten, was die heutzutage im Erdkundeunterricht lernen.

Genau das ist das, was Sie jetzt machen: Warum wissen die nicht, dass die Ministerpräsidentin mit den Stimmen der Linken – das behaupten Sie dann auch noch; das ist falsch – gewählt worden ist? Warum wissen die dieses und jenes nicht? – Warum sollen die das wissen? Das kann man alles nachgucken. Wir haben irgendwann einmal gelernt, dass es um Strukturen, Zusammenhänge und Beurteilungen geht. Genau das wird im Geschichtsunterricht gemacht. Und dabei wollen wir auch bleiben.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Böth. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP greift mit ihrem Antrag ein Thema auf, zu dem die Regierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Koalitionsvertrag klare Aussagen gemacht hat – ich zitiere –:

„Wir werden antidemokratischen Tendenzen in jeglicher Form entschieden entgegentreten.“

(Beifall von der FDP)

Wir als Regierung nehmen diese Aufgabe sehr ernst. Denn ohne das Bewusstsein dafür, dass es unantastbare Rechtsgüter und Grundrechte gibt, ohne die Einsicht, dass mehr notwendig ist als bloß formale, politisch gleichgültige Gesetzestreue, ohne das ist jede Demokratie zum Scheitern verurteilt.

Unsere Schülerinnen und Schüler müssen deshalb wissen, wie Recht und Politik, Recht und Demokratie zusammenhängen und wie empfindlich und verletzlich dieses Verhältnis ist. Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts ist ein bedrückendes Lehrstück dafür. Die Erfahrungen in der Weimarer Republik und vor allem die Erfahrungen in der NS-Diktatur und der Diktatur der SED haben sehr nachdrücklich und schmerhaft gezeigt, wie schnell man die Demokratie auf scheinbar legalem Wege aushöhlen kann. Diese Erfahrungen haben gezeigt, wie schnell man Recht und Gesetz zum Instrument

der Verfolgung umbiegen kann, wenn die Achtung vor den Grundrechten und dem demokratischen Rechtsstaat fehlt.

Meine Damen und Herren, die Debatte um die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit hat seinerzeit mit vielen Ambitionen begonnen. Dabei hat sicherlich eine wichtige Rolle gespielt, dass das kommunikative Beschweigen der Vergangenheit, wie man es in der alten Bundesrepublik nach 1945 lange geübt hatte, nach 1989 in Bezug auf die SED-Diktatur nicht wieder geschehen sollte. Seither haben sich zwei große parlamentarische Enquetekommissionen mit der Geschichte des SED-Staats befasst. Es gibt viele entsprechende Lehrstühle, Forschungsprogramme und Institutionen, von denen die sogenannte Gauck-Behörde, dann Birthler- und jetzt Jahn-Behörde die wohl prominenteste ist. Das alles ist beeindruckend und möglicherweise sogar einzigartig.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Erfahrungen sind längst wesentlicher Bestandteil der historisch-politischen Bildungsarbeit auch und vor allem in den Schulen unseres Landes. Was Demokratie und Rechtsstaat bedeuten und was sie wert sind, das müssen Schülerinnen und Schüler lernen. Zu diesem Bewusstsein hin muss man Schülerinnen und Schüler auch erziehen. Dies können wir gerade anhand der vielen Beispiele des Unrechts in der deutschen Geschichte tun. Deshalb sehen unsere Lehrpläne vor, dass sich die Schülerinnen und Schüler in der gebotenen Differenziertheit mit der Thematik auseinandersetzen.

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung unterstützt die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer durch Hinweise auf Unterrichtsmaterialien, Unterrichtsprojekte und Wettbewerbe. Wir ermuntern die Schulen des Landes, jedes Jahr am 9. November einen Projekttag durchzuführen, der sich mit diesem Schreckenstag der deutschen Geschichte auseinandersetzt. Wir haben damit einen Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 18. Juni 2009 umgesetzt.

Im Amtsblatt werden immer wieder Hinweise auf Materialien abgedruckt, die den Lehrkräften eine zeitgemäße Behandlung des Themas erleichtern.

Die Landeszentrale für politische Bildung veranstaltet für Jugendliche und pädagogische Fachkräfte die Präventionstage für Demokratie gegen Rechts-Extremismus.

Der Verfassungsschutz führt regelmäßig Fortbildungen für Lehrerkollegien sowie Lehreramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter durch.

Meine Damen und Herren, ich hoffe wir sind uns einig: Unsere Schulen müssen Sorge dafür tragen, die unserer Verfassung zugrunde liegenden Werteauffassungen an die Schülerinnen und Schüler heranzutragen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Dazu bedurfte es Ihres Antrags, meine Damen und Herren von der FDP, nicht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Vielmehr müssen wir unser Augenmerk darauf richten, dass diese Werte nicht gelernt werden können wie Vokabeln und Formeln. Das ist der entscheidende Punkt. Unsere Schülerinnen und Schüler müssen diese Werte reflexiv prüfen, sich entscheiden und sie sich aneignen. Nur so geht das. Wir in Nordrhein-Westfalen legen bei der Erziehung zur Demokratie großen Wert darauf, dass diese Erziehung zu den Grundwerten der Demokratie ein zweites wesentliches Fundament erhält, auf das Sie in Ihrem Antrag leider nicht weiter eingehen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP: die Schaffung einer Schul- und Lernkultur, in der Demokratie gelernt und gelebt wird. Auch damit setzen wir einen Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 6. März 2009 um. Dort heißt es – ich zitiere –:

„Wir wissen: Demokratie ist nicht selbstverständlich; sie musste in einem langen historischen Prozess errungen werden. Demokratie ist stets aufs Neue Gefahren ausgesetzt. Dies zeigt die deutsche Geschichte mit zwei Diktaturen im 20. Jahrhundert.“

Dort heißt es aber auch:

„Die Schule selbst muss Handlungsfeld gelebter Demokratie sein, in dem die Würde des jeweils Anderen großgeschrieben, Toleranz gegenüber anderen Menschen und Meinungen geübt, für Zivilcourage eingetreten wird, Regeln eingehalten und Konflikte gewaltfrei gelöst werden.“

So weit die Kultusministerkonferenz.

Diesen Ansprüchen gerecht zu werden, unterstützen wir unsere Schulen nach Kräften. Auch die Einführung der Drittelparität – Herr Ott hat darauf hingewiesen – ist dafür ein wichtiges Beispiel. Nur wenn man Demokratie selbst erlebt und praktiziert, weiß man um ihren Wert.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

So wird man gestärkt in der Auseinandersetzung und beim Aushandeln von Kompromissen.

(Ralf Witzel [FDP]: Kopfnoten! – Gegenruf von Jochen Ott [SPD]: Kopfnoten sind extrem demokratisch, Herr Witzel! – Weitere Zurufe)

– Herr Witzel, ich erlaube mir, daran zu erinnern, dass ich es nicht als Beitrag zur demokratischen Bildung empfinde, wenn ein Fraktionsvorsitzender die Debatten und die Auseinandersetzungen in diesem Parlament als „Quasselbude“ bezeichnet hat. Das war kein Geringerer als der ehemalige Fraktionsvorsitzende Möllemann. So weit zu Ihrem An-

spruch und der Wirklichkeit, was Demokratie und Wertschätzung der demokratischen Institutionen angeht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will, weil es wichtig ist, politische Bildung an Projekten deutlich zu machen, mir abschließend erlauben, aus aktuellem Anlass ein Beispiel zu nennen. In Solingen gibt es seit Neuestem ein sehr interessantes Museum, das Zentrum für verfolgte Künste. Dort habe ich die Ehre gehabt, am vergangenen Sonntag die bemerkenswerte Ausstellung „Entdeckte Moderne“ zu eröffnen. Darin sind Werke verfemter Künstlerinnen und Künstler zu sehen: aus der Nazi-Zeit, aber auch aus der Diktatur der DDR.

Ich kann nur allen Kolleginnen und Kollegen empfehlen – die Ausstellung ist bis Ende März zu sehen –, diese Ausstellung zu besuchen. Ich kann bei dieser Gelegenheit Lehrerinnen oder Lehrer, wenn sie diese Debatte gerade verfolgen oder nachlesen, nur ermuntern, mit ihren Schülerinnen und Schülern diese Ausstellung zu besuchen. Sie ist nicht nur Kunst-, sondern auch Politikunterricht und lehrt sehr viel über die deutsche Geschichte.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Ich finde: Nordrhein-Westfalen hat einen guten und richtigen Ansatz. Dieser Koalition und dieser Regierung ist die politische Bildung in Schule und anderswo sehr wichtig. Wir sollten alle gemeinsam daran mitwirken, diese demokratische Tradition zu stärken und für Schülerinnen und Schüler immer wieder neu erlebbar zu machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Jostmeier das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Werner Jostmeier (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei uns im Landtag von Nordrhein-Westfalen gab es Zeiten, in denen man bei bestimmten Themen Konsens zwischen allen im Landtag vertretenen Parteien hatte. Das waren in der Vergangenheit vier Parteien.

Ich darf ein Beispiel nennen: Im August 2008 haben wir mit allen vier Parteien einen gemeinsamen Antrag mit dem Titel „Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen keine Chance geben!“ verabschiedet. Wenn Sie das nachlesen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Rot-Grün:

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Wenn, dann heißt das Rot-Grün-Rot!)

Drucksache 14/5832.

(Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann)

– Frau Löhrmann, so ein Totschlagargument passt einfach nicht in diese Debatte.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Wir haben am 10. Dezember 2009 im Hauptausschuss unter Tagesordnungspunkt 5 den Bericht zur Prävention des Extremismus behandelt. Wir haben – ich darf mit Genehmigung der Frau Präsidentin aus dem Protokoll zitieren – uns beide, Frau Löhrmann, damals durchaus bei der Wortmeldung unterstützt. Sie haben gefragt, wie es kommen könne, dass ein signifikanter Anstieg von 67 % bei antisemitischen Straftaten zu registrieren sei. Ich habe eine ähnliche Frage gestellt: Wie kommt es, dass die Gewalttaten gegen Polizistinnen und Polizisten um mehr als 50 % gestiegen sind? Bei der Diskussion, die wir dann zu den Ursachen geführt haben, waren unsere Positionen sehr deckungsgleich.

Vor diesem Hintergrund, Herr Kollege Ott, frage ich Sie: Wer hat Ihnen nur diese Rede aufgeschrieben?

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Das frage ich mich auch!)

Sie war völlig neben der Sache, völlig neben dem, was uns gemeinsam verbindet, und völlig neben den Zielen, die wir gemeinsam verfolgen können.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich darf um Nachsicht bitten.

(Jochen Ott [SPD]: Sie fühlen sich getroffen!)

Die Wortwahl war daneben. Und auch von der Sache und von der Argumentation her war sie daneben.

(Jochen Ott [SPD]: Ihre eigene Geschichte ist Ihnen unangenehm! Das ist schon klar! – Gegenruf von Stefan Wiedon [CDU])

Sie mögen mit dem Argument Recht haben: Allein die Idee des Faschismus war ein Verbrechen. – Jawohl, da stimme ich Ihnen zu.

Dann sagen Sie: Die Idee des Kommunismus war gut, aber das Ergebnis war schlecht.

(Britta Altenkamp [SPD]: Nein, das hat er nicht gesagt! – Jochen Ott [SPD]: Das ist unerhört!)

Die Millionen Menschen, die in den Stalin'schen Guлаг-Lagern umgekommen sind, sind unter dem Rubrum des Kommunismus genauso menschenunwürdig behandelt worden.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Sie haben es immer noch nicht verstanden! Das ist Ihr Problem! – Weitere Zurufe)

Wieso kommen Sie mit so einem Quatsch? Wieso kommen Sie mit so einem Unsinn?

(Jochen Ott [SPD]: Sie haben es immer noch nicht verstanden! Sie sollten in den Geschichts- oder Philosophieunterricht gehen! – Weitere Zurufe)

Vor diesem Hintergrund, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit verteidigt und gelebt werden. Der Demokratieerziehung kommt in den Schulen dabei eine zentrale Verantwortung zu.

(Gunhild Böth [LINKE]: Genau!)

Ich finde den Text, den die Kollegen der FDP vorgelegt haben, gut und richtig.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Sehen Sie, das unterscheidet uns! – Jochen Ott [SPD]: Das unterscheidet uns eben!)

Ich würde sogar sagen: Wenn sich viele von uns diesen Text von Jahr zur Jahr durchlesen und die entsprechenden Folgerungen daraus ziehen würden, welche Gemeinsamkeiten wir haben, wären wir, meine ich, ein ganzes Stück weiter.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Jostmeier, die Frau Abgeordnete Beer möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie sie zu?

Werner Jostmeier (CDU): Gern, aber natürlich.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich bedanke mich, sehr geehrter Kollege. – Sie betonten gerade die Gemeinsamkeiten. Sind Sie dann auch bereit, wenn Sie sich die Rede von Herrn Ott im Protokoll durchlesen, das zurückzunehmen, was Sie gerade gesagt haben, und ihre Aussagen zu korrigieren, weil das eine völlig Fehlinterpretation war? Ich nehme an, dass Sie das falsch gehört haben. Denn das würde der Gemeinsamkeit einen deutlichen Auftrieb geben.

Wären Sie bereit, das zuzugestehen, wenn Sie das lesen, auf Herrn Ott zuzugehen und Ihre Äußerung zurückzunehmen?

Werner Jostmeier (CDU): Ich bin gern bereit, mir das Protokoll durchzulesen und mit Herrn Kollegen Ott eine Tasse Kaffee zu trinken, während wir über seine Ausführungen sprechen. Das können wir gern machen.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Dann werden wir das tun! – Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Jostmeier, es gibt eine weitere Zwischenfrage, und zwar von der Abgeordneten Conrads. Wollen Sie sie zulassen?

Werner Jostmeier (CDU): Bitte, natürlich.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Frau Conrads.

Anna Conrads (LINKE): Vielen Dank. – Herr Jostmeier, sehen Sie innerhalb des Konzeptes der Aufklärung an Schulen im Geschichtsunterricht die Möglichkeit, intensiver über verschiedene revisionistische Tendenzen aufzuklären, die immer noch von Teilen der Vertriebenenverbände bzw. von einigen Funktionären vertreten werden und die von vielen äußerst kritisch gesehen werden?

Werner Jostmeier (CDU): Das ist Ihre Sichtweise, und „revisionistische Tendenzen“ ist Ihre Formulierung der Dinge. Wenn es in Deutschland irgendeine Organisation und Vereinigung nach 1945 gegeben hat – ich erinnere an den gemeinsamen Text der deutschen und polnischen Bischöfe; ich meine, es sei 1946 gewesen –, die in beispielhafter Weise zu Friedens- und Versöhnungsgesprächen geladen haben,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die Frage war: Bund der Vertriebenen!)

und wenn Sie wüssten, welche Friedensarbeit gerade die Vertriebenenverbände geleistet haben und leisten, würden Sie den Begriff „revisionistische Tendenzen“ in diesem Zusammenhang nicht gebrauchen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von Rüdiger Sagel [LINKE] – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Ich wollte mich noch bei Frau Löhrmann, der Schulministerin, bedanken, weil ihr Hinweis auf die Lehrpläne in wohltuend sachlichem Gegensatz zu dem gestanden hat, was Frau Böth hier dargestellt hat.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Ich wollte gar nicht auf Frau Kollegin Böth eingehen. Es mag sein, dass sie in der Schulpraxis mehr Erfahrung hat als ich. Aber wie kann man das, was bei uns in den Schulen läuft, so herunterzumachen!

(Gunhild Böth [LINKE]: Sie haben auch nicht zugehört! Das Gegenteil habe ich gemeint!)

Es ist dankenswerter dargestellt worden – ich darf Frau Löhrmann zitieren –: In Nordrhein-Westfalen läuft es mit einem guten Ansatz. – Ich habe es nicht mehr wörtlich im Kopf. Sie haben die Lehrpläne dargestellt und darauf hingewiesen dass das, was in den nordrhein-westfälischen Schulen in den Lehrplänen gemacht wird, korrigiert worden ist und gut läuft. Das kann nicht erst seit Oktober vergangenen Jahres gut laufen, sondern es muss auch schon in der Zeit davor gut gelaufen sein.

Das andere will ich unter Hinweis auf Gauck mal weglassen. Lesen Sie, Frau Böth, bitte mal das letzte Buch von Herrn Gauck, den Sie ja auch als Präsidentschaftskandidaten hatten!

(Gunhild Böth [LINKE]: Ich hatte den nicht als Präsidentschaftskandidaten!)

Wir hatten ihn als Vortragenden in der WGZ-Bank. Wenn Sie das Buch gelesen hätten, wüssten Sie, dass vieles von dem, was Sie hier dargestellt haben, an der Wirklichkeit vorbeigeht.

Meine Damen und Herren, ich möchte die Zeit, die ich habe, nutzen und mit folgenden Hinweisen schließen:

Ich finde den vorliegenden Text der FDP – ich wiederhole das –, gut und richtig.

(Gunhild Böth [LINKE]: Das haben Sie schon gesagt!)

Wir sollten uns über diese Ziele ständig neu verständigen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Zu Defiziten in den Lehrplänen: Ich habe mir, Frau Löhrmann, in den letzten Wochen die Mühe gemacht, danach zu suchen, wo Europa in den Lehrplänen der Schulen stattfindet. Das ist bitter wenig. Auch da müssen wir ran.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wer war denn in den letzten fünf Jahren Schulministerin? Das war doch Ihre Frau Sommer!)

Wenn es Handlungsbedarf geben sollte, um den Geschichtsunterricht in diesem Punkt zu korrigieren, haben Sie uns an Ihrer Seite.

Auf welche Art und Weise werden denn junge Menschen für diese extremistischen Ideen rekrutiert? Sie haben keine Perspektive, werden nicht wertgeschätzt und gehen dann Rattenfängern auf den Leim. Die Schule ist der Ort, an dem man dem am wirksamsten und effizientesten entgegenwirken kann. Das macht der FDP-Text deutlich. Ich bin dafür dankbar.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das sind doch selber Extremisten!)

Meine Damen und Herren, es ist nicht nur Sache der Schule, sondern wir müssen auch über den

Schulbereich hinaus darüber nachdenken, was wir ...

(Jochen Ott [SPD]: Jetzt wird es spannend!)

– Warten Sie ab, Herr Kollege Ott! Ja, es ist nicht nur Sache der Schule.

(Zuruf von der CDU: Diese Schreierei!)

– Der eine macht es halt so, und der andere macht es nur durch Schreien und Brüllen.

Am 1. Juli 2009 haben wir den Bürgerfunk durch den TV.Lernsender.NRW ersetzt. Was dort von den Kollegen des Bürgerfunk – unter anderem macht das Herr Dr. Steinbrecher, den Sie aus der Sportschau kennen, mit seinem Institut; er hat seine Arbeit im Hauptausschuss vorgestellt – konkret an Bildungsarbeit für Kinder getan wird, auch unter Hinweis auf die Gefahren des Extremismus von links und von rechts, ist beachtens- und unterstützenswert. Das sollten wir weiterhin unterstützen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die Extremisten sind bei Ihnen da drüber! Da sitzen Sie: die FDP!)

Ich habe einen weiteren Punkt: Fortbildung und Handreichung für Lehrerinnen. Wir haben die Comics ANDI 1 und ANDI 2. Darin sind Bausteine enthalten – vielleicht können Sie das bestätigen, Frau Böth; vielleicht haben Sie doch keine Ahnung –: die freiheitlich-demokratische Grundordnung, Grundprinzipien des Rechtsstaats. – Ist das alles schlecht? Wir haben in diesem Comic die Bausteine,

(Gunhild Böth [LINKE]: Sie haben mir nicht zugehört!)

um sich über die Probleme des Zusammenlebens von Menschen mit unterschiedlichem religiösen und kulturellen Hintergrund zu orientieren. Ist das alles nichts? Ist das alles so total schlecht, wie Sie es dargestellt haben?

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist eine unterirdische Rede, die Sie da halten!)

Ich will noch einen Punkt nennen, wo man diese Erziehung verstärken könnte: in den vorhandenen Europa-Schulen. Die leisten gute Arbeit, und das sind Schulen, die wir in den vergangenen Jahren im Konsens sehr gestärkt haben und zahlenmäßig noch ausbauen wollen.

Zum Schluss noch ein Hinweis: Wir sollten mal daran denken, was zur Bekämpfung von Extremismus von links und rechts getan wird, von den vielen Hunderttausend Menschen, die sich in den Sportvereinen, ...

(Zurufe von Rüdiger Sagel [LINKE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Sagel!

Werner Jostmeier (CDU): ... in den Fußballvereinen mit diesen jungen Menschen befassen, die teilweise keine Perspektiven haben, und Integrationsarbeit betreiben, für die wir nur dankbar sein können und die in vielen Fällen sehr viel wirksamer und hilfreicher ist als viele Lehrpläne

(Beifall von der CDU und von der FDP)

oder viele Texte, die man dazu verfasst. – Ich bedanke mich.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Ralf Michalowsky [LINKE]: Das war eine glatte Sechs, Herr Jostmeier!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Jostmeier. – Ich darf aus aktuellem Anlass noch einmal darauf hinweisen, dass wir auch zu einer späteren Stunde hier in diesem Hause eine gewisse Grundform der parlamentarischen Auseinandersetzung nicht verlassen sollten.

(Beifall von Rüdiger Sagel [LINKE])

– Damit sind Applaudierende durchaus mit angeprochen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Kollege Prof. Dr. Bovermann das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss. – Dieser Satz des Soziologen und Philosophen Oskar Negt enthält mehr Substanz als der gesamte vorliegende Antrag der FDP.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, der Vertreter der Kritischen Theorie und Adorno-Schüler geht noch so gerade bei Ihnen durch und fällt nicht als Verfechter einer linken Utopie unter das Verdict Ihres Antrages. Ich werde auf das Zitat noch zurückkommen.

Zunächst möchte ich aber darauf hinweisen – und da schließe ich an das an, was Kollege Jostmeier gesagt hat –, dass es in diesem Haus tatsächlich lange Zeit einen Konsens der Demokraten zur Bekämpfung von Extremismus gegeben hat. Und Sie haben ja das gemeinsame Vorgehen bei dem Antrag aller Parteien erwähnt, Herr Kollege Jostmeier. Nach meinen Aufzeichnungen war es im Dezember 2007. Aber leider ist dann im November 2008 versucht worden, genau dieses Thema für parteipolitische Zwecke in Anspruch zu nehmen. Seitens der bürgerlichen Parteien ist versucht worden, bestimmte Positionierungen von SPD und Grünen zu erreichen. Damals war es der Vizepräsident Edgar Moron, der auf sehr eindrucksvolle Weise hier an dieser Stelle diese Vorwürfe zurückgewiesen hat.

Auch der vorliegende Antrag zielt eben nicht in erster Linie auf eine Stärkung der politischen Bildung, sondern man kann ihn der gerade beschriebenen Strategie zuordnen.

Der Antrag enthält erstens viel Selbstverständliches und wenig Neues. Landesverfassung, Schulgesetz und Lehrpläne legitimieren die Erziehung zur Demokratie. Umgekehrt ist die Abwehr extremistischer Denkweisen ebenfalls ausreichend verankert und wird von keiner Partei bestritten. Beispielsweise sehen die Rahmenvorgaben für politische Bildung im Problemfeld „Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie“ „Ursachen und Abwehr von politischem Extremismus und Fremdenfeindlichkeit“ als zentralen Inhaltspunkt vor.

Bedenklicher, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist zweitens die unterschiedliche Gewichtung von Links- und Rechtsextremismus im FDP-Antrag.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Umfang und Wortwahl zeigen, dass der Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Linksextremismus gelegt wurde. Formulierungen wie die „neuen Anhänger vermeintlicher linker Utopien“ oder „linke Gruppierungen als Unterstützer des sogenannten Bildungsstreiks“ deuten an, wer gemeint ist. Als Begründung für diese Schwerpunktsetzung dient der angebliche Befund, dass das Wissen über den DDR-Unrechtsstaat „oftmals nur unzureichend vorhanden“ sei,

(Ralf Witzel [FDP]: Ja, ist doch klar!)

während Kenntnisse über die Geschichte des Nationalsozialismus, Herr Witzel, „oftmals erkennbar“ seien. Zudem werden nur beim Linksextremismus die aktuellen Gruppierungen erwähnt, während im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus dessen Nachfolger nicht erwähnt werden.

Drittens greift Ihr Antrag zu kurz, indem er die politische Bildung auf den Bereich der Schule begrenzt. Wie der kürzlich vorgelegte Bericht der Landesregierung über Maßnahmen zur Prävention des Extremismus in NRW deutlich macht, gibt es eine Fülle von Ansätzen, Initiativen und Maßnahmen, gerade im außerschulischen Bereich der Jugendarbeit, des Sports und im breiten Aufgabenfeld der Landeszentrale für politische Bildung.

Schließlich – und das ist der vierte Punkt – beruht Ihr Antrag auf einem überholten Verständnis von Politischer Bildung. Ich bin der Kollegin Böth sehr dankbar, dass sie das auch deutlich gemacht hat. In der Phase der Re-Education und anschließend der Phase des Kalten Krieges war die Staatsbürgerkunde noch von der Vorstellung vom Lernenden als dem Objekt der Belehrung geprägt. Heute steht die eigenständige Auseinandersetzung mit dem Wirklichkeitsbereich der Politik im Vordergrund. Und wir

wollen gerade die Entwicklung zum mündigen Bürger in den Mittelpunkt stellen.

Ich erwähne in diesem Zusammenhang auch nochmal den Beutelsbacher Konsens – mit dem Überwältigungsverbot, dem Kontroversitätsgebot und der Berücksichtigung der Interessenlage der Schülerinnen und Schüler. In der Beschlussfassung zu Ihrem Antrag heißt es beispielsweise, es sei Aufgabe der Schule zu vermitteln, ob und wie sich demokratische Parteien von Extremisten abgrenzen. – Ihnen geht es ganz offensichtlich weniger um eigenständige Urteilsbildung als um parteipolitische Vereinnahmung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich wichtig ist eine Stärkung der politischen Bildung. Das heißt: ein kontinuierlicher Politikunterricht in der Sekundarstufe I, die Möglichkeiten zur Schwerpunktsetzung in der Oberstufe und im Abitur, ein Ende des fachfremden Unterrichts und eine gute fachwissenschaftliche sowie fachdidaktische Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Und wir brauchen eine Schulkultur, welche die Entwicklung partizipatorischer Kompetenzen fördert, Stichwort „Drittelpartität“.

Wie sagte doch Oskar Negt: „Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss.“ Gelernt wird Demokratie, indem sie gelebt wird. Geschieht dies überzeugend, hat Extremismus keine Chance.

Ich freue mich auf eine interessante Fachdiskussion in den Ausschüssen. Vielleicht schicken Sie ja Herrn Dr. Papke vorbei, der ja nicht nur so wie ich Politikwissenschaft in Bochum studiert hat, sondern auch ein profunder Kenner der wechselvollen Geschichte der FDP in Nordrhein-Westfalen ist. Ich freue mich dann, wie gesagt, auf eine anregende Fachdiskussion. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Bovermann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Abgeordnete Frau Paul das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Josefine Paul (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Politische Bildung stand auf der Tagesordnung, herausgekommen ist eine verengte Extremismusdebatte. Das ist schade, denn es wird der Wichtigkeit dieses Themas der politischen Bildung eigentlich nicht gerecht.

Geschichtsbewusstsein, Geschichtsverständnis und politische Bildung sind elementare Bestandteile, um junge Menschen auf ihrem Entwicklungsweg zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu unterstützen. Zu einem umfassenden Geschichtsverständnis gehören nicht nur der Nationalsozialismus und die

DDR, sondern auch die Beschäftigung mit dem deutschen Militarismus, der die Welt in den ersten Weltkrieg gestürzt hat und auch Nährboden für die Ideologie des Nationalsozialismus war.

(Werner Jostmeier [CDU]: Das ist Quatsch!)

Dazu gehört auch, über Weimar und die Bundesrepublik zu sprechen, also Erfahrungen deutscher Demokratie. Politische Bildung ist im Übrigen nicht nur Geschichtsvermittlung und nicht nur Rekurs auf schlechte Erfahrungen der deutschen Geschichte und auf schlechte Erfahrung mit Demokratie, die von Extremismus unterminiert wird und vielleicht nicht funktioniert.

Politische Bildung muss unsere Gesellschaft ganzheitlich in den Blick nehmen, nicht nur die Ränder. Denn es geht nicht nur um die Abwehr von extremistischen Tendenzen. Es geht doch vor allem um die positive Vermittlung von Teilhabe, von Demokratie, von der Verantwortung, die wir alle für das Geleben von Gesellschaft und Demokratie haben.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Politische Bildung muss die Gesellschaft, in der wir leben, in den Blick nehmen, und dabei nicht nur das Gestern, sondern gerade und vor allem auch das Heute. Es muss junge Menschen für Politik begeistern. Das ist die zentrale Aufgabe politischer Bildung.

Meine Damen und Herren, Vorurteile sind die Basis für Rassismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie, Sexismus und alle anderen Formen von Diskriminierung. Diese abzubauen, ist ein zentraler Bestandteil politischer Bildung und eine wirksame Prävention gegen Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und ein ganz wichtiger Beitrag zur Demokratieerziehung. Davon finde ich leider in Ihrem Antrag gar nichts.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Dazu darf Politikunterricht an Schulen auch nicht zugunsten von Wirtschaft zurückgefahren bzw. umgestaltet werden. Demokratieerziehung lässt sich auch nicht alleine durch den Geschichtsunterricht bewerkstelligen.

Durch Ihren Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, lässt sich politische Bildung, wie groß angekündigt wird, nicht im Sinne einer Erziehung zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern aufwerten. Da lässt sich nichts stärken. Denn im Kern bezieht sich Ihr Antrag leider überhaupt nicht auf eine ganzheitliche politische Bildung.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Als nächster Redner hat für

die Fraktion der FDP der Abgeordnete Witzel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind ausdrücklich der Auffassung, dass politische Bildung für alle Gesellschaftsteile von großer Bedeutung ist. Es soll aber eben sehr wohl die Bildung junger Menschen, der außerschulischen wie der schulischen, im Fokus stehen.

Da, wo wir als Landtag eine ganz besondere Verantwortung haben, ist natürlich der schulische Bereich auch angesprochen. Uns ist allen bekannt, dass es querbeet und landesweit viel zu viele junge Menschen gibt, deren politische Kenntnisse defizitär sind, ebenso deren historisches Verständnis, denen zu wenig über die Gräueltaten des Nationalsozialismus bekannt ist, die aber auch zu wenig über Menschenrechtsverletzungen durch Stasi, Schießbefehl und das Unrechtsregime der DDR wissen.

Deshalb sagen wir als liberale Demokraten in der Mitte der Gesellschaft, dass wir entschieden einschreiten müssen gegen jede Form von Terror, von Gewalt, von Menschenrechtsverletzungen, von Verfolgungen und Unterdrückung,

(Beifall von der FDP und von der CDU)

denn all das ist inhuman.

(Britta Altenkamp [SPD]: Allgemeinplätze!)

– Man darf eben nicht, Frau Altenkamp, auf dem einen Auge blind sein und auf dem anderen nicht. Es ist eine ganzheitliche Aufgabe, jede Form, die hier die freiheitlich demokratische Grundordnung bedroht, in den Blick zu nehmen und dagegen anzukämpfen, entsprechende Aufklärungsarbeit zu betreiben, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verteidigen gegen alle, die sie aus ganz unterschiedlichen Ecken angreifen wollen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich sehe gerade Herrn Ott nicht, er ist nicht an seinem Platz.

(Zuruf von der FDP: Er steht in der Tür!)

– Er steht in der Tür und ist gerade auf dem Absprung. – Mich hat das wirklich schockiert. Wenn ich richtig informiert bin – bitte verbessern Sie mich da –, sind Sie Lehrer. Ich meine, Sie waren, bis Sie hier in den Landtag eingezogen sind, in der Jugendschulbildung in einer Gesamtschule in Köln tätig. Wenn das, was Sie vorgetragen haben, das Niveau der Auseinandersetzung bei dem Thema politische Bildung, Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung,

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Umgang mit den Gräueltaten des Nationalsozialismus, aber auch der Diktatur der DDR ist, dann bin ich wirklich schockiert.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Herr Ott, ich sage das ganz freundschaftlich, Sie sind ja sonst ein netter Kerl: Wir haben hier im Landtag einen Antrag, bei dem wir ausdrücklich als Wertekonsens einen Text vorlegen, in dem steht: Der Landtag von Nordrhein-Westfalen soll ein gemeinsames Signal setzen, dass gleichsam Rechts- und Linksextremismus eine Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat darstellen, dass Nationalsozialismus und Faschismus verbrecherische Ideologien sind, die eine demokratische Gesellschaft mit aufklärerischen und rechtsstaatlichen Mitteln konsequent bekämpfen muss und dass drittens die DDR eine Diktatur gewesen ist,

(Gunhild Böth [LINKE]: Das stand sogar in der Verfassung!)

die nicht als legitimer Versuch für die Umsetzung utopistischer ideologischer Ziele zu bewerten ist, und sich als Staatsregime systematischer Menschenrechtsverletzung schuldig gemacht hat.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Wenn Sie als Sozialdemokrat bei dem, was Sie völlig zu Recht historisch auch hier an eigener Parteigeschichte vorgetragen haben, diese drei Feststellungen gerade als Standortbestimmungen im gemeinsamen Kampf gegen Extremismus nicht mittragen können, dann bin ich wirklich enttäuscht

(Beifall von der FDP und von der CDU)

und sehe umso mehr die Notwendigkeit einer fortgesetzten Debatte über politische Bildung in diesem Land.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Witzel, es gibt auch noch zwei Zwischenfragen der Kollegen Michalowsky und Zimmermann. Sie wollen die offensichtlich beantworten.

(Zuruf von der LINKEN: Nicht Herr Zimmermann, sondern Frau Böth!)

– Entschuldigung, das ist, wenn man nicht an seinem Platz sitzt, aber die Kollegen kennen sich ja selber damit aus. – Dann hat zunächst Herr Kollege Michalowsky das Wort. Bitte sehr.

Ralf Michalowsky (LINKE): Herr Witzel, in der Stadt Essen, aus der Sie kommen, tobt ja im Moment ein kleiner Disput bezüglich des Herrn Achenbach, der Mitglied Ihrer Partei ist oder war und der in Paris dafür mitverantwortlich war, dass Juden ins KZ deportiert wurden.

Auf der Webseite der Friedrich-Naumann-Stiftung Ihrer Partei wird dieser Tatbestand beschrieben. Sie haben aber in der Presse in „Der Westen“ vor einigen Tagen gesagt: Die Vorwürfe sind historisch

nicht haltbar. – Ist das Ihre Vorstellung von Geschichte?

Ralf Witzel (FDP): Herr Michalowsky, ich bin der festen Auffassung, dass alle Parteien sich ihrer Geschichte stellen müssen,

(Beifall von der LINKEN – Ralf Michalowsky [LINKE]: Gut!)

dass Historiker das sachkundig aufzuarbeiten und zu bewerten haben, was sie auch als Fachleute entsprechend nur bewerten können. Genau das sehe ich in der Verantwortung einer jeden Partei.

Genauso richtig ist aber auch, dass unzutreffende Behauptungen, die Personen und Institutionen diskreditieren und die sich als nicht wahrheitsgemäß herausstellen, von Demokraten genauso zurückzuweisen sind. Das ist die zweite Seite der Medaille.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, ich habe jetzt noch eine Zwischenfrage der Abgeordneten Böth. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Gunhild Böth (LINKE): Danke, Frau Präsidentin. – Herr Witzel, ist Ihnen die Verfassung der DDR bekannt? Ich unterstelle, dass sie das nicht ist, weil Sie immer und immer wieder einklagen, alle müssten sagen, dass die DDR eine Diktatur gewesen sei. Es stand ja in der Verfassung der DDR, dass die DDR eine Diktatur ist.

Ralf Witzel (FDP): Frau Kollegin Böth, ich glaube, dass man jedes Regime vor dem Hintergrund seiner Taten und seines staatlichen Handelns bewerten muss, nicht nur nach den Buchstaben, die auf einem Papier stehen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Schauen Sie sich an, welche Menschenrechtsverletzungen es in der Geschichte der DDR gegeben hat: Dort sind Menschen bis in ihren persönlichsten Bereich von der Stasi beschönigt und bespitzelt worden. Zeugen belegen, was mit Menschen in Zwickau, Bautzen und anderen Einrichtungen geschehen ist. Ich glaube, dass es sehr wohl zutreffend ist, von einer Diktatur zu sprechen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Das ist doch völlig unstrittig!)

Das ist ein Teil deutscher Geschichte, der bewusst gehalten werden muss und aufarbeitungsbedürftig ist. Man muss die Erkenntnisse und Erfahrungen mit diesem System bei jungen Menschen wachhalten. Genauso habe ich vorher viele Ausführungen zu den Gräueltaten des Nationalsozialismus und des Faschismus gemacht, die auch entsprechend zu beleuchten sind.

(Gunhild Böth [LINKE]: Die kann man nur nicht gleichsetzen!)

In dem Facettenreichtum gibt es verschiedene Ankerpunkte deutscher Geschichte. Alle müssen mit sachgerechter historischer Würdigung betrachtet werden. Das ist meine Auffassung.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Witzel. – Für die Fraktion Die Linke hat nun Frau Abgeordnete Beuermann das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Bärbel Beuermann (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen der FDP, ich möchte mit etwas Positivem anfangen. Beim ersten Absatz unter „Ausgangslage“ in Ihrem Antrag sind wir vollkommen bei Ihnen. Das haben Sie richtig analysiert.

Dieser Absatz schreit förmlich danach, dass das, was wir Linke fordern, endlich im Landtag umgesetzt wird, und zwar umfassend ohne Schnick und Schnack, nämlich die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ehemaliger Landtagsabgeordneter in NRW. Die Ergebnisse dieser Aufarbeitung müssen der Öffentlichkeit zeitnah bekannt gemacht werden. Ich denke, Sie gehen darin mit mir konform und werden diesen Antrag mit uns gemeinsam tragen, wenn Sie sich so für demokratische Informationen gerade im Bildungsbereich einsetzen.

Ich sehe bei Ihnen keine Ablehnung, sondern werte das als Zustimmung für unseren Antrag und bin gespannt, wie Sie sich verhalten werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beuermann. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, der uns empfiehlt, den **Antrag Drucksache 15/856** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend – sowie an den **Haupt- und Medienausschuss** zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es hierzu die Zustimmung des Hauses? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist mit Zustimmung aller Fraktionen so überwiesen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 23. Februar 2011, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:34 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.